

Reiner Arntz

**DAS
VIELSPRACHIGE
EUROPA**

EINE
HERAUSFORDERUNG
FÜR SPRACHPOLITIK
UND SPRACHPLANUNG

UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK
HILDESHEIM



**Hildesheimer
Universitätsschriften
Band 4**

Hildesheimer Universitätsschriften

In der Reihe Hildesheimer Universitätsschriften werden in loser Folge Beiträge aus Forschung und Lehre der Universität Hildesheim veröffentlicht. Die Reihe wurde mit einer Anschubfinanzierung der Universitätsgesellschaft e. V. ins Leben gerufen.

Verlag/Vertrieb:

Universitätsbibliothek Hildesheim
Marienburger Platz 22
D-31141 Hildesheim
Telefon: 05121/883-605
Telefax: 05121/883-666

Druck/Verarbeitung:

Druckerei J. Lühmann
Marktstraße 2-3
31167 Bockenem

ISSN: 1433-5999

ISBN: 3-9805754-4-6

Hildesheim 1998

Inhalt

Vorwort	7
1 Sprache - ein Thema für Linguisten und Politiker	9
1.1 Das europäische Sprachenmosaik	9
1.1.1 Sprachen und Dialekte	10
1.1.2 Sprachen und Nationen	13
1.1.3 Minderheitensprachen und Zweisprachigkeit	15
1.2 Sprachpolitik und Sprachplanung	17
2 Die Sprachpolitik der europäischen Staaten	21
2.1 Das Beispiel Südtirol	22
2.1.1 "Mehrheiten" und "Minderheiten" in Südtirol	22
2.1.2 Die Gleichstellung der Sprachen in Südtirol	24
2.1.3 Sprachpolitik in Südtirol - eine Zwischenbilanz	28
2.1.4 Perspektiven der Südtiroler Autonomie	35
2.2 Das Beispiel Elsaß	36
2.2.1 Der geschichtliche Hintergrund	36
2.2.2 Das Elsaß im zentralistischen Frankreich	40
2.2.3 Zur Situation der deutschen Sprache im schulischen Bereich	43
2.2.4 Das dreisprachige Elsaß - eine ungenutzte Chance	45
3 Europäische Vielsprachigkeit und Europäische Union	49
3.1 Minderheiten und Minderheitensprachen in völkerrechtlicher Sicht	49
3.2 Minderheiten und Minderheitensprachen aus europarechtlicher Sicht	53
3.3 Die externe Sprachpolitik der Europäischen Union: das Beispiel MERCATOR	60
3.4 Die interne Sprachpolitik der Europäischen Union	61
4 Ansätze für eine Lösung des Sprachproblems	65
4.1 Englisch als Lingua franca	65
4.2 Eine neutrale Sprache	66
4.3 Selektive Vielsprachigkeit	67

4.4	Sprachdatenverarbeitung	69
4.5	Intensivierung des Sprachunterrichts	71
4.5.1	“Fremdsprachenunterricht für die Europäisierung des Arbeitsmarktes”	71
4.5.2	“Modulare Fachsprachenausbildung”	72
5	Fachkommunikation und Sprachplanung	75
5.1	Sprache als Machtinstrument	75
5.2	Interlinguistik und Sprachplanung	76
5.2.1	Plansprachen	76
5.2.2	Esperanto als linguistisches Modell	78
5.2.3	Plansprachen und Terminologie	80
5.3	Terminologielehre	82
5.3.1	Terminologie und Wissensaustausch	82
5.3.2	Grundprinzipien der Terminologearbeit	83
5.3.3	Internationale Terminologieangleichung	87
6	Sprachplanung in Katalonien	93
6.1	Geschichtlicher Hintergrund	93
6.2	Die sprachenrechtliche Situation in Katalonien	95
6.3	Die “Normalisierung” des Katalanischen	98
6.4	Institutionelle Sprachpflege	100
6.5	Ergebnisse der “Normalisierung” in Katalonien	104
6.6	Terminologearbeit in Katalonien	106
7	Sprachplanung in Irland	111
7.1	Geschichtlicher Hintergrund	111
7.2	Sprachpolitik seit der Unabhängigkeit	114
7.3	Das Irische heute	118
7.4	Irische Terminologearbeit	119
7.5	Zur Methodik der irischen Terminologearbeit	121
7.6	Zur Akzeptanz irischer Terminologie	123
7.7	Perspektiven der Sprachplanung in Irland	126
8	Sprachplanung in Südtirol: Das Ladinische	129
8.1	Geschichtlicher Hintergrund	129

8.2	Die heutige Situation des Ladinischen	131
8.3	Ladinische Terminologien	133
9	Sprachplanung in Südtirol: Deutsche Rechts- und Verwaltungssprache	137
9.1	Die sprachenrechtliche Ausgangslage	137
9.2	Zur methodischen Vorgehensweise	139
9.3	Terminologiarbeit und Rechtsvergleich	141
9.4	Die Europäische Akademie Bozen	143
10	Ausblick	147
	Anhang	151
I.	Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	151
II.	Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten	168
	Literatur	179

Vorwort

Sprachpolitik und Sprachplanung haben sich im Kontext des europäischen Einigungsprozesses zu einem wichtigen Themenbereich entwickelt, der nicht nur die Sprachwissenschaft, sondern eine Reihe weiterer Disziplinen, insbesondere Rechtswissenschaft und Soziologie, tangiert und interessante Möglichkeiten für die interdisziplinäre Forschung bietet. Im Lehrangebot der beiden am Institut für Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Hildesheim angebotenen Studiengänge - dem Diplomstudiengang Internationale Fachkommunikation (Fachübersetzen) und dem Masterstudiengang Internationales Informationsmanagement - hat diese Thematik ihren festen Platz.

Im vorliegenden Band werden Sprachpolitik und Sprachplanung aus dem Blickwinkel dieser beiden Studiengänge betrachtet. Eine wichtige Rolle spielt dabei die fachsprachliche Kommunikation und ihre Bedeutung für die Erhaltung und Stärkung der Minderheitensprachen in Europa. Mit diesem Problemkreis haben sich in jüngster Zeit mehrere Diplomarbeiten am Institut für Angewandte Sprachwissenschaft auseinandergesetzt; besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten von Uschi Bachmann ("Sprachpolitik in Katalonien: eine Untersuchung zur Methodik und Akzeptanz von Sprachplanung") und Stephanie Schmidt ("Sprachpolitik in Irland - eine Untersuchung normativer Terminologiarbeit"), deren Ergebnisse vorgestellt werden.

Die vorliegende Arbeit versteht sich als vorläufige Bestandsaufnahme und Problemskizze, die zu weiteren Untersuchungen - nicht zuletzt im Rahmen von Diplom- und Masterarbeiten sowie von Dissertationen - anregen soll. Ein in sich geschlossenes Lehrbuch, das alle Aspekte dieses dynamischen und facettenreichen Themenbereichs in ausgewogener Weise berücksichtigt, bleibt noch zu schreiben.

Ich danke allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern meiner Seminare zu Sprachpolitik, Sprachplanung und verwandten Themenbereichen für ihre Anregungen. Mein besonderer Dank gilt Frau Annette Sturm, die mich bei der Erstellung des vorliegenden Bandes tatkräftig unterstützt hat.

Hildesheim, im September 1998

Reiner Arntz

1 Sprache - ein Thema für Linguisten und Politiker

Das Erscheinungsbild Europas in Geschichte und Gegenwart wird von der Vielfalt seiner Sprachen und Kulturen geprägt. Das Zusammenspiel unterschiedlicher Sichtweisen und Ausdrucksformen hat das europäische Geistesleben in entscheidender Weise befruchtet, so daß man in der Vielsprachigkeit durchaus eine der Stärken Europas sehen kann. Andererseits hat die Verschiedenheit der Sprachen auch zur Trennung der europäischen Völker beigetragen und vielfach einen friedlichen Ausgleich von Gegensätzen erschwert. Für das heutige Europa, das sich intensiv um seine Einigung bemüht, spielen Fragen, die die Vielsprachigkeit des Kontinents betreffen, eine besonders wichtige Rolle. Das bedeutet zugleich, daß dieser Problembereich keineswegs nur die Sprachwissenschaftler, sondern alle Europäer, nicht zuletzt die europäischen Politiker, angeht.

1.1 Das europäische Sprachenmosaik

Wie vielsprachig Europa ist, zeigt die Situation der Europäischen Union, die 15 Mitgliedstaaten und nicht weniger als 11 Amtssprachen hat; die Zahl der Amtssprachen steigt sogar auf 12, wenn man das Irische, das einen Sonderstatus hat, mit einbezieht. Die Zahl der in der EU gesprochenen Sprachen ist jedoch noch weit höher. Hier fallen zunächst die Sprachen der Zuwanderer ins Auge, die insbesondere in den west- und mitteleuropäischen Staaten nicht nur numerisch ständig an Bedeutung gewinnen - man denke nur an das Türkische in Deutschland, das Arabische in Frankreich, Hindi und Urdu in Großbritannien usw. (vgl. Haarmann 1993:34f.). Aber auch die Sprachen der autochthonen Minderheiten, d.h. derjenigen Minderheiten, die seit vielen Generationen in EU-Staaten ansässig sind, werden bei einer Auflistung der EU-Amtssprachen keineswegs vollständig berücksichtigt. Ein Teil dieser Minderheiten ist durch Grenzkorrekturen vom ursprünglichen Staatsverband, ihrem "Mutterland", abgetrennt worden, wie dies bei den deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen in Italien, Belgien und Dänemark der Fall ist. In den meisten Fällen liegen die Ursachen jedoch längst nicht so deutlich zutage wie in diesen Fällen, da sich die Siedlungsgebiete der europäischen Völker im Laufe der Geschichte vielfach überlagert haben. Neben solchen Minderheiten, die sich sprachlich an einen anderen Staat anlehnen können, gibt es in Europa aber auch eine ganze Reihe autochthoner Minderheiten, deren Sprache in keinem Staat den Status einer Amtssprache hat. Die Zahl dieser Sprachen liegt in der EU bei 25, also weit über der Zahl der Amtssprachen.

Diese "kleineren" Sprachen Europas, die sogenannten "*lesser used languages*", machen immer mehr auf sich aufmerksam. Daß die Sprecher dieser Sprachen ihre Rechte heute mit weit größerem Nachdruck vertreten als noch vor wenigen Jahrzehnten,

hängt eng damit zusammen, daß die Föderalisierungs- und Regionalisierungstendenzen in vielen Ländern Europas zunehmen; man strebt nach kleineren, überschaubaren Einheiten - nicht zuletzt eine Reaktion auf tatsächliche oder befürchtete Zentralisierungsmaßnahmen von seiten der EU-Behörden in Brüssel (vgl. Haarmann 1993:335). Allerdings sind die "*lesser used languages*" alles andere als eine einheitliche Gruppe, sie weisen sowohl in linguistischer als auch in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht große Unterschiede auf. Die meisten von ihnen sind nur in einem der EU-Staaten vertreten, so z.B. das Sorbische in Deutschland oder das Bretonische in Frankreich. Einige werden in mehreren Staaten gesprochen; dies gilt z.B. für das Baskische und das Katalanische, die sowohl in Spanien als auch in Frankreich beheimatet sind. Auch das politische und kulturelle Gewicht der Sprachen ist sehr unterschiedlich; so läßt sich die Bedeutung des Katalanischen mit seinen annähernd 8 Millionen Sprechern nur schwer mit der des Ladinischen vergleichen, das insgesamt 30.000 Sprecher hat und zudem noch mehrere Varianten aufweist.

1.1.1 Sprachen und Dialekte

Die Forderung der Sprecher der "kleinen" Sprachen nach einer stärkeren Berücksichtigung ihrer Rechte weckt Befürchtungen und ruft Widerstände auf den Plan. Im Zusammenhang damit stellt sich vielfach die Frage nach dem Unterschied zwischen Sprache und Dialekt. Diese Frage ist keineswegs akademisch, denn nicht selten wird die von der Minderheit postulierte Eigenständigkeit von der Mehrheit mit dem Argument in Frage gestellt, die angebliche Sprache sei lediglich ein Dialekt; zumeist wird dieser Dialekt dann der jeweils dominierenden Sprache zugeordnet, woraus die Mehrheit die Berechtigung ableitet, die Minderheit zu absorbieren. Damit wird die Unterscheidung zwischen Sprache und Dialekt auch zu einer politischen Frage, was erklärt, daß Diskussionen zu diesem Thema oft emotional geführt werden.

Läßt man den politischen Aspekt beiseite und beschränkt sich auf sprachwissenschaftliche Kriterien, so kann man zunächst feststellen, daß in der Mehrzahl der Fälle die Unterscheidung zwischen Sprache und Dialekt keine Probleme bereitet. Dies belegt das Beispiel des Hochdeutschen und seiner Dialekte: Das Hochdeutsche verfügt ohne jeden Zweifel über ein in sich gefestigtes Sprachsystem und eine standardisierte Schriftsprache, die sich auf eine langjährige literarische Tradition stützt und die trotz regionaler Unterschiede in Wortschatz und Aussprache von den Sprachnutzern eindeutig als Deutsch identifiziert werden kann. Ebenso einig ist man sich darüber, daß es sich bei dem Bayrischen, dem Schwäbischen, dem Sächsischen usw. um deutsche Dialekte und nicht etwa um eigenständige Sprachen handelt, die in einer Konkurrenzposition zum Deutschen stünden (Crystal 1993:284). Es gibt jedoch zahlreiche Fälle, in denen die Abgrenzung zwischen Sprache und Dialekt erhebliche

Probleme bereitet. Ein Beispiel hierfür ist das Ladinische, dessen Status als selbständige Sprache zu Beginn des 20. Jahrhundert unter italienischen Sprachwissenschaftlern umstritten war; während die einen das Ladinische als selbständige Sprache betrachteten - eine Meinung, die sich inzwischen allgemein durchgesetzt hat -, war es für die anderen lediglich ein norditalienischer Dialekt (siehe hierzu Kap. 8.1.1).

Einen wichtigen Beitrag zu einer Abgrenzung zwischen Sprache und Dialekt hat H. Kloss (1969a:74ff.) geleistet, der zwischen "Abstandsprachen" und "Ausbau-sprachen" unterscheidet. Als Abstandsprachen bezeichnet er solche Sprachen, die gegenüber ihren Nachbarsprachen einen "sprachimmanenten, sprachkörperlichen Abstand" aufweisen. Dies gilt z.B. für das Baskische gegenüber den anderen Sprachen Spaniens. Ausbausprachen sind dagegen solche Sprachen, die zwar eine große Ähnlichkeit zu einer oder mehreren Nachbarsprachen aufweisen, jedoch zu Werkzeugen für qualifizierte Anwendungszwecke und -bereiche ausgebaut worden sind, also über eine umfassende kommunikative Funktionsfähigkeit verfügen; ein Beispiel ist das Niederländische, das sich insbesondere durch seine Eigenschaft als umfassendes Kommunikationsmittel vom Niederdeutschen abhebt.

Diese Unterscheidung hat sich als hilfreich erwiesen, sie beantwortet jedoch nicht sämtliche Fragen. So verweist Bochmann (1989:25ff.) auf das heutige Korsisch, das weder eine Abstandsprache in Bezug auf das Italienische noch eine Ausbausprache sei und trotzdem mit gutem Grund als eigenständige Sprache bezeichnet werden könne.

Als Begründung für seine Auffassung verweist Bochmann (1989:25ff.) auf die Bedeutung eines Faktors, den er als "operatives Sprachbewußtsein" bezeichnet. Darunter versteht Bochmann das Bewußtsein einer Gemeinschaft, eine eigene Sprache zu besitzen, das so weit entwickelt ist, daß es "operativ" wird, d.h. sich in Aktionen für die öffentliche Anerkennung und Förderung dieser Sprache umsetzt.

Das operative Sprachbewußtsein ist für Bochmann Teil einer Hierarchie von Unterscheidungskriterien, die linguistische und soziokulturelle Gesichtspunkte gleichermaßen berücksichtigt:

Dabei geht es um folgende Kriterien:

- 1) typologische Distanz, d.h. eine hinlänglich große Unterschiedlichkeit der Sprachstruktur. Hier handelt es sich um das konkreteste und daher am leichtesten zu überprüfende Kriterium. Legt man dieses zugrunde, so ist auch eine nicht voll ausgebaute Sprache wie das Sardische als Sprache zu betrachten.
- 2) Kodifizierte Norm; dieses Kriterium wird insbesondere bei der Abgrenzung Sprache/Dialekt herangezogen.

- 3) Funktionale Verwendung, d.h. Gebrauch in einer breiten Skala gesellschaftlicher Kommunikationssphären.
- 4) Operatives Sprachbewußtsein.

Diese Kriterien können, wie Bochmann unterstreicht, nicht isoliert voneinander gesehen werden. So ist die Fixierung bzw. Kodifizierung einer Norm oft erst das Ergebnis der Anerkennung als Sprache; die umfassende funktionale Verwendbarkeit einer Sprache wiederum setzt das Vorhandensein einer fixierten Norm voraus.

Nach Bochmanns Überzeugung kommt dem operativen Sprachbewußtsein bei der Abgrenzung zwischen Sprache und Dialekt vielfach die entscheidende Rolle zu. Er weist darauf hin, daß fehlende Normfixierung und geringe soziale bzw. funktionale Verbreitung überwunden werden, wenn das operative Sprachbewußtsein, das eng mit der besonderen Geschichte der betreffenden Gemeinschaft verknüpft ist, stark genug ist.

Ein anschauliches Beispiel hierfür bieten die skandinavischen Sprachen (vgl. Crystal 1993:284). Geht man von der typologischen Nähe und der gegenseitigen Verständlichkeit zwischen Dänisch, Schwedisch und Norwegisch aus, so könnte man ohne weiteres von einer gemeinsamen skandinavischen Sprache ausgehen; Dänisch, Schwedisch und Norwegisch wären dann Varianten dieser - natürlich noch zu kodifizierenden - Standardsprache, die man in Abgrenzung zum Isländischen und Färöischen als "Kontinentalskandinavisch" bezeichnen könnte. Ein solches Vorhaben hätte jedoch nicht die geringste Aussicht auf Erfolg, weil politische, historische, soziale und psychologische Gesichtspunkte eine Unterteilung in Dänisch, Schwedisch und Norwegisch erzwingen. Es gibt weit extremere Fälle, in denen aus politischen oder psychologischen Gründen eine Unterteilung vorgenommen wird, für die aus sprachwissenschaftlicher Sicht wenig spricht; man denke nur an die Aufspaltung von Serbokroatisch in Serbisch, Kroatisch und Bosnisch oder an die systematische Entwicklung einer galicischen Sprache, die große Mühe hat, sich von dem eng verwandten Portugiesisch abzuheben, aber für die Identitätsfindung der Galicier von großer Bedeutung ist.

Eine wichtige Rolle bei dem Bemühen von Sprachgemeinschaften, ihre Sprache zu einem vollwertigen Kommunikationsmittel auszubauen, spielt die Fachkommunikation. Angesichts der überragenden gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft und Technik kann die Eigenständigkeit einer Sprache erst dann als gesichert gelten, wenn sie von Fachleuten in umfassender Weise in der Fachkommunikation verwendet wird. Das kann für kleine Sprachgemeinschaften sehr schwierig sein, da die fachliche Ausbildung, insbesondere die universitäre Ausbildung,

in erster Linie in den "größeren" Sprachen erfolgt, die zugleich etablierte Nationalsprachen sind. Das Beispiel der skandinavischen Sprachen zeigt, daß jede von ihnen zu einem funktionstüchtigen fachsprachlichen Kommunikationsmittel ausgebaut worden ist, das sich trotz aller typologischen Ähnlichkeit nicht unerheblich von den jeweiligen skandinavischen Nachbarsprachen unterscheidet und so die Eigenständigkeit jeder einzelnen Sprache unterstreicht.

Vor diesem Hintergrund definiert Bochmann (1989:27) Sprache als

"ein Diasystem, das sich entweder durch ein Minimum typologischer Besonderheiten von jedem anderen Diasystem deutlich abhebt oder von einer Sprechergemeinschaft auf der Grundlage eines nationalen oder ethnischen Sonderbewußtseins als eigenständige Sprache erkannt wird, ... wobei eine kodifizierte Norm und die polyfunktionale Verwendung entweder gegeben sind oder angestrebt werden".

Damit sind zugleich die wesentlichen Merkmale genannt, über die der Dialekt nicht verfügt: Er weist weder das erforderliche Minimum typologischer Unterschiedlichkeit noch ein operatives Sprachbewußtsein auf; auch die Kodifizierung der Norm und die polyfunktionale, d.h. insbesondere fachsprachliche Verwendung sind in der Regel weder gegeben noch ernsthaft beabsichtigt (Bochmann 1989:27).

1.1.2 Sprachen und Nationen

Die Versuche, eine Trennlinie zwischen Sprache und Dialekt zu ziehen, machen deutlich, daß die Unterscheidungskriterien teilweise vage sind. Besonders schwierig ist es, den zweifellos plausiblen Begriff "operatives Sprachbewußtsein" für die Beschreibung einer konkreten Situation nutzbar zu machen. Für die Beantwortung der Frage, ob man von einem in breiten Bevölkerungsschichten fest verankerten sprachlichen Selbstbewußtsein ausgehen kann oder ob man es mit einer militanten Minderheit zu tun hat, die sich wirkungsvoll in den Vordergrund spielt, kann es keine festen Maßstäbe geben (vgl. Bochmann 1989:26ff.). Ein wichtiges Kriterium ist sicherlich die Intensität der Verbindung von "Sprache" und "Nation".

In der Entwicklung vieler Nationen hat das Bewußtsein, eine gemeinsame Sprache zu sprechen, eine wichtige Rolle gespielt (vgl. Haarmann 1993:94ff.), und auch heute noch ist die Sprache das offensichtlichste Identifikationsmerkmal einer Nation. Ein Blick in die europäische Geschichte zeigt aber auch, welche Risiken in einer allzu engen Verknüpfung der Begriffe "Sprache" und "Nation" liegen. Das Bestreben, Sprachgemeinschaften in eigenen Nationalstaaten zusammenzuführen, hat insbesondere im Europa des 19. Jahrhunderts eine zentrale Rolle gespielt (vgl. Haarmann 1993:94ff.), und es war die Triebfeder für die systematische Entwicklung

einer ganzen Reihe von Sprachen; so war die Entwicklung einer eigenen Staatssprache für die Identitätsfindung der Tschechen, die erst beim Zerfall Österreich-Ungarns ein eigenes Staatswesen erhielten, von zentraler Bedeutung. Daher wurden Sprachplanung und Sprachpflege vielfach Teil des Kampfes der betreffenden Sprachgemeinschaften um politische Anerkennung und Autonomie. Auch heute ist die Forderung nach Anerkennung der eigenen Sprache ein wesentliches Element des Autonomiestrebens ethnischer Gruppen.

Allerdings ist mit diesem Streben nach Autonomie und Eigenstaatlichkeit vielfach eine Abwehrhaltung gegenüber anderen ethnischen Gruppen verbunden, d.h., es geht häufig nicht nur darum, eine Sprachgemeinschaft in einem Staat zusammenzuführen, sondern zugleich darum, "Fremde" aus diesem Staat auszuschließen oder sie nicht an den Privilegien der dominierenden ethnischen Gruppe teilhaben zu lassen.

Die Versuche, das "Nationalitätenprinzip" ohne Rücksicht auf die Belange von Nachbarvölkern bzw. ethnischen Minderheiten durchzusetzen, hat in Europa sehr viel Unheil angerichtet. Im Namen dieses Prinzips wurden gigantische Völkerwanderungen in Bewegung gesetzt, bei denen Millionen von Menschen ihr Leben verloren (vgl. Coulmas 1985:41ff.). Trotzdem ist es so gut wie nirgendwo gelungen, den Grundsatz "Eine Nation - eine Sprache" vollständig durchzusetzen. Eine volle Übereinstimmung zwischen Sprachgrenze und Staatsgrenze gibt es in Europa tatsächlich nur dort, wo dies von der Natur vorgegeben ist, nämlich in Island: die isländische Bevölkerung ist sprachlich homogen, und es gibt auch keine isländische Minderheit in einem anderen Staat. Einige andere Fälle - man denke an Norwegen oder Portugal - nähern sich diesem Zustand zwar an, doch gibt es auch hier zumindest kleine Minderheiten, z.B. die Lappen in Nordnorwegen (vgl. Haarmann 1993:30f.).

Trotzdem gehört der Gedanke, man müsse die ganze Nation bzw. Sprachgemeinschaft in einem Staat zusammenführen, aus dem alle "Fremden" verbannt sind, keineswegs der Vergangenheit an, wie ein Blick nach Ost- und Südosteuropa mit aller Deutlichkeit zeigt. Nicht nur das frühere Jugoslawien mit seinen ethnischen Säuberungen, auch die frühere Sowjetunion ist zu einem Krisengebiet geworden, das Minderheits- und Sprachenpolitik vor schwierige Herausforderungen stellt.

Mit dem Zusammenbruch der Vielvölkerstaaten Jugoslawien und Sowjetunion ist nämlich eine ganze Reihe von Staaten entstanden, für die die Nationalsprache vielfach der entscheidende Identifikationsfaktor ist. In einigen dieser Staaten wird die Lage dadurch erschwert, daß in ihren Grenzen neben dem jeweiligen Staatsvolk auch bedeutende ethnische Minderheiten leben, die sich insbesondere durch ihre Sprache von der Mehrheit unterscheiden. Ein besonders drastisches Beispiel bieten die baltischen Staaten. So beträgt der Anteil der Esten an der Bevölkerung Estlands nur wenig mehr als 60%; den Rest der Bevölkerung stellen Russen, Ukrainer und

Weißrussen. Noch kritischer ist die Situation in Lettland, wo der Anteil der Letten etwas über 50% liegt; die verbleibende knappe Hälfte der Bevölkerung verteilt sich auf Russen, Ukrainer und Litauer. Die jungen baltischen Republiken sind bemüht, ihren Nationalsprachen, die sie als Symbol der neu errungenen Souveränität betrachten, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Geltung zu verschaffen, was zu Verbitterung bei den sprachlichen Minderheiten führt, die sich ungerecht behandelt fühlen. Dies gilt insbesondere für die Russen, deren Sprache bis zum Ende der achtziger Jahre die dominierende Sprache im Baltikum war. Es ist insbesondere dem Druck von seiten der Europäischen Union zu verdanken, daß zumindest in den baltischen Staaten der Aspekt des Minderheitenschutzes allmählich an Bedeutung gewinnt.

Es ist jedoch, wie Bochmann (1989:32) zu Recht feststellt, keineswegs so, daß alle Sprachgemeinschaften sich geradezu zwangsläufig als Nation verstehen und nach einem gemeinsamen Staat streben würden. Vielmehr müssen bestimmte Faktoren gegeben sein, damit ein entsprechend großer Teil der Bevölkerung einen eigenen Staat als vorteilhaft und erstrebenswert empfindet und bereit ist, sich tatkräftig für seine Realisierung einzusetzen. Solche Faktoren sind neben der gemeinsamen Sprache und Kultur ein genügend großes, einheitliches und wirtschaftlich lebensfähiges Territorium und eine genügend zahlreiche Bevölkerung. Diese Voraussetzungen werden nur von einem kleinen Teil der sprachlichen Minderheiten in den Staaten der Europäischen Union erfüllt. Es liegt auf der Hand, daß Sprachgemeinschaften wie die Bretonen oder die Waliser kaum eine Chance hätten, in einem eigenen Staatswesen zu überleben, und selbst im Falle der Basken sind trotz des massiven Autonomiestrebens bestimmter Bevölkerungskreise erhebliche Zweifel angebracht. Etwas anderes gilt für die Katalanen, die sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht sämtliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Eigenstaatlichkeit erfüllen; allerdings ist die überwiegende Mehrheit der Katalanen aufgrund der weitreichenden Autonomie-rechte, die der spanische Staat seinen Minderheiten gewährt, an staatlicher Selbständigkeit nicht (mehr) interessiert. Auch die meisten übrigen Minderheiten in der Europäischen Union streben eine staatliche Eigenständigkeit nicht ernsthaft an.

1.1.3 Minderheitensprachen und Zweisprachigkeit

Dagegen wird von allen sprachlichen Minderheiten, wenngleich in unterschiedlicher Intensität, die Forderung nach kultureller Autonomie, insbesondere die Forderung nach Gleichstellung der betreffenden Minderheitensprache, erhoben. Dieses Anliegen findet in den einzelnen EU-Staaten eine unterschiedliche Resonanz. Ein häufig verwendetes Gegenargument lautet, die Sprecher von Minderheitensprachen seien doch in aller Regel zweisprachig und daher auch in der Lage, in der Mehrheitssprache

zu kommunizieren, so daß man es auf staatlicher Ebene mit der Einsprachigkeit bewenden lassen könne. Häufig steht jedoch bereits die Behauptung, eine Minderheit sei zweisprachig, auf tönernen Füßen, so daß es in jedem Falle einer genauen Überprüfung bedarf. Tatsächlich ist der Grad der Zweisprachigkeit bei den einzelnen Minderheiten sehr unterschiedlich.

In der Soziolinguistik, die sich mit dem hier angedeuteten Problembereich beschäftigt, unterscheidet man zwischen Bilinguismus als individueller und Diglossie als gesellschaftlicher Erscheinung (vgl. Bochmann 1989:34).

Beim Bilinguismus wirken zwei Sprachsysteme auf eine Person, den bilingualen Sprecher, ein. Bei dieser Form des Sprachkontakts kann es zu Interferenzen, d.h. zu einer Vermischung bzw. Überlagerung beider Sprachen, kommen. Besonders deutlich läßt sich dieses Phänomen beobachten, wenn die beiden betreffenden Sprachen eng miteinander verwandt sind. Interferenzen können auf allen Ebenen des Sprachsystems, von der phonetischen bis hin zur textuellen und pragmatischen Ebene, auftreten, besonders auffällig sind sie jedoch auf der lexikalischen Ebene, wo sie sich als "falsche Freunde" störend bemerkbar machen. Als "falsche Freunde" bezeichnet man lexikalische Einheiten, die in zwei Sprachen in gleicher oder ähnlicher Form, aber in unterschiedlicher Bedeutung auftreten, z.B. das englische *eventually*, das im Deutschen "endlich, schließlich" bedeutet.

Von Diglossie spricht man demgegenüber, wenn innerhalb eines Gesellschaftssystems zwei Sprachen verwendet werden, z.B. Spanisch und Katalanisch in Katalonien. Diglossiesituationen bieten eine ideale Basis für Bilinguismus, so daß bilinguale Sprecher in mehrsprachigen Gesellschaften besonders zahlreich sind. Hier können die zunächst auf individueller Ebene auftretenden Interferenzen auf die Dauer auch zu einer Annäherung der beiden Sprachsysteme führen.

Wie insbesondere Ferguson (1959) gezeigt hat, ist in einer Diglossiesituation der Status der beiden Sprachen zumeist unterschiedlich, was vielfach damit zusammenhängt, daß sie zumindest tendenziell in verschiedenen Lebensbereichen in Erscheinung treten. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn Sprache A dem beruflichen, Sprache B dem familiären Bereich zugeordnet ist. Dies führt zwangsläufig dazu, daß Sprache A als fachliches Kommunikationsmittel weiterentwickelt und ausgebaut wird, Sprache B aber nicht, was einen Prestigeverlust von Sprache B zur Folge hat. Früher oder später gewinnen die Sprecher von Sprache B den Eindruck, ihre Sprache sei Sprache A unterlegen, sie bedienen sich in zunehmendem Maße, möglicherweise auch im familiären Bereich, der Sprache A, so daß ihre Sprachkompetenz in Sprache B allmählich zurückgeht. Im schlimmsten Falle kann diese Entwicklung dazu führen, daß eine solche benachteiligte Sprache von ihren Sprechern aufgegeben wird (vgl. Fishman 1975:136ff.).

Diese Entwicklung ist jedoch nicht unabwendbar. Sie läßt sich mit geeigneten Mitteln vermeiden bzw. umkehren. Hierzu bedarf es allerdings des Zusammenwirkens von Politik und Sprachwissenschaft.

1.2 Sprachpolitik und Sprachplanung

Sprachpolitische und sprachplanerische Maßnahmen und Eingriffe aller Art basieren auf der Überzeugung, daß es möglich ist, die sprachliche Entwicklung zu beeinflussen (vgl. Coulmas 1985:260ff.). Diese Auffassung wird keineswegs von allen Sprachwissenschaftlern geteilt. Die Geschichte zahlreicher Sprachen belegt jedoch eindeutig, daß Sprache planbar ist (vgl. Haarmann 1990:41). Besonders spektakuläre Beispiele bieten die Wiederbelebung der hebräischen Sprache, die systematische Entwicklung des Indonesischen und der in den zwanziger Jahren in der Türkei vollzogene Übergang von der arabischen zur lateinischen Schrift. Diese Beispiele belegen zugleich, daß es nicht nur möglich, sondern auch sinnvoll ist, das Kommunikationsmittel Sprache durch gezielte Eingriffe an veränderte Bedürfnisse der Sprachgemeinschaft anzupassen (vgl. Dieckmann 1980:510f.). Es ist daher verständlich, daß die skeptische Haltung der Sprachwissenschaft gegenüber Fragen der Sprachplanung zunehmend aufgegeben wird, wie die positive Entwicklung der Interlinguistik seit den siebziger Jahren zeigt.

Die Frage nach dem Verhältnis von Sprachpolitik und Sprachplanung läßt sich folgendermaßen beantworten:

Die Sprachpolitik schafft die Voraussetzungen dafür, daß Sprachplanung in sinnvoller Weise stattfinden kann. So besteht eine grundlegende sprachpolitische Maßnahme, die jeder souveräne Staat treffen muß, in der Entscheidung, welche Sprache(n) im betreffenden Sprachgebiet als Amtssprache(n) Verwendung finden soll(en). Eine solche Entscheidung, die in einem Staat mit einer weitgehend homogenen Bevölkerung wie Deutschland unproblematisch erscheinen mag, kann für Staaten mit großen ethnischen Minderheiten, z.B. die baltischen Staaten, erheblichen politischen Sprengstoff enthalten. Sie setzt deshalb ein Höchstmaß an Autorität und Durchsetzungskraft voraus. Sprachpolitische Entscheidungen bedürfen jedoch der Umsetzung in entsprechende Gesetze sowie der Auslegung dieser Gesetze; hier liegt die Aufgabe des Sprachenrechts. Auf dieser Grundlage kann sich nun die Sprachplanung entfalten.

Aufgabe der Sprachplanung ist es, die von der Sprachpolitik vorgegebenen Richtlinien praktisch umzusetzen; dazu gehören insbesondere die Kodifizierung der Sprache und die Förderung ihrer gesellschaftlichen Verbreitung. Da allerdings die Politik vielfach auch den Sprachplanungsprozeß in mehr oder weniger starkem Maße beeinflußt, lassen sich Sprachpolitik und Sprachplanung nicht immer exakt trennen.

Im Rahmen der Sprachplanung empfiehlt es sich, mit Kloss (1969b:81ff.) zwischen Sprachstatusplanung und Sprachkorpusplanung zu unterscheiden: Aufgabe der Statusplanung ist es, „die politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit eine bisher eingeschränkt, in der Regel nur mündlich verwendete sprachliche Varietät zu einem Kommunikationsmittel werden kann, das grundsätzlich in allen Domänen der betreffenden Sprachgemeinschaft einsetzbar ist.“ Demgegenüber geht es bei der Korpusplanung darum, „in einem ersten Schritt die Vielzahl von Varianten, die von den Angehörigen einer Sprachgemeinschaft verwendet werden, zu erfassen und in einem zweiten Schritt diejenigen auszuwählen, die in ihrer Gesamtheit die künftige Standardvarietät bilden sollen“ (vgl. Haarmann (1988:1666)). Dabei spielt insbesondere die Entwicklung einer einheitlichen Orthographie sowie die Vereinheitlichung von Flexion und Lexik eine wichtige Rolle.

Beide Aspekte von Sprachplanung sind eng miteinander verknüpft: Ändert sich der Status einer Sprache oder Varietät, so muß auch das Korpus verändert werden, um der neuen Kommunikationssituation gerecht zu werden (vgl. Bachmann 1994:10).

Diese Überlegungen sind von einer Reihe von Autoren weiterentwickelt und präzisiert worden. So unterteilt Haugen (1987:627) den Prozeß der Sprachplanung in folgende vier Phasen:

1. Die Phase der Auswahl („selection“), in der das zu lösende Problem definiert wird und Grundsatzentscheidungen bezüglich der anzuwendenden Normen getroffen werden.
2. Die Phase der Kodifizierung („codification“), in der die Regeln für Grammatik, Orthographie und Lexik festgelegt werden.
3. Die Phase der Implementierung („implementation“): diese Phase umfaßt sämtliche Aktivitäten, die den Gebrauch einer Sprache in der zuvor ausgewählten und kodifizierten Norm fördern, insbesondere ihre Verbreitung in den Massenmedien und im Schulwesen sowie die Regelung des Sprachgebrauchs durch Gesetze und Verordnungen.
4. Die Phase des Ausbaus („elaboration“): diese Phase beinhaltet die kontinuierliche Weiterentwicklung und Anpassung der Sprache, damit diese den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird; dabei spielt die Aktualisierung der Terminologien eine wichtige Rolle.

Besonders detailliert ist das Modell von Gröschel (1982:17ff.), der den Sprachplanungsprozeß in 15 Einzelschritte unterteilt. Die letzten vier Schritte, die der Sprachpflege zugeordnet sind, lassen sich auch unmittelbar auf die etablierten

Standardsprachen wie Deutsch, Französisch usw. anwenden. Im einzelnen sind dies:

1. Effektivitätskontrolle
2. Bestätigung oder Modifikation der Kodifizierung
3. Propagierung des kodifizierten Standards
4. Rezeptionsforschung

Diese Aktivitäten, die sich in aller Regel an erwachsene Sprachnutzer wenden, zielen darauf ab, die Standardsprache zu erhalten und zu festigen. Gleichzeitig gilt es aber auch, die Sprache auszubauen, um sie als Kommunikationsmittel für die gesamte Gesellschaft funktionsfähig zu erhalten. Der jeweilige Standard wird durch Regelwerke zur Rechtschreibung und Aussprache, durch normative Grammatiken, Wörterbücher usw. propagiert. In diesem Zusammenhang spielen aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Fachkommunikation fachsprachliche und terminologische Aspekte eine immer wichtigere Rolle. Dies liegt nicht zuletzt deshalb nahe, weil gerade die Fachsprachen und Terminologien sich aufgrund ihrer Begriffsorientierung und Präzision für normative und planerische Eingriffe besonders gut eignen.

Die große Bedeutung, die der Statusplanung in allen Sprachplanungsmodellen zuerkannt wird, ist zweifellos gerechtfertigt, da der Erfolg sprachplanerischer Maßnahmen in starkem Maße von der politischen Legitimation dieser Maßnahmen abhängt. Da Sprachplanung nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie von denjenigen, die ihr Sprachverhalten ändern sollen, akzeptiert wird, muß für die entsprechenden Maßnahmen geworben werden. Daher ist wichtig, daß das staatliche Bildungswesen und die Massenmedien diese Maßnahmen unterstützen. Ein ganz entscheidender Faktor ist das Prestige der betreffenden Sprache. Wie Bochmann (1993:22) feststellt, ist der in vielen Ländern seit dem 19. Jahrhundert zu verzeichnende Rückgang von Minderheitensprachen und Dialekten zugunsten einer Nationalsprache oder Standardnorm vor allem auf das Bemühen der Eltern zurückzuführen, die Kinder bereits in der Familie diejenige Varietät zu lehren, die über das größere Prestige verfügt und die ihnen am ehesten eine Integration in die moderne Gesellschaft ermöglicht.

Die komplexen Probleme, die die Vielsprachigkeit Europas mit sich bringt, werden von den Politikern in den einzelnen europäischen Staaten bislang in recht unterschiedlicher Weise angegangen. Dies soll im folgenden näher beleuchtet werden.

2 Die Sprachpolitik der europäischen Staaten

Trotz der Annäherung, die sich in den vergangenen Jahrzehnten zwischen den Mitgliedstaaten der EU vollzogen hat, stellt sich die Minderheitenpolitik nach wie vor als ein breites Spektrum dar, das von einer "minderheitsfreundlichen" bis zu einer ausgesprochen "minderheitsunfreundlichen" Einstellung reicht. Zu den Staaten, deren Minderheitenpolitik als vorbildlich bezeichnet werden kann, gehört Spanien. Das ist besonders bemerkenswert, weil Spanien erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in den Kreis der europäischen Demokratien zurückgefunden hat. Die spanische Republik hatte zu Beginn der dreißiger Jahre den drei großen autochthonen Minderheiten auf spanischem Boden - Katalanen, Basken und Galiciern -, denen fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung Spaniens angehört, weitgehende Autonomie-rechte eingeräumt. Dies änderte sich grundlegend mit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahre 1939, als Franco an die Spitze des Staates trat. Spanien wurde ein Zentral-staat mit einer einzigen Staatssprache, dem kastilischen Spanisch; die Regionalsprachen Katalanisch, Baskisch und Galicisch wurden aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens verbannt. Während der folgenden 40 Jahre führten diese Sprachen ein Schat-tendasein; in den ersten Jahren des Franco-Regimes stand ihre Verwendung in der Öffentlichkeit sogar unter Strafe. Mit Francos Tod im Jahre 1975 setzte in Spanien ein dynamischer Demokratisierungsprozeß ein. Die 1978 in Kraft getretene Verfas-sung gewährt Katalonien, dem Baskenland und Galicien einen hohen Grad an Au-tonomie und garantiert die Zweisprachigkeit dieser Regionen (vgl. Bernecker 1990:30ff.).

Ein ganz anderes Bild bietet Frankreich, das kaum bereit ist, den besonderen Belangen der ethnischen Minderheiten auf seinem Staatsgebiet Rechnung zu tragen. Zwar läßt sich die Tatsache, daß es in Frankreich Bretonen, Elsässer, Katalanen, Basken und weitere autochthone Volksgruppen gibt, nicht ignorieren, trotzdem ist der französische Staat nicht bereit, diese als ethnische Minderheiten anzuerkennen. Diese Einstellung ergibt sich aus der zentralistischen Staatsdoktrin Frankreichs, die sich auf eine Jahrhunderte alte Tradition stützen kann und die es verbietet, irgendeinen Unterschied zwischen französischen Staatsbürgern zu machen (Hofmann 1995:91). Obwohl in dieser Frage in jüngerer Zeit, nicht zuletzt unter dem Einfluß der EU, ein allmähliches Umdenken einsetzt, ist die rechtliche Situation dieser Minderheiten - immerhin 8% aller französischen Staatsbürger - bislang unverändert. In dieser kompromißlosen Einstellung wird Frankreich unter den EU-Staaten nur noch von Griechenland übertroffen, das die Existenz ethnischer Minderheiten auf seinem Territorium kategorisch in Abrede stellt, so daß die in Griechenland lebenden Türken offiziell als "griechische Muslime" bezeichnet werden.

Andere EU-Mitgliedstaaten wiederum sind, was die Einstellung zu ihren ethnischen Minderheiten angeht, zwischen diesen beiden Extremen anzusiedeln. Dazu gehört Italien, wo ebenfalls eine recht große Zahl ethnischer Minderheiten zu Hause ist; die Liste ihrer Sprachen ist lang: Deutsch, Französisch, Ladinisch, Friaulisch, Sardisch, Okzitanisch, Katalanisch, Slowenisch, Kroatisch, Griechisch und Albanisch. Diese Minderheiten erfahren eine sehr unterschiedliche Behandlung: Eine privilegierte Stellung genießen die deutsche und die französische Sprache, die in den betreffenden Regionen, Trentino-Südtirol und dem Aosta-Tal, dem Italienischen gleichgestellt sind. Beide Regionen haben seit 1948 als autonome Regionen einen Sonderstatus innerhalb des italienischen Staates. Dagegen wurde der friaulischen Minderheit in der autonomen Region Friaul-Julisch Venetien nur eine eingeschränkte Zweisprachigkeit zugestanden. Alle übrigen Minderheitensprachen erhalten in Italien nur ein geringes Maß an Anerkennung und Förderung (Oellers-Frahm 1993).

Damit wird bereits deutlich, daß die ethnischen Minderheiten und ihre Sprecher in den Mitgliedstaaten der EU einen sehr unterschiedlichen Status haben. Was dies im einzelnen bedeutet, soll im folgenden am Beispiel des Deutschen in Südtirol und im Elsaß vergleichend beleuchtet werden.

2.1 Das Beispiel Südtirol

Südtirol gilt heute als eine der europäischen Regionen, in denen es gelungen ist, tragfähige Modelle für eine friedliche Lösung von Konflikten zu entwickeln. Hier leben drei Sprachgruppen, Deutsche, Italiener und Ladinier, zusammen. Von besonderer Bedeutung ist die gesetzlich verankerte Gleichstellung der beiden großen Sprachen, des Deutschen und Italienischen, in allen Lebensbereichen, insbesondere im Rechtswesen; vergleichbare Bedeutung haben die ebenfalls gesetzlich abgesicherten Garantien der sprachlichen und kulturellen Identität der kleinen ladinischen Sprachgruppe.

2.1.1 “Mehrheiten” und “Minderheiten” in Südtirol

Charakteristisch für die ethnische Situation Südtirols ist, daß nur die Ladinier über ein geschlossenes Sprachgebiet verfügen; demgegenüber sind die Siedlungsgebiete der deutschsprachigen und der italienischsprachigen Südtiroler eng miteinander verflochten, wobei sich die italienische Bevölkerung, die erst ab den zwanziger Jahren im Zuge der Industrialisierung nach Südtirol kam, besonders in den Städten konzentriert. Daher können die Begriffe “Minderheit” und “Mehrheit” im Südtiroler Kontext leicht zu Mißverständnissen führen (vgl. Cavagnoli/ Nardin 1997:5): Auf Italien bezogen sind die deutschsprachigen Südtiroler eine winzige Minderheit von

etwa einem halben Prozent, dagegen sind sie in ihrer eigenen Provinz, der vielfach auch als "Land Südtirol" bezeichneten Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, in der Mehrheit; von den etwa 450.000 Südtirolern sprechen 68 % Deutsch, 27,6 % Italienisch und 4,4 % Ladinisch als Muttersprache (ASTAT 1996:110f.). In der Provinzhauptstadt Bozen wiederum sind die Deutschsprachigen mit einem Bevölkerungsanteil von etwa einem Viertel in der Minderheit - sieht man einmal von der Bozner Altstadt ab, wo sie die Mehrheit bilden.

Daher ist der tägliche Umgang mit mehreren Sprachen - insbesondere natürlich mit dem Deutschen und dem Italienischen - für große Teile der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit. Damit wächst den Südtirolern in natürlicher Weise eine Mittlerfunktion zwischen dem deutschen und dem italienischen Kulturraum zu. Allerdings ist das friedliche, gleichberechtigte Zusammenleben der Sprachgruppen nicht so selbstverständlich, wie es heute manchem erscheinen mag. Welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, zeigt ein kurzer Blick auf die wechselvolle Geschichte Südtirols in diesem Jahrhundert.

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs war das heutige Südtirol mit seiner damals fast ausschließlich deutschsprachigen Bevölkerung Teil Österreich-Ungarns. Im Jahre 1919 wurde im Friedensvertrag von St. Germain der südlich des Brenner gelegene Teil Tirols Italien zuerkannt. Von schicksalhafter Bedeutung für die Südtiroler Bevölkerung war die Machtergreifung der Faschisten unter Mussolini im Jahre 1922. Mussolini hatte sich die vollständige Italianisierung Südtirols zum Ziel gesetzt, und er arbeitete systematisch auf dieses Ziel hin: 1925 wurde Italienisch zur alleinigen Amtssprache erklärt, Schulunterricht in deutscher Sprache, ja sogar das Sprechen der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit wurde unter Strafe verboten. In den dreißiger Jahren wurde eine Phase der Industrialisierung, insbesondere im Raum Bozen, eingeleitet, die mit einer systematischen Ansiedlung von Arbeitskräften aus nahezu allen Teilen Italiens verbunden war. Am Ende stand für viele Südtiroler der Verlust der Heimat: im Juni 1939 wurde in Berlin das deutsch-italienische Abkommen zur Umsiedlung der Südtiroler abgeschlossen. Tatsächlich wurden in den Jahren 1940 bis 1943 ca. 75.000 Südtiroler in von Deutschland besetzte Gebiete in Ost- und Südosteuropa ausgesiedelt; längst nicht alle kehrten nach Kriegsende in ihre Heimat zurück (vgl. Volgger 1994:23ff.).

Zwar gewährte die junge italienische Demokratie 1946 im Rahmen des italienisch-österreichischen Südtirol-Abkommens, des sogenannten Gruber-Degasperi-Abkommens, der Südtiroler Bevölkerung relativ weitreichende Autonomierechte, doch wurden diese in den fünfziger Jahren in zunehmendem Maße ausgehöhlt, was zu massiven Reaktionen von Seiten der deutschsprachigen Bevölkerung führte. Diese Entwicklung veranlaßte die "Schutzmacht" Österreich dazu, 1959 bei den Vereinten

Nationen Klage gegen Italien zu erheben. In den UNO-Resolutionen der Jahre 1960 und 1961 wurde den Parteien aufgegeben, sich friedlich zu einigen. Das Ergebnis der Verhandlungen, die mit diesem Ziel zwischen Österreich und Italien geführt wurden, war ein Bündel von Maßnahmen zum besseren Schutz der Südtiroler, auf das sich beide Staaten 1969 einigten; unter diesen Maßnahmen, als "Paket" bezeichnet, nimmt das 1972 abgeschlossene Autonomiestatut eine herausragende Stellung ein. Seitdem wurden die vereinbarten Maßnahmen schrittweise in die Tat umgesetzt. Mit der sogenannten "Streitbeilegungserklärung" Österreichs fanden die Südtirol-Verhandlungen 1992 ihren offiziellen Abschluß (vgl. Kucera/ Faustini 1992:20ff.).

Damit ist die Autonomie jedoch nach Meinung vieler lediglich in eine neue Phase eingetreten, in der es darum geht, die autonomierechtlichen Bestimmungen aufgrund der sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen dynamisch weiterzuentwickeln. Auch in diesem Zusammenhang spielen Sprachenrecht und Sprachpolitik eine zentrale Rolle.

2.1.2 Die Gleichstellung der Sprachen in Südtirol

Die für den gleichberechtigten Gebrauch der Sprachen grundlegenden Bestimmungen finden sich im Autonomiestatut von 1972, dessen Art. 99 besagt:

"Die deutsche Sprache ist in der Region der italienischen Sprache, die die amtliche Staatssprache ist, gleichgestellt."

Eine Präzisierung dieser Vorschrift bietet die Regelung des Art. 100 Abs. 1:

"Die deutschsprachigen Bürger der Provinz Bozen haben das Recht, im Verkehr mit den Gerichtsämtern und mit den Organen und Ämtern der öffentlichen Verwaltung, die ihren Sitz in der Provinz haben oder regionale Zuständigkeit besitzen, sowie mit den Konzessionsunternehmen, die in der Provinz öffentliche Dienste versehen, ihre Sprache zu gebrauchen."

Die konsequente Umsetzung dieser Bestimmungen hat dazu geführt, daß das gesamte öffentliche Leben in Südtirol von einer umfassenden deutsch-italienischen Zweisprachigkeit geprägt wird. Da die ladinische Sprachgruppe wesentlich kleiner ist als die beiden anderen Gruppen und da die Ladinier über ein geschlossenes Siedlungsgebiet verfügen, wäre es weder sinnvoll noch praktikabel gewesen, dem Ladinischen die gleiche sprachenrechtliche Position einzuräumen wie dem Deutschen und dem Italienischen - was die ladinische Bevölkerung im übrigen nie für sich beansprucht hat. Andererseits ist man sich in Südtirol der Tatsache bewußt, daß eine kleine Sprachgruppe des besonderen Schutzes bedarf. Art. 102 des Autonomiestatuts lautet:

“Die ladinische Bevölkerung hat das Recht auf Förderung der eigenen Bestrebungen und Tätigkeiten auf dem Gebiete der Kultur, der Presse und der Freizeitgestaltung sowie das Recht auf die Erhaltung der Ortsnamen und eigenen Überlieferungen.”

Die systematische Konkretisierung dieser Vorgaben hat dazu geführt, daß die ladinische Sprache, die eine Zeitlang in ihrem Fortbestehen bedroht schien, ihre Position stärken konnte, so daß das Ladinische heute wesentlich fester in der Gesellschaft verankert ist als noch vor wenigen Jahrzehnten.

Unter den Rechten, die sich für den einzelnen Bürger aus der Gleichstellung der Sprachen ergeben, sind das Recht auf Schulunterricht in der Muttersprache sowie das Recht, mit Gerichten und Verwaltungsstellen ausschließlich in der Muttersprache zu kommunizieren, von besonderer Bedeutung. Diesen Rechten entspricht die Verpflichtung des Staates, ein entsprechendes Schulangebot zur Verfügung zu stellen und für eine angemessene Mehrsprachigkeit seiner Organe Sorge zu tragen. Diese beiden Aspekte sollen im folgenden näher beleuchtet werden.

2.1.2.1 Der Schulunterricht in der Muttersprache

Art. 19 des Autonomiestatuts bestimmt:

“In der Provinz Bozen wird der Unterricht in den Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen in der Muttersprache der Schüler, das heißt in italienischer oder deutscher Sprache, von Lehrkräften erteilt, für welche die betreffende Sprache ebenfalls Muttersprache ist.”

Diese Bestimmung hat weitreichende Konsequenzen; denn sie besagt ja eindeutig, daß Italiener und Deutsche in Südtirol von der Vorschule bis zum Ende ihrer schulischen Laufbahn an einsprachigen Schulen, d.h. voneinander getrennt, unterrichtet werden. Ausnahmen von dieser Regelung, insbesondere gemischtsprachige Schulen - auch solche in privater Trägerschaft -, sind nicht zugelassen. Allerdings steht es den Eltern frei, ihre Kinder auf eine Schule der jeweils anderen Sprachgruppe zu schicken. Italienisch bzw. Deutsch wird während der gesamten Schulzeit als erste Fremdsprache gelernt. Ausgehend von diesem Prinzip der getrennten Entwicklung ist es nur konsequent, daß es in Südtirol drei voneinander unabhängige Schulsysteme, für die italienische, die deutsche und die ladinische Sprachgruppe, gibt.

Der entscheidende Grund für die auf den ersten Blick paradox erscheinende Tatsache, daß man sich gerade im mehrsprachigen Südtirol für einsprachige Schulen entschieden hat, liegt in den eingangs skizzierten leidvollen Erfahrungen der deutschen Sprachgruppe, die die rechtliche Gleichstellung ihrer Sprache erkämpfen mußte. Auch heute noch sehen viele deutschsprachige Südtiroler in einer gemischtsprachigen Schule

eine Gefährdung ihrer Identität; es liegt auf der Hand, daß solche Ängste in der italienischen Sprachgruppe, die nicht über vergleichbare Erfahrungen verfügt, weniger verbreitet sind.

Ebenso überraschend ist für Außenstehende in diesem Zusammenhang, daß für die ladinischen Schulen völlig andere Regeln gelten: sie sind dreisprachig. Art. 19 Abs. 2 des Autonomiestatuts bestimmt hierzu:

“Die ladinische Sprache wird in den Kindergärten verwendet und in den Grundschulen der ladinischen Ortschaften gelehrt. Dort dient die Sprache auch als Unterrichtssprache in den Schulen jeder Art und jeden Grades. In diesen Schulen wird der Unterricht auf der Grundlage gleicher Stundenzahl und gleichen Enderfolges in Italienisch und in Deutsch erteilt.”

Um dieser Bestimmung gerecht zu werden, muß der Unterricht so gestaltet werden, daß die Schüler am Ende jeder Schulstufe Deutsch und Italienisch ungefähr gleich gut beherrschen. Zu diesem Zweck werden in der Grundschule sämtliche Fächer im wöchentlich wechselnden Rhythmus in deutscher bzw. italienischer Sprache unterrichtet. Das Ladinische, das für die meisten Schüler die Muttersprache darstellt, tritt teils als Erläuterungssprache (vor allem im ersten Schuljahr), teils als eigenes Fach zu den Sprachen Deutsch und Italienisch hinzu (vgl. Rifesser 1994:15).

Der mehrsprachige Unterricht stellt nicht nur an die Schüler, sondern auch an die Lehrkräfte besondere Anforderungen; diese müssen nicht nur über entsprechende Sprachkenntnisse, sondern auch über angemessene methodisch-didaktische Voraussetzungen verfügen. Von ihnen wird - gleichgültig, welche Fächer sie unterrichten - erwartet, daß sie alle drei Landessprachen beherrschen.

Daß die Regelung für die ladinische Sprachgruppe sich so grundlegend von der Regelung für die beiden großen Sprachgruppen Südtirols unterscheidet und damit der offiziellen Philosophie zuwiderläuft, wird mit der speziellen Situation der ladinischsprachigen Bevölkerung begründet (siehe dazu im einzelnen 8.1). Diese Sprachgruppe, die fast ausschließlich in den beiden Tälern Gröden und Gadertal lebt und dort über 90% der Bevölkerung bildet, umfaßt insgesamt lediglich 18.500 Menschen. Daher ist für die Sprecher des Ladinischen bereits aus rein praktischen Gründen die Kenntnis mindestens einer der beiden großen Landessprachen unerlässlich. Zudem unterscheiden sich das in Gröden und das im Gadertal gesprochene ladinische Idiom nicht unerheblich voneinander, so daß es bislang - trotz intensiver Bemühungen um eine Sprachvereinheitlichung - noch keine einheitliche, allgemein verbindliche ladinische Schriftsprache gibt (vgl. Kattenbusch 1989).

2.1.2.2 Mehrsprachigkeit in der Landesverwaltung

Damit das Recht des Bürgers, im Verkehr mit den staatlichen Organen seine Muttersprache zu verwenden, verwirklicht werden kann, muß der Staat sicherstellen, daß seine Organe tatsächlich zweisprachig - in den ladinischen Landesteilen sogar dreisprachig - sind. Daher gilt für die Besetzung sämtlicher Stellen im öffentlichen Dienst des Landes Südtirol eine strikte Proporzregelung, die gewährleistet, daß die einzelnen Sprachgruppen entsprechend ihrem jeweiligen Anteil an der Gesamtbevölkerung bei der Besetzung von Stellen berücksichtigt werden.

Art. 89 des Autonomiestatuts - die Vorschrift, die die Erstellung der Stellenpläne in Südtirol regelt -, bestimmt in Absatz 3:

“Die Stellen ... werden, nach Verwaltung und Laufbahn gegliedert, Bürgern jeder der drei Sprachgruppen vorbehalten, und zwar im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen, wie sie aus den bei der amtlichen Volkszählung abgegebenen Zugehörigkeitserklärungen hervorgeht.”

Das bedeutet, daß jeder einzelne Bürger sich ausdrücklich zu einer bestimmten Sprachgruppe bekennen muß, um im Landesdienst beschäftigt werden zu können; diese Erklärung ist im Rahmen der regelmäßig im Abstand von zehn Jahren durchgeführten Volkszählungen abzugeben. Seit 1991 besteht die Kategorie der “Sonstigen”, allerdings ist es weiterhin erforderlich, im Rahmen der Proporzregelung für eine der drei “offiziellen” Gruppen zu optieren.

Diese proportionale Verteilung von Stellen auf Angehörige aller drei Sprachgruppen führt zwar automatisch zu einem gewissen Maß an Mehrsprachigkeit innerhalb der Landesverwaltung, sie garantiert jedoch nicht, daß jede Dienststelle in den benötigten Sprachen arbeitsfähig ist. Dies ist nur dann wirklich sichergestellt, wenn jeder einzelne öffentliche Bedienstete über angemessene Kenntnisse im Italienischen und Deutschen - in bestimmten Fällen darüber hinaus auch im Ladinischen - verfügt. Daher setzt die Aufnahme in den öffentlichen Dienst zwingend den Nachweis entsprechender Sprachkenntnisse voraus; zu diesem Zweck ist eine spezielle staatliche Prüfung, die Zwei- bzw. Dreisprachigkeitsprüfung, abzulegen. Die Prüfung ist, entsprechend den “Laufbahnen” der Südtiroler Landesverwaltung, in drei Schwierigkeitsstufen unterteilt. Während auf der untersten Stufe nur die mündlichen Sprachkenntnisse geprüft werden, bestehen die Prüfungen auf den beiden übrigen Stufen aus einem schriftlichen Teil (einer italienisch-deutschen und einer deutsch-italienischen Übersetzung) sowie einem mündlichen Teil. Ziel der Prüfung ist es, die praktischen Sprachkenntnisse sowie - auf den beiden oberen Stufen - die Kenntnis der wichtigsten Ausdrücke der Verwaltungssprache zu überprüfen.

Die Tatsache, daß der Sprachbedarf der Verwaltung so deutlich herausgestellt wird,

unterstreicht, daß die Zwei- bzw. Dreisprachigkeitsprüfung nicht die Aufgabe hat, die Sprachkenntnisse der Bevölkerung zu überprüfen oder zu verbessern; sie soll vielmehr die Funktionstüchtigkeit der Landesverwaltung in dem vom Gesetzgeber vorgegebenen Sinn sicherstellen. Die praktische Bedeutung der Prüfung geht jedoch weit darüber hinaus. Da auch in großen Teilen der Privatwirtschaft der Nachweis der Zweisprachigkeit gefordert wird, ist das Bestehen der Prüfung für viele Südtiroler Bürger geradezu unerlässlich. Dies kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß - bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 450.000 - jährlich bis zu 15.000 Prüfungen abgenommen werden, wobei allerdings der hohe Anteil der "Wiederholer" zu berücksichtigen ist. Der Wunsch bzw. die Notwendigkeit, die Zweisprachigkeitsprüfung zu bestehen, ist daher für viele Südtiroler der entscheidende Anreiz, sich intensiv mit der anderen Sprache zu beschäftigen.

2.1.3 Sprachpolitik in Südtirol - eine Zwischenbilanz

2.1.3.1 Zum Stand der Mehrsprachigkeit

Die Ergebnisse dieser konsequent betriebenen Sprachpolitik sind nicht zu übersehen. Konnte man noch Ende der siebziger Jahre Zwei- und Dreisprachigkeit, von Ausnahmen abgesehen, für ein Privileg der deutschen und ladinischen Sprachgruppe halten, so kann davon heute keine Rede mehr sein. Die Zahl der Italiener, die über gute Deutschkenntnisse verfügen, wächst ständig; gleichzeitig wächst auch die Zahl der im eigentlichen Sinne Bilingualen, die sich nicht mehr eindeutig einer bestimmten Sprachgruppe zuordnen lassen. Trotz dieser ganz offensichtlichen Fortschritte ist der angestrebte Idealzustand einer in der gesamten Südtiroler Bevölkerung verankerten Mehrsprachigkeit noch lange nicht erreicht (vgl. Carli 1993:239ff.). Was die Gründe betrifft, gehen die Meinungen naturgemäß weit auseinander. Daher ist die Politik gerade in diesem sensiblen Bereich auf möglichst objektive Situationsbeschreibungen angewiesen, die Entwicklungstendenzen aufzeigen und Entscheidungen erleichtern können.

Aus diesem Grunde faßte der Südtiroler Landtag 1989 den Beschluß, durch regelmäßige demoskopische Erhebungen Informationen über die Probleme des Südtiroler Zusammenlebens zu gewinnen und so dazu beizutragen, "daß bewußte Desinformation und Demagogie in Zukunft keine Chance mehr haben, das gesellschaftliche Klima zu verschlechtern und Spannungen hervorzurufen" (Atz 1992:84). Ausgehend von diesem Beschluß führte das Südtiroler Landesinstitut für Statistik (ASTAT) 1991 eine Befragung in der Bevölkerung durch, bei der es darum ging, Spannungen zwischen den Sprachgruppen schon im Ansatz zu erkennen und mögliche Ursachen zu identifizieren. Diese empirisch ausgerichtete soziologische Untersuchung förderte

u.a. detailliertes statistisches Material zum Stand der Sprachkenntnisse der Südtiroler Bevölkerung zutage.

67% der Italiener und 90% der Deutschen gaben an, die andere Sprache zu verstehen und/oder zu sprechen, während fast alle Ladinier erklärten, zusätzlich zu ihrer Muttersprache auch Deutsch und Italienisch zu verstehen bzw. zu sprechen. Außerhalb der ladinischen Sprachgruppe sind Ladinischkenntnisse nur sehr selten anzutreffen (vgl. Buson 1992:103).

Bei der Befragung wurde nicht ausdrücklich zwischen aktiver und passiver Sprachbeherrschung unterschieden, so daß den Befragten ein erheblicher Spielraum für ihre Selbsteinschätzung blieb; insbesondere die aktiven Sprachkenntnisse dürften deshalb im Niveau stark variieren. Wenngleich ein erheblicher Teil der deutschsprachigen Bevölkerung, wie sich im Südtiroler Alltag unschwer feststellen läßt, eine solide aktive Kenntnis des Italienischen besitzt, dürften unter den 90% Deutschsprachigen, die angaben, über Italienischkenntnisse zu verfügen, auch viele sein, die Italienisch zwar mehr oder weniger gut verstehen, es aber nicht oder kaum sprechen können. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die italienische Sprachgruppe; hier dürfte der Anteil der Personen, die tatsächlich in der Lage sind, in Alltagssituationen problemlos auf deutsch zu kommunizieren, erheblich unter den angegebenen 67% liegen. Wenn man dies berücksichtigt, stimmt die Tatsache, daß die verbleibenden 33% von vornherein angeben, keine oder nur sehr geringe Deutschkenntnisse zu besitzen, nachdenklich. Dies gilt um so mehr, als es sich dabei nur zum Teil um Angehörige der älteren Generation handelt: nicht weniger als 15% der Jüngeren, die ja praktisch während ihrer gesamten Schulzeit Deutschunterricht erhalten haben - und dies mit relativ hoher Stundenzahl - erklären, daß sie über keine Deutschkenntnisse verfügen (Buson 1992:111).

Ein bestimmender Faktor für den Grad der Sprachbeherrschung ist naturgemäß die Intensität der Kontakte zur anderen Sprachgruppe. Daher erklären so gut wie alle Befragten italienischer Muttersprache, die in Ortschaften wohnen, in denen die andere Gruppe die große Mehrheit bildet, daß sie über deutsche Sprachkenntnisse verfügen; in den gemischtsprachigen Ortschaften sinkt der Anteil auf 75%, während er in den Ortschaften mit vorwiegend italienischsprachiger Bevölkerung (im wesentlichen Bozen/Leifers) nur 63% beträgt (Buson 1992:105). Daraus ergibt sich, daß gerade in der Hauptstadt Südtirols mit ihrem hohen Anteil an akademisch gebildeten Italienern besonders wenig Kontakt zwischen den Sprachgruppen besteht. Dazu, daß viele Italiener gerade in Bozen wenig Neigung verspüren, sich um die deutsche Sprache zu bemühen, trägt auch bei, daß die deutschsprachige "Minderheit" den Italienern hier in besonderer Weise sprachlich entgegenkommt.

Trotz aller erzielten Erfolge ist somit nicht zu übersehen, daß gerade in der

italienischen Bevölkerung noch erhebliche Defizite bezüglich der Kenntnis der zweiten Sprache festzustellen sind. Einen deutlichen Beweis hierfür liefern nicht zuletzt die Ergebnisse der Zweisprachigkeitsprüfung; bei dieser Prüfung, die zwischen 1977 (dem Jahr, in dem die ersten Prüfungen durchgeführt wurden) und 1991 (dem letzten Jahr, in dem die Ergebnisse nach Sprachgruppen aufgeschlüsselt wurden) durchschnittlich nur von etwa 42% der Kandidaten bestanden wurde, schnitten die Italiener besonders schlecht ab: Während 48% der deutschen und 61% der ladinischen Kandidaten die Prüfung bestanden, lag der Anteil der Italiener lediglich bei knapp 30% (Bonell/Winkler 1994:119). Allerdings nehmen offenbar auch die Probleme der deutschen Sprachgruppe zu: der Anteil der erfolgreichen deutschsprachigen Kandidaten ist im Laufe der Jahre 1978-1990 von 59% auf 45,3% gesunken, ein proportional stärkerer Rückgang als bei den italienischen Kandidaten, deren Erfolgsquote im gleichen Zeitraum "nur" von 35,4% auf 29,2% zurückgegangen ist.

Bei diesen insbesondere für die italienischsprachige Bevölkerung enttäuschenden Ergebnissen ist zu bedenken, daß die Zweisprachigkeitsprüfung, wie bereits erwähnt, für viele Südtiroler eine große praktische Bedeutung hat. Da das Nichtbestehen dieser Prüfung - und ganz generell mangelnde Zweisprachigkeit - mit erheblichen beruflichen Nachteilen verbunden sein kann, drängen gerade die italienischsprachige Bevölkerung und ihre politischen Vertreter darauf, bessere Möglichkeiten zum Erlernen der zweiten Sprache zu schaffen (vgl. Cavagnoli/ Nardin 1997:12ff.). In erster Linie geht es dabei um eine Verbesserung des schulischen Sprachunterrichts, der zu vielfältiger Kritik Anlaß gibt. Sehr hemmend macht sich hier die Tatsache bemerkbar, daß aufgrund der strikt getrennten Schulsysteme wenig Möglichkeiten für schulische Kontakte zur deutschen Sprachgruppe bestehen. Hinzu kommt, daß die deutschsprachigen Südtiroler es ihren italienischsprachigen Mitbürgern nicht immer leicht machen, die nötige Sicherheit im Gebrauch der zweiten Landessprache zu erwerben. Während die Italiener im Schulunterricht Hochdeutsch lernen, ist im Südtiroler Alltagsleben der Tiroler Dialekt vorherrschend. Da dieser von den wenigsten Italienern verstanden wird, ist eine Verständigung zwischen beiden Seiten bestenfalls auf Hochdeutsch möglich. Da dies wiederum von vielen deutschsprachigen Südtirolern als unnatürlich empfunden wird und es ihnen oft auch an der nötigen Geduld fehlt, ziehen sie es vielfach vor, mit Italienern Italienisch zu sprechen - eine für den italienischen Deutschlerner höchst frustrierende Situation.

Die überraschende Tatsache, daß die Ladinier, die es von vornherein nicht mit einer, sondern mit zwei Fremdsprachen zu tun haben, bei der Zwei- bzw. Dreisprachigkeitsprüfung besser abschneiden als die beiden großen Sprachgruppen, ist ein deutlicher Beweis für die Leistungsfähigkeit der ladinischen Schule. Trotz der erhöhten Anforderungen, die diese Schule stellt, wird sie offenkundig von der ladinischen Bevölkerung nicht in Frage gestellt.

Dieses möglicherweise auch für andere Regionen interessante Modell war inzwischen Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, die den hohen Standard des Unterrichts an den ladinischen Schulen bestätigten. So ergab eine Überprüfung der Sprachkompetenz der ladinischen Pflichtschulabgänger, daß diese ihre Muttersprache Ladinisch gut beherrschen, während sie über eine etwas geringere Sprachkompetenz im Italienischen und eine nochmals etwas geringere Sprachkompetenz im Deutschen verfügen. Eine zweite, von Wissenschaftlern der Universitäten Wien und Rom durchgeführte Untersuchung, die 1993 abgeschlossen wurde, betraf die Leseleistung der Schüler. Auch diese Untersuchung, die an Schulen aller drei Sprachgruppen in ganz Südtirol durchgeführt wurde, ergab, daß die deutsche und italienische Sprachkompetenz der ladinischen Schüler im wesentlichen derjenigen der deutsch- und italienisch-sprachigen Schüler entspricht, daß sie in ihrer ladinischen Muttersprache jedoch bessere Ergebnisse erzielen als die anderen beiden Sprachgruppen in ihrer jeweiligen Muttersprache (Rifesser 1994:22ff.).

Wenngleich die Ladinischkenntnisse der jungen Ladiner von manchen Sachkennern etwas skeptischer beurteilt werden, könnten diese Ergebnisse dafür sprechen, das ladinische Modell auf das gesamte Südtiroler Schulwesen zu übertragen, um so mehr, als dies den Forderungen breiter italienischer Bevölkerungsschichten entgegenkäme. Maßnahmen in dieser Richtung, die eine entsprechende Änderung des Autonomiestatuts voraussetzen würden, sind jedoch offenbar von den politisch Verantwortlichen noch nie ernsthaft in Betracht gezogen worden. Jeder Vorschlag, der auf eine "Aufweichung" der kategorischen Bestimmungen des Autonomiestatuts abzielt, stößt in der deutschen Sprachgruppe auf heftigen Widerstand; daher zeigt die maßgebliche politische Vertretung dieser Sprachgruppe, die Südtiroler Volkspartei (SVP), die im Landtag seit jeher über die absolute Mehrheit verfügt, in dieser Frage keinerlei Kompromißbereitschaft. Selbst wesentlich "bescheidenere" Vorschläge, insbesondere der Vorschlag, an italienischsprachigen Schulen in gewissem Umfang Immersionsunterricht einzuführen, d.h. bestimmte Fächer in deutscher Sprache zu unterrichten, werden unter Hinweis auf die Bestimmungen des Autonomiestatuts abgelehnt (vgl. Cavagnoli/ Nardin 1997:42f.). Auch diese Reaktion, die angesichts des europäischen Einigungsprozesses anachronistisch anmuten mag, läßt sich wohl am ehesten vor dem Hintergrund der traumatischen Erfahrung der deutschen Sprachgruppe verstehen. Man befürchtet, daß eine - wenn auch nur teilweise - Einschränkung der Einsprachigkeit der italienischen Schulen früher oder später zu einer vergleichbaren Entwicklung an den deutschsprachigen Schulen führen würde, die wiederum einen sprachlichen Erosionsprozeß mit einem daraus folgenden Identitätsverlust auslösen könnte.

Man muß daher davon ausgehen, daß der politische Wille zu grundlegenden

Reformen im Schulbereich im Augenblick nicht vorhanden ist. Es fehlt jedoch keineswegs an der Bereitschaft, auf Verbesserungen der sprachlichen Situation hinzuarbeiten, die sich auf der Grundlage des bestehenden Systems erzielen lassen. Dazu gehört auch die Reform der Zweisprachigkeitsprüfung, die - insbesondere aufgrund der hohen Mißerfolgsquote - in der Öffentlichkeit seit langem kritisiert wird. Bei dieser Reform, zu der sich die Südtiroler Landesregierung 1996 entschlossen hat, geht es neben grundlegenden Änderungen im praktisch-organisatorischen Bereich in besonderem Maße darum, die Rolle der Sprache als Kommunikationsfaktor zu unterstreichen. Zu diesem Zweck werden eine auf die speziellen Bedürfnisse Südtirols zugeschnittene Methodik und umfangreiches Prüfungsmaterial entwickelt. An diesem wichtigen Reformvorhaben sind neben den zuständigen Südtiroler Verwaltungsstellen Sprachwissenschaftler aus Südtirol und dem übrigen Italien sowie aus dem deutschsprachigen Raum beteiligt. Man hofft, daß die reformierte Zweisprachigkeitsprüfung bei den Betroffenen ein positives Echo findet und zu einer allgemeinen Verbesserung der Sprachkenntnisse in der Südtiroler Bevölkerung beiträgt.

2.1.3.2 Sprache und Identität

Die derzeitige Situation ist somit nicht frei von Widersprüchen. Auf der einen Seite hat sich inzwischen in allen Sprachgruppen die Erkenntnis durchgesetzt, daß es wichtig ist, mehr als nur eine Landessprache zu beherrschen. Die Förderung der Zwei- bzw. Dreisprachigkeit ist seit langem ein zentrales Anliegen der Südtiroler Politik; der öffentliche Dienst geht hier, wie gezeigt, mit gutem Beispiel voran. Trotzdem verläuft zwischen den Sprachgruppen nach wie vor eine unsichtbare Grenze. Die im Autonomiestatut verankerte strikte Proporzregelung, die ursprünglich den hart erkämpften Status der deutschen Sprachgruppe absichern sollte, zwingt den einzelnen dazu, sich für eine bestimmte Sprachgruppe zu erklären. Damit werden die Unterschiede zwischen den Gruppen, die durch die jeweilige "Muttersprache" definiert werden, zwangsläufig akzentuiert und institutionalisiert.

Vor diesem Hintergrund ist die Frage, wie sich das Zusammenleben der beiden Sprachgruppen in der Realität gestaltet, von größtem Interesse. Aufschlußreich ist dabei, wie sich die Sprachgruppen selbst sehen und welche Einstellungen sie zu den jeweils anderen Gruppen haben. Eng damit verknüpft ist die Frage, ob sich in über 70 Jahren wechselhaften Zusammenlebens so etwas wie eine gemeinsame Südtiroler Identität entwickelt hat. Dieser Fragenkomplex steht im Mittelpunkt der bereits erwähnten Umfrage des Südtiroler Landesinstituts für Statistik von 1991, die sich das Ziel gesetzt hatte, mögliche Spannungen zwischen den Sprachgruppen aufzuzeigen.

Die derzeitigen Beziehungen zwischen den Sprachgruppen werden stark dadurch beeinflusst, daß der Grad der ethnischen Identifikation innerhalb der einzelnen

Gruppen sehr hoch ist: 97% der Befragten ordneten sich eindeutig einer Sprachgruppe zu (Atz 1992:87). Diese Tatsache spiegelt sich auch in den folgenden Zahlen wider:

83% der Italiener und 50% der Deutschen geben an, daß sie bei der Arbeit häufig Kontakt mit Angehörigen der anderen Gruppe haben. Demgegenüber sind die Freizeitkontakte um einiges weniger intensiv: 55% der Italiener und 28% der Deutschen haben in ihrer Freizeit häufig Kontakt zu Angehörigen der anderen Gruppe, während dies bei 11% der Italiener und bei 21% der Deutschen nie der Fall ist. Im Kontakt mit Freunden verwenden beide Gruppen die andere Sprache in gleichem Umfang: 12% der Italiener und 12% der Deutschen sprechen häufig die andere Sprache, während dies bei jeweils 40% und 23% nie der Fall ist (Buson 1992:105f.). Auch hier beeinflusst die Tatsache, daß ein Drittel der Italiener die andere Sprache nicht kennt, die Möglichkeiten der Kommunikation zwischen beiden Gruppen erheblich. Daß es in beiden Sprachgruppen die jüngere Generation ist, die sich am häufigsten der zweiten Sprache bedient, kann nicht überraschen.

Nachdenklich stimmt die Tatsache, daß in weiten Teilen der italienischen Bevölkerung das Gefühl herrscht, ihre Sprachgruppe werde, insbesondere im Berufsleben, benachteiligt. Während 80% die eine oder andere Form von Benachteiligung erkennen, ist der entsprechende Anteil bei den Deutschen und Ladinern nur halb so hoch (Atz 1992:92). Entsprechend unterschiedlich beurteilen die Sprachgruppen auch zentrale Bestimmungen der Südtiroler Autonomie, insbesondere den ethnischen Proporz und die Pflicht zur Zweisprachigkeit im öffentlichen Dienst. Während diese Bestimmungen bei der deutschen und der ladinischen Sprachgruppe auf breite Zustimmung stoßen, ist nur eine Minderheit der italienischen Sprachgruppe von ihrer Notwendigkeit überzeugt (Atz 1992:95).

Bei der Interpretation der Untersuchungsergebnisse ist zu berücksichtigen, daß die Sprachgruppen sich in ihrer Sozialstruktur erheblich unterscheiden. Zwei Drittel der Italiener konzentrieren sich auf das Ballungszentrum Bozen/Leifers. In den 6 Südtiroler Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern leben laut Volkszählung von 1981 fast 90% der italienischen, aber nur 27% der deutschen und 7% der ladinischen Bevölkerung (Atz 1992:91). Dieser ungleichen Verteilung entspricht ein starkes Gefälle in der Bildungsstruktur: der Anteil der Personen mit abgeschlossenem Hochschulstudium ist in der italienischen Sprachgruppe wesentlich höher als in der deutschen und der ladinischen Gruppe.

Vor diesem Hintergrund wird zusammenfassend (Atz 1992:96) festgestellt, daß die eigentlichen Probleme auf der Ebene der sozioökonomischen und politischen Verhältnisse zu liegen scheinen. Solange sich eine der Sprachgruppen so deutlich im Nachteil sehe und den gesetzlichen Rahmenbedingungen so skeptisch gegenüberstehe, wie dies zur Zeit bei der italienischen Sprachgruppe der Fall ist, müsse der ethnische

Friede brüchig sein. In gleichem Sinne, allerdings in bewußt überspitzter Form, heißt es an anderer Stelle (Buson 1992:111), es sei eine Illusion zu glauben, daß dann, wenn einmal eine perfekt zweisprachige Südtiroler Gesellschaft erreicht sei, die größten Probleme automatisch gelöst wären. Wenn nämlich gleichzeitig mit diesem Prozeß nicht gewisse strukturelle und gesellschaftliche Barrieren überwunden würden, die in anderen historischen und kulturellen Phasen durchaus gerechtfertigt gewesen seien, werde die perfekte Zweisprachigkeit keinerlei positive Auswirkungen auf die Annäherung zwischen den beiden Sprachgruppen und ihr reales Zusammenleben haben.

Anlaß zu Optimismus bietet andererseits, daß ein Großteil der Südtiroler sich dafür ausspricht, die Zusammenarbeit zwischen den Sprachgruppen zu fördern. Italiener und Ladinier tun dies zu weit über 80%. Besonders häufig werden dabei Begegnungen während der Freizeit und in der Schule sowie die Aufhebung der Trennung nach Sprachgruppen in verschiedenen Lebensbereichen, vor allem in der Schule, vorgeschlagen (Atz 1992:88f.). Zu einem sehr günstigen Ergebnis führte auch die sogenannte "Sympathiefrage": jede der Südtiroler Sprachgruppen empfindet für die beiden anderen Gruppen größere Sympathie als für jede andere in der Befragung aufgeführte Volksgruppe bzw. Nationalität (Atz 1992:85f.). Aus diesen und weiteren in die gleiche Richtung zielenden Ergebnissen der Untersuchung läßt sich mit aller gebotenen Vorsicht folgern, daß die Südtiroler Sprachgruppen tatsächlich dabei sind, eine gemeinsame Identität zu entwickeln.

Die Ergebnisse dieser Studie wurden durch eine 1994 von einer deutsch-italienischen Forschergruppe (Kohr/ Martini/ Wakenhut 1995) durchgeführte Untersuchung, die die Einstellung der jungen Südtiroler zur jeweils anderen Sprachgruppe bzw. Sprache zum Gegenstand hatte, ergänzt und weitgehend bestätigt. Insbesondere wird in der Studie festgestellt, die Jugendlichen der italienischen Sprachgruppe sähen sich, im Gegensatz zu den beiden anderen Sprachgruppen, mehrheitlich benachteiligt, was zu politisch extremen, insbesondere nationalistischen Orientierungen führe. Auch die Einschätzung des Zusammenlebens der Sprachgruppen stimmt mit denjenigen der ASTAT-Studie voll überein. Zusammenfassend wird festgestellt (Kohr/ Martini/ Wakenhut 1995:48f.):

"Die Beziehungen zwischen den drei Sprachgruppen erscheinen ganz überwiegend von Sympathie und geringer sozialer Distanz geprägt, insbesondere ist bei der überwiegenden Mehrheit keine Bereitschaft auszumachen, sich von den anderen Sprachgruppen bewußt und konflikthaft abzugrenzen. Dessen ungeachtet ist den Jugendlichen aber bewußt, daß die ethnischen Gruppen wenig durchlässig sind. ... Einstellungen und Wahrnehmungen gegenüber den anderen Sprachgruppen sind weniger durch Besonderheiten der ethnischen Eigen- bzw. Fremdgruppe zu erklären. Sie sind vielmehr eingebettet in eine allgemeine ethnozentrische Einstellung."

2.1.4 Perspektiven der Südtiroler Autonomie

Bei einer kritischen Gesamtbetrachtung darf man nicht übersehen, daß die Südtiroler Autonomie längst eine Eigendynamik entwickelt, so daß auch Regelungen, die heute noch als sakrosankt betrachtet werden, früher oder später in Frage gestellt werden können. Der Erfolg der Südtiroler Autonomie hat in der deutschen Sprachgruppe, insbesondere in der jüngeren Generation, zu einem deutlich gewachsenen Selbstbewußtsein geführt, das möglicherweise zu einem Umdenken in der Schulfrage führen wird. In diesem Zusammenhang sind auch die vielfältigen Einflüsse, die von außen auf Südtirol einwirken, zu berücksichtigen. So könnte eine Einbindung Südtirols in die vieldiskutierte Europaregion, die auch das österreichische Bundesland Tirol und Südtirols Nachbarprovinz Trient umfassen soll, die innere Entwicklung Südtirols nachhaltig beeinflussen und zu einer Änderung bisher unverrückbar scheinender Standpunkte führen.

Daher kann man das Südtiroler Autonomiemodell insgesamt als erfolgreich bezeichnen. Die rechtlichen Regelungen, die in den letzten Jahrzehnten in Südtirol für das friedliche Zusammenleben der Sprachgruppen entwickelt worden sind, haben sich in der praktischen Umsetzung bewährt; sie respektieren die Identität der einzelnen Sprachgruppen und sichern ihnen weitreichende Entfaltungsmöglichkeiten.

Allerdings läßt sich die Frage, inwieweit dieses Modell als Vorbild für andere mehrsprachige Regionen gelten kann, nur von Fall zu Fall beantworten. Einige der in Südtirol getroffenen Grundsatzentscheidungen, z.B. im Schulwesen, sind nur aus den besonderen Gegebenheiten der Region heraus zu verstehen, so daß sie in anderen Regionen möglicherweise auf erheblichen Widerstand stoßen würden. Hinzu kommt die spezielle ethnographische Situation des dreisprachigen Südtirol, die zwar eine klare Eingrenzung des ladinischen Sprachgebiets, jedoch keine Unterteilung in ein italienisches und ein deutsches Sprachgebiet erlaubt und sich damit von der Situation vieler anderer mehrsprachiger Regionen unterscheidet.

Vergleicht man jedoch die Probleme, die sich den deutschsprachigen Südtirolern heute im Zusammenleben mit ihren italienischen Mitbürgern stellen, mit den Problemen anderer Minderheiten in Europa, so sieht man unschwer, daß vieles, was in Südtirol bereits selbstverständlich ist, andernorts noch erkämpft werden muß. Nachdem die deutschsprachigen Südtiroler weitgehende Autonomierechte, insbesondere die gleichberechtigte Verwendung ihrer Muttersprache, errungen haben und diese Rechte von niemandem mehr ernsthaft in Frage gestellt werden, geht es heute in Südtirol darum, die praktische Umsetzung der minderheitsrechtlichen Bestimmungen in allen Bereichen des Alltagslebens sicherzustellen. Daß eine solche solide Absicherung einer sprachlichen Minderheit in Europa keineswegs selbstverständlich ist,

zeigt der Blick ins Elsaß. Diese Region bietet sich für einen Vergleich an, denn sowohl in Südtirol als auch im Elsaß spricht die autochthone Bevölkerung Deutsch bzw. eine dialektale Variante des Deutschen, die mit einer romanischen Sprache, Französisch bzw. Italienisch, konkurriert, welche beide über großes kulturelles Prestige und erhebliches (sprach-) politisches Gewicht verfügen.

2.2 Das Beispiel Elsaß

Die sprachliche Situation des Elsaß wird durch das Zusammenspiel von Französisch, elsässischem Dialekt und Hochdeutsch bestimmt. Daß diese Situation sich trotz der offensichtlichen Parallele grundlegend von derjenigen Südtirols unterscheidet, wird bereits deutlich, wenn man eine Antwort auf die Frage sucht, wieviele Personen Elsässisch bzw. Hochdeutsch als Muttersprache sprechen. Während in Südtirol die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sprachgemeinschaft für den einzelnen wichtige juristische Implikationen hat, so daß ebenso aktuelle wie exakte Statistiken vorliegen, ist diese Frage aus französischer Sicht, streng juristisch gesehen, irrelevant: es gibt in Frankreich offiziell nur französische Staatsbürger, und deren Muttersprache ist selbstverständlich Französisch. Daher weisen die für das Elsaß vorliegenden Angaben ein wesentlich geringeres Maß an Genauigkeit auf. Hinzu kommt, daß solche Angaben sich einmal nur auf die beiden elsässischen Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin, ein anderes Mal auch auf das lothringische Département Moselle beziehen, in dessen nordöstlichem Teil ebenfalls Deutsch bzw. ein deutscher Dialekt gesprochen wird.

So gibt der 1985 eingerichtete *Conseil national des langues et cultures régionales*, der mit der Förderung und Unterstützung der regionalen Sprachen und Kulturen betraut ist, die Zahl der Personen, die Elsässisch sprechen, 1986 mit 1.300.000 an, während eine ebenfalls 1986 veröffentlichte Studie, die im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften erstellt wurde, zu dem Ergebnis kommt, daß - bei einer Gesamtbevölkerung von 1.550.000 - noch etwa 75% der über 15 Jahre alten Elsässer Elsässisch sprechen (Polakiewicz 1993:129f.). Selbst diese Angabe ist neueren Untersuchungen zufolge als sehr optimistisch anzusehen, da die Kenntnis des Dialekts unter der jüngeren städtischen Bevölkerung stark zurückgeht und inzwischen weniger als 50% der Schulanfänger ihn aktiv beherrschen (Polakiewicz 1993:130).

2.2.1 Der geschichtliche Hintergrund

Das Elsaß ist, ebenso wie Lothringen, in starkem Maße durch die Tatsache geprägt, daß es an der Schnittstelle zwischen germanischer und romanischer bzw. deutscher und französischer Kultur liegt. Dieser enge Kontakt zu beiden Sprachräumen hat

das kulturelle und wirtschaftliche Leben des Elsaß intensiv befruchtet, er hat jedoch auch im Laufe der Jahrhunderte immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt.

Eine unmittelbare Folge des engen Kontaktes ist die romanisch-germanische Zweisprachigkeit. Wie tief diese im Elsaß verwurzelt ist, belegen die "Straßburger Eide", die als der erste überlieferte französische Text gelten und deshalb für die französische Nation von großer symbolischer Bedeutung sind. Der Text umfaßt jedoch nicht nur eine (alt)französische, sondern auch eine (alt)hochdeutsche Version, die ebenfalls unterzeichnet wurde, wobei Ludwig der Deutsche die französische Fassung und sein französischsprachiger Verbündeter Karl der Kahle die deutsche Fassung unterschrieb (Schiffman 1996:125). Dieses tolerante Miteinander der beiden Sprachen war für das gesamte Mittelalter prägend.

Während jedoch Lothringen bereits im Mittelalter zweisprachig war, gehörte das Elsaß trotz seiner engen Beziehung zu Frankreich und zur französischen Kultur bis zum 17. Jahrhundert zweifelsfrei zum deutschen Sprach- und Kulturraum (Bochmann 1989:51f.). Als das Elsaß und Lothringen im Anschluß an den Dreißigjährigen Krieg unter französische Herrschaft gelangten, behielten diese Gebiete einen Sonderstatus, der ihnen im Vergleich zu den übrigen Provinzen Frankreichs ein höheres Maß an Autonomie sicherte.

Die Eingliederung des Elsaß in Frankreich erschien insofern unproblematisch, als die französische Sprachkultur unabhängig von der Dominanz des Deutschen schon lange vor dem Westfälischen Frieden Eingang in das Elsaß gefunden hatte und sich eines hohen Prestiges erfreute. Andererseits erlebte das Elsaß zur Zeit der Reformation einen bedeutenden kulturellen Aufschwung, der dem elsässischen Dialekt zu hohem Ansehen verhalf, so daß dieser gute Aussichten hatte, zur *lingua franca* Deutschlands zu werden (Schiffman 1996:131). Dazu trug auch die Tatsache bei, daß Gutenberg in Straßburg tätig war und der Buchdruck die Verbreitung der dominierenden sprachlichen Variante erleichterte. Als Luther sich bei seiner Bibelübersetzung für eine andere Varietät des Deutschen entschied, fiel das Elsässische allmählich auf seine regionale Bedeutung zurück, und es entstand eine Diglossiesituation, in der das zunehmend an Einfluß gewinnende Hochdeutsch mit dem Elsässischen konkurrierte. Im Zuge dieser Entwicklung mußte sich der elsässische Dialekt nach und nach aus immer mehr Kommunikationsbereichen, insbesondere aus der Fachkommunikation, zurückziehen. Dies kam zunächst in erster Linie der deutschen Hochsprache, später dem Französischen zugute (vgl. Schiffman 1996:132).

Das Deutsche behielt seine dominierende Stellung bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Diese starke Position wurde nicht nur durch das hohe Maß an

Selbständigkeit gestützt, das die elsässischen und lothringischen Fürsten auch nach der Eingliederung dieser Gebiete in Frankreich behielten. Eine wichtige Bastion stellte auch die lutherische Religion dar, die im Elsaß und insbesondere in Straßburg schon früh Fuß faßte. Und auch die Straßburger Universität spielte für die Behauptung der Eigenständigkeit des Elsaß als Teil des deutschen Kulturraums eine wichtige Rolle; sie war gegründet worden, als der elsässische Dialekt eine der dominierenden Varianten des Deutschen war, und sie war deshalb dem Deutschen in besonderer Weise verbunden (vgl. Schiffman 1996:137f.). Ebenso wichtig war, daß der Kontakt zu der Bevölkerung auf der anderen Rheinseite durch die politische Entwicklung nicht unterbrochen wurde. Und auch hier war das wichtigste Element der Verbundenheit zwischen den Menschen auf beiden Seiten des Rheins die Sprache, da der im Elsaß gesprochene alemannische Dialekt mit dem in Baden und in der Schweiz gesprochenen eng verwandt ist. So konnte Goethe, als er 1770 nach Straßburg kam, die große Verbundenheit der Straßburger mit ihrer Sprache feststellen (Bochmann 1989:51f.). Ihre sprachliche Sicherheit und ihr kulturelles Selbstbewußtsein boten den Elsässern eine solide Basis, die es ihnen ermöglichte, auch die französische Sprache und Kultur mit großer Offenheit aufzunehmen. Diesem friedlichen Miteinander der deutschen und der französischen Kultur im Elsaß setzte die Französische Revolution ein Ende. Ab diesem Zeitpunkt kann man in Frankreich von einer systematischen Sprachpolitik mit ausgeprägten zentralistischen Tendenzen sprechen. Die Folgen dieser Politik, die auf eine Verdrängung der Regionalsprachen abzielte, bekamen die ethnischen Minderheiten Frankreichs schon bald deutlich zu spüren. Aufgrund der ausgeprägten Eigenständigkeit des Elsaß wurden die Eingriffe hier als besonders schmerzhaft empfunden.

Infolge der engen Kontakte zwischen der elsässischen Bevölkerung und den Nachbarn jenseits des Rheins kam es bald zu einer Solidarisierung auf deutscher Seite. Da die Verknüpfung der Begriffe "Sprache" und "Nation" im Denken des 19. Jahrhundert eine zentrale Rolle spielte, betrachtete man die deutschsprachigen Elsässer und Lothringer als Angehörige der deutschen Nation, so daß es geradezu zu einer nationalen Pflicht der übrigen Deutschen wurde, das Elsaß und Lothringen für Deutschland zurückzugewinnen (vgl. Bochmann 1989:52f.). Vor dem Hintergrund der französisch-deutschen bzw. französisch-preußischen Feindschaft, die sich schließlich 1870/71 in einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen beiden Mächten entladen sollte, wurde die Wiedergewinnung des Elsaß und Lothringens zum beherrschenden Thema der deutschen Politik, dessen sich auch Wissenschaft und Literatur annahmen.

Nach dem preußischen Sieg über Frankreich 1871 wurde das umstrittene Gebiet von Preußen als "Reichsland Elsaß-Lothringen" annektiert. Damit wurden die El-

sässer und Lothringer unmittelbar in die politischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Frankreich hineingezogen, die nun über viele Jahre hin ihr Schicksal bestimmen sollten. Der preußische Staat erkannte die Rechte der französischsprachigen Minderheit im Elsaß und in Lothringen in gewissem Umfang an, doch zielte die gesamte preußische Politik darauf ab, dem Französischen die Grundlage zu entziehen und Elsaß-Lothringen auf längere Sicht auch in sprachlicher Hinsicht voll in den preußischen Staat zu integrieren. Besonders massiv wurde diese antifranzösische Politik während des Ersten Weltkriegs betrieben (vgl. Bochmann 1989:53f.).

Als 1918 die Herrschaft Deutschlands über Elsaß-Lothringen endete, unternahmen die französischen Behörden alles, um das Gebiet so schnell wie möglich wieder in den französischen Staat zu integrieren. Diesem Ziel diente eine rigorose Sprachpolitik, die insbesondere im schulischen Bereich rücksichtslos durchgesetzt wurde. Die Leidtragenden waren etliche Jahrgänge von Schülern, die "verlorenen Generationen", die weder die eine noch die andere Sprache richtig erlernten.

Die französische Herrschaft war jedoch von kurzer Dauer. Bereits 1940 kam es zu einem radikalen Kurswechsel, als die deutsche Wehrmacht im Elsaß und in Lothringen einmarschierte. Die neuen Machthaber waren bestrebt, die sprachliche Entwicklung der vergangenen 22 Jahre ungeschehen zu machen. Daher war ab sofort nur noch die Verwendung der deutschen Sprache erlaubt. Diese Phase fand 1945 mit der militärischen Niederlage Deutschlands ihr Ende.

Die abermalige Rückkehr zu Frankreich hatte besonders einschneidende Folgen, die bis heute spürbar sind. Die deutsche Okkupation mit all ihren Begleiterscheinungen, nicht zuletzt die Kollaboration, hatte das Deutsche als die Sprache der Okkupanten - und der Kollaborateure - in Mißkredit gebracht, so daß es von nun an alles andere als opportun war, sich auf seine elsässische, geschweige denn auf seine deutsche Identität zu berufen. Daher stießen die massiven Maßnahmen, die auf eine Zementierung der Vormachtstellung des Französischen abzielten, kaum auf Widerstand.

Eine Maßnahme, die die Position der deutschen Sprache im Elsaß in starkem Maße schwächte, war das Verbot einsprachiger deutscher oder elsässischer Zeitungen. Deutschsprachige Artikel durften nur noch in einem genau festgelegten Umfang in französischsprachigen Zeitungen erscheinen (Polakiewicz 1993:143). In den fünfziger Jahren wurden diskriminierende Maßnahmen dieser Art zunächst gelockert und schließlich aufgehoben. Auch die immer enger werdende deutsch-französische Kooperation hat entscheidend zu einer Entschärfung der Gegensätze beigetragen, so daß heute von einer Benachteiligung des Deutschen nicht mehr gesprochen werden kann. Trotzdem ist der Schaden, den die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit in Verbindung mit der zentralistischen Sprachpolitik Frankreichs der deutschen Sprache im Elsaß zugefügt haben, kaum wiedergutzumachen.

Insgesamt bietet die sprachliche Situation des Elsaß somit ein komplexeres Bild als diejenige Südtirols: Aufgrund der Lage des Elsaß an der Nahtstelle zwischen dem germanischen und dem romanischen Sprach- und Kulturkreis ist für die überwiegende Mehrheit der elsässischen Bevölkerung das Leben mit zwei Sprachen und Kulturen im Laufe der Geschichte zu einem Teil ihrer Identität geworden, der seit langem als selbstverständlich akzeptiert wird. Demgegenüber hatte Südtirol bis zum Ende des Ersten Weltkriegs eine weitgehend einsprachige Bevölkerung; neben dem im Alltag gesprochenen Tiroler Dialekt und dem von allen zumindest passiv beherrschten Hochdeutsch spielte das Italienische eine völlig untergeordnete Rolle. Dies änderte sich zu Beginn der zwanziger Jahre, als das Italienische der Bevölkerung als Amtssprache aufgezwungen wurde und eine massive Zuwanderung italienischsprachiger Arbeitskräfte einsetzte. Damit wurde der Sprachkontakt zum Sprachkonflikt, wobei die streitenden Parteien durch ihre unterschiedliche Sprach- und Kulturzugehörigkeit klar definiert waren. Die Tatsache, daß die deutschsprachigen Südtiroler im faschistischen Italien ganz erheblichem Druck ausgesetzt waren, schweißte diese Gemeinschaft zusammen und führte zu einer radikalen Abgrenzung gegenüber der italienischen Gruppe.

Diese Geschlossenheit ermöglichte es der deutschen Volksgruppe nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, dem demokratischen italienischen Staat wesentliche Zugeständnisse abzurufen. Dies wurde dadurch erleichtert, daß der italienische Staat zwar im Grundsatz eine zentralistische Struktur nach französischem Vorbild aufweist, daß jedoch im Laufe der letzten Jahrzehnte in zunehmendem Maße föderale Elemente in dieses System integriert worden sind.

2.2.2 Das Elsaß im zentralistischen Frankreich

Aufgrund der Aufgeschlossenheit, die die elsässische Bevölkerung seit jeher dem Französischen entgegenbringt, hat es einen ähnlichen Gegensatz zwischen Elsässern und französischsprachigen Zuwanderern nie gegeben. Während somit die Elsässer schon immer ein hohes Maß an sprachlicher Toleranz an den Tag gelegt haben, ist eine vergleichbare Haltung auf seiten des französischen Zentralstaats nicht zu erkennen. Hier gilt nach wie vor das Prinzip der absoluten Dominanz der französischen Sprache.

Der Grundsatz, daß der französischen Sprache innerhalb des französischen Staates eine Monopolstellung zukommt, läßt sich bis zum 16. Jahrhundert zurückverfolgen. Bereits 1539 erließ König François I eine sprachenrechtliche Verordnung, die "Ordonnance von Villers-Cotterêts", die nach herrschender Meinung bis heute Gültigkeit hat (Schiffman 1996:83f.). Diese Verordnung bestimmt, daß alle

gerichtlichen Verfügungen ausschließlich in französischer Sprache zu verkünden, zu registrieren und den Parteien zuzustellen sind. Diesem Prinzip sind die Gerichte ebenso wie der Gesetzgeber über die Jahrhunderte hinweg treu geblieben.

Wenngleich die Verordnung ursprünglich die Verwendung des Lateinischen einschränken sollte, wurde sie bereits im 16. und 17. Jahrhundert zunehmend genutzt, um das Französische als Sprache der Verwaltung, der Justiz und des Notariats in den französischen Teilen Flanderns und Kataloniens, den Gebieten der Langue d'oc sowie in Korsika und Lothringen fest zu verankern und zugleich die regionalen Sprachen dieser Gebiete zurückzudrängen. (Polakiewicz 1993:137). Die Französische Revolution führte zu einer Radikalisierung dieser Politik; 1794 wurde ein Dekret erlassen, das öffentliche Urkunden, die nicht in Französisch abgefaßt waren, für nichtig erklärte. Eine weitere grundlegende sprachenrechtliche Bestimmung, die bis heute als gültig angesehen wird, der Erlaß vom 13. Juni 1803, schreibt vor, alle öffentlichen Rechtsakte (*les actes publics*) in französischer Sprache abzufassen. Damit ist die Anfertigung einsprachiger Rechtsakte in einer Minderheitssprache unzulässig. Zweisprachige Rechtsakte sind zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen, tatsächlich hat es sie im Laufe der Geschichte aber nur in unbedeutenden Ausnahmefällen gegeben; so wurden von der Verwaltung der elsäß-lothringischen Départements vorübergehend und in begrenztem Umfang auch deutschsprachige Formulare verwendet.

Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, daß Französisch bis heute die einzig zulässige Gerichtssprache ist. Bereits im 19. Jahrhundert bezeichnete der Oberste Gerichtshof, die *Cour de cassation*, den Gebrauch der französischen Sprache durch die Gerichte als "wesentliches Prinzip des öffentlichen Rechts", das für eine funktionsfähige Rechtspflege von entscheidender Bedeutung sei und die Einheitlichkeit der Staatssprache garantiere. Diesen Grundsatz hat das oberste Verwaltungsgericht, der *Conseil d'Etat*, im Jahre 1985 in einer Grundsatzentscheidung, in der es um den Gebrauch des Bretonischen ging, bekräftigt (Polakiewicz 1993:137f.). Auch das Verfassungsgericht, der *Conseil constitutionnel*, hat diese Auffassung in einem 1991 erlassenen Urteil bestätigt, in dem es um den Status Korsikas und der Korsen innerhalb des französischen Staatsverbandes ging. In diesem Zusammenhang stellte das Verfassungsgericht ausdrücklich fest, die französische Verfassung kenne nicht den Begriff des "korsischen Volkes", sondern nur den des "französischen Volkes", dem Verfassungsrang zukomme (Polakiewicz 1993:128f.). Diese Argumentation stützt sich auf die Grundsätze der Unteilbarkeit der Republik und der Gleichheit aller Bürger, zwei Grundsätze, die seit der Revolution von 1789 für das französische Rechtsdenken bestimmend sind. Art. 2 Abs. 1 und 2 der französischen Verfassung lautet:

„La France est une République indivisible, laïque, démocratique et sociale. Elle assure l'égalité devant la loi de tous les citoyens sans distinction d'origine, de race ou de religion. Elle respecte toutes les croyances.“*

Die hier niedergelegten Prinzipien werden bis heute so ausgelegt, daß sie es verbieten, die Existenz verschiedener Volksgruppen mit jeweils eigenen Rechten anzuerkennen (Polakiewicz 1993:126f.).

Die Einstellung der französischen Behörden gegenüber Minderheiten und ihren Wünschen und Forderungen ist seit jeher von tiefem Mißtrauen geprägt, weil man fürchtet, daß solche Bestrebungen die Einheit des französischen Staates gefährden können. Diese Grundhaltung kommt in einer Reihe restriktiver Bestimmungen zum Ausdruck, die separatistischen Bestrebungen von vornherein den Nährboden entziehen sollen. So gilt bis heute das "Gesetz über die Kampfgruppen und Privatmilizen" (*Loi sur les groupes de combat et milices privées*) aus dem Jahre 1936, das die in der Verfassung garantierte Vereinigungsfreiheit dahingehend einschränkt, daß der Präsident der Republik durch ein Dekret jederzeit alle Vereinigungen und Gruppen auflösen kann, die "die territoriale Integrität Frankreichs bedrohen oder gewaltsam gegen die republikanische Staatsform vorgehen" (... *qui auraient pour but de porter atteinte à l'intégrité du territoire national ou d'attenter par la force à la forme républicaine du Gouvernement*) (Polakiewicz 1993:164f.). In entsprechender Weise kann auch die Meinungsfreiheit erheblich eingeschränkt werden. Gemäß Art. 88 des Strafgesetzbuchs werden Bestrebungen, die auf eine Beeinträchtigung des nationalen Territoriums abzielen, nicht nur dann bestraft, wenn gewalttätige Handlungen vorliegen, vielmehr sind bereits entsprechende Pressekampagnen, öffentliche Versammlungen oder Reden strafbar (Polakiewicz 1993:165f.). Auch das französische Wahlrecht enthält keinerlei Sonderregelungen für die Parteien oder Abgeordneten nationaler Minderheiten, wie sie beispielsweise in Schleswig-Holstein für die dänische Minderheit existieren.

Die vom französischen Zentralstaat seit Jahrhunderten systematisch betriebene Assimilierungspolitik hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Benachteiligung der Regionalsprachen führte im Laufe der Zeit dazu, daß diese von der Mehrheit als minderwertig betrachtet wurden. Dies wiederum hatte vielfach zur Folge, daß auch die Sprecher der Regionalsprachen selbst ihre Sprache als weniger wertvoll empfanden. Diese Geringschätzung der Regionalsprachen Frankreichs äußert sich bereits darin, daß diese landläufig als *patois*, d.h. als Dialekte oder Mundarten, bezeichnet werden. Ein äußerst wirkungsvolles Instrument zur Abwertung und Verdrängung der

* Frankreich ist eine unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik. Es gewährleistet die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Herkunft, Rasse oder Religion. Es achtet jeden Glauben.

Minderheitensprachen war jahrhundertlang die französische Schulpolitik. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht gegen Ende des 19. Jahrhunderts und die gleichzeitige Verankerung des Französischen als alleiniger Unterrichtssprache trugen entscheidend zur Marginalisierung aller übrigen Sprachen Frankreichs bei (vgl. Polakiewicz 1993:155f.).

Angesichts der völlig selbstverständlichen und absolut unangefochtenen Vorrangstellung des Französischen erachtete man es bis vor wenigen Jahren als überflüssig, in der französischen Verfassung die Staatssprache zu nennen. Dies ist erst im Jahre 1992 im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union geschehen. Seitdem lautet Art. 2 Abs. 2 der Verfassung:

“La langue de la République est le français”.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß das Französische, das sich seit jeher mit großer Härte und mit unbestreitbarem Erfolg gegen alle potentiellen Konkurrenten innerhalb Frankreichs zur Wehr setzt, nun auf internationaler Ebene selbst unter Druck gerät. Inzwischen geht es in der französischen Sprachpolitik darum, die französische Sprache gegen Einflüsse von außen, in erster Linie gegen das übermächtige Englisch, zu verteidigen. Seit 1975 ist eine Reihe sprachenrechtlicher Bestimmungen erlassen worden, in denen französische Neologismen aufgelistet sind, die anstelle von Anglizismen, die sich im Französischen eingebürgert haben, verwendet werden sollen. Diese Vorschriften, die im *Dictionnaire des termes officiels de la langue française* (1994) zusammengefaßt sind, haben für eine Anzahl von Bereichen, insbesondere Schulen und Behörden, bindenden Charakter. Obwohl diese Bestimmungen sich nicht gegen die Regionalsprachen, sondern gegen die Verwendung von Fremdsprachen, insbesondere des Englischen, richten, sind sie bezeichnend für die Einstellung des französischen Staates zu Fragen des Sprachgebrauchs.

2.2.3 Zur Situation der deutschen Sprache im schulischen Bereich

Trotzdem ist es den Sprechern der französischen Regionalsprachen im Laufe der letzten Jahrzehnte gelungen, dem Zentralstaat einige Konzessionen abzurufen. Einen ersten wichtigen Meilenstein auf diesem Weg stellt das “Gesetz betreffend das Studium der lokalen Sprachen und Dialekte” (*Loi relative à l’enseignement des langues et dialectes locaux*, “*Loi Deixonne*”) vom 11. Januar 1951 dar: Dieses Gesetz eröffnete die Möglichkeit, die “lokalen Sprachen und Dialekte” im Kindergarten und in der Grundschule zu berücksichtigen (Schiffman 1996:143). Allerdings war der Rahmen für diesen Unterricht denkbar bescheiden; es ging lediglich um fakultative

Lehrangebote, die den übrigen Unterricht, insbesondere den Französischunterricht, unterstützen sollten. Da es keine Erfahrungen mit der Vermittlung der betreffenden Sprachen gab, forderte das Gesetz die zentrale Schulbehörde auf, sich um die Entwicklung geeigneter Methoden zu bemühen. Deutsch wurde zunächst nicht erwähnt, allerdings wurde 1952 ein gesondertes Dekret erlassen, das es erlaubte, an elsässischen Schulen während der beiden letzten Grundschuljahre auf freiwilliger Grundlage Deutsch anzubieten. Die hierfür vorgesehenen zwei Wochenstunden sollten vom Turnunterricht oder ähnlich "entbehrlichen" Lehrveranstaltungen abgezogen werden. Das neue Fach hatte also einen äußerst niedrigen Stellenwert, so daß der praktische Effekt des "Gesetzes Deixonne" gering war. Seine eigentliche Bedeutung lag darin, daß hiermit von staatlicher Seite erstmals die Existenz der Regionalsprachen zur Kenntnis genommen wurde. Nachdem das "Gesetz Deixonne" in den folgenden Jahrzehnten durch zahlreiche Vorschriften ergänzt worden war, begannen die Schulen Ende der sechziger Jahre endlich damit, in größerem Umfang Unterricht in Regionalsprachen anzubieten. Seit 1970 besteht die Möglichkeit, im Abitur eine fakultative Prüfung in einer Regionalsprache abzulegen (vgl. Polakiewicz 1993:156f.).

1972 begann man im Elsaß versuchsweise, Deutsch als Fremdsprache in den höheren Klassen der Grundschulen anzubieten; der Versuch verlief erfolgreich, so daß der Unterricht ab der Mitte der siebziger Jahre stark ausgedehnt wurde. Dabei bot es sich an, den elsässischen Dialekt als Kommunikationsmittel in der Weise nutzbar zu machen, daß man in der Vorschule und in den ersten Grundschuljahren vorrangig den Dialekt verwendete und erst allmählich den Wechsel zum Hochdeutschen bzw. zum Französischen vollzog (vgl. Bochmann 1989:59).

Seit 1990 ist der Deutschunterricht im Lehrangebot der elsässischen Schulen fest verankert; grundsätzlich ist dieser Unterricht für alle Schüler der 3. bis 5. Klassen obligatorisch. In der Oberstufe trägt ein differenziertes Kursangebot der Tatsache Rechnung, daß diejenigen Schüler, die Elsässisch sprechen, über besonders gute Voraussetzungen für das Erlernen des Deutschen verfügen. Diese Schüler werden nach einer anderen Methode unterrichtet als diejenigen, die kein Elsässisch sprechen (Polakiewicz 1993:162).

Der elsässische Dialekt selbst wird lediglich im Kindergarten und in der Vorschule, nicht aber in der Schule selbst gepflegt. Allerdings können die Schüler im Rahmen des Abiturs auch eine Prüfung in der "Regionalsprache Elsässisch" ablegen (Polakiewicz 1993:163). Aufgrund der engen Verwandtschaft zwischen Elsässisch und Hochdeutsch kommt der Deutschunterricht jedoch zumindest indirekt auch den Elsässischkenntnissen der Schüler zugute.

Eine wichtige Rolle spielten in dieser Entwicklung zwei Erlasse des Erziehungsministeriums aus den Jahren 1982 und 1983, die den Unterricht in den

Regionalsprachen als eigenständiges Fach einföhrten und damit zugleich die Notwendigkeit einer angemessenen universitären Ausbildung der Lehrkräfte anerkannten. Damit war auch die Grundlage für den Aufbau bzw. die Förderung der universitären Forschung im Bereich der Regionalsprachen geschaffen. Zentrum der Studien zur elsässischen Sprache und Kultur ist die Universität Straßburg, wo 1985 eine entsprechende Studieneinheit eingerichtet wurde. Auch die Schaffung einer speziellen Forschungs- und Beratungsinstanz, des *Conseil national des langues et cultures régionales*, im Jahre 1985 trug zur Festigung von Lehre und Forschung in den Regionalsprachen Frankreichs bei (Polakiewicz 1993:158f.).

Man kann somit feststellen, daß das Deutsche an den Schulen des Elsaß im Laufe der letzten Jahrzehnte an Boden gewonnen hat. Allerdings ist dieser Erfolg im Vergleich zu anderen zweisprachigen Regionen Europas nach wie vor eher bescheiden. Eine ausgewogene Berücksichtigung beider Sprachen im Unterricht, die auch die Vermittlung eines Teils der Schulfächer in deutscher Sprache beinhalten würde, liegt noch immer in weiter Ferne.

2.2.4 Das dreisprachige Elsaß - eine ungenutzte Chance

Aufgrund der rigiden Sprachpolitik Frankreichs werden die Möglichkeiten, die das Zusammenspiel von Elsässisch, Deutsch und Französisch bietet, nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft. Zu den kaum genutzten Chancen gehört auch die Möglichkeit, mit Hilfe des elsässischen Dialekts eine Brücke vom Elsaß zum südwestdeutschen Raum und zur Schweiz zu schlagen; allerdings sind die geringen Erfolge auch auf die unterschiedlichen sprachpolitischen und soziolinguistischen Gegebenheiten auf der deutschen und der schweizerischen Seite zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen Dialekt und Standardsprache: In der Schweiz herrscht eine relativ ausgeglichene Diglossiebeziehung zwischen Dialekt und Hochdeutsch, wobei der Dialekt zunehmend an Prestige gewinnt, in Baden besteht eine Diglossiesituation, die offiziell kaum zur Kenntnis genommen wird und in der der Dialekt zunehmend durch das Hochdeutsche verdrängt wird (Schiffman 1996:139). Ohne jeden Zweifel haben aber zehntausende elsässischer Grenzgänger, die in Südwestdeutschland und in der Schweiz arbeiten, in den vergangenen Jahrzehnten ihre Dialektkenntnisse nutzbringend einsetzen können.

Die Sprachsituation im Elsaß bezeichnet Schiffman (1996:139) als "Triglossie", wobei er zwischen Elsässisch und Deutsch eine "genetische Diglossie" und zwischen Elsässisch und Französisch eine "erweiterte Diglossie" annimmt. Daß man unter vergleichbaren Bedingungen durchaus zu einer ausgewogenen Lösung finden kann, zeigt das Beispiel Luxemburg, wo ebenfalls drei Sprachen, Deutsch, Luxemburgisch und Französisch, koexistieren. Hier ist es gelungen, jeder der drei Sprachen klar

definierte Kommunikationsbereiche zuzuweisen, was u.a. eine erhebliche Aufwertung des Luxemburgischen zur Folge hatte.

Dagegen ging es im Elsaß, wie Schiffman (1996:144) ausführt, immer nur um eine Auseinandersetzung zwischen den beiden entwickelten Kultursprachen Deutsch und Französisch, während auf das Elsässische keine sonderliche Rücksicht genommen wurde. Sowohl Frankreich als auch Deutschland waren - jedenfalls bis 1918 - grundsätzlich bereit, der jeweils anderen Sprache einen gewissen Spielraum zuzubilligen; so konnten unter der deutschen Herrschaft 1871-1918 viele Elsässer zweisprachig aufwachsen; ein prominenter Angehöriger dieser Generation war Albert Schweitzer. Weder Frankreich noch Deutschland war jedoch bereit anzuerkennen, daß das Elsaß eigentlich dreisprachig ist. Auch heute geht es im schulischen Bereich, wie bereits gezeigt wurde, um den Deutschunterricht, nicht um die Pflege des Elsässischen.

Es fehlt jedoch nicht an Kräften, die sich für die Pflege des Elsässischen einsetzen. Diese Bemühungen erhielten besonderen Auftrieb durch die regionalistischen Strömungen, die seit dem Ende der sechziger Jahre in weiten Teilen Europas aufkamen und die generell zu einer Aufwertung der Dialekte geführt haben.

Im Elsaß waren die Bemühungen um den regionalen Dialekt vielfach eng mit Aktionen für die Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur verknüpft. Besondere Aufmerksamkeit fand der "René-Schickele-Kreis", der 1968 erstmals an die Öffentlichkeit trat. Dieser literarisch-kulturelle Kreis setzte sich mit Entschiedenheit für die volle Anerkennung sowohl der elsässischen und lothringischen Dialekte als auch des Hochdeutschen ein (Bochmann 1989:58). Die Bemühungen des René-Schickele-Kreises setzten eine umfassende Neubesinnung in Gang, die u.a. in dem vielbeachteten "Aufruf der Dichter, Schriftsteller, Liedermacher und Kulturschaffenden an die elsässischen Gewählten" vom 3.1.1980 zum Ausdruck kam. Die Unterzeichner fordern die Parlamentarier dazu auf, "einen offiziellen Status für unsere Regionalsprache in ihren beiden Komponenten zu erwirken: für den Dialekt, die gesprochene Sprache, und für das Hochdeutsche, seine Schriftsprache" (Hartweg 1983:1442). Die Tatsache, daß diese Aktivitäten sich auf eine lebendige regionale Kultur, insbesondere eine dialektgebundene Literatur stützen können, gab ihnen ein besonderes Gewicht. Trotzdem ist das angestrebte Ziel bislang keinesfalls erreicht, und es wird, wenn man den soziolinguistischen Untersuchungen, die seit den siebziger Jahren im Elsaß durchgeführt worden sind, glauben darf, auch in Zukunft kaum erreicht werden.

So führten Tabouret-Keller und Luckel (1981) in den Jahren 1973-1979 eine Langzeituntersuchung bezüglich der Verwendung des Elsässischen und des Französischen in ländlichen Gebieten des Elsaß durch. Die Untersuchung, die sich auf über 100 Familien bezog, ergab, daß die stärkste Bastion des Elsässischen, nicht, wie zunächst angenommen, die Familie, sondern die Dorfgemeinschaft ist. Hier geben

im wesentlichen Männer vorgerückten Alters den Ton an, die fast ausschließlich Elsässisch verwenden. Dagegen ist die Sprachverwendung innerhalb der Familie in starkem Maße von der Sorge der Eltern geprägt, das Kind sprachlich auf seine berufliche Zukunft vorzubereiten; die Folge ist, daß hier das Französische, das über ein höheres Prestige verfügt, allmählich die Oberhand gewinnt. Während die Kinder und Jugendlichen somit immer stärker zum Französischen tendieren und die ältere Generation noch am Elsässischen festhält, ist das sprachliche Verhalten der Personen mittleren Alters variabel. Im Alltag entscheiden sie sich von Fall zu Fall für eine der beiden Sprachen, während ihr sprachliches Verhalten in der Familie auf einer grundsätzlichen Entscheidung beruht, die immer häufiger zugunsten des Französischen ausfällt (Tabouret-Keller/ Luckel 1981:68f.).

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt Vassberg (1993:172) in ihrer Untersuchung zur Situation des elsässischen Dialekts in und um Mülhausen: Der Dialekt wird hauptsächlich von Personen mittleren und fortgeschrittenen Alters gesprochen; die Jüngeren, die noch Dialekt sprechen, verwenden diesen in einer geringeren Zahl von Anwendungsbereichen, und sie verfügen auch über eine geringere Sprachkompetenz. Daraus ergibt sich, daß die Beherrschung des Elsässischen eher mit älteren Sprechern, die des Französischen eher mit jüngeren Sprechern in Verbindung gebracht wird.

Auch die Tatsache, daß die städtische Bevölkerung überwiegend zum Französischen tendiert, schadet der Position des Elsässischen. So ergab eine Umfrage des *Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (INSEE)* aus dem Jahre 1979 (vgl. Bochmann 1989:60f.), daß weniger als 66 % der Bevölkerung von Großstädten wie Straßburg und Kolmar den elsässischen Dialekt sprachen, während dies auf dem Lande bei 88 % der Fall war. Auch diese Untersuchung bestätigte, daß immer weniger Jugendliche den Dialekt beherrschen. So wurde die Zahl der über 15jährigen aus elsässischen Familien, die Elsässisch sprechen, 1979 mit 79 % angegeben, während es 1946 noch 91 % waren. Alle diese Untersuchungen bestätigen die Annahme, daß die "Modernisierung", d.h. die Verstädterung und die Erweiterung des Dienstleistungssektors (Hartweg 1983:1440), zur Verdrängung des Dialekts führt. Dabei hat die Zuwanderung von Personen aus anderen Teilen Frankreichs, die keine Veranlassung sehen, den elsässischen Dialekt zu erlernen, entscheidende Bedeutung.

Daher ist der Schlußfolgerung Hartwegs (1983:1443) zuzustimmen, daß im Elsaß ein Sprachersetzungsprozeß im Gange ist, bei dem die Sprache, die über das Prestige der politischen und kulturellen Macht verfügt, den an gesellschaftlicher Bedeutung verlierenden Dialekt verdrängt. Dies führt dazu, daß der Dialekt nach und nach seine ureigensten Domänen, nicht zuletzt die Kommunikation innerhalb der Familie, verliert. Auch die in jüngster Zeit festzustellende Aufwertung der deutschen Hochsprache

kann diese Tendenz nicht mehr umkehren, da Hochdeutsch heute nicht mehr als die natürliche Ergänzung des Dialekts, sondern als Fremdsprache - vielleicht als privilegierte Fremdsprache - empfunden wird.

Dies führt zu einem Teufelskreis: Die nachlassende Sprachkompetenz der Dialektsprecher, denen der Rückhalt in der Hochsprache fehlt, führt zu einer Minderung der lexikalischen und morphologischen Substanz des Dialekts, die den Kommunikationsanforderungen nicht mehr gerecht wird und an Prestige verliert. Damit wird der Anreiz, den Dialekt zu lernen, immer geringer (vgl. Hartweg 1983:1443).

Ein zusammenfassender Vergleich der Situation in Südtirol und im Elsaß macht einerseits deutlich, wie sehr sich die sprachpolitischen Konzepte von Nachbarstaaten innerhalb der Europäischen Union unterscheiden können, er zeigt aber auch, wie tiefgreifend die Einwirkungsmöglichkeiten der EU-Staaten in diesem Bereich nach wie vor sind. Damit stellt sich zugleich die Frage, auf welche völkerrechtlichen Bestimmungen sich die Sprecher von Minderheitensprachen zur Verteidigung ihrer Rechte berufen können und welche Position die EU in dieser Frage einnimmt.

3 Europäische Vielsprachigkeit und Europäische Union

Bei der Erörterung der Rechtsposition der sprachlichen Minderheiten empfiehlt es sich, zwei Ebenen, die im engen Sinne völkerrechtliche und die europarechtliche, zu unterscheiden.

3.1 Minderheiten und Minderheitensprachen in völkerrechtlicher Sicht

Von grundlegender Bedeutung für die völkerrechtliche Praxis und Lehre ist Art. 27 des UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte (*Covenant on Civil and Political Rights*, CCPR) vom 19. Dezember 1966. Diese Bestimmung lautet in ihrer englischen Fassung:

“In those States, in which ethnic, religious or linguistic minorities exist, persons belonging to such minorities shall not be denied the right, in community with other members of their group, to enjoy their own culture, to profess and practice their own religion, or to use their own language.”

Die im Bundesgesetzblatt (1973 II 1534) veröffentlichte deutsche Fassung lautet:

“In Staaten mit ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen.”

Diese Übersetzung ist zu Recht auf Widerspruch gestoßen. Dadurch, daß “*In those states in which ... minorities exist*” durch “In Staaten mit ... Minderheiten” wiedergegeben wird, wird nämlich implizit zu einer Frage Stellung bezogen, die in der Rechtslehre umstritten ist und zu der der englische Text offensichtlich einen Auslegungsspielraum bietet. Es geht um die Frage, ob Angehörige einer Minderheit im Sinne des Art. 27 CCPR Staatsangehörige des Aufenthaltsstaates sein müssen oder ob auch Ausländer von dieser Bestimmung umfaßt werden. Falls man letzteres bejaht, schließt sich die Frage an, ob die Bestimmung für alle Ausländer gelten soll oder nur für solche, die bereits seit längerer Zeit in dem betreffenden Lande ansässig sind. Die Verfechter einer restriktiven Auslegung von Art. 27 CCPR berufen sich auf die Formulierung “*exist*”, die ihrer Meinung nach die Forderung nach einer engen Verbundenheit mit dem betreffenden Land beinhaltet; diese Verbundenheit ist nach dieser Auffassung durch die Staatsbürgerschaft, zumindest aber durch einen langjährigen Wohnsitz in dem betreffenden Land, nachzuweisen. Geht man lediglich vom Wortlaut der deutschen Übersetzung aus, die eine liberalere Auffassung impliziert, ist diese

Kontroverse, die den Kern des Minderheitenrechts berührt, unverständlich (vgl. Hofmann 1995:19ff.).

Eng mit dieser Problematik verknüpft ist die ebenfalls kontrovers diskutierte Frage, was unter einer "Minderheit" im Sinne von Art. 27 CCPR zu verstehen ist (vgl. Varennes 1996:136).

Mehrere Staaten sind dem UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte zwar beigetreten, haben jedoch wegen der Verwendung des Begriffs "Minderheit" Vorbehalte gegen Art. 27 geltend gemacht; in einigen Fällen wurde die Anwendung dieses Artikels sogar ausdrücklich ausgeschlossen. So erklärte eine Reihe südamerikanischer Staaten, die Vorschrift des Art. 27 CCPR sei für sie irrelevant, weil ihre Gesetzgebung in gleicher Weise für alle Bevölkerungsgruppen, also auch für Einwanderer und Eingeborene, gelte, so daß man diese nicht als Minderheiten betrachten könne (Varennes 1996:136).

Ähnlich argumentiert auch Frankreich. Zwar hat Frankreich den Pakt 1980 ratifiziert, es hat jedoch bezüglich Art. 27 CCPR einen Vorbehalt angemeldet, so daß diese Vorschrift nicht Teil des französischen Rechts geworden ist. Auch Frankreich begründet seinen Vorbehalt damit, daß es in Frankreich keine Minderheiten gebe, und es führt Art. 2 der französischen Verfassung an, der es verbietet, französische Bürger aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Rasse und ihrer Religion unterschiedlich zu behandeln. Die französische Regierung hat diese Position auch bei späteren Gelegenheiten bekräftigt, so daß sie als gültige Staatsdoktrin angesehen werden kann (Grau 1992:110f.).

Da der Begriff der Minderheit somit bei zahlreichen Staaten auf erhebliche Vorbehalte stößt, hat sich in Völkerrechtspraxis und -lehre eine eher restriktive Auslegung dieses Begriffs durchgesetzt. Dies zeigt die folgende Definition, die im Rahmen eines umfangreichen Gutachtens der UN zur Lage der Minderheiten in der Welt entwickelt wurde und die weitgehend Anerkennung gefunden hat (Varennes 1996:136f.):

"A group numerically inferior to the rest of the population of a state, in a non-dominant position, whose members - being nationals of the state - possess ethnic, religious or linguistic characteristics differing from those of the rest of the population and show, if only implicitly, a sense of solidarity, directed toward preserving their culture, traditions, religion or language."⁴

Insbesondere die Einschränkung auf die Staatsbürger des betreffenden Staates (*being nationals of the state*) engt den Personenkreis, der sich auf Art. 27 CCPR berufen kann, stark ein. Eine weitere nicht unerhebliche Einschränkung ergibt sich daraus, daß auch dieser Personenkreis nicht etwa von dem jeweiligen Staat verlangen kann, daß dieser

sich der Sprache der betreffenden Minderheit bedient. Art. 27 CCPR verpflichtet den Staat nämlich lediglich dazu sicherzustellen, daß Minderheiten ihre Sprache frei verwenden können. Der Staat muß daher nur insoweit aktiv werden, als es um den Schutz der Minderheiten gegen Eingriffe von außen - sei es von privater oder von staatlicher Seite - geht (Varennens 1996:237). Art. 27 CCPR bietet den ethnischen Minderheiten somit lediglich ein absolutes Minimum an Rechtsschutz, nämlich einen Anspruch auf Nichtdiskriminierung.

Es hat nicht an Versuchen der Rechtslehre gefehlt, aus Art. 27 CCPR die Verpflichtung der Staaten zu einem weitergehenden Minderheitenschutz abzuleiten, doch spricht vieles dafür, gerade in diesem sensiblen Bereich eine vorsichtige Vorgehensweise zu wählen. Da das Völkerrecht insgesamt auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit basiert, muß man die mangelnde Bereitschaft von Staaten, sich in administrativer und wirtschaftlicher Hinsicht zu binden, ernst nehmen. Wie oben gezeigt wurde, gehen manche Staaten so weit, daß sie die Existenz von Minderheiten auf ihrem Territorium leugnen, um auf diese Weise Verpflichtungen, die sie als unangenehm empfinden, zu umgehen. Aus dem gleichen Grunde erkennen andere Staaten nur einen Teil der Minderheiten, die "nationalen" Minderheiten, an oder ergreifen restriktive Maßnahmen gegen Minderheiten. Solche Ausweichstrategien lassen sich, wenn überhaupt, nur durch ein psychologisch geschicktes Vorgehen unterlaufen.

Die Prinzipien, die Art. 27 CCPR zugrundeliegen, haben in einer Reihe von UN-Resolutionen ihre weitere Ausgestaltung gefunden. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Minderheitendeklaration der UN-Generalversammlung (*Declaration on the Rights of Persons Belonging to National or Ethnic, Religious and Linguistic Minorities*) vom 18.12.1992 (Hofmann 1995:23ff.). Die Deklaration nimmt unmittelbar auf Art. 27 CCPR Bezug und geht in der Gewährung von Rechten teilweise über diese hinaus. So heißt es in Art. 1, daß die Staaten verpflichtet sind, die Minderheiten in ihrer Existenz zu schützen und sie zu fördern. Auch die Minderheitendeklaration ist jedoch offensichtlich bemüht, auf die Empfindlichkeiten weniger "minderheitenfreundlicher" Staaten Rücksicht zu nehmen, so daß in wesentlichen Punkten erhebliche Konzessionen gemacht werden. So wird z.B. das Recht der Angehörigen von Minderheiten zum Erlernen ihrer Muttersprache in Art. 4 Abs. 3 der Deklaration außerordentlich vorsichtig formuliert:

- * Eine Gruppe, die weniger zahlreich ist als die übrige Bevölkerung eines Staates, die sich in einer nicht dominierenden Position befindet und deren Mitglieder - die Staatsangehörige des betreffenden Staates sind - von der übrigen Bevölkerung abweichende ethnische, religiöse oder sprachliche Merkmale aufweisen und die, wenn auch nur durch ihr Verhalten, eine solidarische Einstellung zum Ausdruck bringen, die auf die Bewahrung ihrer Kultur, ihrer Tradition, ihrer Religion und ihrer Sprache gerichtet ist.

“States should take appropriate measures so that, wherever possible, persons belonging to minorities have adequate opportunities to learn their mother tongue or to have instruction in their mother tongue.”*

Hier überrascht die Formulierung “*should*” statt des eigentlich zu erwartenden klaren “*shall*”, eine weitere Einschränkung bieten “*appropriate*” (statt “*effective*”) sowie “*wherever possible*”; außerdem erscheint die bloße Erlernung der Muttersprache als gleichwertige Alternative zum Unterricht in der Muttersprache (vgl. Hofmann 1995:28f.). Alle diese Einschränkungen, die unter dem Gesichtspunkt eines effektiven Schutzes der Menschenrechte nicht zweckmäßig erscheinen, dienen dem Ziel, solchen Nationen, die einem wirksamen Minderheitenschutz zurückhaltend gegenüberstehen, die Annahme der Deklaration zu erleichtern.

Keines der bislang auf völkerrechtlicher Ebene entwickelten Dokumente billigt dem einzelnen oder der Gruppe, der er angehört, einklagbare Rechte zu; dies wäre jedoch die unabdingbare Voraussetzung für einen effektiven Schutz der Menschen- und Minderheitsrechte. Daß dieses Ziel bislang nicht erreicht werden konnte, ist auf die tiefgreifenden Meinungsunterschiede zwischen den Mitgliedern der universellen Staatengemeinschaft gerade in dieser Frage zurückzuführen. Vor diesem Hintergrund zieht Hofmann (1995:30f.) nach einer kritischen Betrachtung der völkerrechtlichen Position der Minderheiten folgende ernüchternde Bilanz:

“Insgesamt erscheint die Schlußfolgerung geboten, daß ungeachtet einiger positiver Ansätze gerade auch aus jüngster Zeit der völkerrechtliche Minderheitenschutz auf universeller Ebene nicht in einer Weise ausgestaltet ist, die den für die Wahrung und Förderung der Existenz und eigenständigen Identität nationaler Minderheiten notwendigen Forderungen entspricht.”

Die Tatsache, daß in Europa in den letzten Jahrzehnten erhebliche Einigungsbemühungen auf inter- bzw. supranationaler Ebene unternommen worden sind, legt die Vermutung nahe, daß hier wirksamere Regelungen für den Minderheitenschutz entwickelt worden sind; diese Frage soll im folgenden untersucht werden.

* Die Staaten sollten geeignete Maßnahmen ergreifen, damit, wo immer dies möglich ist, Personen, die Minderheiten angehören, geeignete Möglichkeiten haben, ihre Muttersprache zu erlernen oder Unterricht in ihrer Muttersprache zu erhalten.

3.2 Minderheiten und Minderheitensprachen aus europarechtlicher Sicht

Von zentraler Bedeutung für den Schutz der Menschenrechte auf europäischer Ebene ist die am 4. November 1950 verabschiedete Europäische Menschenrechtskonvention. Art. 14 dieses Dokuments lautet wie folgt:

“Der Genuß der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten muß ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischen oder sonstigen Anschauungen, nationaler oder sozialer Herkunft, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status gewährleistet werden.”

Dieses allgemeine Diskriminierungsverbot ist - ähnlich wie Art. 27 CCPR - von Rechtsprechung und Rechtslehre in verschiedene Richtungen weiterentwickelt worden, und es bildet auch den Ausgangspunkt der Überlegungen zu einem Schutz der sprachlichen Minderheiten. Seit Anfang der neunziger Jahre gibt es Bestrebungen, die Europäische Menschenrechtskonvention um ein minderheitenrechtliches Zusatzprotokoll zu ergänzen. In diesem Zusammenhang wurde am 1. Februar 1993 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats ein Protokollentwurf (*Draft Protocol on Minority Rights to the ECHR*) angenommen. Auch dieser Entwurf entscheidet sich in seinem Art. 1 für eine restriktive Definition des Begriffs der “nationalen Minderheit”, die sich der des oben zitierten UN-Gutachtens annähert. Dies bedeutet eine weitere Konzession an diejenigen Staaten, die dem Minderheitenschutz eher zurückhaltend gegenüberstehen, so z.B. die baltischen Staaten, die ihren großen slawischen Minderheiten nur sehr zögernd die Staatsbürgerschaft des betreffenden Staates gewähren (Hofmann 1995:45).

Obwohl dieses Dokument eine Reihe von Schwächen aufweist, die insbesondere auf seinen Kompromißcharakter zurückzuführen sind, würde seine Verabschiedung durch die Parlamentarische Versammlung des Europarats in der vorliegenden oder einer modifizierten Form einen erheblichen Fortschritt darstellen (Hofmann 1995:54). Allerdings ist die Materie außerordentlich umstritten, so daß bis zu einer Verabschiedung durch den Europarat noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Von größerer praktischer Bedeutung ist die “Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen”, die am 5.11.1992 vom Europarat zur Zeichnung aufgelegt wurde und inzwischen in Kraft getreten ist. Bei der Formulierung dieses Dokuments hat man sich bemüht, den Beitritt für möglichst viele Staaten attraktiv zu machen. Daher ist auch hier die Tendenz festzustellen, den Staaten bei der Erfüllung der aus der Charta resultierenden Verpflichtungen einen weiten Spielraum einzuräumen. Darin sehen Kritiker die entscheidende Schwäche des Dokuments (vgl.

Hofmann 1995:62f.).

In Art. 1 wird festgelegt, daß Gegenstand der Charta nur solche Sprachen sind, die von Staatsangehörigen des betreffenden Mitgliedsstaats gesprochen werden. Gleichzeitig wird klargestellt, daß Sprachen von Einwanderern nicht als Regional- oder Minderheitensprachen gelten, und zwar auch dann nicht, wenn diese Einwanderer in großer Zahl die Staatsangehörigkeit ihres Aufenthaltslandes erworben haben.

Bei seinem Beitritt zur Charta muß der betreffende Staat angeben, für welche der auf seinem Territorium ansässigen sprachlichen Minderheiten die Bestimmungen der Charta gelten sollen; die Mitgliedstaaten sind also nicht verpflichtet, allen ihren Minderheiten die gleichen Rechte zu gewähren, sie können sogar einzelne Minderheiten ausschließen. Dieser Spielraum wird zusätzlich dadurch erweitert, daß die Vertragsstaaten aus einem umfangreichen Katalog von Maßnahmen zur Förderung von Regional- und Minderheitensprachen, der die Art. 8-14 umfaßt, auswählen können. So lautet Art. 10 (Verwaltungsbehörden und öffentliche Dienste) wie folgt:

„1. In den Verwaltungsbezirken staatlicher Organe, in denen ein ausreichend großer Anteil der Bevölkerung eine regionale oder Minderheitensprache spricht, um die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen zu rechtfertigen, verpflichten sich die Vertragspartner, sofern dies möglich und sinnvoll ist:

a.i. dafür zu sorgen, daß die Behörden regionale und Minderheitensprachen verwenden, oder

ii. dafür zu sorgen, daß die Beamten, die im Kontakt mit der Öffentlichkeit stehen, die regionalen und Minderheitensprachen mit den Personen sprechen, die sich in einer dieser Sprachen an sie wenden, oder

iii. dafür zu sorgen, daß die Sprecher von regionalen oder Minderheitensprachen schriftliche oder mündliche Anträge stellen und eine Antwort in diesen Sprachen erhalten können, oder

iv. dafür zu sorgen, daß die Sprecher von regionalen oder Minderheitensprachen schriftliche oder mündliche Anträge in diesen Sprachen stellen können, oder

v. dafür zu sorgen, daß die Sprecher von regionalen oder Minderheitensprachen ein in ihrer Sprache abgefaßtes Dokument vorlegen können, welches dann für gültig erachtet wird;

b. gängige Formulare und Verwaltungstexte für die Bevölkerung dieser Sprachgemeinschaften in ihrer regionalen oder Minderheitensprache oder aber in zweisprachiger Version vorzulegen;

c. den Behörden zu ermöglichen, Dokumente in einer regionalen oder Minderheitensprache abzufassen.“

Es steht außer Zweifel, daß alle diese Maßnahmen sinnvoll sind und im Interesse eines effektiven Minderheitenschutzes liegen. Der beitretende Staat braucht sich jedoch lediglich zur Umsetzung einer einzigen Maßnahme aus dieser Aufzählung zu verpflichten.

Zwar schränkt Art. 2 der Charta das erhebliche Ermessen, das den Staaten somit zusteht, insoweit ein, als die Staaten aus dem in Art. 8-12 enthaltenen Maßnahmenkatalog insgesamt 35 Maßnahmen auswählen müssen. Da der Katalog jedoch nicht weniger als 95 Maßnahmen umfaßt, bleibt den Staaten ein großer Spielraum, so daß sie Verpflichtungen, deren Erfüllung ihnen Schwierigkeiten bereiten würde, umgehen können.

Bei einer Bewertung der Charta muß man zunächst berücksichtigen, daß die europäischen Minderheiten sich in ihren Voraussetzungen erheblich voneinander unterscheiden. Eine absolute Gleichbehandlung aller Minderheiten wäre daher kaum sinnvoll und sicherlich auch nicht durchsetzbar. Dies gilt bereits innerhalb eines Landes, wie ein Vergleich der deutschen Minderheit in Südtirol und der albanischen Minderheit in Süditalien unschwer zeigt. Andererseits darf eine differenzierende Behandlung jedoch nicht dazu führen, daß die Staaten sich bei der Förderung ihrer Minderheiten auf ein absolutes Minimum an Leistungen beschränken; nach dem Wortlaut der Charta ist dies nämlich grundsätzlich zulässig.

Hinzu kommt, daß die Möglichkeiten, die Einhaltung dieser Bestimmungen zu kontrollieren, sehr begrenzt sind. Die Charta sieht vor, daß die Vertragsstaaten in dreijährigen Abständen dem Generalsekretär des Europarats berichten, inwieweit der Inhalt der Charta in die Tat umgesetzt wird; es gibt jedoch kein neutrales Organ, das die Befolgung der Vorschriften überwachen würde. Es ist daher nur konsequent, daß für den Fall der Nichteinhaltung der Charta keine Sanktionen vorgesehen sind. Dies bedeutet zugleich, daß die Sprecher von Regional- oder Minderheitensprachen aus der Charta keine unmittelbaren Rechte ableiten können, denn dies wäre ja nur dann sinnvoll, wenn sie diese bei einer neutralen Instanz einklagen bzw. mit Hilfe einer solchen Instanz durchsetzen könnten.

Aufgrund dieser Schwächen wird auch dieses bislang wichtigste sprachenrechtliche Dokument auf europäischer Ebene in der völkerrechtlichen Literatur kritisch beurteilt. So stellt Hofmann (1995:62) zunächst fest, es sei grundsätzlich positiv zu be-

werten, daß es überhaupt gelungen sei, einen unterschriftsreifen Text eines völkerrechtlichen Vertrages zu formulieren, andererseits dürfe aber nicht übersehen werden, daß die Staaten nur begrenzte völkerrechtliche Verpflichtungen übernehmen. Darin liegt nach Hofmann die Gefahr, "daß eher minderheitenfeindliche Staaten sich zur Umsetzung weniger wichtiger - um nicht zu sagen: kosmetischer - Maßnahmen verpflichten könnten, ohne sich dem Vorwurf aussetzen zu müssen, ihre Bindungen aus ihrer Mitgliedschaft in der Charta nicht zu erfüllen".

In ähnlicher Weise kritisiert de Varennes (1996:205), daß die Charta es den Staaten freistelle, bezüglich jeder Sprache, die von einer nationalen Minderheit auf ihrem Territorium verwendet werde, aus einer Liste von Möglichkeiten für bestimmte Maßnahmen zu optieren. Wenngleich dies aufgrund der großen Unterschiede, die zwischen einzelnen Minderheiten bestehen, im Prinzip vernünftig sei, könnte "ein Staat theoretisch im Einklang mit der Charta für Millionen von Sprechern auf seinem Gebiet extrem eingeschränkte Rechte festsetzen." Positiver äußert sich Woehrling (1992:520). Er räumt ein, daß einige Formulierungen sehr allgemein gehalten seien und daß die modulare Struktur des Dokuments es den Staaten erlaube, bestimmte Vorschriften gewissermaßen *à la carte* auszuwählen und andere auszuschließen, was für die Minderheiten von Nachteil sein könne. Trotzdem ist er der Überzeugung, daß die Charta einen erheblichen politischen und moralischen Einfluß ausüben werde; dieser werde sogar auf diejenigen Staaten ausstrahlen, die der Charta nicht beigetreten seien.

In diesem eher optimistischen Sinne hat sich auch das Europäische Parlament wiederholt geäußert. In seiner Entschließung über sprachliche und kulturelle Minderheiten in der Europäischen Gemeinschaft ("Entschließung von Killilea") vom 9.2.1994 hat es die Mitgliedstaaten ausdrücklich dazu aufgefordert, der Charta beizutreten. In der Entschließung heißt es u.a.:

„Das Europäische Parlament (...)

6. unterstützt die Europäische Charta für Regional- oder Minderheitensprachen, die die Rechtsform eines europäischen Übereinkommens erhalten hat, als ein wirksames und doch flexibles Instrument zum Schutz und zur Förderung von Minderheitensprachen;

7. fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, das Übereinkommen bald zu unterzeichnen, und verlangt von ihren Parlamenten, es bald zu ratifizieren, wobei jeweils die Bestimmungen anzuwenden sind, die den Bedürfnissen und Erwartungen der betreffenden Sprachgemeinschaften am ehesten angemessen sind; (...)"

In seiner Bewertung der Charta der Regional- und Minderheitensprachen bezweifelt Hofmann (1995:64), - wie die weitere Entwicklung gezeigt hat, zu Recht - daß die Staaten, die den Menschenrechten im allgemeinen und den Minderheitsrechten im besonderen bislang zurückhaltend gegenüberstehen, die Charta überhaupt ratifizieren werden. Er stellt jedoch zugleich fest, daß der in der Charta behandelte Problembereich noch vor wenigen Jahren ein absolutes Tabuthema gewesen sei, mit dem man die zuständigen europäischen Gremien nicht habe befassen können; hier sei nun der entscheidende Durchbruch erzielt worden. Daher komme Europa heute trotz allem auf dem Gebiet des Rechtsschutzes nationaler Minderheiten gegenüber anderen Kontinenten eine Vorreiterrolle zu.

Dies gilt um so mehr, als der Europarat in jüngster Zeit einen weiteren wichtigen Beitrag zur Schaffung eines europäischen Minderheitenrechts geleistet hat: Es handelt sich um das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten, das am 10. 11.1994 verabschiedet wurde und das inzwischen ebenfalls in Kraft getreten ist. Formell gesehen ist ein Rahmenübereinkommen ein rechtsverbindlicher internationaler Vertrag. Allerdings werden in diesem Vertrag nur Grundsätze festgelegt; die Wahl der Mittel, diese Grundsätze in die Praxis umzusetzen, ist Sache der Vertragsparteien (Klebes 1995:264).

Mit Unterzeichnung des Rahmenübereinkommens verpflichten sich die Vertragsstaaten, wie es in der Präambel heißt, "das Bestehen nationaler Minderheiten in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zu schützen". Damit verbunden ist insbesondere die Verpflichtung, die Identität der betreffenden Minderheiten zu erhalten und ihre Assimilation zu verhindern (Art. 5), sowie ein Klima der Toleranz und der interkulturellen Verständigung zu schaffen und keine Diskriminierung der nationalen Minderheiten auf ihrem Hoheitsgebiet zu dulden (Art. 6).

Unter den Rechten, die das Übereinkommen den Angehörigen nationaler Minderheiten gewährt, nehmen diejenigen, die den Gebrauch der Minderheitensprachen betreffen, breiten Raum ein. Von besonderer Bedeutung ist Art. 10 Abs. 1, der die Vertragsparteien dazu verpflichtet sicherzustellen, daß jedes Mitglied einer nationalen Minderheit seine Minderheitensprache frei und ungehindert privat und in der Öffentlichkeit verwenden kann. Damit korrespondiert die Bestimmung des Art. 14 Abs. 1, die jedem Angehörigen einer Minderheit das Recht zusichert, seine Minderheitensprache zu lernen.

Diese Rechte finden jedoch überall dort ihre Grenzen, wo die Souveränität bzw. die Integrität der Staaten berührt sein könnte. So heißt es bereits in der Präambel, das Übereinkommen bezwecke den wirksamen Schutz nationaler Minderheiten sowie der Rechte und Freiheiten der Angehörigen dieser Minderheiten "unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der territorialen Unversehrtheit und der nationalen Souveränität

der Staaten ...". Die beiden letztgenannten Kriterien zeigen deutlich, daß die Staaten keinesfalls bereit sind, sezeptionistische Tendenzen zu akzeptieren (Klebes 1995:265).

Bezüglich der Verwendung der Minderheitensprachen in den Beziehungen mit den Verwaltungsbehörden heißt es in Art. 10 Abs. 2, daß "in Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten traditionell oder in beträchtlicher Zahl bewohnt werden," die Vertragsparteien sich bemühen, "sofern die Angehörigen dieser Minderheiten dies wünschen und dieser Wunsch einem tatsächlichen Bedarf entspricht, soweit wie möglich die Voraussetzungen dafür sicherzustellen ...". Damit erhalten die Regierungen einen sehr weit gefaßten Ermessensspielraum. Sie entscheiden, was eine beträchtliche Zahl ist, und sie entscheiden auch, ob der Wunsch von Vertretern einer Minderheit einem tatsächlichen Bedarf entspricht.

In gleicher Weise stößt das in Art. 14 Abs. 1 garantierte Recht auf Erlernen der Minderheitensprache an seine Grenzen, wenn es um ein entsprechendes Unterrichtsangebot an staatlichen Schulen geht. Die Entscheidung hierüber wird nämlich nach Art. 14 Abs. 2 weitgehend in das Belieben des betreffenden Staates gestellt. Außerdem bestimmt Art. 14 Abs. 3, daß ein solches Lehrangebot nicht zu Lasten des Erlernens der Amtssprache des betreffenden Staates gehen darf. Allerdings wird nationalen Minderheiten in Art. 13 das Recht zugestanden, ihre eigenen Ausbildungs- und Schulungseinrichtungen zu gründen und zu betreiben.

Ähnlich zurückhaltend heißt es in Art. 11 Abs. 3, daß die Vertragsparteien sich bemühen,

"im Rahmen ihrer Rechtsordnung, einschließlich etwaiger Übereinkünfte mit anderen Staaten, und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Gegebenheiten, traditionelle Ortsnamen, Straßennamen und andere für die Öffentlichkeit bestimmte topographische Hinweise, wenn ausreichende Nachfrage besteht, auch in der Minderheitensprache anzubringen."

Solche restriktiven Bestimmungen zeigen deutlich, daß bei der Formulierung des Rahmenübereinkommens auf solche Staaten Rücksicht genommen wurde, die jeder Form von Autonomie noch immer sehr mißtrauisch gegenüberstehen (Klebes 1995:266), und daß man sich bemüht hat, einen Kompromiß zwischen Minderheitenschutz und Erhaltung der Handlungsfreiheit der Staaten zu finden (Benoit-Rohmer 1995:575). Dem Ziel, das Übereinkommen für möglichst viele Staaten akzeptabel zu gestalten, dienen auch die Bestimmungen der Art. 20-23, die jede Form von Separatismus verbieten.

Ebenso wie im Falle der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen wurde daher kein besonderer Mechanismus geschaffen, um die Durchführung des Übereinkommens zu überwachen; diese Aufgabe hat vielmehr das

Ministerkomitee des Europarats übernommen, dem die Unterzeichnerstaaten über die von ihnen getroffenen Maßnahmen berichten. Damit hängt der Erfolg des Rahmenübereinkommens voll und ganz vom guten Willen der Vertragsparteien ab.

Trotz der aufgezeigten Schwächen wird das Rahmenübereinkommen in der völkerrechtlichen Literatur insgesamt positiv beurteilt. Nach Meinung von Klebes (1995:268) hat das Übereinkommen die Chance, zu einer moralischen Autorität und zu einem wichtigen Bezugstext bei Differenzen in Fragen des Minderheitenschutzes zu werden. Ähnlich positiv äußert sich Benoit-Rohmer, die auf den realistischen Ansatz verweist, der dem Dokument zugrundeliegt; es handele sich hier nicht um ein "ideales" Dokument - das im übrigen keine Aussicht auf Ratifizierung hätte -, sondern um einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem Mindeststandard im Minderheitenschutz. Für Fenet (1995:187) schließlich stellt das Dokument einen wichtigen Bezugspunkt für alle Angehörigen von Minderheiten bei der Geltendmachung ihrer Forderungen dar.

Andererseits wirft gerade die Tatsache, daß das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen trotz ihrer aufgezeigten Schwächen z.Z. die fortschrittlichste und konkreteste Regelung in diesem Bereich darstellt, ein bezeichnendes Licht auf die Gesamtsituation. Es kann ja kein Zweifel daran bestehen, daß Schutz und Förderung der ethnischen Minderheiten, insbesondere der sprachlichen Minderheiten, auch in Europa noch längst nicht zufriedenstellend geregelt sind. Nach wie vor spielen in dieser Frage die nationalen Rechtsordnungen eine entscheidende Rolle, und längst nicht alle Staaten sind bereit, einer Einschränkung ihrer Souveränität in diesem sensiblen Bereich zuzustimmen.

In diesem Zusammenhang sieht sich die Europäische Union gelegentlich dem Vorwurf ausgesetzt, sie setze sich nicht genügend für die Minderheitensprachen ein. So stellt Woehrling (1992:513) fest:

"Insgesamt wird der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Verteidigung der Sprachenrechte den Erwartungen der Sprecher der weniger verbreiteten Sprachen nicht gerecht. Insbesondere hat der Ministerrat auf diesem Gebiet keine Initiative ergriffen; was die Kommission betrifft, so hat diese einige der Empfehlungen des Parlaments ausgeführt, sie hat in dieser Frage jedoch eine Zurückhaltung an den Tag gelegt, die die Wirkung ihrer Maßnahmen erheblich schmälert. Am intensivsten hat sich für die Regional- und Minderheitensprachen der Europarat eingesetzt."

Es ist sicherlich richtig, daß die EU bislang nicht den Versuch unternommen hat, unmittelbar Einfluß auf die Sprachgesetzgebung der einzelnen Mitgliedstaaten zu nehmen; das bedeutet jedoch nicht, daß sie auf sprachpolitischem Gebiet untätig

wäre. Die EU ist sich vielmehr ihrer Verantwortung für die Bewahrung der Vielsprachigkeit in Europa seit langem bewußt, wobei sie einerseits sprachpolitische Maßnahmen ergreift, die die Arbeit ihrer eigenen Organe und Behörden betreffen, und andererseits nach außen aktiv wird. Eine dieser externen Aktivitäten soll hier zunächst beleuchtet werden.

3.3 Die externe Sprachpolitik der Europäischen Union: das Beispiel MERCATOR

Ein wichtiges Ziel der auf die Mitgliedstaaten der EU gerichteten Sprachpolitik liegt in dem Erhalt und der Pflege der "kleinen Sprachen". Dieses Bestreben hat 1987 zur Einrichtung des Europäischen Büros für die Sprachminderheiten, einer unabhängigen Körperschaft mit Sitz in Dublin, geführt, wo man ein europaweites Informationsnetzwerk mit dem Namen MERCATOR aufbaut (Woelk 1995:910f.). Durch diese gemeinsam mit dem Europarat ergriffene Initiative trug die EU der Tatsache Rechnung, daß das Interesse an den Regional- und Minderheitensprachen in der EU und der Wunsch nach einer Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Sprachgemeinschaften im Laufe der Jahre ständig zugenommen haben. Daher erschien es notwendig, alle relevanten Informationen zu diesen Sprachen und ihren Sprachgemeinschaften aufzubereiten und allgemein zugänglich zu machen.

Daß es zum Gegenstandsbereich von MERCATOR unterschiedliche Sichtweisen gibt, wird deutlich, wenn man die englische Bezeichnung "*lesser used languages*" mit der entsprechenden französischen Bezeichnung "*langues moins répandues*" vergleicht. Die irische Regierung, die an der Finanzierung des Dubliner Büros beteiligt ist, war nicht bereit, die Formulierung "weniger verbreitet" zu akzeptieren, weil diese ihrer Meinung nach der Situation des Irischen, das zur keltischen Sprachgruppe gehört und neben Englisch die Nationalsprache Irlands ist, nicht gerecht wird. Daher wurde die englische Formulierung, die ursprünglich der französischen entsprach, geändert. Die deutsche Formulierung "weniger verbreitete Sprachen" orientiert sich am französischen Wortlaut.

MERCATOR umfaßt vier Teilnetze, die sich jeweils mit einem bestimmten Themenbereich befassen. Jedes dieser Teilnetze ist einem Zentrum in einem EU-Mitgliedstaat zugeordnet, das wiederum eine Reihe von Unterzentren koordiniert.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen jeweils die Sammlung von Daten, ihre Verfügbarmachung in einer Datenbank und die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen.

Die vier Teilnetze haben folgende Themenschwerpunkte:

Allgemeine Studien (Universität Paris X-Nanterre): Hier geht es insbesondere um

Forschungsarbeiten zu ethnischen bzw. sprachlichen Minderheiten und ihrer aktuellen Lage, wobei völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Fragestellungen im Vordergrund stehen. An diesen interdisziplinären Untersuchungen sind Anthropologen, Politologen und Völkerrechtler beteiligt.

Ausbildung (Friesische Akademie in Ljouwert/Leeuwarden): Dieses Teilnetz informiert in erster Linie über den Unterricht in den Minderheitensprachen sowie über Fragen der zweisprachigen Erziehung und der Zweisprachigkeit in der EU.

Medien (Universität Wales in Aberystwyth): Ziel der Arbeit dieses Netzwerks ist eine umfassende Information über Rundfunk- und Fernsehsender, Presseorgane, Bibliotheken usw. im Bereich der Minderheitensprachen. Zu diesem Zweck wird u.a. ein MERCATOR-Medienführer herausgegeben, der die Situation in einer größeren Zahl von Sprachminderheitsgebieten darstellt und analysiert.

Recht und Gesetzgebung (CIEMEN, Barcelona): Den Schwerpunkt der Arbeit dieses Netzwerks bildet das Sprachenrecht. In diesem Rahmen wird die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung der EU-Mitgliedstaaten analysiert, aufbereitet und in eine Datenbank eingegeben. Darüber hinaus werden Informationen und Forschungsergebnisse zur Lage der Sprachminderheiten zusammengetragen und veröffentlicht. Eine weitere Aufgabe liegt in der Veranstaltung von Tagungen zu Fragen des Sprachenrechts.

Das MERCATOR-Netzwerk hat also insbesondere zwei Funktionen: Auf der einen Seite informiert es die Öffentlichkeit über die Situation der Sprachminderheiten, auf der anderen Seite fördert es die Kommunikation zwischen den Sprachminderheiten. Auf diese Weise trägt MERCATOR dazu bei, das öffentliche Bewußtsein für die Belange dieser Bevölkerungsgruppen zu schärfen und beeinflusst damit indirekt auch die Gesetzgebung der Einzelstaaten. Es geht also in erster Linie darum, zu informieren und zu überzeugen.

3.4 Die interne Sprachpolitik der Europäischen Union

Daß es der EU ernsthaft um die Bewahrung der Vielsprachigkeit in Europa geht, stellt sie durch ihre interne Sprachpolitik überzeugend unter Beweis. Die EU ist ja selbst vielsprachig, und die Amtssprachen ihrer Mitgliedstaaten haben, was ihre Sprecherzahl und ihren internationalen Rang betrifft, ein sehr unterschiedliches Gewicht, so daß die Situation innerhalb der EU durchaus mit der Situation vielsprachiger Staaten wie Spanien oder Frankreich verglichen werden kann. Die sprachpolitischen Prinzipien der EU sind von großer Klarheit und können als vorbildlich bezeichnet werden.

Bei ihrer Gründung im Jahre 1957 hatte die damalige Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 6 Mitgliedstaaten mit insgesamt 4 Amtssprachen. Man entschied sich damals dafür, diese 4 Sprachen zu gleichberechtigten Amtssprachen der EWG zu machen. Dementsprechend erhielt Art. 217 Abs. 1 des EWG-Vertrags zunächst folgende Formulierung:

“Die Amtssprachen und die Arbeitssprachen der Organe der Gemeinschaften sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch.”

Seitdem ist die Zahl der Mitgliedstaaten und damit zugleich die Zahl der Amtssprachen ständig gestiegen, so daß Art. 217 immer wieder angepaßt werden mußte: 1973 traten Dänemark, Großbritannien und Irland bei. Daß damit nur 2 Sprachen - Englisch und Dänisch, und nicht auch noch Irisch - hinzukamen, ist der verständnisvollen Haltung der irischen Regierung zu verdanken: Irisch, neben Englisch gleichberechtigte Amtssprache in der Republik Irland, erhielt insoweit einen Sonderstatus, als nur die wichtigeren Bestimmungen ins Irische übersetzt werden müssen; die Zahl der Amtssprachen stieg also von 4 auf 6. 1981 kam als 10. Mitgliedstaat Griechenland hinzu und brachte gleichzeitig die 7. Amtssprache mit. 1986 traten Spanien und Portugal bei, womit man bei 9 Amtssprachen angelangt war. Seit 1995 gehören auch Österreich, Schweden und Finnland zum Kreis der Mitglieder. Damit ist die Zahl der Mitgliedstaaten auf 15, die der Amtssprachen auf 11 angestiegen. Bekanntlich hat sich Norwegen im letzten Augenblick gegen einen Beitritt entschieden. Dadurch blieb den Sprachendiensten der EU zumindest ein weiteres Problem erspart; denn Norwegen hat zwei Amtssprachen: die dem Dänischen ähnelnde “Buchsprache” (Bokmål) und “Neunorwegisch” (Nynorsk), eine auf norwegischen Dialekten basierende Kunstsprache; beide Sprachen hätten nach dem Willen der norwegischen Regierung berücksichtigt werden müssen.

Was die Gleichrangigkeit der Sprachen nun konkret für die Sprachendienste der EU bedeutet, macht ein einfaches Rechenexempel deutlich: bei derzeit 11 Sprachen ergeben sich nicht weniger als $11 \times 10 = 110$ Kombinationsmöglichkeiten. Bekanntlich gibt es zahlreiche beitrittswillige Staaten, unter denen Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und Estland sich bereits auf feste Zusagen berufen können. Schon beim Beitritt eines einzigen weiteren Staates steigt die Zahl der Kombinationsmöglichkeiten auf $12 \times 11 = 132$, mit dem nächsten sind es dann schon $13 \times 12 = 156$ usw. Bislang gelingt es den Übersetzungsabteilungen, wenn auch mit großem Aufwand, alle diese Sprachenpaare abzudecken. Schwierigkeiten ergeben sich in zunehmendem Maße beim Dolmetschen, wenn es um ausgefallene Sprachkombinationen, etwa Niederländisch-Griechisch, geht. Hier muß man oft zu der Notlösung greifen, daß eine “große” Sprache zwischengeschaltet wird. Im Falle des Sprachenpaares Niederländisch-

Griechisch kann sich der griechische Dolmetscher, der des Niederländischen nicht mächtig ist, an seinen englischen Kollegen "anhängen" und dessen niederländisch-englische Übersetzung ins Griechische übertragen. Es wird also in zwei Etappen übersetzt, worunter die Vollständigkeit der Information zwangsläufig leidet.

Hinzu kommt, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und ihre beiden Nachfolgerinnen, zunächst die Europäische Gemeinschaft, später die Europäische Union, immer mehr Aufgaben übernommen haben. Die Übersetzungsdienste haben es also längst nicht mehr nur mit Wirtschaftsfragen zu tun; es geht heute um ein breites Themenspektrum, das praktisch alle relevanten Bereiche aus Wissenschaft und Technik, Kultur und Politik umfaßt. Gleichzeitig hat der Gesamtumfang der zu übersetzenden Texte unaufhaltsam zugenommen.

Um welche Dimensionen es hierbei geht, zeigte sich mit aller Deutlichkeit, als man vor wenigen Jahren im Vorgriff auf den zu erwartenden Beitritt der skandinavischen Staaten daran ging, die wichtigsten Bestimmungen des EU-Rechts zu übersetzen. Dabei ging es nicht nur um die Verträge sondern auch um die wichtigsten aus den Verträgen abgeleiteten Bestimmungen, die als Verordnungen und Richtlinien im EG-Amtsblatt veröffentlicht worden sind. Da die Verordnungen laut Art. 189 EWG-Vertrag "unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat" gelten und die Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden müssen, mußte sichergestellt werden, daß alle diese Bestimmungen am Tage des Beitritts in den Amtssprachen der Mitgliedstaaten vorlagen. Der Gesamtumfang der zu übersetzenden Texte belief sich nach Aussagen von Fachleuten für jede einzelne Sprache auf annähernd 100.000 Seiten.

Natürlich wurden nach dem negativen Ausgang der Volksabstimmung in Norwegen die Arbeiten zu dieser Sprache eingestellt, so daß es von nun an nur noch um das Schwedische und das Finnische ging. Für diese beiden Sprachen mußten in allen Institutionen Übersetzungsabteilungen aufgebaut werden, die in etwa die Größe der neun bestehenden Sprachabteilungen haben sollten. Dies bedeutete für die Kommission, im Laufe von drei Jahren pro Sprache 100 Übersetzer und gut 30 Sekretärinnen einzustellen. Damit war das Problem allerdings noch nicht gelöst. In den Sprachendiensten der EU gilt nämlich das Muttersprachenprinzip, d.h., jeder Übersetzer übersetzt ausschließlich in seine Muttersprache. Daher mußten gleichzeitig auch die neun bereits bestehenden Sprachabteilungen durch Spezialisten für skandinavische Sprachen verstärkt werden.

Es handelt sich also tatsächlich um ein Problem von erheblichem Umfang und großer politischer Brisanz, das nur durch eine pragmatische Grundsatzentscheidung gelöst werden kann. Darüber, wie eine solche Lösung aussehen könnte, gehen die Meinungen bislang weit auseinander.

4 Ansätze für eine Lösung des Sprachproblems

Ein auf den ersten Blick naheliegender Lösungsvorschlag lautet, man möge sich auf eine einzige Sprache einigen, am besten auf das Englische, da dieses ja in weiten Bereichen ohnehin als internationale Verkehrssprache verwendet werde und damit de facto ohnehin bereits die Weltsprache sei.

4.1 Englisch als Lingua franca

Viele Verfechter dieser Auffassung glauben, damit eine Patentlösung gefunden zu haben, die eine weitere Diskussion überflüssig macht. In diesem Zusammenhang wird oft der Begriff "Lingua franca" verwendet. Als solche wird eine Nationalsprache bezeichnet, die aufgrund der politischen oder kulturellen Bedeutung des betreffenden Volkes zur Kommunikation zwischen Angehörigen unterschiedlicher Sprachgemeinschaften benutzt wird (vgl. Störig 1987:349). Diese Rolle hat im Römischen Reich das Lateinische, teilweise auch das Griechische, gespielt. Bis ins 19. Jahrhundert war das Französische die Lingua franca der Diplomatie, und das Russische ist auch nach dem Zerfall der Sowjetunion ein wichtiges Kommunikationsmittel zwischen den Völkern dieses vielsprachigen Imperiums. Während die Bedeutung dieser Verkehrssprachen jeweils auf eine bestimmte Weltregion begrenzt war bzw. ist, hat das Englische im Laufe der letzten 100 Jahre die Rolle einer weltweit anerkannten Verkehrssprache erlangt, deren Bedeutung auch als Sprache der wissenschaftlichen Kommunikation inzwischen unbestritten ist.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß die Einführung der Lingua franca Englisch nicht mit einem Schlage alle Probleme lösen würde. Da, wie Haarmann (1993:330ff.) zutreffend argumentiert, nicht anzunehmen ist, daß die Völker Europas in nächster Zeit Europa zuliebe auf ihre angestammten Sprachen verzichten werden, würde eine solche "europäische" Sprache diese Sprachen, insbesondere die Amtssprachen der EU-Staaten, nicht ersetzen, sondern lediglich neben diese treten. Sie hätte die Aufgabe, die Verständigung innerhalb der europäischen Institutionen, insbesondere am Sitz der Europäischen Union, in Brüssel, zu erleichtern, und sie könnte als Lingua franca zwischen den verschiedenen Sprachgemeinschaften Europas und ihren Verwaltungsstellen dienen. Auch die Einführung einer einheitlichen Amtssprache würde das oben skizzierte Problem der Übersetzungen nicht lösen, es käme lediglich zu einer Verlagerung: Übersetzungen, die bislang innerhalb der vielsprachigen Europäischen Union angefertigt werden, müßten künftig in den einzelnen Mitgliedstaaten entstehen. Denn selbst wenn eine weitere Integration Europas zur Folge hätte, daß die heutigen Mitgliedstaaten nur noch den Status von Verwaltungseinheiten hätten - wovon wohlgemerkt noch nicht die Rede ist - so wären sogar dort

die jeweiligen Sprachen (d.h. Deutsch in Deutschland, Italienisch in Italien usw.) weiterhin als Amtssprache in Gebrauch. Man könnte hier allenfalls an einen Amtssprachendualismus (Deutsch/Englisch in Deutschland, Italienisch/Englisch in Italien usw.) denken; eine Analogie bietet die offizielle italienisch-deutsche Zweisprachigkeit Südtirols. Damit reduzieren sich die zu erwartenden Vorteile nicht unerheblich: eine Zeitersparnis auf internationaler Ebene wird auf nationaler Ebene zumindest teilweise aufgehoben, weil hier nun der Amtssprachendualismus die Entscheidungsprozesse verzögert (vgl. Haarmann 1993:332). Hinzu kommt der ungünstige Nebeneffekt, daß die Sprachendienste nicht mehr unmittelbar mit den Autoren der zu übersetzenden Texte zusammenarbeiten könnten.

Es gibt jedoch auch grundsätzliche Einwände gegen die Privilegierung einer der derzeitigen Amtssprachen, gleichgültig, ob dies nun das Englische, das Französische oder irgendeine andere Sprache ist. So wird argumentiert, durch eine solche Entscheidung würden die Sprecher aller übrigen Sprachen benachteiligt. Dieses Argument hat durchaus Gewicht, denn zweifellos hat derjenige, der eine Verhandlung in seiner Muttersprache führen kann, gegenüber demjenigen, der sich hier einer Fremdsprache bedienen muß, einen erheblichen Vorteil.

4.2 Eine neutrale Sprache

Dies könnte für eine neutrale Sprache sprechen, weil in diesem Falle für alle Sprachgemeinschaften die gleichen Voraussetzungen gelten würden. Dabei denkt man spontan an Esperanto, die bekannteste und relativ erfolgreichste Plansprache. Tatsächlich spielt Esperanto, das 1887 von dem polnischen Arzt Lazarus Ludwig Zamenhof (1859-1917) erstmals vorgestellt wurde, in der Diskussion um das Sprachenproblem der EU bereits seit längerem eine Rolle. In jüngster Zeit ist es Umberto Eco (1993) mit seinem Buch *“La ricerca della lingua perfetta nella cultura europea”* gelungen, die Plansprachen - und damit auch Esperanto - einem größeren Publikum näher zu bringen.

Wer sich allerdings ein wenig eingehender mit der sprachpolitischen Diskussion in Europa beschäftigt, bemerkt schnell, daß viele Sprachwissenschaftler ebenso wie die breite Öffentlichkeit dieser Sprache mit großen Vorbehalten begegnen. Aus der Tatsache, daß Esperanto sich in den 100 Jahren seiner Existenz nicht als Welthilfssprache durchsetzen konnte, wird zumeist gefolgert, es sei seinem Anspruch, ein funktionsfähiges internationales Kommunikationsmittel zu sein, nicht gerecht geworden, und daraus wird dann vielfach in einem weiteren Schritt gefolgert, nur natürlich gewachsene Sprachen seien als Kommunikationsmittel tauglich.

Diese Argumentation ist allerdings ein wenig oberflächlich. Die Geschichte der Esperantobewegung zeigt, daß diese aufgrund ihres entschiedenen Eintretens für die

Völkerverständigung vielfältigen Verfolgungen ausgesetzt war. Wenngleich bislang keine internationale Organisation Esperanto als Amts- oder Arbeitssprache übernommen hat, so ist es doch andererseits bemerkenswert, daß diese Sprache, obwohl ihre Beherrschung nur sehr selten mit materiellen Vorteilen verbunden ist, 100 Jahre überdauern konnte und daß sie heute weltweit von zahlreichen Menschen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen gesprochen wird (vgl. Piron 1989:157ff.). Damit wird zugleich die Behauptung, eine künstliche Sprache eigne sich nicht für die Kommunikation, widerlegt. Im übrigen spricht gegen eine solche Behauptung auch die Tatsache, daß viele moderne Nationalsprachen, etwa das Tschechische, das Neunorwegische und das Neuhebräische, planmäßig von Sprachwissenschaftlern entwickelt bzw. ausgebaut worden sind. Ähnlich, aber eben noch konsequenter und systematischer ist Zamenhof vorgegangen, als er seine "*internacia lingvo*" konzipierte.

Esperanto ist eine klar strukturierte, mühelos auszusprechende, leicht verständliche Sprache, die entsprechend schnell erlernt werden kann. Damit könnte Esperanto durchaus einen interessanten Beitrag zur Überwindung der Sprachbarrieren in Europa leisten. Aber es liegt natürlich auf der Hand, daß Esperanto heute - und wohl auf absehbare Zeit - nicht die hierzu erforderliche politische Unterstützung genießt, so daß es jedenfalls heute keine realistische Alternative bietet.

4.3 Selektive Vielsprachigkeit

Damit scheint - vorausgesetzt, man sieht die Lösung der Sprachenprobleme Europas in der Einigung auf eine gemeinsame Sprache - tatsächlich kaum ein Weg am Englischen vorbeizuführen. Und es ist ja letztlich, auch wenn die oben angeführten Einwände ernstzunehmen sind, nicht zu leugnen, daß die generelle Einführung von Englisch als einziger Amtssprache oder zumindest als privilegierter Amtssprache der EU durchaus Vorteile hätte. Wie ist es dann zu erklären, daß die EU sich nicht bereits längst zu diesem Schritt entschlossen hat?

Dies hat sicherlich eine Reihe von Gründen, von denen der wichtigste das bereits mehrfach genannte Festhalten der Einzelstaaten an ihrer Souveränität sein dürfte. Und auch hier ist es wiederum Frankreich, das mit besonderem Nachdruck auf seiner Position beharrt. Das gilt um so mehr, als das Französische auf europäischer Ebene ein ernstzunehmender Rivale des Englischen ist. Seit Gründung der EWG war Französisch zunächst lange Zeit die unangefochtene Arbeitssprache der Gemeinschaft, und auch nach dem Beitritt Großbritanniens und Irlands hat es erst allmählich an Boden verloren. Französisch verfügt nach wie vor über eine starke Stellung und über ausgesprochene Bastionen wie den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Jeder Versuch, diese Situation grundlegend zu verändern, würde daher auf massiven Widerstand stoßen.

Aus diesem Grunde haben pragmatische Lösungsansätze, die mit dem Stichwort "selektive Vielsprachigkeit" oder "selektiver Multilingualismus" (vgl. Haarmann 1993:333) angedeutet werden, mehr Aussicht auf Erfolg. Das bedeutet, daß man vermutlich aus der Zahl der derzeitigen Amtssprachen - ähnlich wie dies die UNO getan hat - die wichtigsten Sprachen auswählen wird, damit zumindest die relevantesten Sprachgruppen oder Kulturbereiche vertreten sind. Diese Lösung setzt sich bereits jetzt zunehmend im Alltag der EU, etwa in den Arbeitsausschüssen, durch; um den Arbeitsablauf nicht unnötig zu erschweren, sind Angehörige der kleineren Sprachgemeinschaften immer häufiger bereit, auf die Verwendung ihrer Sprache zu verzichten. Eine solche selektive Vielsprachigkeit würde das Problem der Übersetzungen wohlgemerkt nicht lösen, denn jeder Bürger (und speziell der Richter oder Verwaltungsbeamte) benötigt ja nach wie vor das europäische Recht in seiner Sprache. Die Aufgabe würde vielmehr, wie bereits dargelegt wurde, künftig aufgeteilt, die Übersetzungen in die (verbleibenden) EU-Amtssprachen würden in der Zentrale angefertigt, die Übersetzungen in die Sprachen, die den Status einer Amtssprache nicht (mehr) haben, in den betreffenden Mitgliedstaaten (vgl. Haarmann 1993:332).

Darüber, welche Sprachen unter diesen Voraussetzungen auf den privilegierten Status einer EU-Amtssprache hoffen könnten und welche nicht, kann man z.Z. nur spekulieren. Versucht man, eine Gewichtung aufgrund der tatsächlichen Bedeutung vorzunehmen, so kann man die EU-Sprachen in drei Gruppen einteilen: die Gruppe der Großen (Englisch, Französisch), die der Mittelgroßen (Deutsch, Italienisch, Spanisch) und die der Kleinen, zu der alle übrigen Sprachen gehören.

Eine Entscheidung in dieser Frage steht wohlgemerkt noch aus, und sie muß angesichts der Bedeutung und Brisanz des Themas, das den EU-Vertrag in seinem Kern tangiert, im Rahmen einer Regierungskonferenz getroffen werden. Diese Entscheidung ist bereits mehrfach verschoben worden, man wird ihr aber nicht unbegrenzt ausweichen können und sich letztlich trotz aller Widerstände zu einer Reduzierung der Zahl der Amtssprachen durchringen müssen; dies gilt um so mehr, als bereits in absehbarer Zukunft weitere Sprachen hinzukommen werden.

Wie die Entscheidung ausfallen wird, weiß heute noch niemand. Geht man jedoch von der soeben skizzierten Dreiteilung aus, so steht so gut wie fest, daß die Gruppe der "Kleinen" ausscheidet. Es ist auch mehr als unwahrscheinlich, daß einer der Kleinen in die Gruppe der "Mittelgroßen" aufrücken wird. Dazu ist der Abstand zu den fünf genannten großen und mittelgroßen Sprachgemeinschaften zu erheblich: die größte unter den kleinen Sprachgemeinschaften, die niederländische, hat ca. 20 Millionen Sprecher, alle übrigen Sprachgemeinschaften sind wesentlich kleiner. Es kann also letztlich nur um die Frage gehen, wieviele der "Mittelgroßen" (Deutschland, Italien, Spanien) in die Spitzengruppe aufrücken. Man kann daher schon jetzt

sagen, daß die Verlierer in jedem Falle die kleinen Sprachgemeinschaften sein werden. Dies wird unvermeidlich dazu führen, daß diese Sprachgemeinschaften sich um so entschiedener für die Bewahrung ihrer kulturellen Identität einsetzen werden. Daher muß eine künftige europäische Sprachpolitik vor allem bemüht sein, Spannungen zwischen den großen und den kleinen Sprachgemeinschaften zu vermeiden bzw. abzubauen und eine Benachteiligung der "kleinen" Sprachen, die aufgrund der Gegebenheiten hingenommen werden muß, durch geeignete Maßnahmen auszugleichen.

Sprachpolitische Entscheidungen sind also dringend erforderlich, sie werden jedoch nicht dazu führen, daß die Frage der Sprachmittlung an Bedeutung verlieren wird. Insbesondere der Umfang der zu übersetzenden Texte dürfte weiter zunehmen. Damit stellt sich gleichzeitig die Frage, welchen Beitrag die Angewandte Sprachwissenschaft als die zuständige Disziplin zur Lösung der Sprachprobleme in der EU leisten kann. Besondere Erwartungen werden in diesem Zusammenhang an die Sprachdatenverarbeitung und an die Sprachdidaktik gestellt

4.4 Sprachdatenverarbeitung

Bei dem Begriff "Sprachdatenverarbeitung" denkt man spontan an die maschinellen Übersetzungssysteme, von denen sich Optimisten bis vor wenigen Jahren eine abschließende Lösung aller Übersetzungsprobleme erhofft haben (vgl. Blatt 1985:46ff.). Die Sprachdienste der Europäischen Union verwenden bereits seit zwei Jahrzehnten das maschinelle Übersetzungssystem SYSTRAN, allerdings setzen sie dieses System nur bei einem relativ geringen Teil ihrer Übersetzungen ein. Dabei geht es im wesentlichen um stark standardisierte Texte, die einen einfachen Satzbau und eine große Zahl von Wiederholungen aufweisen, eine Textgattung, die in der Übersetzerischen Praxis der EU weniger stark vertreten ist. Der Grund für diesen zurückhaltenden Einsatz von SYSTRAN wird deutlich, wenn man den Qualitätsstand betrachtet, den die maschinelle Übersetzung nach intensiven jahrzehntelangen Forschungsbemühungen erreicht hat (vgl. Krings 1996:5ff.).

Noch immer ist es so, daß auch bei sprachlich und inhaltlich unkomplizierten Texten die maschinell angefertigte Übersetzung zunächst überarbeitet werden muß, bevor sie einem Adressaten zugemutet werden kann. Wie Untersuchungen ergeben haben, übersteigt der Nachredaktionsaufwand vielfach den Aufwand, der für eine herkömmliche "Humanübersetzung" benötigt wird. Auch der Versuch, maschinelle Rohübersetzungen zu reinen Informationszwecken einzusetzen, führt längst nicht immer zum Erfolg, da die Übersetzungen häufig nicht nur sprachlich fehlerhaft, sondern auch unverständlich bzw. mißverständlich sind (vgl. Krings 1996:539f.).

Dieses enttäuschende Ergebnis ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß

sprachliches und außersprachliches Wissen untrennbar miteinander verbunden sind. Angesichts der Komplexität der Probleme, die hieraus resultieren, sind die einschlägigen Forschungsprogramme im Laufe der Zeit immer aufwendiger geworden, und man hat auch Wissensbereiche wie die Künstliche Intelligenz in die Überlegungen einbezogen.

Die EU selbst hat von 1982 - 1992 ein groß angelegtes Forschungsprojekt mit dem Namen EUROTRA durchgeführt, an dem alle damaligen 12 Mitgliedstaaten beteiligt waren und das die Entwicklung eines einsatzfähigen automatischen Übersetzungssystems für alle 9 Amtssprachen zum Ziel hatte (vgl. Schuurman 1994). Die Laufzeit, die ursprünglich nur 5,5 Jahre betragen sollte, wurde mehrfach verlängert. Als Finanzrahmen waren zunächst 16 Mio. ECU vorgesehen, schließlich wurden es 37,5 Mio. ECU. Trotz allem wurde das Ziel nicht einmal ansatzweise erreicht.

Ein von der EU-Kommission eingesetzter unabhängiger Sachverständigenausschuß stellte nach Abschluß des Projekts fest, man habe zu Beginn des Programms nicht hinreichend erkannt, wie anspruchsvoll die ursprünglich gesetzten Ziele, vor allem das Ziel, ein System zur parallelen Verarbeitung aller EG-Sprachen zu entwickeln, gewesen seien. Daher habe man nach entsprechenden Korrekturen schließlich kein einsatzfähiges System, sondern nur noch einen wissenschaftlichen Prototyp angestrebt.

Dieses ernüchternde Ergebnis spreche jedoch keineswegs dagegen, die Computerlinguistik zum Abbau der Sprachbarrieren einzusetzen, es spreche vielmehr dafür, das Übersetzen mit technischen Mitteln auf einer realistischen Grundlage zu betreiben. Daher empfehlen die Sachverständigen, die künftige Entwicklung auf die maschinell unterstützte Übersetzung und auf technische Hilfsmittel für Übersetzer zu konzentrieren.

Von ähnlichen Überlegungen gehen auch die Arbeiten am Institut für Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Hildesheim aus. Hier geht es nicht darum, einen weiteren Ansatz zur Maschinellen Übersetzung zu entwickeln, sondern darum, den Computer bereits heute konkret in der Arbeit des Übersetzers einzusetzen und die Möglichkeiten, die es hier gibt - insbesondere Terminologische Datenbanken und integrierte Übersetzungssysteme - zu nutzen und weiterzuentwickeln. Hierfür sind die Forschungsergebnisse der Computerlinguistik von großem Interesse.

Trotzdem bleibt die ernüchternde Feststellung, daß der Computer, wie gut und wie effizient er auch in die Arbeit des Übersetzers integriert werden mag, nur einen Beitrag zur Lösung der Übersetzungsproblematik leisten kann. Das Übersetzen bleibt eine aufwendige Sache, die den EU-Haushalt belastet. Daher muß weiterhin nach Wegen gesucht werden, das Übersetzungsvolumen zumindest in Teilbereichen zu reduzieren. Dies läßt sich nicht zuletzt durch eine Intensivierung und Verbesserung des Sprachunterrichts erreichen.

4.5 Intensivierung des Sprachunterrichts

In diese Richtung zielt das LINGUA-Programm, das die EG 1989 zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse in Europa initiiert hat und das in weiteren vergleichbaren Programmen seine Fortsetzung gefunden hat. Im Mittelpunkt dieses Programms steht die Förderung zweier Bereiche: die Ausbildung in den weniger verbreiteten Sprachen in Europa und die Verwendung von Fremdsprachen im Berufsleben und in der Wirtschaft.

Das Institut für Angewandte Sprachwissenschaft der Universität Hildesheim hat sich am LINGUA-Programm mit zwei Projekten beteiligt (vgl. Arntz 1998), die im folgenden vorgestellt werden sollen:

4.5.1 “Fremdsprachenunterricht für die Europäisierung des Arbeitsmarktes”

Dieses Projekt, das von Prof. Dr. Jürgen Beneke geleitet wurde, hatte die Förderung der Mehrsprachigkeit in Europa unter besonderer Berücksichtigung der beruflichen Praxis zum Gegenstand. Um auf europäischer Ebene beruflich handlungsfähig zu werden, benötigen Jugendliche in der Ausbildung zu gewerblichen Berufen einen berufsorientierten Fremdsprachenunterricht, der ihre spezielle Motivation und ihre künftige berufliche Situation berücksichtigt. Bislang gibt es erst wenig Lehrmaterial, das auf die Bedürfnisse dieser speziellen Zielgruppe zugeschnitten ist, so daß eine deutliche Benachteiligung gegenüber anderen Gruppen, insbesondere Studierenden, festzustellen ist. Dem Hildesheimer Projekt liegt die Überlegung zugrunde, daß ein für diese Jugendlichen geeigneter Fremdsprachenunterricht sowohl sprachlich-kommunikative Fertigkeiten als auch fachsprachliche Kenntnisse vermitteln muß; ebenso wichtig sind jedoch die Vermittlung landeskundlich-vergleichender Kenntnisse und die Bewußtmachung kultureller Unterschiede mit dem Ziel, Nationalstereotypen zu überwinden. Von Bedeutung ist schließlich auch, daß die Jugendlichen zum Weiterlernen motiviert werden und daß ihnen hierzu Techniken des selbstgesteuerten Lernens vermittelt werden.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen wurde von den Universitäten Hildesheim, Rouen und Barcelona gemeinsam ein Curriculum für den berufsorientierten Fremdsprachenunterricht für Auszubildende und junge Arbeitnehmer entwickelt. Das Lehrmaterial geht von einem selektiven Ansatz aus: im Gegensatz zum “Maximalansatz” des schulischen Fremdsprachenunterrichts beschränkt sich der Kurs auf das Notwendige, d.h. auf bestimmte, vorher festgelegte Kontaktsituationen und berufliche Kontexte. Gleichzeitig geht man von einem modularen Ansatz aus: Das Lehrmaterial wird als Katalog von Situationen präsentiert, denen unterschiedliche

Handlungsrollen innerhalb verschiedener beruflicher Handlungsfelder zugeordnet werden. Um den verschiedenen Kommunikationsanforderungen, die sich hier ergeben, gerecht zu werden, bedarf es einer möglichst tragfähigen gemeinsprachlichen Basis und angemessener Fachsprachenkenntnisse.

Bei dem erstellten Material geht es im einzelnen um folgende Themen:

- Die Chancen des Europäischen Arbeitsmarktes: Von der Idee zur Mobilitätsbereitschaft
- Von der Orientierung auf dem Arbeitsmarkt bis zum Bewerbungsschreiben
- Vom Vorstellungsgespräch bis zum Arbeitsvertrag
- Kennenlernen des Unternehmens und Orientierung auf dem Werksgelände
- Einführung am Arbeitsplatz und beruflich-soziale Integration in den Arbeitsprozeß
- Die Umwelt außerhalb des Werksgeländes
- Alltagsleben und Wohnen
- Private Integration und Freizeit

Dieses Curriculum für die Vermittlung von fremdsprachlichen Mindestqualifikationen für Auszubildende und junge Arbeitnehmer in gewerblichen Berufen kann nun praktisch angewendet, an unterschiedliche Gegebenheiten adaptiert und weiterentwickelt werden. Insbesondere ist daran gedacht, die berufsspezifischen Themenbereiche an die speziellen Bedürfnisse einer Reihe von Ausbildungsberufen anzupassen. Auf diese Weise werden Erkenntnisse der Sprach- und Kommunikationswissenschaft sowie der Sprachdidaktik für einen Personenkreis nutzbar, für den das Lernen einer Fremdsprache eher ungewohnt ist; das Material ist daher bewußt so konzipiert, daß diese Zielgruppe "behutsam" an den neuen Lerngegenstand herangeführt wird.

4.5.2 "Modulare Fachsprachenausbildung"

Auch das zweite Projekt, das vom Verfasser gemeinsam mit Prof. Dr. Hans Krings geleitet wurde, hat eine sprachdidaktische Zielsetzung, allerdings steht hier eine Lernergruppe im Mittelpunkt, die mit dem Erlernen von Fremdsprachen bereits gut vertraut ist. Der ausführliche Projekttitel lautet: "Zielgruppenorientierte Fachsprachenausbildung auf modularer Grundlage: Schwerpunkt italienische Rechtssprache". Eine wichtige Parallele zu dem ersten Projekt liegt in der Überlegung,

daß vor dem Hintergrund der Europäisierung des Arbeitsmarktes eine wachsende Zahl von Lernern lediglich eine berufsbezogene Teilkompetenz in einer bestimmten Fremdsprache benötigt. Dies spricht für die Entwicklung speziellen Lehrmaterials, das sich auf die Vermittlung der benötigten Fertigkeiten beschränkt, so daß der für das Erlernen benötigte Zeitaufwand erheblich reduziert wird. Im vorliegenden Fall geht es um die Entwicklung einer Methodik, mit deren Hilfe Fachleute in einem relativ begrenzten Zeitraum die Fähigkeit erwerben, fremdsprachige Texte zu Themen ihres Fachgebiets zu verstehen. Zu diesem Zweck wurde Lehrmaterial erarbeitet, das für Juristen mit deutscher bzw. dänischer Muttersprache bestimmt ist, die eine entsprechende Kenntnis des Italienischen erwerben wollen. Da auf diese Weise auch der Zugang zum Erlernen einer zweiten Fremdsprache sowie weiterer Fremdsprachen erleichtert wird, kann solches Lehrmaterial zugleich einen Beitrag zur Förderung einer neuen Form von Mehrsprachigkeit in Europa leisten.

An diesem auf 3 Jahre angelegten Projekt waren die Europäische Akademie Bozen, die Universität Hildesheim und die Wirtschaftsuniversität Dänemark Süd (Handelshøjskole Syd) in Kolding beteiligt.

Das gesamte Kursmaterial basiert, wie bereits in der Projektbezeichnung zum Ausdruck kommt, auf einem modularen Ansatz. Im ersten Modul werden die Lernenden mit den Grundstrukturen des Italienischen vertraut gemacht, die erforderlich sind, um italienische Texte zu Themen allgemeinen, insbesondere landeskundlichen Inhalts zu verstehen. Die hier erworbenen Kenntnisse bilden die Grundlage für das zweite Modul, in dem, ausgehend von italienischen Fachtexten mit ansteigendem Schwierigkeitsgrad, eine fachspezifische Lesefähigkeit entwickelt wird (vgl. Cavagnoli/Veronesi 1998).

Ein weiterer ergänzender Ansatz, der in der Sprachausbildung von Erwachsenen sehr fruchtbar sein kann, liegt im Bereich des Sprachvergleichs, d.h. in der Einbeziehung verwandter Sprachen, die der Lernende bereits kennt, und dazu gehört wohlgerne auch seine Muttersprache. Die z.T. sehr engen verwandtschaftlichen Beziehungen innerhalb der europäischen Sprachfamilien bieten Möglichkeiten für den Sprachunterricht, die bislang nicht ausreichend genutzt werden. Dabei ist die Vermittlung einer rezeptiven Mehrsprachigkeit, die es beispielsweise in einer bilingualen Gesprächssituation beiden Partnern erlaubt, in ihrer Muttersprache zu sprechen, von besonderem Interesse. Dies gilt nicht nur für die mündliche, sondern auch - und vielleicht in noch stärkerem Maße - für die schriftliche Kommunikation.

Diese beiden "passiven" Module wurden so konzipiert, daß sie problemlos durch eines oder mehrere Module ergänzt werden können - aber nicht müssen -, die die Entwicklung einer aktiven Sprachkompetenz zum Ziel haben. Da systematisch entwickelte passive Sprachkenntnisse, wie Untersuchungen belegen, eine solide Basis für

eine anschließende Entwicklung aktiver Sprachkenntnisse darstellen, erscheint eine solche sukzessive Erweiterung des Lernziels sinnvoll.

Die in diesem Projekt gesammelten Erfahrungen fließen auch im Rahmen des sogenannten "Drittssprachenkonzepts" unmittelbar in die curriculare Weiterentwicklung der Studiengänge des Instituts für Angewandte Sprachwissenschaft ein. Dabei geht es darum, fortgeschrittenen Studierenden in einem speziell konzipierten dreisemestrigen Kursprogramm solide Grundkenntnisse in einer dritten Fremdsprache zu vermitteln. Im Vordergrund stehen die weniger verbreiteten europäischen Sprachen, insbesondere die relativ leicht zugänglichen germanischen und romanischen Sprachen, und zwar einerseits Niederländisch und die skandinavischen Sprachen, andererseits Italienisch und Portugiesisch. Darüber hinaus sollen in einem weiteren Projekt grundsätzliche Fragen der rezeptiven Mehrsprachigkeit geklärt werden.

5 Fachkommunikation und Sprachplanung

Die bisherige Darstellung hat gezeigt, daß sprachpolitische Entscheidungen das Leben von Menschen und Völkern nachhaltig beeinflussen können. Auch für das Verhältnis der Staaten untereinander sind sprachpolitische Entwicklungen keineswegs unwichtig. Louis-Jean Calvet (1987) bringt dies pointiert, aber zutreffend im Titel seines Buches *“La guerre des langues et les politiques linguistiques”* zum Ausdruck.

5.1 Sprache als Machtinstrument

Sprache wird in vielen Bereichen - ob im Wirtschaftsleben oder in Wissenschaft und Forschung - bewußt oder unbewußt als Machtinstrument eingesetzt. So ergibt sich aus der beherrschenden Position der USA in der Computertechnologie, daß die meisten Sprachen zahlreiche einschlägige Lehnwörter aus dem Englischen übernommen haben. Wenn die Sprecher dieser Sprachen dies zumeist unkritisch akzeptieren, sind sie sich dabei kaum der Tatsache bewußt, daß sie damit zumindest indirekt eine Hegemoniestellung der angelsächsischen Welt auch in anderen Bereichen fördern. Denn eine Sprache, in der wichtige Kommunikationsinhalte vermittelt werden, gewinnt an Attraktivität, was zugleich einen Prestigege Gewinn für Kultur und Wirtschaft des betreffenden Landes bedeutet.

Diese Entwicklung wird von einzelnen Staaten als akute Bedrohung empfunden, während andere ihr eher indifferent gegenüberstehen. Mit besonderer Entschiedenheit setzt sich Frankreich gegen die zunehmende Beeinflussung des Französischen durch das Englische zur Wehr. Auf der einen Seite bemüht man sich, dem *“franglais”* durch die systematische Entwicklung “rein französischer” Terminologien und die konsequente Durchsetzung ihrer Verwendung Einhalt zu gebieten, auf der anderen Seite werden große Anstrengungen unternommen, die Verwendung des Französischen als Sprache von Wissenschaft und Technik auf internationaler Ebene zu fördern.

Damit steht Frankreich jedoch nicht allein. In vielen anderen Sprachgemeinschaften hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Sprache und insbesondere Fachsprache ein Wirtschaftsfaktor ist, den es zu entwickeln gilt, wenn man im internationalen Wettbewerb bestehen will. So werden beispielsweise im spanischsprachigen Raum seit etwa zwei Jahrzehnten große Anstrengungen unternommen, um die Defizite des Spanischen als Kommunikationsmittel der Wissenschaft und der Technik zu beheben. Dieser Aufgabe widmet sich eine Reihe von Normungs- und Sprachpflegeinstitutionen in der gesamten spanischsprachigen Welt mit großem Einsatz und zunehmendem Erfolg.

Wenn sich bereits Weltsprachen wie Französisch und Spanisch durch die Hegemonie

des Englischen bedroht sehen, so sind die mittelgroßen und kleinen Sprachen noch weit stärker gefährdet. Dies gilt in besonderem Maße für diejenigen Sprachen, die sich in einer Diglossiesituation gegenüber einer stärkeren Sprache behaupten müssen, die sich leichter auf die fortschreitende Entwicklung von Wissenschaft und Technik einstellen kann. Daß eine Sprache, in der eine umfassende fachliche Kommunikation nicht (mehr) möglich ist, schnell an Bedeutung verliert, hat das Beispiel Elsaß gezeigt. Da die kleinen Sprachgemeinschaften diese Gefahr immer deutlicher sehen, versuchen sie, dieser Entwicklung gezielt entgegenzuwirken. Daher ist das Interesse an Methoden der Sprachplanung hier besonders groß.

Damit stellt sich die Frage, welches gesicherte methodische Wissen die Sprachwissenschaft für die Sprachplanung im allgemeinen und für die Fachsprachenplanung im besonderen bereitstellt. Hier ist in erster Linie an Interlinguistik und Terminologielehre zu denken, wobei die Interlinguistik, eher theoretisch, die Terminologielehre eher praktisch orientiert ist; beide Gebiete sind eng miteinander verknüpft.

5.2 Interlinguistik und Sprachplanung

Einen wichtigen Untersuchungsgegenstand der Interlinguistik, der Wissenschaft von der Sprachplanung (Schubert 1989:8), die sich in den letzten Jahren als Teilbereich der Sprachwissenschaft etabliert hat, bilden die Plansprachen, die auch als Welt-Hilfssprachen bezeichnet werden; die bekannteste unter ihnen, Esperanto, wurde bereits vorgestellt. Obwohl die praktische Bedeutung der Plansprachen relativ gering ist, bietet die Beschäftigung mit ihnen interessante Erkenntnisse für alle Bereiche der Sprachplanung. Denn da es sich bei den Plansprachen um das Ergebnis einer besonders umfassenden Form von Sprachplanung handelt, stellen sich hier alle Fragen, die mit einem planerischen Eingriff in Sprache verbunden sind, in großer Klarheit. Dies gilt nicht zuletzt für die Frage der Akzeptanz, d.h. die Reaktion der Sprachnutzer auf solche Eingriffe.

5.2.1 Plansprachen

Ein Blick auf die Geschichte der Plansprachen zeigt, daß im Laufe der Jahrhunderte sehr viele solcher Sprachen entwickelt worden sind; etwa 1.000 Plansprachenentwürfe sind bislang belegt, und ihre Zahl steigt langsam weiter an (vgl. Blanke 1985:66).

Dafür, daß Menschen künstliche Sprachen entwickeln, kommen mehrere Gründe in Betracht: zumeist geht es primär darum, den vielen Völkern verschiedener Sprache eine gemeinsame neutrale Verständigungsgrundlage zu bieten, manchmal steht jedoch das Unbehagen an den "unpräzisen" natürlichen Sprachen und das Streben nach größerer sprachlicher Klarheit im Vordergrund, und schließlich spielt auch die

Freude am spielerisch-kreativen Umgang mit Sprache eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Wie weit dabei das Spektrum der Möglichkeiten reicht, zeigt die Typologie der Plansprachen, die von einer Unterteilung in sogenannte a-priori-Sprachen und a-posteriori-Sprachen ausgeht. Die a-priori-Sprachen sind dem Einfluß der natürlichen Sprachen weitestgehend entzogen, sie gehen ihnen, wie die Bezeichnung andeutet, gewissermaßen voraus. Diese Plansprachen basieren auf frei erfundenen Elementen (häufig Zahlen oder Symbole), die grundlegende Begriffe repräsentieren. Die a-priori-Sprachen, die im 17. und 18. Jahrhundert ihre große Zeit hatten, sind heute nur noch von wissenschaftshistorischem und wissenschaftstheoretischem Interesse. Es ist aber bemerkenswert, daß bedeutende Philosophen wie Descartes und Leibniz viel Energie auf die Entwicklung solcher Sprachen verwendet haben. Dabei sahen sie die Sprache in erster Linie als ein logisches Denkwerkzeug, das es mit Hilfe der Mathematik zu vervollkommen galt (vgl. Blanke 1985:125ff.).

Alle Systeme dieses Typs wiesen eine Reihe von Schwächen auf, die ihre Tauglichkeit für die menschliche Kommunikation stark herabsetzten. Es handelte sich um in sich geschlossene theoretische Konstrukte, die sich nur äußerst schwer an die Weiterentwicklung des Wissens anpassen ließen und die aufgrund ihrer geringen Redundanz und ihrer willkürlich gewählten Begriffsstrukturen schwer verständlich waren.

Trotz ihres geringen praktischen Nutzens haben diese philosophischen Plansprachenprojekte zu wichtigen Erkenntnissen geführt, die u.a. beim Aufbau von Klassifikationssystemen und Thesauri sowie bei der begrifflichen Strukturierung von Wörterbüchern genutzt worden sind.

Demgegenüber sind die sogenannten a-posteriori-Sprachen ausnahmslos von natürlichen Sprachen, insbesondere von westeuropäischen Sprachen, abgeleitet. Die zunehmende internationale Zusammenarbeit hatte gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Fremdsprachenproblematik in das Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit gerückt, so daß eine große Bereitschaft zum Erlernen von Welthilfssprachen bestand. Daher hatten auch recht skurrile Projekte zumindest vorübergehend Erfolg, wie das Beispiel der Weltsprache "Volapük" (*vola* = *world*, *pük* = *speak*) zeigt. Volapük wurde 1880 von seinem Schöpfer, dem deutschen Pfarrer Schleyer, vorgestellt, und es fand in ganz Europa rasche Verbreitung; allerdings flaute die Begeisterung der meisten Volapükisten bald wieder ab, da insbesondere aufgrund der komplizierten Grammatik die Kommunikation mit Volapük alles andere als einfach war (vgl. Blanke 1985:204ff.).

Als wesentlich kommunikationstauglicher hat sich Esperanto erwiesen, das wenig später, im Jahre 1887, erstmals vorgestellt wurde. Esperanto fand schon bald viele Anhänger in zahlreichen Ländern; ihren Höhepunkt erlebte die Esperanto-Bewegung

in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts, bevor sie sowohl im national-sozialistischen Deutschland als auch in der Sowjetunion verboten und verfolgt wurde. Diesen Rückschlag hat Esperanto bis heute nicht völlig überwinden können.

5.2.2 Esperanto als linguistisches Modell

Trotzdem ist Esperanto alles andere als eine tote Sprache. Rundfunksender in der ganzen Welt strahlen Programme in Esperanto aus, es gibt eine ganze Reihe von Zeitschriften in Esperanto, und neben den vielen vorliegenden Übersetzungen werden zahlreiche Werke auch direkt in Esperanto verfaßt. Was die Zahl der Sprecher in aller Welt angeht, so ist man auf Schätzungen angewiesen, die Angaben schwanken zwischen 1 Million und 15 Millionen.

Geht man von der oben erläuterten Unterteilung in a-priori- und a-posteriori-Sprachen aus, so gehört Esperanto zweifelsfrei zu den a-posteriori-Sprachen und in diesem Rahmen wiederum zu den "autonomen" Plansprachen. Darunter versteht man solche Plansprachen, die einen gegebenen Wortschatz ausschließlich mit den ihnen eigenen Mitteln, insbesondere mit Hilfe von Suffixen, weiterentwickeln (Blanke 1985:100f.).

Da Esperanto eine planmäßig konstruierte Sprache ist und damit per definitionem aus willkürlich ausgewählten Elementen besteht, waren seine Strukturen mancher Kritik ausgesetzt. Diese Kritik richtete sich u.a. gegen eine übermäßige Verwendung von Affixen, die die Sprache unnötig künstlich erscheinen läßt und zur Bildung schwer verständlicher Wörter führt. Ein Beispiel ist *malsanulejo* (Krankenhaus); hier wird die Wurzel *san-* (gesund) mit dem Negationspräfix *mal-* und zwei Suffixen (*ul* und *-ej*) verbunden (vgl. Schubert 1989:254ff.). Auch die an den slawischen Sprachen orientierte Aussprache stieß auf Widerspruch, da die Diphthonge und Zischlaute des Esperanto in einer Reihe wichtigerer europäischer Sprachen nicht vorkommen.

Um eine Aufspaltung von Esperanto in "Dialekte" zu verhindern, hatte Zamenhof bereits sehr früh festgelegt, daß die Grundregeln des Esperanto nicht verändert werden dürften. Daher hatten Kritiker keine andere Wahl, als ihre Vorstellungen außerhalb der Esperanto-Bewegung zu verwirklichen. Dies führte u.a. zu einer Abspaltung der Anhänger von Ido, einer modifizierten Form des Esperanto, die 1907 präsentiert wurde (*-ido* heißt auf Esperanto "abgeleitet von"). In seiner lexikalischen Struktur orientiert sich Ido stärker als Esperanto am international geläufigen Wortschatz. Damit tendiert Ido zu den "naturalistischen" Plansprachen (z.B. Occidental und Novial), die sich, anders als die "autonome" Plansprache Esperanto, weitgehend an der Struktur natürlicher Sprachen orientieren und sich darauf beschränken, diese zu vereinfachen (vgl. Blanke 1985:157); in einer naturalistischen Sprache ist ein Wortgebilde wie das soeben zitierte *malsanulejo* kaum denkbar, hier wird man sich eher an

dem international bekannten *hospital* orientieren.

Für die Sprachwissenschaft sind die Plansprachen, darunter auch manche, die in der Praxis nicht den geringsten Erfolg verbuchen konnten, von großem Interesse. Die Frage, welche Anforderungen an eine "ideale" Sprache zu stellen sind, eine Frage, die die Entwickler von Plansprachen intensiv beschäftigt, stellt sich nämlich auch dann, wenn man natürliche Sprachen beschreibt und untersucht, inwieweit sie ihrer Aufgabe als Kommunikationswerkzeug gerecht werden.

Als besonders wichtig gelten in der Plansprachenforschung folgende Anforderungen: Eine "ideale" künstliche Sprache sollte eine im Vergleich zu den natürlichen Sprachen regelmäßige und einfache Grammatik haben. Die Wortbildung sollte klaren, semantisch fundierten Prinzipien folgen; die Rechtschreibung müßte der Aussprache entsprechen, und es dürfte keine Laute geben, die einer Sprachgemeinschaft Schwierigkeiten bereiten.

Es ist jedoch nicht leicht, allen diesen Forderungen gleichzeitig gerecht zu werden. Und selbst wenn man versucht, nur eine einzelne Anforderung zu erfüllen, kann es zu Schwierigkeiten kommen, wie die Phonetik zeigt. So verzichtet Volapük mit Rücksicht auf die Chinesen auf das "r", an dessen Stelle vielfach das "l" tritt; das ist jedoch nicht im Interesse der Japaner, die zwar ein "r", aber kein "l" kennen; das gleiche gilt für die zahlreichen "ü"- und "ö"-Laute des Volapük, die Engländern, Italienern, Spaniern und vielen anderen Sprachgemeinschaften Schwierigkeiten bereiten dürften.

Für die Computerlinguistik sind Plansprachen in jüngerer Zeit interessant geworden, weil man versucht, Esperanto wegen seiner Einfachheit und Klarheit als Interlingua in der Maschinellen Übersetzung zu verwenden (Schubert 1989:26f.). Der Soziolinguistik bietet die Esperanto-Sprachgemeinschaft wertvolles Material zur Untersuchung der Frage, inwieweit sprachplanende und sprachsteuernde Maßnahmen von den Sprechern akzeptiert und in der mündlichen und schriftlichen Kommunikation umgesetzt werden (Schubert 1989:23f.). Da diese Sprachgemeinschaft erst seit wenig mehr als 100 Jahren besteht, kann man ihre sprachliche Entwicklung anhand der vorliegenden Quellen leicht rekonstruieren.

Man kann jedoch auch bereits feststellen, daß Esperanto im Laufe seines Bestehens entgegen dem Wunsch seines Schöpfers vielfältige Änderungen erfahren hat. Die wichtigsten betreffen die lexikalische bzw. semantische Ebene, d.h., viele Wörter haben, teilweise unter dem Einfluß anderer Sprachen, ihre Bedeutung geändert. So war es in Esperanto zunächst nicht üblich, zwischen "gern tun" und "gern haben" (vgl. das englische *to like/to love*) zu unterscheiden; beides fiel in dem Verb *ami* zusammen. Heute wird wie im Englischen zwischen *ŝati* (gern tun) und *ami* (gern haben) unterschieden (Piron 1989:129f.).

Oft sind semantische Entwicklungen auf interkulturelle Probleme zurückzuführen, die in der frühen Phase des Esperanto, in der man in erster Linie den europäischen Kulturkreis im Blick hatte, nicht vorhersehbar waren. So lautete das Äquivalent für "Vorname" zunächst *antaŭnomo*; unter dem Einfluß von Chinesisch-, Koreanisch- und Japanischsprechern, bei denen der Familienname traditionsgemäß die erste Stelle einnimmt, wurde *antaŭnomo* durch *individua nomo* ersetzt (Piron 1989:130). Dies zeigt, daß Esperanto längst zu einer lebenden Sprache geworden ist, die sich wie alle anderen lebenden Sprachen weiterentwickelt

5.2.3 Plansprachen und Terminologie

Der Bereich der Plansprachen weist somit eine große strukturelle Vielfalt auf, so daß auch die Grenzen zwischen Plansprachen und natürlichen Sprachen fließend sind. Die Darstellung der a-priori-Sprachen hat deutlich gemacht, daß diese mit "Sprachen" im herkömmlichen Sinne wenig gemein haben. Ein wesentlich vertrauterer Bild boten die a-posteriori-Sprachen; während der autonome Typ mit seinem wichtigsten Repräsentanten Esperanto noch einige fremdartige Züge aufweist, nähert sich der naturalistische Typ (z.B. Occidental und Novial) bereits den natürlichen Sprachen, insbesondere den westeuropäischen Verkehrssprachen, an.

Auf der Grenzlinie zwischen Plansprachen und natürlichen Sprachen können wir nun die international vereinheitlichten Terminologien, z.B. der Chemie oder der Elektrotechnik, ansiedeln, denn obwohl es sich bei ihnen um Sprachplanungsprodukte handelt, fügen sie sich problemlos in die natürlichen Sprachen ein. Grundlage der internationalen Vereinheitlichung solcher Terminologien ist die Verwendung griechischer und lateinischer Morpheme, die vielen Sprachen vertraut sind. Daraus ergeben sich international parallele Terminologien des Typs *chromatic aberration* / *aberration chromatique* / *chromatische Aberration*, wie sie sich u.a. in internationalen Normen und Normwörterbüchern finden (vgl. Arntz/ Picht 1991:186f.). Daß die internationale Terminologieangleichung inzwischen weit vorangeschritten ist, geht entscheidend auf die Arbeiten des österreichischen Ingenieurs, Normungsfachmanns und Terminologen Eugen Wüster (Felber/Lang 1979:15ff.) zurück, der jahrzehntelang an einem "Internationalen Terminologieschlüssel", d.h. einem für alle Sprachen gültigen Morpheminventar, gearbeitet hat. Entscheidende Anregungen hierfür fand Wüster in seiner intensiven Beschäftigung mit Esperanto.

Ebenfalls im Grenzbereich zwischen Plansprachen und natürlichen Sprachen ist ein weiterer sprachplanerischer Ansatz, die Modifizierung oder Vereinfachung einer gegebenen natürlichen Sprache, anzusiedeln. Ein Beispiel hierfür ist Latino sine flexione, ein Versuch, Latein in vereinfachter Form als Kommunikationsmittel wiederzubeleben (Blanke 1985:142). Bekanntter wurde das 1930 vorgestellte Basic English;

das Akronym BASIC steht für die Langform *British American Scientific International Commercial* (Crystal 1993:356). Dieses reduzierte Englisch hat einen Grundwortschatz von 850 Wörtern für den alltäglichen Gebrauch. Dieser Wortschatz soll es ermöglichen, alle übrigen Wörter, mit Ausnahme internationaler und wissenschaftlicher Begriffe, durch Umschreibungen wiederzugeben.

Trotz der begeisterten Aufnahme, die es zunächst fand, hat sich auch Basic English nicht durchsetzen können. Die Umschreibungen, zu denen der begrenzte Wortschatz zwingt, sind oft schwerfällig und nicht immer leicht verständlich. Daraus ergibt sich eine erhebliche Diskrepanz zwischen aktiver und passiver Sprachbeherrschung. Es ist sicherlich einfach, Basic English zu verstehen, aber es ist insbesondere für Personen, deren Muttersprache das Englische ist, sehr schwer, sich in dieser Sprache klar auszudrücken. Trotzdem haben sich auch die Überlegungen zu Basic English für die Sprachwissenschaft, nicht zuletzt für Sprachdidaktik und Lexikographie, als nützlich erwiesen (Blanke 1985:146f.). Eine moderne Variante des Basic English ist Simplified English, das in einer Reihe internationaler Unternehmen die Grundlage für die Erstellung englischsprachiger Texte, insbesondere Betriebsanleitungen, bildet. Solche Texte sind nicht nur leicht verständlich, sie lassen sich auch wesentlich besser maschinell übersetzen als traditionelle Textvorlagen.

Während die letzten Beispiele natürlichsprachliche und plansprachliche Elemente miteinander verbinden, liegt die Aufgabe der Sprachplanung im engeren Sinne eindeutig im Bereich der natürlichen Sprachen. Hier geht es darum, die Funktionsfähigkeit einer ethnischen Sprache oder einer bestimmten Sprachvariante durch planerische Eingriffe, die die gewachsene Struktur so weit wie möglich respektieren, zu erhöhen. Hierfür lassen sich zahlreiche Beispiele anführen. Besonders interessant sind die Fälle, in denen Nationalsprachen wie das Neunorwegische auf der Grundlage von Dialekten entwickelt wurden oder in denen eine nur noch begrenzt verwendete Sprache wie das Hebräische mit neuem Leben erfüllt wurde; in diesen Fällen spielte die Entwicklung von Terminologien eine wichtige Rolle.

Zwischen Plansprachen, Sprachplanung und Terminologielehre besteht somit ein enger Zusammenhang. Da Terminologien für die Funktionsfähigkeit einer Sprache unverzichtbar sind, müssen sie im Rahmen der Sprachplanung berücksichtigt werden. Hierzu bieten sich die von der Terminologielehre entwickelten Methoden an, von denen einige im folgenden skizziert werden sollen.

5.3 Terminologielehre

5.3.1 Terminologie und Wissensaustausch

Wenngleich Terminologie in vielen Lebens- und Tätigkeitsbereichen eine wichtige Rolle spielt, besteht doch eine besonders enge Verbindung zwischen Terminologie und Übersetzen. Denn infolge der immer intensiveren internationalen Zusammenarbeit in allen Bereichen nehmen Menge und Umfang der zu übersetzenden Texte ständig zu; gleichzeitig steigt ihr Spezialisierungsgrad. Mit dieser Entwicklung können die fachsprachlichen Wörterbücher weder quantitativ noch qualitativ Schritt halten. Das Übersetzen eines Fachtextes ist aber nur dann möglich, wenn man über den Fachwortschatz des betreffenden Gebietes, seine Terminologie, verfügt. Auch aus diesem Grunde hat die systematische Terminologiarbeit immer mehr an Bedeutung gewonnen. In diesem Zusammenhang hat sich in den letzten Jahrzehnten der Beruf des Terminologen entwickelt, der Fachwortbestände sammelt, systematisiert und bearbeitet, um dem Übersetzer seine Aufgabe zu erleichtern. Dabei geht es insbesondere darum, neue Fachwörter möglichst bald nach ihrer Entstehung zu erfassen und ihre exakte Bedeutung zu klären bzw. festzulegen. Die Ergebnisse dieser Arbeit, insbesondere die der systematischen Terminologiarbeit, werden den Benutzern in Fachwortlisten, Glossaren oder Fachwörterbüchern zur Verfügung gestellt oder sind bei Terminologiedatenbanken abrufbar.

Zwar verläuft der Wissenstransfer auf der Ebene der Forscher und Ingenieure oft problemlos, da ausreichende Sprachkenntnisse vorhanden sind. Sobald jedoch das vorhandene Wissen für die Produktion nutzbar gemacht werden soll, ist die sprachliche Umsetzung unumgänglich. Handelt es sich um Produktionsbereiche bzw. Fachgebiete, die im betreffenden Land bzw. Sprachgebiet noch nicht entwickelt oder noch in der Entwicklung begriffen sind, müssen die erforderlichen Terminologien geschaffen werden - nicht zuletzt im Interesse der Betriebssicherheit. So hat man z.B. in der norwegischen Ölindustrie die Wichtigkeit eines funktionstüchtigen fachlichen Kommunikationsmittels erkannt und systematisch Terminologien in norwegischer Sprache entwickelt.

Komplizierter wird der Transferprozeß, wenn neues Wissen auch den Forschern und Ingenieuren aus sprachlichen Gründen nicht mehr direkt zugänglich ist. Der Fall liegt z.B. bei japanischer Fachliteratur vor. Hier ist der Fachmann auf den Übersetzer, und zwar den Fachübersetzer, angewiesen, d.h., damit das neue Wissen genutzt werden kann, muß zunächst die Sprachbarriere überwunden werden. Das kann aber nur dann ohne Informationsverlust geschehen, wenn die entscheidenden Informationsträger, die Terminologien, vorhanden sind bzw. geschaffen werden

können. Dieser kreative Prozeß setzt voraus, daß der Fachübersetzer über terminologisches Grundsatzwissen verfügt und mit terminologischen Arbeitsmethoden vertraut ist.

Der Vergleich von Terminologien in verschiedenen Sprachen und die Entwicklung neuer Terminologien sind nicht nur für den Sprachmittler von Bedeutung; sie spielen in allen Bereichen des Technologietransfers eine wichtige Rolle. Dabei stellt sich ein doppeltes Problem: zum einen besteht zwischen verschiedenen Sprachräumen ein Gefälle im wissenschaftlich-technischen Entwicklungsstand, zum anderen verfügen die einzelnen Sprachen nicht in gleichem Maße über die sprachlichen Ausdrucksmittel zur Vermittlung des Wissens; dies wird deutlich, wenn beispielsweise Erkenntnisse aus dem Bereich der Hochtechnologie, die im deutschsprachigen Raum gesammelt wurden, an den arabischsprachigen Raum weitergegeben werden sollen.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die terminologische Normung. Immer häufiger legen wissenschaftliche und technische Fachorganisationen, z.B. das Deutsche Institut für Normung (DIN) und die International Organization for Standardization (ISO), die Terminologien ihrer Fachgebiete ein- oder mehrsprachig fest. Die große Bedeutung dieser Arbeit und die damit verbundenen Kosten machen ein methodisch korrektes Arbeiten zwingend erforderlich. Dazu gehört auch, daß in den verschiedenen Bereichen nach einheitlichen Grundsätzen gearbeitet wird, die eine Arbeitsteilung und einen Austausch terminologischer Daten ermöglichen und erleichtern.

5.3.2 Grundprinzipien der Terminologearbeit

Solche einheitlichen Grundlagen sind von der Terminologielehre entwickelt worden, einem jungen, interdisziplinär ausgerichteten Zweig der Sprachwissenschaft, der als die Wissenschaft von den Begriffen und Benennungen im Bereich der Fachsprachen definiert werden kann. Die Terminologielehre analysiert die Entwicklung der Terminologien (Fachwortschätze) und stellt die Grundlagen für deren systematische Weiterentwicklung zur Verfügung. Im Mittelpunkt stehen dabei der definierte bzw. zu definierende Begriff und seine Einbettung in ein System.

Bei der praktischen Anwendung der von der Terminologielehre entwickelten Grundsätze werden die deskriptive und die präskriptive Terminologearbeit unterschieden. Die deskriptive Terminologearbeit hat zum Ziel, die zu einem bestimmten Zeitpunkt verwendete Terminologie zu beschreiben und aufzuzeichnen, ohne regelnd in den Sprachgebrauch einzugreifen. Dies ist vielmehr die Aufgabe der präskriptiven oder normenden Terminologearbeit, die eine einheitliche Verwendung von Terminologie zum Ziel hat (vgl. Arntz/Picht 1991: 233 ff., Felber/Budin 1989: 7f).

Um eine möglichst problemlose Verständigung zwischen den an der Terminologiearbeit Beteiligten sicherzustellen, bedarf es ebenfalls einer einheitlichen Terminologie. Diese "Terminologie der Terminologie" findet sich in den terminologischen Grundsatznormen, die von den nationalen und internationalen Normungsinstitutionen auf der Grundlage der Terminologielehre erarbeitet worden sind. Von besonderer Bedeutung für den deutschen Sprachraum sind in diesem Zusammenhang die DIN-Normen 2330 (Begriffe und Benennungen - Allgemeine Grundsätze, 1993), 2331 (Begriffssysteme und ihre Darstellung, 1980) und 2342 (Begriffe der Terminologielehre - Grundbegriffe, 1992); für die internationale Kooperation ist die ISO-Norm 1087 (Terminology - Vocabulary, 1990) von besonderem Interesse. Ein Blick in diese Normen zeigt, daß in einer Reihe von Fällen Wörter der Gemeinsprache durch Zuordnung einer entsprechenden Definition eine spezielle fachliche Bedeutung erhalten. So wird beispielsweise "Gegenstand" in der Norm 2342 (1992:1) definiert als "beliebiger Ausschnitt aus der wahrnehmbaren oder vorstellbaren Welt"; in einer ergänzenden Anmerkung wird ausdrücklich festgestellt: "Auch Geschehnisse, Sachverhalte und Begriffe können Gegenstände sein". Die fachliche Bedeutung von "Gegenstand" weicht also nicht unerheblich von der gemeinsprachlichen Bedeutung ab.

Im folgenden sollen die zentralen Begriffe der Terminologielehre näher beleuchtet werden; dabei soll insbesondere auf die genannten DIN-Normen 2330 und 2342 zurückgegriffen werden.

Im Mittelpunkt von Terminologielehre und Terminologiearbeit steht der Terminus, auch als Fachwort bezeichnet; in ihm konzentriert sich das Wesentliche der fachlichen Aussage. Der Terminus als Einheit hat eine Inhaltsseite, den Begriff, und eine Ausdrucksseite, die Benennung. Der Begriff ist eine äußerst komplexe Kategorie, mit der sich eine Reihe von Wissenschaften, u.a. Philosophie und Psychologie, auseinandersetzen; er wird in der Terminologielehre pragmatisch definiert als "Denkeinheit, die aus einer Menge von Gegenständen unter Ermittlung der diesen Gegenständen gemeinsamen Merkmale mittels Abstraktion gebildet wird" (DIN 2342, 1992:1). Die Definition von Benennung lautet: "aus einem Wort oder mehreren Wörtern bestehende Bezeichnung" (DIN 2342, 1992:2). Diesen Definitionen liegt folgender Zusammenhang zugrunde:

Benennungen können sowohl einen materiellen Gegenstand (Motor, Thermometer) als auch nichtmaterielle Gegenstände (Verfahren, Höhe) bezeichnen. In beiden Fällen ist die gedankliche Vorstellung, die wir mit der Benennung verbinden, eine Abstraktion, d.h. eine Verallgemeinerung, die auf den Erfahrungen beruht, die wir in der uns umgebenden Welt gesammelt haben. Indem wir mehrere Gegenstände aufgrund ihrer Gemeinsamkeiten gedanklich zusammenfassen, bilden wir Begriffe.

Anders gesagt: Die Begriffe "Motor", "Verfahren" usw., die durch entsprechende Benennungen repräsentiert werden, beziehen sich nicht auf einen bestimmten Motor oder ein bestimmtes Verfahren, vielmehr führt die Bekanntschaft mit vielen einzelnen Gegenständen, die gewisse Eigenschaften gemeinsam haben, zu einer allgemeinen Zusammenfassung in den Begriffen "Motor" und "Verfahren".

Mit Hilfe der Definition wird der Begriff eindeutig fixiert und abgegrenzt, d.h., die Bedeutung des Terminus wird über seinen Begriff willkürlich festgelegt. Demgegenüber erhält das gemeinsprachliche Wort seine genaue Bedeutung erst durch den Gebrauch und den Kontext. Die Inhaltsseite des Wortes, die Vorstellung, wird also durch Unbestimmtheit und Verschwommenheit gekennzeichnet. In dieser Unschärfe liegt die besondere Leistungsfähigkeit der Gemeinsprache, denn nur mit einer unscharfen Begrifflichkeit lassen sich die komplexen Zusammenhänge des Alltagslebens erfassen und vermitteln. Dagegen sind für die fachliche Kommunikation präzise Terminologien unerlässlich (vgl. DIN 2330, 1993:5 ff.).

Sowohl zur Bestimmung und Abgrenzung eines Begriffs als auch für das Aufzeigen bzw. Herstellen von Beziehungen zwischen Begriffen sind die Merkmale von großer Bedeutung. Man unterscheidet zwischen wesentlichen und unwesentlichen Merkmalen. Vielfach entscheidet der fachliche Zusammenhang darüber, ob ein bestimmtes Merkmal wesentlich oder unwesentlich ist. So gehen in der Thermodynamik in den Begriff "Flüssigkeit" die Merkmale ein, die die Eigenschaft "in der Konsistenz zwischen den Bereichen fest und gasförmig liegend" wiedergeben. In der Hydromechanik dagegen sind für den Begriff Flüssigkeit die Merkmale wesentlich, die angeben, daß die Substanz nicht komprimierbar und sehr dicht ist bzw. sich der jeweiligen Oberfläche anpaßt" (DIN 2330, 1993:14).

Der Inhaltsseite des Terminus, dem Begriff, entspricht seine Ausdrucksseite, die in der Regel durch eine Benennung, vielfach jedoch auch durch ein Symbol, eine Ziffer o.ä. repräsentiert wird. Benennungen, Symbole, Ziffern o.ä. werden unter dem Oberbegriff "Bezeichnung" (DIN 2342, 1992:2) zusammengefaßt. Einen Sonderfall der Benennung stellt das Nomenklaturzeichen dar. Unter einer Nomenklatur versteht man ein vollständiges, durchstrukturiertes, verbindlich festgelegtes Benennungssystem für ein bestimmtes Fachgebiet. Beispiele sind die internationalen Benennungssysteme für Arten, Gattungen usw. der Pflanzen und Tiere und das periodische System der chemischen Elemente (vgl. Hohnhold 1982:3).

Bei der Entwicklung und dem Ausbau ihrer Terminologien nutzen die Fachsprachen weitgehend die gleichen Wortbildungsmittel wie die Gemeinsprache, setzen dabei jedoch eigene Schwerpunkte. Wie in der Gemeinsprache sind Neuschöpfungen selten; auch die Fachsprachen greifen in aller Regel auf bereits Vorhandenes zurück. Wichtige Verfahren sind die Terminologisierung, die in den germanischen Sprachen

häufige Wortzusammensetzung, die Ableitung und die Kürzung sowie die Entlehnung und die Lehnübersetzung.

Bei der Terminologisierung wird einem gemeinsprachlichen Wort ein neuer, fachlicher Begriffsinhalt zugeordnet. So hat beispielsweise das Wort "Speicher" in der Fachsprache der EDV eine neue Bedeutung erhalten. Beispiele für die Wortzusammensetzung sind "Energietechnik", "Schwebefilter" und "Warmbehandlung", für die Wortableitung "Über/chlor/ung", "Über/trag/bar/keit", für die Kürzung "UKW-Sender", "Radar". Ein Beispiel für eine Lehnübersetzung ist *chemin de fer*, das eine exakte Übertragung des deutschen "Eisenbahn" darstellt; aus dem Englischen stammende Entlehnungen im Deutschen sind z.B. "Computer" und "Software".

Unter diesen Möglichkeiten gilt es nun in der Terminologiarbeit auszuwählen. Dabei ist vor allem darauf zu achten, daß neu gebildete Termini genau und knapp sind und sich am anerkannten Sprachgebrauch orientieren. Allerdings lassen sich diese Anforderungen nicht immer vollständig miteinander in Einklang bringen, so daß hier von Fall zu Fall eine den speziellen Gegebenheiten angemessene Entscheidung getroffen werden muß. So hat beispielsweise eine Einwortbenennung einer Mehrwortbenennung gegenüber den Vorteil der größeren Knappheit; dagegen ist eine Mehrwortbenennung zumeist transparenter und bezeichnet daher den Begriff genauer. In diesem Zusammenhang stellt sich häufig die Frage, inwieweit es sinnvoll bzw. empfehlenswert ist, auf Entlehnungen bzw. Lehnübersetzungen zurückzugreifen.

Die Lehnübersetzung überträgt die einzelnen Wortelemente in die Zielsprache, ohne die innere Struktur der Benennung zu ändern: z.B. en *machine aided translation*; de "maschinengestützte Übersetzung"; fr *traduction assistée par ordinateur*; es *traducción asistida por ordenador*. Dabei kann - insbesondere in der (deutschen) Fachsprache der Medizin - der Fall auftreten, daß Fachwörter, die den ursprünglichen lateinischen oder griechischen Terminus ersetzen, als Doubletten bestehen bleiben (z.B. "Suizid" - "Selbstmord", "Intoxikation" - "Vergiftung").

Im Gegensatz zur Lehnübersetzung versteht man unter Entlehnung die unveränderte bzw. weitgehend unveränderte Übernahme eines Wortes aus einer anderen Sprache; dabei greift man in starkem Maße auch auf die alten Sprachen zurück: z.B. "Exitus", "Corpus" (direkte Übernahme aus dem Lateinischen), "Diagnose", "Analyse" (angepaßte Übernahme aus dem Griechischen).

Eine besonders wichtige Rolle spielt die Entlehnung in Naturwissenschaft und Technik. Vielfach werden nämlich mit der Übernahme einer technischen Neuentwicklung die Benennungen aus dem betreffenden Sprachgebiet mit übernommen. Das hat dazu geführt, daß in den letzten Jahrzehnten eine ganze Flut von englischen (Fach)wörtern - insbesondere aus "dynamischen" Fachgebieten - in eine Vielzahl von Sprachen eingedrungen ist (z.B. *computer*, *software*, *input* und viele andere im Bereich der Datentechnik).

Bei vielen Entlehnungen handelt es sich um Internationalismen, d.h. um Termini, die in mehreren Sprachen in gleicher oder ähnlicher Weise verwendet werden. Internationalismen erleichtern die interlinguale Verständigung, und sie sind auch dem Übersetzer eine Hilfe; sie werden jedoch dann zu einer Fehlerquelle, wenn sich hinter der identischen oder weitgehend identischen Form begriffliche Überschneidungen verbergen. Solche negativen Effekte, die zumeist auf eine unkoordinierte Terminologieentwicklung zurückzuführen sind, können durch eine systematisch betriebene Angleichung bzw. Vereinheitlichung von Terminologien vermieden werden.

5.3.3 Internationale Terminologieangleichung

Um eine präzise internationale Kommunikation zu sichern, setzen sich auch die internationalen Normungsorganisationen, insbesondere die International Organization for Standardization (ISO) und die International Electrotechnical Commission (IEC), für die systematische Entwicklung international vereinheitlichter Fachwortschätze auf der Grundlage einheitlicher Begriffssysteme ein. Die ISO-Norm 704 (*Principles and methods of Terminology*) empfiehlt, überall dort, wo kleinere zwischensprachliche Unterschiede zwischen Begriffen, Definitionen oder Benennungen bestehen, eine Harmonisierung anzustreben.

Es geht also um multilinguale Äquivalenz, d.h. darum, daß Benennungen in verschiedenen Sprachen denselben Begriff repräsentieren. Dazu ist wohlgemerkt nicht erforderlich, daß die Benennungen einander auch morphologisch oder etymologisch entsprechen, wie das Beispiel *en standards = sv standarder = de Normen = fr normes* verdeutlicht.

Auf Verfahren der internationalen Terminologieharmonisierung geht der Normentwurf ISO 860 (*Terminology work. Harmonization of Concepts and Terms*) im einzelnen ein: Einleitend wird festgestellt, daß sich Begriffe und Benennungen aus historischen, geographischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gründen in den einzelnen Sprachen und Sprachgemeinschaften unterschiedlich entwickeln und daß Unterschiede zwischen parallelen Begriffssystemen einerseits und irreführende Ähnlichkeiten zwischen Benennungen andererseits die internationale Kommunikation behindern.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Bedingungen für eine Terminologieangleichung in den einzelnen Fachgebieten unterschiedlich sind: In einigen Fachgebieten spiegelt sich die Struktur der Begriffssysteme in der Benennungsbildung wider, z.B. in den chemischen, biologischen und medizinischen Nomenklaturen, deren Elemente häufig aus dem Griechischen und Lateinischen stammen und die eine lange Tradition vereinheitlichter Terminologien haben.

Demgegenüber wird davor gewarnt, in solchen Gebieten, wo eine Vereinheitlichung auf Begriffsebene noch nicht einmal versucht worden ist, bereits eine Harmonisierung

der Benennungen in Angriff zu nehmen, da solche Versuche nur zu Mißverständnissen führen könnten. Als Beispiel wird das englische *petrol* angeführt, das einen anderen Begriff bezeichnet als das französische *pétrole*:

en	<i>petrol, motor spirit</i>	en	<i>crude oil</i>
fr	<i>essence</i>	fr	<i>pétrole</i>

Auch wird empfohlen, im Rahmen der Terminologieangleichung eine gefestigte Terminologie erst nach gründlicher Abwägung der Vor- und Nachteile zu ersetzen. In jedem Falle müsse die Struktur der betroffenen Sprachen respektiert werden. Es sei jedoch wichtig, in der Benennung soweit wie möglich identische Merkmale zum Ausdruck zu bringen, um die begriffliche Entsprechung zu verdeutlichen.

Da ISO-Normen in einer großen Zahl von Sprachgebieten Anwendung finden sollen, sind sie bewußt allgemein gehalten. Darum wird in der Norm festgestellt, daß die Prioritäten der Sprachplanung innerhalb einer bestimmten Sprachgemeinschaft sich von denen der internationalen Sprachangleichung unterscheiden können. Deshalb muß die endgültige Entscheidung über die Form eines Terminus innerhalb der jeweiligen Sprachgemeinschaft getroffen werden. Eine präzise Anleitung für das Deutsche bietet die DIN-Norm 2332 ("Benennen international übereinstimmender Begriffe").

In ihrer Typologie zwischensprachlicher Benennungsähnlichkeit unterscheidet die Norm folgende Fälle (DIN 2332: 1f.):

- a) Die Benennungen stimmen der Schreibweise nach vollständig und lautlich weitgehend überein:
z.B. Test (de) - *test* (en)
Terminal (de) - *terminal* (en)
- b) Die Benennungen stimmen der Schreibweise nach vollständig überein, die Lautung weicht jedoch deutlich ab:
z.B. Infusion (de) - *infusion* (en) - *infusion* (fr)
Transplantation (de) - *transplantation* (en) - *transplantation* (fr)
- c) Die Benennungen stimmen lautlich weitgehend überein, die Schreibweise weicht jedoch deutlich ab:
z.B. Kautschuk (de) - *caoutchouc* (en) - *caoutchouc* (fr)
- d) Benennungen weisen solche Ähnlichkeiten der Schreibweise und/oder der Lautung auf, daß sie als einander entsprechend erkannt werden können:
z.B. Komitee (de) - *committee* (en) - *comité* (fr)
Chemotherapie (de) - *chemotherapy* (en) - *chimiothérapie* (fr)

- e) Jedes Wortbildungselement einer abgeleiteten Benennung in der einen Sprache hat eine Entsprechung in der anderen Sprache:
 z.B. Generator (de) - *generator* (en) - *générateur* (fr)
 klassifizieren (de) - *classify* (en) - *classifier* (fr)
- f) Jedes bedeutungstragende Element einer zusammengesetzten Benennung oder einer Mehrwortbenennung in der einen Sprache hat eine Entsprechung in den anderen Sprachen, wobei die Reihenfolge der bedeutungstragenden Elemente und die Art ihrer Verknüpfung unerheblich sind.
 z.B. Datenverarbeitung (de) - *data processing* (en) - *traitement de données* (fr)
 Scheibenbremse (de) - *disc brake* (en) - *frein à disque* (fr)

Die Norm unterscheidet zwei Situationen, in denen eine internationale Angleichung von Terminologien erfolgen kann. Im ersten Fall geht es darum, unterschiedliche Begriffe anzugleichen, die in zwei oder mehr Sprachen bereits durch ähnliche Benennungen repräsentiert werden. Im zweiten Fall werden Benennungslücken geschlossen, die in einer oder mehreren Sprachen vorhanden sind, oder es werden neue Benennungssysteme aufgebaut.

Für den ersten Fall, die Angleichung von bereits in ähnlicher Weise benannten Begriffen, sieht die Norm die Herstellung begrifflicher Übereinstimmung durch Festlegung inhaltlich übereinstimmender Definitionen vor. Zu diesem Zweck müssen in einem ersten Schritt entsprechende internationale Vereinbarungen getroffen werden; in einem zweiten Schritt muß darauf hingewirkt werden, daß die betreffenden Benennungen innerhalb der einzelnen Sprachgemeinschaften mit der neuen vereinheitlichten Bedeutung verwendet werden.

Daß dies nicht leicht zu erreichen ist, liegt auf der Hand. Noch schwieriger wäre es allerdings, über eine solche Angleichung der Begriffe hinaus bereits eingeführte Benennungen durch neue international vereinheitlichte Benennungen ersetzen zu wollen; diesen weitergehenden Schritt zieht der Normentwurf daher nicht in Betracht.

Wichtiger ist der zweite der beiden genannten Fälle, nämlich der Fall, daß Begriffe im Deutschen noch nicht bekannt und daher neue Benennungen festzulegen sind. Für die Lösung dieser Frage sieht die Norm eine Reihe von Möglichkeiten vor. An erster Stelle steht die Schaffung einer Benennung durch den Ausbau einer vorhandenen Wortfamilie, z.B. mit Hilfe von Präfixen. Es geht in dieser Norm - anders als in der vorhergehenden Fassung aus dem Jahre 1979 - also nicht unbedingt darum, Fachwörter auf der Grundlage des Lateinischen oder Griechischen, d.h. potentielle Internationalismen, zu prägen oder solche aus einer anderen Sprache zu übernehmen; vielmehr spielt auch die Frage, ob die Sprachgemeinschaft die neu geschaffene

Benennung verstehen bzw. akzeptieren wird, eine wichtige Rolle; und die Akzeptanz ist nun einmal besonders groß, wenn bereits Vorhandenes - und damit Vertrautes - genutzt wird.

Die übrigen aufgeführten Möglichkeiten (vgl. DIN 2332:4f.) gehen demgegenüber von der Verwendung international einheitlicher Wortbildungselemente aus; im einzelnen sind dies

- die unveränderte oder angepaßte Übernahme
- die Lehnübersetzung
- das Bilden völlig neuer Benennungen

Ein Beispiel für den Fall der unveränderten Übernahme ist "Design" (en *design*), das die Ableitung "Designer" ermöglicht. Die angepaßte Übernahme wird für den Fall empfohlen, daß die betreffenden fremdsprachigen Benennungen auf griechisch-lateinischen Wortbildungselementen beruhen, z.B. "Thermometer" (vgl. en *thermometer* - fr *thermomètre*).

Für den Fall, daß dies nicht möglich ist, wird das Bilden von Lehnübersetzungen - z.B. "maschinengestützte Übersetzung" (vgl. en *machine aided translation*) - empfohlen. Zugleich wird auf die Gefahr hingewiesen, daß dadurch mehrdeutige Benennungen entstehen können: fr *aérotrain* ist also durch "Schwebebahn", nicht etwa durch "Luftzug" (!) wiederzugeben.

Ist auch dieses Verfahren nicht möglich oder nicht sinnvoll, so bietet sich als letzte Möglichkeit das Bilden völlig neuer Benennungen. Für diesen Fall empfiehlt der Normentwurf insbesondere die Verwendung griechisch-lateinischer Wortbildungselemente, da diese "seit langem ein dem Deutschen, speziell seinen Fachsprachen, mit anderen Sprachen gemeinsam verfügbares Reservoir von Wortbildungselementen darstellen" (vgl. DIN 2332:5). Als Beispiele werden die deutschen Affixe "über-", "zwischen-" und "-ierung" genannt, die möglichst durch die entsprechenden international verbreiteten Affixe "hyper-", "inter-" und "-ation" ersetzt werden sollten.

Interlinguistik und Terminologielehre bieten somit eine solide Grundlage für den Ausbau von Sprachen auf der gemein- und fachsprachlichen Ebene. Die internationale bzw. interlinguale Orientierung beider Disziplinen stellt sicher, daß die entwickelten Methoden in flexibler Weise den Bedürfnissen der unterschiedlichen Sprachen angepaßt werden können. Dies macht sie für die "kleinen" Sprachen Europas, von denen die meisten im fachsprachlichem Bereich einen großen Nachholbedarf haben, besonders interessant.

Im folgenden soll daher anhand von Fallstudien die Situation von Klein- bzw. Minderheitensprachen dargestellt werden. Dabei handelt es sich um das Katalanische,

das Irische sowie das Ladinische und das Deutsche in Südtirol; für alle vier Sprachen geht es darum, die bestehenden fachsprachlichen Defizite mit sprachplanerischen Mitteln zu beheben. Allerdings sind die Rahmenbedingungen, etwa was die Zahl der Sprecher, den Status der Sprache, ihre Funktionsfähigkeit usw. betrifft, sehr unterschiedlich. Daher müssen auch solche Faktoren in die Betrachtung einbezogen werden.

6 Sprachplanung in Katalonien

Katalanisch wird von 6-8 Millionen Personen gesprochen, wobei es aufgrund der Diglossiesituation, die im überwiegenden Teil des katalanischen Sprachgebiets besteht, schwierig ist, diese Zahl exakt zu bestimmen. Den Kern des Sprachgebiets bildet die Region Katalonien mit der Hauptstadt Barcelona. Darüber hinaus wird Katalanisch, teilweise in modifizierter Form, im größeren Teil der Region Valencia, auf den Balearen und im französischen Département Pyrénées Orientales gesprochen. In Andorra ist Katalanisch Amtssprache.

In typologischer Hinsicht nimmt Katalanisch eine Zwischenstellung zwischen dem Spanischen und dem Französischen ein, wobei die grammatische Struktur eher zum Spanischen, die lexikalische und phonetische Struktur eher zum Französischen tendiert.

6.1 Geschichtlicher Hintergrund

Die sprachliche und die politische Entwicklung sind in Katalonien eng miteinander verbunden. Bereits Ende des 8. Jahrhunderts bildeten die Grafschaften im östlichen Pyrenäenraum, die sogenannte Hispanische Mark, eine politische Einheit. 1137 kam es zur Vereinigung zwischen der Markgrafschaft Barcelona und dem Königreich Aragonien. Das so entstandene Imperium dehnte sich in den beiden folgenden Jahrhunderten stark aus und reichte zeitweise bis nach Süditalien. Gleichzeitig entwickelte sich das Katalanische zu einer funktionsfähigen Nationalsprache, die als Kultursprache wie auch als Sprache der Verwaltung Geltung besaß. Bedeutende Schriftsteller und Philosophen bedienten sich für ihre Schriften der katalanischen Sprache, die zur damaligen Zeit die einheitlichste und am besten kodifizierte romanische Schriftsprache war (vgl. Bochmann 1989:164f.).

Einen Wendepunkt für das Katalanische stellte die Heirat der Thronerben Ferdinand von Aragonien und Isabella von Kastilien im Jahre 1469 dar. Damit war die Grundlage für einen gesamtspanischen Staat unter der Führung Kastiliens geschaffen; diese Aufwertung Kastiliens strahlte auch auf die kastilische, d.h. spanische Sprache aus. Katalonien behielt jedoch seine Unabhängigkeit: das katalanische Rechtssystem blieb in Kraft, und Katalanisch war zunächst weiterhin die Staatssprache für das gesamte katalanisch-aragonische Gebiet. Trotzdem verlor das Katalanische gegenüber dem Kastilischen nach und nach an Prestige (vgl. Berschin 1987:48).

Diese Entwicklung spitzte sich zu, als die Bourbonen mit dem Ende des Spanischen Erbfolgekrieges (1701-1714) den spanischen Zentralstaat in seiner modernen Form errichteten. Katalonien, das gegen die Bourbonen gekämpft hatte, verlor seine politische Sonderstellung und wurde von Kastilien de facto annektiert; das Kastilische

trat als Staatssprache an die Stelle des Katalanischen. Der Gebrauch des Katalanischen in der Öffentlichkeit wurde durch repressive Maßnahmen immer mehr eingeschränkt, und es wurde zunehmend auf den privaten Bereich zurückgedrängt (vgl. Berschin 1987:48).

Die Situation änderte sich ab der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die katalanische Sprache erlebte eine Wiedergeburt, die zunächst in der Literatur zum Ausdruck kam und die sich bald auch politisch manifestierte. Getragen wurde diese Entwicklung insbesondere von der neu entstandenen bürgerlichen Schicht Kataloniens, die im Zuge der Industrialisierung zu Macht und Einfluß gelangt war. Diese neue Schicht entwickelte ein ausgeprägtes katalanisches Nationalbewußtsein, das in der Pflege der katalanischen Sprache seinen deutlichsten Ausdruck fand (vgl. Rogge/ Beinke 1991:199f.).

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die Voraussetzungen für eine Standardisierung des Katalanischen geschaffen. 1907 wurde das *Institut d'Estudis Catalans* (IEC) gegründet, das den Status einer Sprachakademie erhielt und damit beauftragt wurde, das Katalanische grundlegend zu reformieren. In der Folgezeit entstanden Orthographienormen, eine offizielle normative Grammatik und ein umfassendes normatives Wörterbuch, das *Diccionari General de la Llengua Catalana*; bei all diesen Reformen spielte der katalanische Sprachwissenschaftler Pompeu Fabra eine herausragende Rolle. Aufgrund der starken Verbreitung des Katalanischen in Presse und Rundfunk gelang es ohne größere Probleme, der Schriftsprache in ihrer kodifizierten Form im gesamten Sprachgebiet Geltung zu verschaffen (vgl. Bachmann 1994:17).

Die katalanischen Autonomiebestrebungen führten 1932 zur Verabschiedung des Autonomiestatuts, das Katalanisch und Kastilisch zu gleichberechtigten Amtssprachen erklärte, die auch im Bildungssystem gleichberechtigt sein sollten. Das Autonomiestatut war jedoch nur wenige Jahre in Kraft. 1936 brach der spanische Bürgerkrieg aus, der 1939 mit der Niederlage der Republik endete. Da Katalonien eines der Zentren des republikanischen Widerstandes gegen Franco war, bedeutete dies zugleich das Ende des regionalistischen Autonomieprozesses in Katalonien (vgl. Bachmann 1994:17f.).

Damit wurde das Kastilische wieder zur alleinigen Amtssprache in Katalonien. Die Politik des Franco-Regimes zielte darauf ab, der katalanischen Kultur ihre institutionellen Grundlagen zu entziehen und sie damit auch auf individueller Ebene zu schwächen. Der Gebrauch des Katalanischen in der Öffentlichkeit wurde untersagt: fünf Jahre lang konnte kein Buch mehr auf katalanisch erscheinen, katalanische Zeitungen waren nicht mehr zugelassen, nicht einmal katalanische Vornamen waren mehr erlaubt (Bochmann 1989:176f.). Im Zuge der politischen Öffnung Spaniens, die nach dem Zweiten Weltkrieg ganz allmählich einsetzte, mußte die Regierung auch in der Sprachpolitik Zugeständnisse machen. Diese Tendenz verstärkte sich Mitte

der sechziger Jahre, so daß die Katalanen ihre kulturelle Identität Schritt für Schritt zurückgewinnen konnten. Trotzdem blieb die sprachenrechtliche Situation unverändert. Hier brachte erst Francos Tod am 20. November 1975 die entscheidende Wende. Seitdem erlebt das Katalanische gewissermaßen eine zweite Renaissance (vgl. Rogge/ Beinke 1991:212).

6.2 Die sprachenrechtliche Situation in Katalonien

Grundlegend für das Verhältnis zwischen dem Spanischen, das bis 1978 alleinige Staatssprache war, und den spanischen Regionalsprachen ist Art. 3 der Verfassung vom 27. Dezember 1978. Dieser lautet:

1. El castellano es la lengua española oficial del Estado. Todos los españoles tienen el deber de conocerla y el derecho a usarla.
2. Las demás lenguas españolas serán también oficiales en las respectivas Comunidades Autónomas de acuerdo con sus Estatutos.
3. La riqueza de las distintas modalidades lingüísticas de España es un patrimonio cultural que será objeto de especial respeto y protección.*

Die hier getroffene Regelung stellt eine Mischform aus Territorialitäts- und Personalitätsprinzip dar. Die Anwendung des Territorialitätsprinzips bedeutet für das Katalanische, daß dieses nur in den katalanischsprachigen autonomen Regionen und nicht etwa auf der Ebene des Gesamtstaates - neben dem Kastilischen - Amtssprache ist. Innerhalb der zweisprachigen autonomen Regionen dagegen kann jeder Bürger sich von Fall zu Fall frei für eine der beiden Amtssprachen entscheiden, so daß hier das Personalitätsprinzip gilt. Auf nationaler Ebene ist das Territorialitätsprinzip dem Personalitätsprinzip übergeordnet, so daß die sprachlichen Schutzrechte nicht außerhalb der autonomen Regionen in Anspruch genommen werden können. Daraus

* 1. Kastilisch ist die Amtssprache des spanischen Staates. Alle Spanier haben die Pflicht, Kastilisch zu können und das Recht, es zu verwenden.
2. Die übrigen Sprachen Spaniens gelten in den jeweiligen Autonomen Gemeinschaften nach Maßgabe ihrer Statute ebenfalls als Amtssprache.
3. Der Reichtum der unterschiedlichen Sprachen Spaniens stellt ein kulturelles Erbe dar, das besonders zu achten und zu schützen ist.

ergibt sich u.a., daß die Regionalsprachen im spanischen Parlament nicht offiziell verwendet werden können (Bachmann 1994:22f.).

Aufgrund dieser Ungleichbehandlung auf nationaler Ebene wird die Regelung in Art. 3 der Verfassung von den regionalen Sprachgemeinschaften als Kompromiß gewertet. Trotzdem wird allgemein eingeräumt, daß die Anerkennung des Multilingualismus durch die Verfassung einen ganz erheblichen Fortschritt gegenüber der früheren Situation darstellt (Bachmann 1994:23).

Aus Art. 3 Abs. 2 der Verfassung folgt, daß eine Regionalsprache erst dann zur Amtssprache erhoben werden kann, wenn dies in dem betreffenden Autonomiestatut vorgesehen ist. Daher enthält Art. 3 des katalanischen Autonomiestatuts (Estatut de Catalunya) vom 18. Dezember 1979 folgende Regelung:

1. La llengua pròpia de Catalunya és el català.
2. L'idioma català és l'oficial de Catalunya, així com també ho és el castellà, oficial a tot l'Estat espanyol.
3. La Generalitat garantirà l'ús normal i oficial d'ambdós idiomes, prendrà les mesures necessàries per tal d'assegurar llur coneixement i crearà les condicions que permetin d'arribar a llur igualtat plena quant als drets i deures dels ciutadans de Catalunya.*

Mit dieser Bestimmung wird der Handlungsspielraum, den Art. 3 der Verfassung bietet, so weit wie eben möglich ausgeschöpft. Dies wird besonders deutlich, wenn man Art. 3 Abs. 2 der Verfassung ("Die übrigen Sprachen Spaniens gelten in den jeweiligen Autonomen Gemeinschaften nach Maßgabe ihrer Statute ebenfalls als Amtssprache") mit der Formulierung in Art. 3 Abs. 2 des Autonomiestatuts vergleicht, die die Verhältnisse praktisch umkehrt (vgl. Bachmann 1994:23).

Zu ihrer praktischen Anwendung bedürfen die Bestimmungen in Art. 3 des Autonomiestatuts allerdings der weiteren Konkretisierung; diesem Zweck diene

- * 1. Die Landessprache Kataloniens ist Katalanisch.
2. Das Katalanische ist Amtssprache Kataloniens; ebenso ist dies das Kastilische als die Amtssprache des gesamten spanischen Staates.
3. Die katalanische Regionalregierung (Generalitat) gewährleistet die normale und offizielle Verwendung beider Sprachen, sie ergreift die notwendigen Maßnahmen, um ihre Kenntnis sicherzustellen, und sie schafft die Voraussetzungen dafür, daß beide Sprachen mit Hinblick auf die Rechte und Pflichten der Bürger Kataloniens völlig gleichberechtigt sind.

zunächst das "Gesetz zur sprachlichen Normalisierung in Katalonien" (*Llei de normalització lingüística a Catalunya*), das 1983 erlassen wurde. An die Stelle dieses Gesetzes trat am 7.1.1998 das Gesetz zur Sprachpolitik (*Llei de política lingüística*). Am Beginn der ausführlichen Präambel zu diesem Gesetz steht die Feststellung, daß das Katalanische als Integrations- und Identitätsfaktor für die katalanische Bevölkerung eine zentrale Rolle spielt; gleichzeitig wird auf die komplexen Probleme hingewiesen, die sich aus der Diglossiesituation in Katalonien ergeben. Als Begründung für die Gesetzesreform werden die zahlreichen tiefgreifenden Veränderungen - z.B. der EG-Beitritt Spaniens - genannt, die in den vergangenen 15 Jahren stattgefunden haben; dazu gehören auch die entscheidenden Fortschritte, die auf dem Wege zur "Normalisierung" des Katalanischen erreicht worden sind und die jetzt konsolidiert werden sollen.

Das Gesetz behandelt das Kastilische und das Katalanische als gleichberechtigte Amtssprachen und verpflichtet die Verwaltung, jedem Bürger gegenüber die von ihm jeweils gewünschte Sprache zu verwenden. Da das Katalanische jedoch aufgrund der historischen Entwicklung dem Kastilischen gegenüber benachteiligt ist, enthält das Gesetz eine Reihe von Bestimmungen, die die Förderung des Katalanischen zum Ziel haben. Allgemeine Arbeitssprache der Verwaltung ist das Katalanische.

Die Bestimmungen, die das Schulwesen betreffen, sollen sicherstellen, daß alle Schüler eine gleichwertige Ausbildung in Kastilisch und Katalanisch erhalten; gleichzeitig werden Maßnahmen zur Förderung des Katalanischen an den Universitäten festgelegt.

Das Gesetz enthält eine Reihe von Bestimmungen zur Verwendung des Katalanischen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, in der Unterhaltungsbranche sowie in der Computertechnologie. Auch diese Bestimmungen haben das Ziel, die Verwendung des Katalanischen durch entsprechende Förderungsmaßnahmen zu steigern. Solche Maßnahmen sollen auch im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zur Anwendung gelangen. Hier steht das Recht des Verbrauchers, Dienstleistungen in der von ihm bevorzugten Sprache zu erhalten, im Mittelpunkt. Letztlich geht es darum, daß beide Sprachen im Wirtschaftsleben eine gleichberechtigte Stellung einnehmen und daß die am Wirtschaftsleben Beteiligten beide Sprachen gleichermaßen gut beherrschen.

Erklärtes Ziel der katalanischen Sprachpolitik ist es also, Katalanisch zur "normalen" Sprache aller Lebensbereiche, einschließlich Wissenschaft und Forschung, zu machen. Auf längere Sicht kann dies dazu führen, daß das bisherige Übergewicht des Spanischen durch die regionale Dominanz des Katalanischen ersetzt wird, so daß die bisherige Diglossie beseitigt wird (Berschin 1987:50).

Als in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die sprachpolitischen und

sprachplanerischen Aktivitäten in Katalonien einsetzten, war die Situation des Katalanischen schlechter als zu Beginn des Jahrhunderts. Die Tatsache, daß die Sprache 40 Jahre lang aus dem öffentlichen Bereich, vor allem aus den Schulen, verbannt gewesen war, hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Da die gesprochene Sprache sich über einen so langen Zeitraum nicht mehr auf eine Schriftsprache hatte stützen können, war die Sprachkompetenz der Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation, gering (Bachmann 1994:19). Daher wurde von den politisch Verantwortlichen, aber auch von breiten Bevölkerungskreisen, zunehmend die Notwendigkeit einer "Normalisierung" des Katalanischen - und damit zugleich einer Normalisierung der sprachlichen Situation - gesehen.

6.3 Die "Normalisierung" des Katalanischen

Der Begriff der sprachlichen Normalisierung (*normalització lingüística*) wurde wesentlich von einer Gruppe katalanischer Soziolinguisten geprägt, die sich beginnend mit dem Ende der sechziger Jahre kritisch mit der sprachlichen Situation in Katalonien, die durch die repressiven Maßnahmen des Franco-Regimes gekennzeichnet war, auseinandersetzten. Dabei beschränkten sie sich nicht auf eine Zustandsanalyse, sondern entwickelten auch konkrete Konzepte für eine Veränderung der Situation (Bierbach/ Reixach 1988:1331).

Für die katalanischen Soziolinguisten umfaßt der Prozeß der sprachlichen Normalisierung zwei komplementäre Aspekte:

1. *normativització*, d.h. Festlegung einer allgemein verbindlichen Sprachnorm als Grundlage für die "normale" Verwendung der Sprache sowie ihren Ausbau und ihre Modernisierung nach einer historischen Phase der Normlosigkeit;

2. *l'ús normal*, d.h. die Verwendung des Katalanischen in allen Kommunikationsbereichen und -medien, von denen es bisher ausgeschlossen war (Bierbach/ Reixach 1988:1328).

Die erste Phase wird in der Literatur als Normalisierungs- oder Kodifizierungsphase bezeichnet. Für das Katalanische setzte diese mit der "Wiedergeburt" (*Renaixença*) ein und wurde bis zum Bürgerkrieg weitgehend abgeschlossen. Damit waren die Grundlagen für die zweite Phase gelegt, in der es um die Verwendung des Katalanischen in allen Kommunikationsbereichen und die Schaffung geeigneter politischer und gesetzlicher Rahmenbedingungen geht (Bachmann 1994:21).

An eine konkrete Realisierung dieser Phase war jedoch erst ab 1978 zu denken. Zu diesem Zeitpunkt waren Katalanisch- und Kastilischsprachige in folgender Aufteilung in Katalonien vertreten: 52% der Einwohner waren geborene Katalanischsprecher mit Kastilischkenntnissen, 18% Kastilischsprecher ohne

Katalanischkenntnisse, 12% Kastilischsprecher, die Katalanisch verstehen, und 10% solche, die es sprechen können; perfekt zweisprachig waren 6% (Bochmann 1989:179).

Dabei war auch die ungleiche Verteilung von Katalanisch- und Kastilischsprechern auf die einzelnen Regionen zu berücksichtigen. So weisen die Arbeitervororte Barcelonas einen sehr hohen nichtkatalanischen Bevölkerungsanteil auf, der daraus resultiert, daß seit den zwanziger Jahren Arbeitskräfte insbesondere aus Andalusien, Murcia und Galicien mit ihren Familien in das katalanische Industriegebiet zugewandert sind. Das Franco-Regime hatte diesen Migrationsprozeß gezielt gefördert, um dem katalanischen Siedlungsgebiet seine ethnische Geschlossenheit zu nehmen. Die Parallelen zu der Siedlungspolitik Mussolinis im Südtirol der zwanziger und dreißiger Jahre sind offensichtlich.

Die starken Einschränkungen, denen das Katalanische 40 Jahre lang ausgesetzt war und durch die der natürliche Austausch zwischen Schriftsprache und Umgangssprache unterbrochen war, führten zu einer Verarmung der Sprache und gefährdeten das Katalanische auch in seiner Identität, da insbesondere die Umgangssprache viele Kastilismen lexikalischer, morphologischer und syntaktischer Natur aufnahm.

Trotzdem kann man heute feststellen, daß das Katalanische diese Bedrohung in seinen wesentlichen Strukturen unbeschadet überstanden hat und daß im Laufe der vergangenen 20 Jahre viele negative Entwicklungen rückgängig gemacht werden konnten. Dazu hat entscheidend beigetragen, daß bis zum Ende der dreißiger Jahre eine solide sprachliche Substanz geschaffen worden war, auf der man in den siebziger Jahren aufbauen konnte; dies gilt nicht zuletzt für die Wissenschaftssprache, die sich bis zum Bürgerkrieg in einer Fülle von Publikationen entfalten konnte (Bochmann 1989:181). Der wichtigste Grund für das Überleben des Katalanischen ist jedoch die Loyalität der Katalanen gegenüber ihrer Sprache und Kultur. Dadurch, daß die Katalanen am mündlichen Gebrauch des Katalanischen festhielten, gelang es ihnen, die repressiven Maßnahmen des Franco-Regimes zu unterlaufen.

Aufgrund dieses in der Bevölkerung fest verankerten Sprachbewußtseins konnte die neue katalanische Regionalregierung bei ihrer Sprachpolitik von Anfang an auf die aktive Unterstützung breiter Schichten bauen. Daher fand auch die Diskussion um das Modell einer katalanischen Standardsprache, die Anfang der achtziger Jahre geführt wurde, ein lebhaftes Echo in der Öffentlichkeit. In dieser Diskussion, an der sich auch die katalanischen Medien intensiv beteiligten, wurden zunächst auch extreme Positionen vertreten, wobei die Vertreter einer puristischen Form des Katalanischen (*català heavy*) und eines an der gesprochenen Sprache orientierten Katalanisch, das für kastilische Einflüsse offen ist (*català light*) einander gegenüberstanden. Nachdem es gelungen ist, zwischen den Positionen zu vermitteln und nachdem viele Streitfragen durch die konkrete Sprachentwicklung gelöst worden sind, hat die Debatte heute an Bedeutung verloren (vgl. Bachmann 1994:26).

Um erfolgreich zu sein, mußten die Bemühungen um eine Standardisierung des Katalanischen kanalisiert bzw. institutionalisiert werden.

6.4 Institutionelle Sprachpflege

Das zentrale Organ der Sprachpflege in Katalonien ist die 1980 von der katalanischen Regionalregierung, der Generalitat de Catalunya, eingerichtete Generaldirektion für Sprachpolitik (*Direcció General de Política Lingüística, DGPL*). Die DGPL, die Teil des katalanischen Kulturministeriums ist, hat die Aufgabe, die Einhaltung von Art. 3 des Autonomiestatuts zu gewährleisten und den Gebrauch des Katalanischen im staatlichen und privaten Bereich zu fördern.

Die DGPL gliedert sich in zwei große Bereiche, die der in Kap. 1.2 erörterten Zweiteilung in Korpusplanung und Sprachplanung Rechnung tragen: Der Dienst für Sprachberatung (*Servei d'Assessorament Lingüístic*) ist für die Korpusplanung zuständig und schafft die Möglichkeit zur Verwendung des Katalanischen in allen Lebensbereichen; der Dienst für die Sprachnormalisierung (*Servei de Normalització Lingüística*) ist mit der Statusplanung und Förderung des Katalanischen im öffentlichen Bereich beauftragt. Beide Dienste werden auf dezentraler Ebene durch die sogenannten Sprachdienste (*serveis lingüístics*) tätig. Hinzu kommen zwei weitere Bereiche: Das Institut für katalanische Soziolinguistik (*Institut de Sociolingüística Catalana*) führt Untersuchungen zur soziolinguistischen Situation in Katalonien durch. Das Konsortium für Sprachnormalisierung (*Consorci per a la Normalització Lingüística*) wurde erst 1988 gegründet, nachdem die erste Sprachplanungsphase, in der es um die Festlegung und Verbreitung der katalanischen Sprache ging, erfolgreich abgeschlossen war. Das Konsortium hat die Aufgabe, die tatsächliche Verwendung des Katalanischen in allen Bereichen zu fördern (vgl. Bachmann 1994:30f.).

Dienst für Sprachberatung

Wichtigste Aufgabe des Dienstes für Sprachberatung (*Servei d'Assessorament Lingüístic*) ist die Verbreitung des Katalanischen durch Sprachkurseangebote und durch Hilfestellung bei der Formulierung katalanischer Texte. Da die Verwendung des Katalanischen während der Franco-Zeit auf den mündlichen Bereich beschränkt war, waren um 1975 die meisten Katalanen in ihrer eigenen Muttersprache Analphabeten. Daher war die Entwicklung eines geeigneten Angebots von Sprachkursen für katalanischsprachige Erwachsene eine dringliche Aufgabe. Die Beratung bei der Abfassung von Texten in katalanischer Sprache kann von Verwaltungsstellen, Unternehmen und Bürgern brieflich oder telefonisch in Anspruch genommen werden. Außerdem leistet der Sprachendienst in der Verwaltung und in der Privatwirtschaft Hilfestellung (Bachmann 1994:31ff.).

Dabei spielt die Rechts- und Verwaltungssprache eine wichtige Rolle. Für diesen Bereich wurde eine spezielle Koordinierungsstelle eingerichtet, die bei der Formulierung von Formular- und Urkundentexten behilflich ist. Die für die Gestaltung solcher Dokumente erstellten Kriterien werden im Staatsanzeiger für die Region Katalonien veröffentlicht. Diese Politik wird durch ein Dekret der katalanischen Regionalregierung aus dem Jahre 1987 über den Gebrauch der offiziellen Sprachen in der Verwaltung gestützt. Dieses Dekret garantiert den Gebrauch des Katalanischen in offiziellen Schriftstücken aller Art, in den Verwaltungsvordrucken, Berichten, Aushängen, Anzeigen und Veröffentlichungen der autonomen Verwaltung sowie aller sonstigen Dienststellen, die der katalanischen Regionalregierung unterstehen (Bachmann 1994:35ff.).

Pflege und Ausbau der Verwaltungssprache haben hohe Priorität. Da sich eine katalanische Rechts- und Verwaltungssprache nicht kontinuierlich entwickeln konnte, ist nämlich gerade hier der Einfluß des Spanischen deutlich spürbar. Es geht daher längst nicht nur darum, terminologische Lücken zu füllen, sondern darum, eine eigene Fachsprache, insbesondere einen eigenen Fachstil, zu entwickeln und damit zugleich die eigene Identität zu festigen. Die moderne katalanische Verwaltungssprache hebt sich auch deshalb bewußt vom kastilischen Stilmodell ab, weil dieses noch immer durch die Franco-Diktatur geprägt ist (vgl. Duarte 1993:9ff.). Bei der Entwicklung dieser neuen Verwaltungssprache konnte einerseits an die Tradition des katalanischen Kanzleistils angeknüpft werden, andererseits konnten Erfahrungen genutzt werden, die in England, Frankreich und Deutschland bei der Entwicklung einer bürgernahen Rechts- und Verwaltungssprache gesammelt wurden. Es geht also auch um eine "Demokratisierung" der Sprache, die auf die übrigen Sprachen Spaniens ausstrahlen soll.

Dienst für Sprachnormalisierung

Der zweite große Bereich der Generaldirektion für Sprachpolitik, der Dienst für Sprachnormalisierung (*Servei de Normalització Lingüística*), ist für die Statussicherung der katalanischen Sprache zuständig. Es geht darum sicherzustellen, daß das Katalanische die gleichen Rechte genießt wie das Kastilische und daß es in allen gesellschaftlichen Funktionen verwendet wird (Bachmann 1989:37ff.). Dabei kommt den staatlichen Stellen aufgrund ihres Prestiges und ihrer Einflußmöglichkeiten besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig ist der Dienst für Sprachnormalisierung bemüht, die Bevölkerung unmittelbar zu informieren und sie für sprachliche Fragen zu sensibilisieren. Dies geschieht durch Vorträge, Veranstaltungen, Kongresse und Veröffentlichungen sowie durch die Beantwortung von Anfragen zur Sprachgesetzgebung. In

diesem Zusammenhang werden schwerpunktmäßig Sensibilisierungskampagnen durchgeführt, so z.B. die Aktion "*Depèn de vostè*" ("Es hängt von Ihnen ab"), die 1985/86 eingeleitet wurde und mit der der einzelne zur Mitwirkung am Normalisierungsprozeß aufgefordert wurde. Damit reagierte der Dienst auf sozio-linguistische Untersuchungen, die ergeben hatten, daß die überwiegend positive Grundhaltung der Bevölkerung zum Katalanischen nicht immer ihren Niederschlag in einem entsprechenden Sprachverhalten fand. So zeigte sich, daß viele Katalanen vom Katalanischen ins Kastilische überwechselten, wenn der betreffende Gesprächspartner nicht Katalanisch sprach. Die Bevölkerung sollte also dazu veranlaßt werden, das Katalanische in der Alltagskommunikation konsequent zu verwenden. Hinter allen Kampagnen steht die Forderung, in Katalonien "auf katalanisch" leben zu können (*viure en català*) (Bachmann 1989:41f.).

Sprachdienste

Diesem Ziel diene auch die Einrichtung eines Netzes von Sprachdiensten (*serveis lingüístics*). Im Zeitraum 1983-1989 wurden über 100 Sprachdienste in Kommunalverwaltungen eingerichtet, die die Aufgabe haben, Kampagnen für die Verwendung des Katalanischen durchzuführen, den Gebrauch des Katalanischen in den betreffenden Verwaltungen zu regeln und allen Bürgern die kostenlose Korrektur kurzer Texte in katalanischer Sprache anzubieten.

Seit 1989 wurden darüber hinaus Sprachdienste in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen eingerichtet. Dazu gehören Bildungsstätten und Forschungszentren, Massenmedien und kulturelle Einrichtungen, Unternehmen und Gewerkschaften sowie Sportverbände. Die Sprachdienste sollen die Sprachverwendung in dem jeweiligen Bereich regeln und das Sprachbewußtsein der Beteiligten schärfen; gleichzeitig sollen die erforderlichen Sprachkenntnisse für jeden einzelnen Arbeitsplatz definiert und eine entsprechende Sprachausbildung gewährleistet werden. Außerdem soll eine Sprachberatung angeboten werden, die die sprachliche Korrektheit der Kommunikation in der betreffenden Umgebung sicherstellt.

Die Funktionsweise eines solchen Sprachdienstes soll am Beispiel der Universität Politècnica de Catalunya veranschaulicht werden (Bachmann 1989:64ff.). Der Senat der Universität faßte bereits 1977 den Beschluß, die Verwendung des Katalanischen innerhalb der Universität zu fördern; dies führte zur Einrichtung des Sprachdienstes (*Servei de Català*) im Jahre 1979.

Neben der Wahrnehmung allgemeiner Übersetzungsaufgaben ist der Sprachdienst schwerpunktmäßig auf dem Gebiet der Verwaltungssprache sowie der technisch-naturwissenschaftlichen Sprache tätig.

Der Bereich Verwaltungssprache berät das Verwaltungspersonal in terminologischen Fragen, entwirft und überarbeitet Verwaltungsvordrucke in katalanischer Sprache und bietet Sprachkurse für den Verwaltungsbereich an.

Im Bereich der technisch-naturwissenschaftlichen Sprache geht es darum, die Verwendung des Katalanischen in der Lehre zu unterstützen; die primäre Zielgruppe sind deshalb die Lehrenden. Gerade mit Hilfe authentischen Lehrmaterials läßt sich die natürliche Verwendung des Katalanischen als Fachsprache entscheidend fördern. Da solches Material zunächst kaum vorhanden war, nimmt die Entwicklung katalanischer Lehrmittel breiten Raum ein. Dabei stellen sich vielfältige terminologische Probleme, die von Fachleuten des betreffenden Gebiets in Zusammenarbeit mit Sprachwissenschaftlern gelöst werden. Die Ergebnisse werden in Form von Fachglossaren veröffentlicht.

Eine Aufgabe, die immer mehr an Bedeutung gewonnen hat, ist die Korrektur von Texten. Dabei geht es wohlgemerkt um Korrekturen und nicht um Übersetzungen, da man bereits davon ausgehen kann, daß alle Universitätsangehörigen in der Lage sind, Texte in Katalanisch zu verfassen (vgl. Mateu 1991:132).

Institut für katalanische Soziolinguistik

Das *Institut de Sociolingüística Catalana* hat die Aufgabe, die sprachplanerischen Maßnahmen wissenschaftlich zu begleiten. Neben der Durchführung von soziolinguistischen Untersuchungen und dem Aufbau einer Bibliothek zu soziolinguistischen Themen pflegt das Institut Verbindungen zu Verwaltungsstellen und wissenschaftlichen Einrichtungen in den anderen katalanischsprachigen Regionen, um eine gemeinsame Standardsprache zu entwickeln. Die soziolinguistischen Studien des Instituts bilden die Grundlage für die Planung, Durchführung und Evaluierung von Sensibilisierungskampagnen, die sich an einzelne Bevölkerungsgruppen, z.B. die Jugendlichen, wenden oder bestimmte Bereiche des Arbeitslebens betreffen (vgl. Bachmann 1994:42ff.).

Konsortium für Sprachnormalisierung

Das *Consorci per a la Normalització Lingüística* wurde 1988 als Instrument einer dezentralen und flächendeckenden Sprachpolitik ins Leben gerufen (Bachmann 1994:47ff.). In den ersten Jahren konzentrierte die Generaldirektion für Sprachpolitik (DGPL) ihre sprachplanerischen Maßnahmen vor allem auf die Verbreitung der Katalanischkenntnisse. Nachdem dieses Ziel weitgehend erreicht war, galt es, die tatsächliche Verwendung des Katalanischen in allen gesellschaftlichen Bereichen sicherzustellen. Zu diesem Zweck stellt das "Konsortium" über ein Netz dezentraler Sprachnormalisierungszentren (*Centres de normalització lingüística*) Informationen, Mittel und

Leistungen bereit, die einen vermehrten Gebrauch des Katalanischen fördern. Es konzentriert seine Arbeit auf öffentliche und private Unternehmen, auf Behörden sowie auf Vereine und Verbände. Neben permanent angebotenen Dienstleistungen, insbesondere Sprachberatung und Sprachkursen für Erwachsene, führt das "Konsortium" auch gezielte Maßnahmen in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen durch. Dies gilt beispielsweise für den Sport, der in der heutigen Gesellschaft einen zentralen Platz einnimmt, was sich nicht zuletzt in den Massenmedien widerspiegelt.

Als die Entscheidung gefallen war, die Olympischen Spiele 1992 in Barcelona auszutragen, setzte sich die katalanische Regionalregierung erfolgreich dafür ein, daß das Katalanische als eine der offiziellen Sprachen anerkannt wurde. Damit wuchs dem Konsortium für Sprachnormalisierung die Aufgabe zu, die volle Funktionsfähigkeit des Katalanischen in diesem Rahmen sicherzustellen, eine Aufgabe, die weit über den Bereich der Sportterminologie hinausreichte (Bachmann 1994:51ff.).

Nachdem seit Ende der siebziger Jahre in Katalonien mit großem Einsatz Sprachplanung betrieben worden ist, ist die Frage, zu welchen Ergebnissen diese Maßnahmen geführt haben, sowohl für die unmittelbar Beteiligten als auch für Beobachter in anderen Sprachregionen von Interesse.

6.5 Ergebnisse der "Normalisierung" in Katalonien

Inzwischen ist vielerorts in Katalonien eine Zwischenbilanz gezogen worden, so daß es relativ leicht ist, sich einen Eindruck von Erfolgen und Mißerfolgen der intensiven sprachplanerischen Aktivitäten der vergangenen 20 Jahre zu verschaffen. So hat die Universität Politècnica de Catalunya (UPC), deren Sprachdienst oben vorgestellt wurde, 1991/92 eine soziolinguistische Untersuchung durchgeführt, die Aufschluß über den Erfolg der Maßnahmen zur Förderung des Katalanischen an der Universität geben sollte (Bachmann 1994:69ff.).

Diese Studie ergab, daß nahezu alle Universitätsangehörigen Katalanisch verstehen und daß etwa 90% von ihnen Katalanisch sprechen können. Der im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hohe Prozentsatz läßt sich damit erklären, daß die Studierenden ihre schulische Ausbildung auf katalanisch erhalten haben oder Katalanisch als Schulfach hatten; auch tragen die vom Sprachdienst angebotenen Weiterbildungskurse für das Verwaltungspersonal inzwischen Früchte. Bei den 10% Universitätsangehörigen, die kein Katalanisch sprechen, handelt es sich zumeist um Personen, die nicht in Katalonien geboren wurden. Allerdings bedürfen die Sprachkenntnisse der Katalanischsprecher einer differenzierten Betrachtung: nur ca. 75% von ihnen können sich auch schriftlich auf katalanisch ausdrücken. Die größten Defizite sind gerade unter den Dozenten zu verzeichnen; dies läßt sich darauf zurückführen, daß die

meisten von ihnen keine Schulausbildung in katalanischer Sprache erhalten haben. Demgegenüber ist beim Verwaltungspersonal und bei den Studierenden eine relative Ausgewogenheit zwischen mündlichem und schriftlichem Sprachgebrauch festzustellen.

Die Katalanisierung des Verwaltungsbereichs ist weit fortgeschritten; dies äußert sich nicht zuletzt darin, daß die interne und externe Dokumentation in katalanischer Sprache abgefaßt ist. Aber auch als Unterrichtssprache ist das Katalanische im Vormarsch. Während 1981 48% der Dozenten ihren Unterricht vorwiegend auf katalanisch durchführten, waren es 1991 bereits 55% (Bachmann 1994:70).

Die Entwicklung an der UPC spiegelt die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wider, die auch in den Ergebnissen statistischer Untersuchungen ihren Niederschlag findet. Von 1981 bis 1986 stieg der Prozentsatz derer, die Katalanisch verstehen, von 79,8% auf 90,3% an; diese Zahl nahm bis 1991 auf 93,8% weiter zu. Ein Vergleich der Daten von 1986 und 1991 zeigt eine Verbesserung bei sämtlichen sprachlichen Fertigkeiten. So stieg der Anteil derer, die Katalanisch sprechen, von 54,2% auf 58,3%, beim Lesen war ein Anstieg von 60,7% auf 67,6% festzustellen, während der Anteil derer, die Katalanisch schreiben, von 31,5% auf 39,9% zunahm; gleichzeitig nahm der Anteil der Personen, die nicht Katalanisch verstehen, von 9,4% auf 6,2% ab (Bachmann 1994:43ff.).

Damit nimmt das Katalanische gegenüber den beiden anderen Regionalsprachen Spaniens, Baskisch und Galicisch, eine privilegierte Stellung ein. Dies bestätigte die soziolinguistische Untersuchung "Kenntnis und Verwendung der Sprachen Spaniens", die 1993 vom Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) in den zweisprachigen Regionen Spaniens durchgeführt wurde (CIS 1994:65). Die Untersuchung ergab, daß das Katalanische unter den Regionalsprachen Spaniens in jeder Hinsicht an erster Stelle steht und daß der Anteil derjenigen, für die das Katalanische die erste Sprache darstellt, zwar langsam, aber beständig ansteigt. Bezeichnend ist auch, daß Katalonien die einzige der drei Regionen ist, in der sich die Mehrheit dafür ausspricht, den Schulunterricht in der Regionalsprache durchzuführen. In dem Bericht wird auch betont, daß trotz aller gegensätzlichen Auffassungen in Einzelfragen von einem Sprachkonflikt in Katalonien nicht die Rede sein könne.

Obwohl insgesamt große Fortschritte erzielt worden sind, muß jedoch auch festgestellt werden, daß die aktiven Katalanischkenntnisse der Bevölkerung weit hinter den passiven Kenntnissen zurückbleiben. Zwar verfügen Kinder und Jugendliche aufgrund des Schulunterrichts über eine bessere Kenntnis des Katalanischen, doch ist dies keine Garantie dafür, daß sie die Sprache tatsächlich verwenden.

Trotz aller Bemühungen ist es bislang noch nicht so, daß das Katalanische in allen Lebensbereichen gleichberechtigt vertreten ist; dies gilt insbesondere für fachlich bzw.

fachsprachlich geprägte Bereiche. Auch das Katalanische ist also noch immer eine Minderheitensprache, die Mühe hat, alle kommunikativen Funktionen in angemessener Weise wahrzunehmen und sich gegenüber ihrem mächtigen Konkurrenten, dem Kastilischen, zu behaupten (vgl. Bachmann 1994:106).

Während der langen Zeit, in der das Katalanische nur in informellen Zusammenhängen und deshalb weitgehend mündlich verwendet wurde, konnten sich katalanische Fachsprachen nur in begrenztem Umfang entwickeln. Gerade in dieser Zeit erlebten Wissenschaft und Technik jedoch eine stürmische Entwicklung, so daß die terminologischen Defizite in diesen Bereichen zunächst besonders gravierend waren. Deshalb war und ist systematische Terminologearbeit für die Funktionsfähigkeit des Katalanischen besonders wichtig.

6.6 Terminologearbeit in Katalonien

Im Gegensatz zu vielen anderen Minderheitensprachen verfügt das Katalanische über eine langjährige terminologische Tradition, die allerdings lange unterbrochen war. Die Industrialisierung, die Katalonien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlebte, führte zu einem Aufschwung von Wissenschaft und Technik. Diese Entwicklung fiel zusammen mit einem zunehmenden Interesse an der katalanischen Sprache, getragen von einem wirtschaftlich aktiven und erfolgreichen Bürgertum. So entstand gleichzeitig das Bedürfnis, wissenschaftliche und technische Zusammenhänge auf katalanisch auszudrücken. Daher begann man im Hochschulbereich, entsprechende katalanische Terminologien zu entwickeln. Die Gründung der katalanischen Sprachakademie, des Institut d'Estudis Catalans (IEC), im Jahre 1907 ermöglichte die Koordinierung dieser Arbeiten. Bis zum Ende des Bürgerkriegs wurden etwa 40 terminologische Untersuchungen veröffentlicht, die insbesondere Themen aus Landwirtschaft, Naturwissenschaft und Technik behandelten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang das *Diccionari de la llengua catalana* von Pompeu Fabra, das 1931 erschien. Die Franco-Diktatur setzte der Forschung zum Katalanischen - und damit auch der katalanischen Terminologearbeit - zunächst ein Ende. Erst die im Zuge der wirtschaftlichen Öffnung ab dem Ende der fünfziger Jahre einsetzende vorsichtige Liberalisierung führte dazu, daß wieder in begrenztem Umfang Arbeiten zu den katalanischen Fachsprachen erschienen. Von besonderer Bedeutung für die katalanische Terminologie ist das Erscheinen der *Gran Enciclopèdia Catalana* im Jahre 1969.

An diese Entwicklung konnte man anknüpfen, als man Ende der siebziger Jahre begann, in großem Maßstab katalanische Terminologearbeit zu betreiben, um die entstandenen Lücken zu füllen. Ein wichtiges Ereignis war die Gründung des katalanischen Terminologiezentrums Termcat, das 1985 aufgrund eines Abkommens

zwischen dem Kulturministerium der Region Katalonien als politischer Instanz und dem Institut d'Estudis Catalans (IEC) als höchster akademischer Instanz ins Leben gerufen wurde. Die Beteiligung des IEC ist von besonderer Relevanz, da sich sein Kompetenzbereich über das gesamte katalanische Sprachgebiet erstreckt und die von Termcat festgelegten Methoden und Kriterien für alle katalanischsprachigen Regionen richtungsweisend sind.

In der Anfangsphase von Termcat war die terminologische Grundlagenarbeit von besonderer Bedeutung. Dabei bot sich an, auf Erfahrungen der frankokanadischen Terminologen zurückzugreifen, die unter vergleichbaren soziolinguistischen Bedingungen Pionierarbeit geleistet hatten (vgl. Auger 1984). Daher wurden zunächst grundlegende frankokanadische Werke ins Katalanische übersetzt. Man verfügte so über eine allgemeine Orientierung zur praktischen Terminologearbeit, die man in der Folgezeit an die spezifischen Bedingungen Kataloniens anpaßte.

Zur Entwicklung einer eigenständigen Methodik für die katalanische Terminologearbeit leistete die Direktorin von Termcat, M. Teresa Cabré, mit ihrem Werk *La terminologia - La teoria, els mètodes, les aplicacions* (1992) einen wichtigen Beitrag. Dieses Buch machte die Erkenntnisse der internationalen Terminologielehre und Terminologearbeit für das katalanische Sprachgebiet zugänglich und paßte diese zugleich an die soziokulturellen und sprachlichen Gegebenheiten Kataloniens an. Die Neologie, d.h. die Entwicklung neuer katalanischer Termini, nimmt in diesem Werk breiten Raum ein.

Dabei stehen zunächst die Möglichkeiten, die das Katalanische grundsätzlich für die Fachwortbildung bietet, im Mittelpunkt. In Anlehnung an die in der frankophonen Terminologielehre übliche Systematik werden bei der Fachwortbildung formale, funktionale und semantische Verfahren unterschieden (Cabré 1992:174ff.).

Die formalen Verfahren gliedern sich in

- a. die Ableitung: hier kommen entweder Präfixe - z.B. *in-* in *inútil* und *em-* in *empetitir* (von *petit* = klein) - oder Suffixe - z.B. *-ació* in *agilitació* und *-atge* in *buidatge* (von *buidar* = entleeren) - oder Präfixe und Suffixe gleichzeitig - z.B. *retro-* und *-ació* in *retroalimentació* - zur Anwendung,
- b. die Zusammensetzung: diese besteht entweder aus aktuell gebräuchlichen Lexemen - z.B. *busca-raons* = "Streitsucher" (aus *buscar* = suchen und *raons* = Streit) - oder aus "historischen" Lexemen - z.B. *dactilografia*, *xenofòbia* oder aus beiderlei Lexemen gleichzeitig - z.B. *televisió*,
- c. die Mehrwortbenennung: hier wird der Begriff entsprechend den syntaktischen Regeln des Katalanischen durch mehrere Wörter ausgedrückt (z.B. *memòria d'accés aleatori*, *terme complex*),

d. die Wortkürzung: dabei wird eine lexikalische Einheit auf eines oder mehrere ihrer Teile reduziert, wobei man die Buchstabierkürzung (*ugeté, opa*), die Silbenkürzung (*digfon, motel*) und das Kurzwort (*macro, hiper*) unterscheiden kann.

Bei den funktionalen Verfahren wird die Kategorie eines existierenden Wortes geändert. Dabei geht es entweder um die sogenannte syntaktische Konversion, bei der ein Lexem einer Kategorie "x" die Form eines Lexems der Kategorie "y" annimmt (z.B. *rebutjar/rebuig* "ablehnen", (Ablehnung), *arrel/arrelar* "Wurzel", (Wurzeln schlagen), oder um die Lexikalisierung einer grammatischen Form - z.B. *<el> saber*, (Infinitiv/Substantiv), *<el> caient* (Partizip/Substantiv).

Bei den semantischen Verfahren ändert sich die Bedeutung einer lexikalischen Einheit, so daß ein neuer Terminus entsteht. Den Ausgangspunkt bildet dabei entweder der gemeinsprachliche Wortschatz oder aber der Wortschatz eines bestimmten Fachgebiets, der zur terminologischen Erweiterung eines anderen Fachgebiets genutzt wird. Eine zweite Möglichkeit liegt in der Erweiterung, Einengung oder sonstigen Änderung der Grundbedeutung; so werden beispielsweise die gemeinsprachlichen Wörter *ploma* (Feder) und *anell* (Ring) mit Hilfe einer entsprechenden Definition zu Fachwörtern.

Schließlich wird die Entlehnung (z.B. *jazz, fondue, bunker*) und die Lehnübersetzung - z.B. *gratacel* (vgl. *en skyscraper*, *es gratacielos*), *forabord* (vgl. *es fuerabordo* = Außenbordmotor), *cirabotes* (vgl. *es limpiabotas* = Schuhputzer) genannt, die dem Katalanischen wie allen anderen Sprachen zur Verfügung steht.

Damit verfügt das Katalanische im wesentlichen über die gleichen sprachlichen Voraussetzungen wie seine terminologisch besser abgesicherten großen Nachbarn Sprachen Französisch und Spanisch.

Cabré (1992:177ff.) weist darauf hin, daß die Kenntnis und Einschätzung dieser sprachlichen Werkzeuge für den Terminologen von grundlegender Bedeutung ist, und sie listet eine Reihe von Affixen, die für die Benennungsbildung relevant sind, mit ihrer jeweiligen Bedeutung auf. Sie nimmt jedoch nicht zu der Frage Stellung, wie die vorhandenen sprachlichen Möglichkeiten in der normativen Terminologearbeit genutzt werden können bzw. sollen. Andererseits geht sie recht ausführlich auf die internationale Terminologearbeit ein. Es ist jedoch - nicht zuletzt angesichts der Diglossiesituation in Katalonien - von größtem Interesse, wie sich das Verhältnis zwischen spanischer und katalanischer Terminologie gestaltet. Das enge Zusammenleben der beiden Sprachen könnte dafür sprechen, daß das Katalanische sich weitgehend am Spanischen orientiert. Einem solchen pragmatischen Vorgehen stehen jedoch offensichtlich politische Überlegungen entgegen, insbesondere das Bestreben Kataloniens, gerade in Sprache und Kultur seine Eigenständigkeit zu unterstreichen. Tatsächlich sprechen die konkreten Ergebnisse katalanischer

Terminologiarbeit eher dafür, daß man bemüht ist, sich auch terminologisch gegenüber dem Spanischen abzugrenzen. Diese Vermutung müßte allerdings anhand von Fakten erhärtet werden; eine Untersuchung zu dieser interessanten Frage liegt bislang, soweit ersichtlich, noch nicht vor.

Was die praktische Arbeit von Termcat betrifft, so werden die Termini in Arbeitsgruppen, an denen sowohl Fachleute der betreffenden Bereiche als auch Terminologen beteiligt sind, erarbeitet. Bevor die neuen Benennungen genormt und verbreitet werden, werden sie externen Fachleuten zur Stellungnahme vorgelegt; auf diese Weise soll die Akzeptanz der Termini bereits im Vorfeld gesichert werden. Beispiele für kreative Neuschöpfungen, die bei den Sprachnutzern auf eine positive Resonanz stießen, sind die für *hardware* und *software* eingeführten katalanischen Benennungen *maquinari* und *programari* (vgl. Puiggené 1991:10).

Außerdem wird die Qualität der erarbeiteten technischen Terminologien von einem speziellen Organ, dem "Aufsichtsrat" (*Consell Supervisor*), überprüft. Dieses Gremium erarbeitet auch Empfehlungen zur Terminologiarbeit. Dazu gehören beispielsweise Empfehlungen zum Gebrauch von Lehnübersetzungen und Entlehnungen sowie zur Wortbildung mit griechisch-lateinischen Wortbildungselementen. Die genormten Termini werden mit ihren Definitionen und ihren kastilischen, englischen und französischen Äquivalenten in dem von Termcat herausgegebenen Mitteilungsblatt *Full de difusió de neologismes* veröffentlicht. Daneben wird die neue Terminologie insbesondere über den Terminologieberatungsdienst sowie über eine Reihe von Organisationen, die mit Termcat zusammenarbeiten, verbreitet. Mittelfristig findet diese Terminologie auch Eingang in Wörterbücher, unter denen die Serie der *Diccionaris Terminològics*, die sich vor allem an Dozenten und Studenten und generell an Fachleute des betreffenden Gebiets wenden, von besonderem Interesse ist. Um der Terminologie eine größere Breitenwirkung zu sichern, fördert Termcat auch die Veröffentlichung populärwissenschaftlicher Werke (vgl. Puiggené 1991:11).

Die Bilanz des Terminologiezentrums Termcat ist eindrucksvoll. Seit der Gründung von Termcat wurden etwa 100.000 Termini genormt; z. Z. werden etwa 150 terminologische Forschungsprojekte betreut. Die Zahl der terminologischen Anfragen ist von 1987 bis 1993 von rund 1.000 auf über 12.000 gestiegen. Auch im Ausbildungsbereich kann Termcat Erfolge verzeichnen; die Fächer Terminologie und Lexikographie sind inzwischen Bestandteil mehrerer Studiengänge an katalanischen Hochschulen.

Damit ist die Arbeit von Termcat repräsentativ für die katalanische Sprachpolitik der vergangenen 20 Jahre, die alles in allem als sehr erfolgreich bezeichnet werden kann.

Anschließend soll nun die Situation in Irland dargestellt werden. Hier ergibt sich

auf den ersten Blick eine deutliche Parallele zu Katalonien, weil auch hier eine Sprache von lediglich regionaler Bedeutung, Irisch, einer Weltsprache, Englisch, gegenübersteht. Es gibt jedoch gewichtige Unterschiede, die insbesondere in der wesentlich niedrigeren Sprecherzahl und dem geringeren Sozialprestige des Irischen liegen.

*

7 Sprachplanung in Irland

7.1 Geschichtlicher Hintergrund

Die Republik Irland hat zwei Amtssprachen, Irisch und Englisch, wobei das Irische gegenüber dem Englischen offiziell eine privilegierte Stellung genießt. Art. 8 der 1937 in Kraft getretenen irischen Verfassung bestimmt ausdrücklich:

1. The Irish language as the national language is the first official language.
2. The English language is recognised as a second official language.*

Allerdings ist die Zahl der Iren, die sich ausschließlich bzw. hauptsächlich des Irischen bedienen, gering. Diese Bevölkerungsgruppe hat ihren Siedlungsschwerpunkt in der sogenannten Gaeltacht in Westirland, wo 80.000 Personen, d.h. 2,3% der Gesamtbevölkerung, leben. In den meisten Teilen Irlands tritt das Irische im Alltagsleben kaum in Erscheinung; trotzdem ist seine Bedeutung für die nationale Identität der Iren nicht zu unterschätzen.

Irisch, vielfach als Gälisch bezeichnet, gehört zusammen mit dem schottischen Gälisch, dem Walisischen und dem Bretonischen zur keltischen Sprachfamilie. Die keltischen Sprachen waren ursprünglich weit verbreitet; zur Zeit ihrer größten Ausdehnung, im 3. und 4. Jahrhundert v. Chr., wurden sie in einem großen Teil Europas, von Gallien und den britischen Inseln bis hin zum Donaauraum, gesprochen. Seitdem ist ihr Einflußbereich immer mehr geschrumpft; die Zahl der Personen, die heute noch keltische Sprachen und Dialekte sprechen, wird auf ungefähr drei Millionen geschätzt (vgl. Störig 1987:79).

Die keltischen Sprachen besitzen bestimmte Eigentümlichkeiten, die sie von allen anderen indoeuropäischen Sprachen unterscheiden. Dazu gehören Präpositionen, die flektiert werden können, Anlautveränderungen mit spezieller grammatischer Funktion und verschiedene Konjugationstypen, deren Verwendung sich nach dem Satzzusammenhang richtet (Störig 1987:81). Eine Besonderheit der keltischen Sprachen ist auch die Satzstellung Verb-Subjekt-Objekt und die Tatsache, daß "ja" und "nein" umschrieben werden müssen. Auch das komplizierte phonetische System ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Aufgrund dieser und zahlreicher weiterer

* 1. Die irische Sprache ist als Nationalsprache die erste Amtssprache.
° 2. Die englische Sprache wird als zweite Amtssprache anerkannt.

Besonderheiten sind die keltischen Sprachen für Ausländer sehr schwer erlernbar, und sie werden tatsächlich nur von wenigen Ausländern gelernt, um so mehr, als man sich in ganz Irland, ebenso wie in Wales und Schottland, auf englisch und in der Bretagne auf französisch verständigen kann (Schmidt 1987:81).

Die irische (gälische) Sprache ist seit den Anfängen sehr eng mit der Geschichte Irlands verknüpft, wie die ältesten schriftlichen Zeugnisse aus dem 4. Jahrhundert n. Chr. belegen. Im Zusammenhang mit der Christianisierung, die im 5. Jahrhundert einsetzte, kam auch das lateinische Alphabet nach Irland. In der Folgezeit entwickelten sich die Klöster zu bedeutenden kulturellen Zentren. Im 7. und 8. Jahrhundert erreichte die kulturelle Blüte Irlands ihren Höhepunkt. Diese Periode wurde durch die Zeit der Wikingerüberfälle (9.-10. Jahrhundert) beendet. In dieser Zeit entstanden die ersten Städte auf irischem Boden; dieser Beitrag der Wikinger hinterließ auch sprachliche Spuren, da das Irische in dieser Zeit zahlreiche Lehnwörter übernahm, die das städtische Leben betreffen (Störig 1987:80).

1170 wurde Dublin durch die Normannen erobert. In der Folgezeit gewannen die Normannen einen starken Einfluß auf die kulturelle und politische Entwicklung Irlands, der sich ebenfalls in der Sprache bemerkbar machte; der normannische Beitrag betraf vor allem die Bereiche des Kriegswesens, der Baukunst und der Verwaltung (Störig 1987:80).

Allerdings gelang es den Normannen nicht, Irland vollständig zu erobern. Gerade dies erwies sich für die weitere Entwicklung Irlands als nachteilig: Dadurch, daß es immer zwei Bevölkerungsteile, die gälischen Iren und die ihrem englischen Mutterland verbundenen Siedler, gab, wurde das Entstehen einer geeinten Nation, in der beide Völker miteinander verschmelzen konnten, verhindert (vgl. Schmidt 1994:28).

Ab der Mitte des 13. Jahrhunderts kam es zu einem vorübergehenden Wiedererstarken des gälischen Irland. Der normannische Einfluß ließ allmählich nach, viele Normannen glichen sich in Sprache und Sitten den Iren an. Während des 15. Jahrhunderts wurden auch die Städte zunehmend irischsprachig. Gebiete, die vormalig rein englischsprachig gewesen waren, wurden nun zweisprachig. Dieser enge Sprachkontakt führte dazu, daß das Irische viele englische Lehnwörter, die mit dem Stadtleben zu tun hatten, übernahm.

Diese Phase endete, als die Engländer in Irland Fuß faßten und es vom 17. Jahrhundert an ganz unterwarfen. Heinrich VIII. verschaffte der englischen Krone in Irland entscheidenden Einfluß. Er betrieb eine konsequente Anglisierungspolitik mit dem Ziel, die Bevölkerungsgruppen Irlands zu einer loyalen Bevölkerung zu verschmelzen. Die Kinder Heinrichs VIII. führten die Eroberung Irlands zu Ende und brachten zum ersten Mal das ganze Land unter die Kontrolle einer zentralen Regierung.

Im Zuge dieser Entwicklung nahm der Einfluß des Englischen seit dem 16.

Jahrhundert erheblich zu. Gleichzeitig verlor die irische Sprache im öffentlichen Leben generell an Bedeutung, sie wurde aber weiterhin von der ländlichen Mittelschicht und der Masse der Bauern gesprochen. Die Mittelschicht in den Städten bediente sich hingegen, genau wie die Oberschicht, des Englischen. Dieses soziale Gefälle im Sprachgebrauch sollte sich in der weiteren Entwicklung noch verstärken.

Dazu trug die radikale Änderung der Besitzverhältnisse unter Cromwell in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entscheidend bei: Land, Macht und Reichtum gingen von den katholischen Iren auf die protestantischen Engländer über; es entstand eine neue protestantische Oberschicht. Gleichzeitig kamen neue englische Siedler ins Land.

Eine weitere entscheidende Einbuße mußten die Katholiken mit dem Frieden von Limerick hinnehmen; nun war nur noch ein Siebtel des Landes in den Händen der Katholiken. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts beschloß das nun rein protestantische irische Parlament eine Reihe antikatholischer Bestimmungen, die sogenannten *Penal Laws*, welche die Katholiken dauerhaft vom politischen Leben ausschlossen. Der politische Kampf der Katholiken gegen ihre Diskriminierung begann um die Mitte des 18. Jahrhunderts, jedoch stellten sich erst gegen Ende des Jahrhunderts erste Erfolge ein (vgl. Schmidt 1994:40).

Aufgrund der dominierenden Stellung des Englischen ging die ländliche Mittelschicht allmählich zum Gebrauch des Englischen über. Auch für die ländliche Unterschicht wurde es immer wichtiger, zweisprachig zu sein. Im Bewußtsein der Bevölkerung wurde die irische Sprache mehr und mehr zu einem Synonym für Armut und Analphabetismus.

Einen erheblichen Rückschlag erlitt der Kampf der Katholiken Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Große Hungersnot, der ungefähr eine Million Menschen zum Opfer fiel, eine weitere Million wanderte aus. Die Hungersnot traf die ärmsten Schichten, unter denen die Irischsprachigen in der Mehrzahl waren; damit erlitt das Irische eine weitere empfindliche Einbuße.

Wie eine 1857 durchgeführte Volkszählung ergab, sprach nur noch etwa ein Viertel der rund sechs Millionen Einwohner Irisch als Muttersprache. Die meisten Irischsprachigen beherrschten neben ihrer Muttersprache auch Englisch; nur für 300.000 von ihnen war Irisch die einzige Sprache. Die irischsprachigen Regionen lagen im wesentlichen im Westen Irlands, während das Irische im Osten des Landes fast vollständig vom Englischen verdrängt wurde (Störig 1987:81).

Trotzdem ging der Kampf der katholischen Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit unverminderter Härte weiter; dabei trat die Frage der irischen Selbstverwaltung immer mehr in den Mittelpunkt. Diese Entwicklung kam jedoch nicht dem Gebrauch der irischen Sprache zugute, vielmehr gewann das Englische als Sprache der Politik noch weiter an Bedeutung.

Ein wiedererwachendes Interesse an der irischen Sprache war erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts festzustellen; daran hatte die *Gaelic League* entscheidenden Anteil. Diese 1893 gegründete Organisation setzte sich zunächst vorrangig dafür ein, Irisch dort am Leben zu halten, wo es noch gesprochen wurde; später gingen ihre Bemühungen auch dahin, Irisch wieder zur Sprache des ganzen Landes zu machen. Die *Gaelic League* war eine gut organisierte Bewegung, die in erheblichem Maße zu einer Verbesserung der geistigen und sozialen Situation der Bevölkerung beitrug. Dank ihrer Bemühungen wurde Irisch zu einem obligatorischen Schulfach an vielen staatlichen Schulen.

1916 kam es zu einem Aufstand der irischen Nationalisten gegen die englische Herrschaft. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen; die Folge war ein brutaler Guerrillakrieg. 1921 kam es zum Waffenstillstand und zur Unterzeichnung des englisch-irischen Vertrages, in dem die Briten 26 irischen Grafschaften den Status eines "Dominion" - also noch nicht den Status einer unabhängigen Republik - gewährten. Damit war zugleich die Spaltung Irlands in den irischen Freistaat und das unter britischer Hoheit verbleibende Nordirland besiegelt.

1937 trat die neue irische Verfassung in Kraft, die Irland de facto zur Republik machte, im Zweiten Weltkrieg blieb das Land neutral. 1949 erhielt Irland offiziell die Bezeichnung *Republic of Ireland* und trat aus dem Commonwealth aus. 1973 wurde Irland Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, 1979 schloß sich das Land dem Europäischen Währungssystem an (vgl. Schmidt 1994:47ff.).

7.2 Sprachpolitik seit der Unabhängigkeit

Bei dem Streben nach politischer Unabhängigkeit spielte die irische Sprache als Symbol der nationalen Identität eine wichtige Rolle. Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1921 erhielt das Irische deshalb eine intensive staatliche Förderung (vgl. Ó Riagáin 1988).

Dies erschien dringend erforderlich, da sich die irische Sprache in einem besorgniserregenden Zustand befand. Wie die Volkszählung des Jahres 1911 ergab, waren nur noch 18 % der Bevölkerung irischsprachig. Die "Rückzugsgebiete" der Sprache, die sogenannten *Gaeltachtaí*, waren in mehrfacher Hinsicht benachteiligt: sie lagen im wirtschaftlich rückständigen äußersten Westen Irlands, sie waren durch breite englischsprachige Zonen voneinander getrennt, und sie bildeten keine sprachliche Einheit, sondern waren in drei Hauptdialekte zersplittert: das Ulster-Irische im Norden, das Munster-Irische im Süden und das Connacht-Irische im Westen.

Da sich der soziale Status der Irischsprecher im Laufe der Jahrhunderte immer mehr verschlechtert hatte, hatte der mit dem technischen Fortschritt verknüpfte

Wortschatz nur in geringem Umfang Eingang in das Irische gefunden. Daher wies die Sprache erhebliche terminologische Lücken auf. Damit war das Englische, das sich bereits seit langem im wirtschaftlich entwickelten Osten als gesellschaftlich dominante Sprache etabliert hatte, dem Irischen auch in dieser Hinsicht absolut überlegen.

Die Regierung, deren Mitglieder sich nachdrücklich zur irischen Sprache bekannten, ergriff eine Reihe von Maßnahmen, um den Status des Irischen zu verbessern. Irisch wurde als Pflichtfach in den Lehrplan aller Schulen aufgenommen, und die irischen Sprachorganisationen wurden massiv in ihrer Arbeit unterstützt. Trotzdem zeigte sich, daß die Folgen der jahrhundertlangen Benachteiligung des Irischen sich nur schwer ausgleichen ließen.

Bereits unmittelbar nach der Erlangung der Unabhängigkeit 1922 beschloß die irische Regierung, dem Irischen den Status einer Amtssprache zu gewähren, die neben dem Englischen in Regierung und Verwaltung ihren Platz haben sollte. Aus diesem Grunde wurde beim Parlament eine Übersetzungsabteilung (*Rannóg an Aistriúcháin*, *The Translation Section*) eingerichtet, die Rechtsdokumente ins Irische übersetzen und Regierung und Verwaltung durch die Bereitstellung einer entsprechenden Terminologie und Phraseologie unterstützen sollte.

In der (in Englisch und Irisch abgefaßten) Verfassung von 1937 wurde festgelegt, daß das Irische als Nationalsprache gegenüber dem Englischen Priorität genießt.

1945 trat der sogenannte *Legal Terms Act* in Kraft. Dieser verfügte, daß alle Termini der Rechts- und Verwaltungssprache aus dem Englischen ins Irische zu übertragen seien und daß die irischen den entsprechenden englischen Termini in jeder Hinsicht gleichgestellt sein sollten; auch diese Maßnahme bedeutete eine erhebliche Aufwertung des Irischen (vgl. Schmidt 1994:67).

Die Übersetzungsabteilung des Parlaments begann bereits früh, Vorschläge für eine Vereinheitlichung der Orthographie zu erarbeiten; diese Arbeiten wurden im Laufe der Zeit institutionell auf eine breitere Basis gestellt und auf den Bereich der Grammatik ausgedehnt. Das Ergebnis war eine umfassende Standardisierung von Orthographie und Grammatik. Ab 1963 wurden die neuen Regeln an den Schulen eingeführt, wobei in den Grundschulen begonnen wurde; gleichzeitig wurde die altertümliche gälische Schrift durch die lateinische Schrift ersetzt.

Bei ihren Bemühungen um eine Festigung des Irischen setzte die irische Regierung von Anfang an auf die Schulen. Vor der irischen Unabhängigkeit 1922 wurde Irisch nur in einem Viertel aller Grundschulen unterrichtet, zweisprachige Lehrangebote gab es nur an Schulen in der Gaeltacht, dem irischen Sprachgebiet. Die neue Regierung machte es sich zum Ziel, in allen Grundschulen ein zweisprachiges oder ausschließlich irisches Lehrprogramm einzuführen. Auch an den Oberschulen wurde Irisch als

Pflichtfach eingeführt, die erfolgreiche Ablegung der Irischprüfung war Voraussetzung für das Bestehen der Abschlußprüfung. An den Hochschulen wurden ebenfalls große Anstrengungen unternommen, um dem Irischen eine gleichberechtigte Position zu sichern. Allerdings stießen alle diese Bemühungen auf erhebliche praktische Hindernisse, so daß man zu Anfang der fünfziger Jahre feststellen mußte, daß das Irische für fast die Hälfte aller Schüler in staatlichen Schulen lediglich ein Unterrichtsfach, nicht die Unterrichtssprache, war. Trotzdem waren die ersten drei Jahrzehnte nach der Erlangung der Unabhängigkeit für das Irische zweifellos eine erfolgreiche Epoche (vgl. Schmidt 1994:63ff.).

Nach dieser Phase des Aufstiegs setzte in den fünfziger Jahren eine Phase der Unsicherheit ein. Der Grund hierfür hing eng mit einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik zusammen. An die Stelle der bisher verfolgten protektionistischen Politik trat nun eine Öffnung nach außen; man versuchte in großem Stil, ausländisches Kapital und ausländische Unternehmen ins Land zu holen. Damit gewann das Englische als Sprache der internationalen Kommunikation dem Irischen gegenüber sprachpolitisch wieder an Bedeutung.

Gleichzeitig ergab eine kritische Analyse der bisherigen Sprachpolitik, daß das Ziel, das Irische in der Gaeltacht zu erhalten und seinen Bereich auszubauen, nicht erreicht worden war. Andererseits war es zwar gelungen, die Zahl der Irischsprecher in den übrigen Landesteilen zu erhöhen, jedoch verfügten diese über eine geringere Sprachkompetenz. Da sie Irisch zumeist als Zweitsprache erworben hatten, ließen ihre Sprachkenntnisse nach Beendigung der Schulzeit vielfach stark nach, auch wurde die Bildung irischer Kommunikationsnetze durch die zumeist englischsprachige Umgebung stark erschwert.

Daher wurden die Ziele der irischen Sprachpolitik allmählich bescheidener. Statt einer "Wiedergeburt" (*revival*) des Irischen ging es nun immer mehr darum, geeignete Formen der Zweisprachigkeit zu entwickeln, um dem Irischen auf diese Weise ein Weiterbestehen zu sichern (Ó Riagáin 1988:48). In diesem Zusammenhang gewannen Meinungsumfragen und soziolinguistische Untersuchungen an Bedeutung. Zu diesem Zweck wurde das *Committee on Irish Language Attitudes Research* (CLAR oder CILAR) gegründet, das die irische Regierung in Fragen der Sprachpolitik berät.

Diese Bemühungen haben jedoch nicht verhindern können, daß sich die Position des Irischen im schulischen Bereich seit Ende der fünfziger Jahre zusehends verschlechtert hat. Der Anteil der Grundschüler, die in einem oder mehreren Fächern in irischer Sprache unterrichtet werden, ist weit unter die Hälfte der Gesamtzahl gesunken; diejenigen, die ausschließlich irischen Schulunterricht erhalten, machen nur noch wenige Prozent aus.

Die gleiche Entwicklung ist an den Oberschulen festzustellen. Auch dies hängt

mit dem bereits erwähnten Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik Ende der fünfziger Jahre zusammen. Die irische Regierung gab damals ihre gescheiterte Autarkiepolitik auf und holte mit finanziellen Anreizen ausländische Investoren ins Land. Diese technisch orientierten Arbeitgeber beherrschten schon bald den Arbeitsmarkt und verdrängten damit den bisherigen großen Arbeitgeber, den Staat. Während dieser für die irische Sprache eingetreten war und von seinen Mitarbeitern gute Irishkenntnisse verlangt hatte, empfanden die neuen Arbeitgeber dem Irischen gegenüber keine Verpflichtung. Nun waren gute Kenntnisse in Technik und Naturwissenschaften für den gesellschaftlichen Aufstieg weit wichtiger als gute Irishkenntnisse. Dies hatte zur Folge, daß die Lehrpläne an den Oberschulen umgestaltet wurden, um den Anforderungen der Praxis gerecht zu werden. Neue, berufsorientierte Fächer wurden eingeführt; für diese Fächer fehlte jedoch Unterrichtsmaterial in irischer Sprache, nicht zuletzt deshalb, weil erhebliche terminologische Defizite bestanden (vgl. Schmidt 1994:65).

Der hierdurch verursachte Prestigeverlust des Irischen als Schulfach führte dazu, daß ab 1973 die Oberschule auch ohne bestandene Irishprüfung erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Eine ähnliche Entwicklung war im Hochschulbereich festzustellen. Auch hier wurden nach und nach alle Bestimmungen, die dem Irischen eine privilegierte Stellung gesichert hatten, abgeschafft.

Trotz des relativen Mißerfolgs ihrer Maßnahmen hat die irische Regierung über die Jahrzehnte hinweg an ihren Bemühungen um die Erhaltung des rein irischsprachigen Gebiets im Westen des Landes festgehalten. Die Schwerpunkte dieser Aktivitäten haben sich allerdings im Laufe der Zeit verlagert.

Bis zu den späten fünfziger Jahren versuchte der Staat, die Ab- bzw. Auswanderung durch Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung und der traditionellen Handwerksberufe sowie durch eine Verbesserung der Wohn- und Ausbildungsverhältnisse aufzuhalten. Nachdem immer mehr ausländische Firmen in der Gaeltacht Fuß faßten und der industrielle Sektor an Bedeutung gewann, ging es in zunehmendem Maße darum, Einfluß auf den Sprachgebrauch in den Unternehmen zu gewinnen und durch sprachfördernde bzw. kulturelle Maßnahmen ein Gegengewicht zum Englischen zu schaffen. Zu diesem Zweck wurde 1979 eine spezielle Institution, *Údarás na Gaeltachta*, ins Leben gerufen.

Trotz dieser Maßnahmen ist es bislang nicht gelungen, die Verlagerung des Sprachgleichgewichts in der Gaeltacht zum Englischen hin aufzuhalten. Eine wichtige Rolle spielt dabei die im Zuge der Industrialisierung zwangsläufig auftretende Bevölkerungsverschiebung: die zuwandernden Nichtmuttersprachler sehen keine Notwendigkeit, Irisch zu lernen, während gleichzeitig Irischsprecher abwandern. So geraten die verbleibenden Muttersprachler unter immer stärkeren Assimilationsdruck.

Dieser Druck wird durch den Tourismus, die Medien und andere Einflüsse zusätzlich verstärkt (vgl. Schmidt 1994:60f.).

7.3 Das Irische heute

Insgesamt befindet das Irische sich also in einer kritischen Lage. Darüber, ob die Lage ausweglos ist oder nicht, gehen die Meinungen in Irland weit auseinander. Die Gegensätzlichkeit der Standpunkte verdeutlichen zwei in neuerer Zeit erschienene Werke, die Schmidt (1994:123f.) in ihrer Arbeit kommentiert.

In seinem Buch *The death of the Irish language* analysiert Reg Hindley (1990) in kritischer Form die vielfältigen Gründe, die dem Sprachwechsel zum Englischen zugrunde liegen. Neben der Zerrissenheit des irischen Sprachgebiets, der offensichtlichen Unmöglichkeit, Irisch außerhalb der Gaeltacht wiederzubeleben, dem geringen Prestige des Irischen und der erfolglosen Schulpolitik haben für Hindley wirtschaftliche Faktoren besonderes Gewicht; seiner Meinung nach entscheiden sich die Iren für das Englische, weil dieses in der heutigen Welt die nützlichere Sprache ist. Dieser pessimistischen Darstellung setzt Éamon Ó Ciosáin (1991) sein leidenschaftliches Pamphlet *Buried Alive - A reply to the Death of the Irish Language* entgegen. Nach seiner Überzeugung haben sich die Iren im Laufe ihrer Geschichte keineswegs freiwillig für das Englische entschieden, sie hatten vielmehr angesichts der wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse gar keine andere Wahl; daran habe sich auch nach der Erlangung der Unabhängigkeit nicht viel geändert. Auch Ó Ciosáin steht der staatlichen Sprachpolitik sehr kritisch gegenüber, sieht aber durchaus die Möglichkeit, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und die Entwicklung noch umzukehren.

Tatsächlich mehren sich gerade in den letzten Jahren die Initiativen, die auf eine Stabilisierung des Irischen als modernes Kommunikationsmittel abzielen.

Die irische Regierung hat in jüngster Zeit das offizielle Organ für die Förderung des Irischen, *Bord na Gaeilge*, beauftragt, ein Vierjahresprogramm zur Entwicklung der Zweisprachigkeit in der irischen Gesellschaft auszuarbeiten und durchzuführen; dabei soll es insbesondere um eine stärkere Präsenz des Irischen in der Öffentlichkeit gehen.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Gründung des irischsprachigen Fernsehsenders *Teilifís na Gaeilge*, der seinen Sitz in der Gaeltacht hat. Da sich hier bereits Firmen angesiedelt haben, die im audiovisuellen Bereich tätig sind, kann der neue Sender auf eine entsprechende Infrastruktur zurückgreifen. In seiner Struktur orientiert sich *Teilifís na Gaeilge* am Modell des walisischen Senders S4C (*Sianel Pedwar Cymru*), der mit seinem Beispiel bewiesen hat, daß Fernsehsender in weniger weit verbreiteten Sprachen von ihrer Zielgruppe gut angenommen werden

und den allgemeinen Gebrauch der betreffenden Sprache fördern. Es bestehen gute Aussichten, daß auch der neue irische Sender den Status, die Präsenz und den Gebrauch des Irischen positiv beeinflussen wird.

Ebenso interessant und innovativ ist der neue wirtschaftswissenschaftliche Studiengang *Fiontar* („Wagnis“, „Unternehmen“), der an der Dublin City University angeboten wird. Sämtliche Lehrveranstaltungen in diesem Studiengang, der mit der Qualifikation *Bachelor of Science in Finance, Computing and Enterprise* abschließt, finden in irischer Sprache statt. Beim Aufbau des Lehrprogramms stellt sich eine Vielzahl terminologischer Probleme, die sich mit Hilfe der vorhandenen Wörterbücher und Terminologielisten nur zum Teil lösen lassen. Daher wurde bereits in einem frühen Planungsstadium gemeinsam mit dem Normungsinstitut *An Coiste Tearmaíochta* mit der Terminologearbeit begonnen. Die in diesem Rahmen erstellten irischen Terminologielisten stehen den Dozenten für ihre Lehrveranstaltungen zur Verfügung, außerdem wurden die Dozenten vor Beginn des Lehrbetriebs in speziellen Seminaren auf ihre Lehrtätigkeit in irischer Sprache vorbereitet.

Der Studiengang unterhält auch Kontakte zu *Údarás na Gaeltachta*. Mit Hilfe dieser Organisation soll in der Gaeltacht ein mit dem Studiengang *Fiontar* verknüpftes Zentrum aufgebaut werden, das den Studierenden Praktikumsmöglichkeiten bietet und Jungunternehmer in der Startphase unterstützt.

In allen diesen Zusammenhängen geht es darum, das Irische an die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft anzupassen; dabei spielt die fachliche Kommunikation - und damit zugleich die Terminologie - eine zentrale Rolle.

7.4 Irische Terminologearbeit

Effiziente Terminologearbeit ist für das Irische überlebenswichtig. Tatsächlich blickt die irische Terminologearbeit bereits auf eine lange Geschichte zurück; sie setzte 1924, d. h. kurze Zeit nach Erlangung der Unabhängigkeit, ein, als man im Erziehungsministerium damit begann, für den Unterricht relevante Terminologien in Glossaren zusammenzufassen (vgl. Schmidt 1994:71f.).

Eine wichtige Rolle für die terminologische Entwicklung spielte das Erscheinen des *English-Irish Dictionary* von De Bhaldraithe im Jahre 1959. Dieses Wörterbuch enthielt zahlreiche terminologische Neuschöpfungen in Technik und Naturwissenschaft. Gleichzeitig leistete es einen wichtigen Beitrag zur Sprachnormung; da nämlich Organisationen und Einzelpersonen unabhängig voneinander Benennungen geprägt hatten, waren zahlreiche Synonyme im Umlauf. So existierten allein für den Begriff „Teleskop“ 18 verschiedene Benennungen. In solchen Fällen legte das Wörterbuch eine verbindliche Benennung fest (De Bhaldraithe 1987:v).

Einen wichtigen Impuls erhielt die Terminologearbeit, als in den sechziger Jahren die Lehrpläne der weiterführenden Schulen grundlegend verändert wurden und damit neues, terminologisch abgesichertes Lehrmaterial erforderlich wurde. Dies führte 1968 zur Einrichtung des Permanenten Terminologieausschusses (*An Buanchoiste Téarmaíochta*), der umfassende Funktionen und Befugnisse im Bereich der Terminologie erhielt. Dieses Gremium, das sich aus Linguisten, Lexikographen und Vertretern unterschiedlicher akademischer und staatlicher Einrichtungen zusammensetzt, ist bis heute für die irische Terminologearbeit von zentraler Bedeutung. Die laufende Arbeit liegt in den Händen des Lenkungsausschusses (*An Coiste Stiúrtha*). Von Fall zu Fall werden Experten der jeweils interessierenden Fachgebiete in die Arbeit einbezogen.

In den ersten Jahren beschäftigte sich der Permanente Terminologieausschuß vorrangig mit der Festlegung von Arbeitsprinzipien, beispielsweise der Entwicklung von Regeln für die Gälisierung von Fremdwörtern. Gleichzeitig wurde die Erarbeitung irischer Terminologie für die schulische Ausbildung in Angriff genommen; diese Arbeit konnte Ende der siebziger Jahre zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. Die in diesem Rahmen entwickelten Terminologien, die in Form von Wörterbüchern veröffentlicht wurden und Eingang in die betreffenden Lehrbücher finden, werden ständig aktualisiert. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Beantwortung terminologischer Anfragen von Organisationen, Firmen und Einzelpersonen (vgl. Schmidt 1994:74f.).

Die Arbeit beschränkt sich nicht auf die unmittelbar ausbildungsrelevanten Terminologien, sie ist grundsätzlich auf alle Sachgebiete gerichtet, die für die irische Gesellschaft von Bedeutung sind. Damit wird heute ein Themenspektrum abgedeckt, das von den Naturwissenschaften über die Wirtschaft bis hin zur Philosophie reicht. Die systematische Terminologearbeit in dem jeweiligen Gebiet wird von einem Unterausschuß (*fochoiste, subcommittee*) geleistet, in den Fachleute des betreffenden Gebiets berufen werden. Vorsitzender eines Unterausschusses ist meist ein Mitglied des Lenkungsausschusses, das auf die Beachtung terminologischer Grundsätze achtet.

Die vollständigste Fassung der in diesem Rahmen erarbeiteten Terminologie stellen die sechzehn Wörterbücher dar, die seit der Gründung des Permanenten Terminologieausschusses im Jahre 1968 herausgegeben worden sind. Anfangs erschienen einige Wörterbücher nur in der Sprachrichtung Englisch-Irisch, jetzt werden sie grundsätzlich in beiden Sprachrichtungen veröffentlicht. Diese Terminologie wird nicht nur über die Bildungseinrichtungen, sondern auch über die irischsprachigen Medien verbreitet, mit denen der Lenkungsausschuß zusammenarbeitet.

Eine weitere für die irische Terminologie wichtige Einrichtung ist der bereits erwähnte Übersetzungs- und Dolmetschdienst des irischen Parlaments, *Rannóg an*

Aistriúchán. Die wichtigste Aufgabe dieses Dienstes ist die Übertragung von Rechtstexten. Gemäß der Verfassung und der Geschäftsordnung des Parlaments sollen nämlich gesetzliche Bestimmungen sowie Tagesordnungen und sonstige rechtlich relevante Dokumente in beiden Sprachen angefertigt werden, wobei im Zweifelsfall die irische Fassung gilt. Allerdings werden in der Praxis fast ausschließlich Übersetzungen vom Englischen ins Irische angefertigt; die Sprachrichtung Irisch-Englisch wird nur selten benötigt.

Bei der Übersetzungsarbeit fallen viele rechtliche Begriffe an, für die noch keine irischen Benennungen existieren und die vom Übersetzungs- und Dolmetschdienst geprägt werden müssen; dabei bedient sich der Dienst der Unterstützung einer aus Sprach- und Rechtsexperten bestehenden Kommission für Rechtsterminologie. Die in diesem Rahmen erarbeitete Terminologie steht auch den irischen Übersetzern bei der Europäischen Union in Brüssel zur Verfügung, die die wichtigsten EU-Dokumente ins Irische übersetzen (vgl. Schmidt 1994:76ff.).

Da die Gesetzgebung die unterschiedlichsten Themenbereiche berührt, beschränkt sich die Arbeit des Übersetzungs- und Dolmetschdienstes nicht auf die juristische Terminologie. Daher besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Permanenten Terminologieausschuß. Beide Institutionen gehen bei ihrer Terminologiarbeit von den gleichen Prinzipien aus.

7.5 Zur Methodik der irischen Terminologiarbeit

Grundsätzlich orientiert man sich in der irischen Terminologiarbeit an den international anerkannten Regeln und Grundsätzen. So ist Irland Mitglied im ISO/TC 37, dem für die terminologische Grundsatznormung zuständigen Technischen Komitee der International Organization for Standardization (ISO) (vgl. Ó Connell/Pearson 1991:89). In der Praxis sind daneben vielfach pragmatische ad-hoc-Lösungen anzutreffen.

Da im Irischen ein erhebliches Terminologiedefizit besteht, ist die Terminologiarbeit des Permanenten Terminologieausschusses zu einem großen Teil normativ. Am Anfang der Arbeit steht jedoch die deskriptive Terminologiarbeit, die Analyse des bestehenden Sprachgebrauchs. Dabei wird zur Klärung der Begriffe in enger Zusammenarbeit mit Experten des betreffenden Fachgebiets ein Begriffssystem oder ein Begriffsfeld erarbeitet. Diese Vorgehensweise bringt es mit sich, daß auch bei der Gliederung der auf diese Weise entstehenden Fachwörterbücher statt der alphabetischen immer mehr die begriffliche Gliederung bevorzugt wird.

Ergeben sich im irischen Benennungssystem Lücken, so wird geprüft, ob bereits von anderen Stellen (Behörden, Zeitungen usw.) Benennungsversuche unternommen

worden sind, die gegebenenfalls nutzbar gemacht werden können.

Bei der Prägung neuer Benennungen ist man im Einklang mit den in den internationalen Grundsatznormen niedergelegten Prinzipien grundsätzlich bemüht, einen möglichst hohen Grad an Internationalität sicherzustellen. Gleichzeitig muß jedoch dafür gesorgt werden, daß alle neuen Termini den orthographischen und grammatischen Konventionen des Irischen entsprechen und daß auch ihre Aussprache den phonetischen Mustern des Irischen gerecht wird.

Aufgrund der Struktur des Irischen stehen für die Bildung neuer Benennungen folgende Verfahren zur Verfügung:

1. Terminologisierung
2. Wortzusammensetzung
3. Wortableitung
4. Wiederbelebung alt- oder mitttelirischen Wortschatzes
5. Entlehnung ("Gälisierung")

Diese Verfahren, von denen die ersten drei gegenüber ihrer Verwendung in anderen Sprachen keine großen Besonderheiten aufweisen, sollen im folgenden in Anlehnung an Schmidt (1994:83ff.) kurz erläutert werden:

1. Terminologisierung

Hier wird ein Wort aus der Gemeinsprache oder einer anderen Fachsprache übernommen und einem neuen Begriff zugeordnet. So bedeutet *crann* (Baum) im Bereich des Maschinenbaus "Welle"; *tairseach* heißt nicht nur "Türschwelle", sondern im übertragenen Sinne auch "Schwelle", z.B. in "Schwellenwert".

2. Wortzusammensetzung

Beispiele für die Zusammenfügung bereits in der Sprache vorhandener Wörter zu neuen, komplexeren Wörtern sind *oighearsbruth* ("Gletscher"), das aus *oighear* ("Eis") und *sruth* ("Strom") besteht, oder *méarchlár* (Tastatur), dessen Bestandteile *meár* ("Finger") und *clár* ("Brett") sind.

3. Wortableitung

Hier wird durch das Anhängen eines Präfixes oder Suffixes an ein bereits in der Sprache vorhandenes Wort ein neues Wort gebildet. So setzt sich das irische Wort für "Bit" (*giotán*) aus *giota* ("Stück") und dem Diminutivsuffix *-á* zusammen. Das irische Wort für "Monoxid", *aonocsaíd*, wurde mit der irischen Vorsilbe *aon-* ("ein(fach)") gebildet.

4. Wiederbelebung alt- oder mittellirischen Wortschatzes

Dieses Verfahren ist relativ selten und wird nur für spezielle Fachbezeichnungen verwendet. Ein Beispiel ist *diogal*, ursprünglich eine Entlehnung aus dem Lateinischen, die später außer Gebrauch kam und nun als Entsprechung für "Zyklus" verwendet wird.

5. Entlehnung ("Gälisierung")

Bei der Gälisierung werden Wörter aus anderen Sprachen so verändert, daß sie sich nahtlos in die irische Sprache einfügen. Da das Lautsystem des Irischen mit seinen bedeutungsunterscheidenden hellen und dunklen Konsonanten sich erheblich von dem anderer Sprachen unterscheidet, können Lehnwörter in den seltensten Fällen direkt ins Irische übernommen werden, sie müssen vielmehr eine gälische Gestalt annehmen. Beispiele hierfür sind *maighéad* ("Magnet"), *glocainspil* ("Glockenspiel") oder *piótsa* ("Pizza").

Das Verfahren der Gälisierung wird selbst auf Maßeinheiten angewandt: aus "Curie" wird im Irischen *ciúire*, "Joule" wird zu *gikúil*, "Hertz" zu *heirts*. Daher treten auch lateinisch-griechische Internationalismen vielfach in ungewohnter Form auf: z.B. *oscaid* ("Oxid"), *fótaiceimici* ("Photochemie"), *déphol* ("Dipol"), *speictreascóp* ("Spektroskop") und *ascalagraf* ("Oszillograph"). Daneben wird, wie in allen Sprachen, auch die Möglichkeit der Lehnübersetzung in starkem Maße genutzt.

7.6 Zur Akzeptanz irischer Terminologie

Welche Resonanz findet die genormte Terminologie nun bei den Sprachbenutzern? Erreicht sie ihre Adressaten überhaupt und wenn ja, bereichert sie lediglich den passiven Wortschatz der Sprachnutzer oder wird sie von ihnen aktiv verwendet? Um diese Frage zu beantworten, führte Stefanie Schmidt (1994:103ff.) im Rahmen ihrer Diplomarbeit eine empirische Untersuchung in Irland durch. Grundlage der Untersuchung war ein dreiseitiger Fragebogen, der von insgesamt 68 Irischsprachlern aller Altersstufen beantwortet wurde. 36 der Befragten waren Muttersprachler, die übrigen 32 hatte ihre Irischkenntnisse ganz überwiegend in der Schule erworben.

Seite 1 des Fragebogens enthielt eine Reihe von Fragen, mit denen die Beziehung des Befragten zur irischen Sprache abgeklärt und der soziologische Hintergrund erhellt werden sollte. In diesem Zusammenhang spielt die Frage, in welcher Umgebung und mit welcher Intensität die Testperson Irisch gelernt hat und wie intensiv ihr derzeitiger Kontakt zum Irischen ist, eine besonders wichtige Rolle.

Es folgten zwei Seiten mit Fragen, die die Terminologiekenntnisse zum Inhalt hatten: Auf der ersten Seite war eine Reihe von Gegenständen abgebildet, die im

Alltagsleben eine Rolle spielen; im einzelnen ging es um folgende Begriffe: Computer, Fahrrad, Kassettenrekorder, Kühlschrank, Kopfhörer, Steckdose und Stecker, Fernglas, Staubsauger, Auto, Schraubenzieher. Hier sollte sich nun zeigen, inwieweit die Befragten mit den irischen Bezeichnungen vertraut waren und inwieweit sie auf die englischen Bezeichnungen zurückgreifen würden.

Die letzte Seite enthielt eine Liste irischer Wörter, deren Bedeutung angegeben werden sollte. Auch hier handelte es sich um Benennungen für technische Gegenstände, die im Alltagsleben eine wichtige Rolle spielen; es ging darum festzustellen, wie bekannt die betreffenden Neologismen bei der irischsprachigen Bevölkerung sind. Dabei handelte es sich um folgende Begriffe: Kühlschrank, Kupplung, elektrischer Leiter, Fernglas, Sicherung, Lautsprecher, Computer, Reaktor, Schraubenschlüssel, Staubsauger. Diese Wörter waren so gewählt, daß verschiedene Grundtypen der irischen Terminologiebildung berücksichtigt wurden.

Bei einigen Wörtern bestand die Möglichkeit, die Bedeutung, auch wenn sie nicht bereits bekannt war, zu erschließen. Dies war z.B. bei *cuisneoir* ("Kühlschrank") der Fall: *cuisne* bedeutet "(Rauh)Reif", "Frost", "kalter Dunst"; die Endung *oir* entspricht der deutschen Endung "-er" (Nomen agentis); ein vergleichbares Beispiel ist *riomhaire* ("Computer", "Rechnung"): das Verb *riomb* bedeutet "zählen", "(be)rechnen", die Endung "-aire" zeigt ein Nomen agentis an. Die Wortbildung entspricht somit dem deutschen "Rechner".

In einigen Fällen liegt eine metaphorische Erweiterung vor, so z.B. in *crág*, das die Grundbedeutung "Klaue", "Tatze" hat und das zusätzlich die Bedeutung "Kupplung" erhalten hat. Ein vergleichbarer Fall ist *callaire*, ein ursprünglich von den Wikingern übernommenes Lehnwort mit der Bedeutung "Ausrufer", das die Bedeutung "Lautsprecher" erhalten hat. Bei *déshúiligh* ("Fernglas") und *folúsghlantóir* ("Staubsauger") handelt es sich um Lehnübersetzungen der englischen Wörter "binoculars" und "vacuum cleaner". Eine Entlehnung liegt bei *fiús* ("Sicherung") vor, das die gälisierte Version des englischen Wortes *fuse* darstellt.

Bei der Auswertung von Blatt 1 wurden die Gegenstände, nach deren Benennung gefragt wurde, nach der Häufigkeit geordnet, mit der die korrekte irische Bezeichnung angegeben wurde. Im Anschluß an die Gesamtzahl ist in Klammern jeweils zuerst das Ergebnis für die Gruppe der Muttersprachler, dahinter das Ergebnis für die Gruppe der Nicht-Muttersprachler genannt.

Gegenstand	Irische Benennung	Die irische Benennung verwenden (von 69) (Muttersprachler/Nicht-Muttersprachler)
1) Auto	<i>carr; gluaisteán</i>	60 (28/32)
2) Fahrrad	<i>rothar</i>	50 (19/31)
3) Kassettenrekorder	<i>téiptaifeadán; raidió</i>	46 (15/31)
4) Kühlschrank	<i>cuisneoir</i>	30 (13/17)
5) Computer	<i>ríomhaire</i>	29 (13/16)
6) Staubsauger	<i>folúsghlantóir; glantóir</i>	24 (15/9)
7) Fernglas	<i>déshuiligh; gloine</i>	11 (6/5)
8) Kopfhörer	<i>cluasáin</i>	7 (3/4)
9) Stecker	<i>plocáid</i>	7 (4/3)
10) Steckdose	<i>soicéad</i>	6 (3/3)
11) Schraubenzieher	<i>scriúire</i>	2 (1/1)

Die Auswertung von Seite 3 (Welche Benennungen sind bekannt/ welche Bedeutungen können nachvollzogen werden?) erbrachte folgendes Ergebnis:

Irische Benennung	Deutsche Benennung	Erkannt von/ bekannt bei (von 68)
1) <i>folúsghlantóir</i>	Staubsauger	49 (26/23)
2) <i>cuisneoir</i>	Kühlschrank	40 (21/19)
3) <i>ríomhaire</i>	Computer	37 (16/21)
4) <i>fús</i>	Sicherung	33 (14/19)
5) <i>déshuiligh</i>	Fernglas	13 (3/10)
6) <i>callaire</i>	Lautsprecher	6 (2/4)
7) <i>imoibneoir</i>	Reaktor	5 (2/3)
8) <i>crág</i>	Kupplung	3 (1/2)
9) <i>castaire</i>	Schraubenschlüssel	2 (1/1)
10) <i>seoltóir</i>	elektrischer Leiter	0

Das Ergebnis ist insgesamt ernüchternd, denn es zeigt ja, daß die Terminologiekenntnisse eines großen Teils der Irischsprecher recht lückenhaft sind.

Die Auswertung dieser Ergebnisse ergab folgendes:

Unter den Muttersprachlern schnitten diejenigen am besten ab, die beruflich mit Irisch zu tun haben und irische Informationsmedien nutzen; auch zeigte sich, daß die Terminologiekenntnisse der jüngeren Sprecher besser waren als die der älteren.

Die Ergebnisse bei den Nicht-Muttersprachlern entsprachen diesen Ergebnissen tendenziell. Eine entscheidende Rolle spielen Umfang und Qualität des schulischen

Irishunterrichts, den die Befragten erhalten haben und der wiederum das persönliche Engagement beeinflusst.

Die Untersuchung zeigte auch, daß neue irische Benennungen sich im irischen Kerngebiet, der Gaeltacht, nur schwer durchsetzen und daß gerade die älteren Sprecher Neuprägungen gegenüber sehr zurückhaltend sind. Daher muß sehr deutlich zwischen passiven Kenntnissen und aktiver Verwendung unterschieden werden. So setzten zwar viele Muttersprachler auf dem Fragebogen für "Fahrrad" die irische Benennung *rothar* ein, benutzen jedoch im Alltag nur *bicycle*. Die Teilnahme an der Fragebogenaktion hatte für sie einen eher offiziellen Charakter, so daß sie bemüht waren, den Ausdruck, den sie als offiziell empfanden, zu verwenden.

Das zeigt, daß Terminologiarbeit in der Gaeltacht vor einem besonderen Akzeptanzproblem steht: Viele neuere irische Benennungen sind nicht bekannt, und wenn sie bekannt sind, werden sie im normalen Gespräch nicht (oder nur sehr selten) benutzt. In einer städtischen Umgebung scheint man allgemein sprach- und terminologiebewußter zu sein, so daß die Bereitschaft, Neologismen zu benutzen, hier offenbar größer ist. Hier ist auch eine intensive Nutzung aller irischsprachigen Medien festzustellen, was auf ein deutlicher ausgeprägtes Sprachbewußtsein schließen läßt.

7.7 Perspektiven der Sprachplanung in Irland

Bei allen Überlegungen zur Akzeptanz irischer Terminologie muß man bedenken, daß das Irische in Konkurrenz zum Englischen steht. Ein kritischer Einwand, dem die neue irische Terminologie häufig ausgesetzt ist, lautet, die Termini seien zu künstlich. Wenngleich die Terminologiebildungsverfahren die Eigenart des Irischen respektieren, ist die Kritik insofern nicht ganz unbegründet, als die Termini zumeist das Ergebnis eines Sprachplanungsprozesses sind und nicht in einem natürlichen Prozeß von den Muttersprachlern selbst entwickelt wurden. Ein weiterer Einwand lautet, die Termini orientierten sich zu sehr am Englischen; auch hier ist einzuräumen, daß die irische Terminologiebildung mehr oder weniger stark von der englischen Benennungsbildung beeinflusst wird. Ein besonders deutliches Beispiel sind Lehnwörter wie das bereits erwähnte *folúsghlantoir* ("Staubsauger"), das eine unmittelbare Kopie des englischen Vorbildes *vacuum cleaner* darstellt und damit zugleich die Begrifflichkeit des Englischen übernimmt (Schmidt 1994:98).

Vergleichbare Phänomene sind auch in der Gemeinsprache festzustellen, und sie dürften in der irisch-englischen Diglossiesituation nur schwer zu vermeiden sein. Da der größte Teil des irischen Schrifttums heute von Personen verfaßt wird, deren eigentliche Muttersprache Englisch ist, gehen die semantischen Merkmale und

Konnotationen englischer Wörter auf ihre ungefähren Entsprechungen im Irischen über. So wird das irische *glas*, das eigentlich die Farben grün bis grau umfaßt, immer öfter nur noch mit grün gleichgesetzt, weil grau und grün im Englischen zwei begrifflich vollkommen getrennte Farben sind.

Neben solchen Sprachkontakthänomenen, die für das Verhältnis zwischen einer dominierenden und einer schwächeren Sprache typisch sind, gibt es jedoch auch einige Gegenbeispiele, die allerdings nicht allzu häufig sind: So wurde als Entsprechung für das englische *greenhouse effect* ("Treibhauseffekt") die Bezeichnung *iarmhairt cheaptha teasa* geprägt, die ins Englische zurückübersetzt *heat trapping effect* (also etwa "Hitze-stopeffekt") ergeben würde. Diese motivierte irische Benennung bringt den ihr zugrundeliegenden Zusammenhang deutlicher zum Ausdruck als das im Englischen der Fall ist (Schmidt 1994).

Trotzdem ist es schwer, einen völlig neuen Begriff zu schaffen und ihn in der Sprachgemeinschaft durchzusetzen, wenn erst einmal ein Begriff mit einer entsprechenden Benennung existiert. Auch ist aufgrund der langjährigen Kolonisierung durch England und der weiterhin engen Kontakte zum Englischen und zu den englischsprachigen Ländern auf vielen Gebieten ein hoher Grad an begrifflicher Übereinstimmung eingetreten, der im Bereich des Rechts und der Verwaltung besonders deutlich spürbar ist. Obwohl immer wieder versichert wird, daß die beiden Amtssprachen Irlands den gleichen Status haben - die irische Verfassung gibt dem Irischen ja sogar den Vorrang - sind auch viele Irischsprachige der Meinung, der Status ihrer Muttersprache sei niedriger als der des Englischen (Commins 1988:26). Daher wechseln Irischsprachige vielfach ins Englische über, sobald es um fachliche Inhalte geht (Greene 1966:27f.). Auch zögern viele, insbesondere in der Gaeltacht, neue Wortbildungen oder solche Wörter, die, wie z.B. *spréachphlocóid* (für *sparkling plug*) dem Englischen nachgebildet sind, zu verwenden und flechten stattdessen die entsprechenden englischen Wörter ins Irische ein.

Auch wenn die Einstellung der Bevölkerung der irischen Sprache gegenüber, wie alle Umfragen zeigen, sehr positiv ist, so läßt sich doch eine erhebliche Diskrepanz zwischen dieser Einstellung und dem tatsächlichen Sprachverhalten feststellen.

Es ist also offensichtlich sehr schwer, dem Irischen gegenüber dem übermächtigen Englisch den Status einer Fach- und Wissenschaftssprache zu sichern, so daß die neuen irischen Terminologien bei vielen irischen Wissenschaftlern auf Skepsis stoßen. Dabei wird immer wieder die kritische Frage gestellt, ob es sich lohnt, den Vorteil, die internationale Sprache Englisch zu beherrschen, für das Irische aufs Spiel zu setzen (Bliss 1988:125). Die Probleme des Irischen sind somit repräsentativ für die Probleme einer Kleinsprache, die sich in einer Diglossiesituation gegenüber einer dominierenden, weit verbreiteten Sprache behaupten muß.

Abschließend soll nun die Situation in Südtirol erörtert werden. Aufgrund der relativ komplexen sprachpolitischen Konstellation, die bereits dargestellt wurde, werden hier im Bereich der Sprachplanung ganz spezielle Anforderungen gestellt.

8 Sprachplanung in Südtirol: Das Ladinische

Die Südtiroler Realität wird durch das Zusammenleben von drei Sprachgemeinschaften, Italienern, Deutschen und Ladinern, gekennzeichnet, von denen sich zwei - Deutsche und Ladiner - auf den italienischen Gesamtstaat bezogen in einer Minderheitsposition befinden.

Die Rahmenbedingungen, die den Schutz dieser Minderheiten betreffen, finden sich im Autonomiestatut von 1972; für den Gebrauch der deutschen und der ladinischen Sprache sind die Art. 99 und 100 des Autonomiestatuts, die bereits in Kapitel 2.2 vorgestellt wurden, von grundlegender Bedeutung.

Die deutschsprachigen Südtiroler und die Ladiner befinden sich insofern in einer vergleichbaren Position; andererseits gibt es, was die tatsächliche Situation der beiden Sprachen angeht, erhebliche Unterschiede: Die deutschsprachigen Südtiroler können sich auf eine voll ausgebaute Kultursprache mit etwa 100 Millionen Sprechern stützen, mit deren Sprachgebiet Südtirol unmittelbar verbunden ist. Das einzige Defizit der deutschen Standardsprache besteht aus Südtiroler Sicht darin, daß sie nicht alle Gegebenheiten der italienischen Realität, insbesondere in Recht und Verwaltung, voll abdeckt; hier sind Terminologiarbeit und Terminologienormung erforderlich.

8.1 Geschichtlicher Hintergrund

Wesentlich schwieriger ist die Situation des Ladinischen, einer Kleinsprache, die über kein sprachliches Hinterland verfügt. Die Zahl der in Südtirol ansässigen Ladiner beträgt etwa 18.500; die Gesamtzahl der Ladiner, die sich über die italienischen Provinzen Bozen, Trient (*Trento*) und Belluno verteilen, liegt bei 30.000. In Südtirol siedeln die Ladiner im Grödnertal (*Val Gardena*) und im Gadertal (*Val Badia*); das wichtigste Siedlungsgebiet außerhalb der Provinz Bozen ist das Fassertal mit der Stadt Moena in der Provinz Trient, die ladinischen Ansiedlungen in der Provinz Belluno sind von geringerer Bedeutung.

Das im Gadertal und im Grödnertal gesprochene Ladinisch wird zwar in beiden Tälern verstanden, trotzdem unterscheiden sich beide Varianten insbesondere in morphologischer und lexikalischer Hinsicht erheblich. Es gibt seit langem Bemühungen um die Einführung einer gemeinsamen kodifizierten Norm, doch sind diese noch nicht so weit gediehen, daß sie den praktischen Sprachgebrauch beeinflussen würden.

Die Frage, ob das Ladinische eine eigenständige Sprache ist, kann heute positiv beantwortet werden. Neben den ausgeprägten strukturellen Besonderheiten der Sprache ist auch die Tatsache, daß die Ladiner sich selbst gegenüber dem Italienischen abgrenzen und - zumindest - was die Ladiner Südtirols und der Provinz Trient

betrifft - das Deutsche als erste übergeordnete Sprache anerkennen, ein wichtiges Indiz für die Selbständigkeit des Ladinischen; dies spricht zugleich für die Behandlung der Ladinern als sprachlich-kulturelle Minderheit (Bochmann 1989:119). Das Ladinische ist eng mit dem in der italienischen Region Friaul (*Friuli*) gesprochenen Friaulisch und dem im schweizerischem Kanton Graubünden gesprochenen Rätoromanisch verwandt.

Bereits im 18. Jahrhundert setzte sich bei den Ladinern die Überzeugung durch, weder zur italienischen noch zur deutschen Bevölkerungsgruppe zu gehören. Der Pfarrer Nikolaus Bacher (*Micurà de Rü*) aus dem Abteital stellte in seiner 1833 erschienenen Grammatik als erster fest, daß die in den fünf Dolomitentälern gesprochenen Sprachvarianten eine Einheit bilden.

Allerdings wurde die Eigenständigkeit des Ladinischen zu Anfang dieses Jahrhunderts von italienischen Sprachwissenschaftlern nachdrücklich bestritten. Nach ihrer Meinung war das Ladinische lediglich ein norditalienischer Dialekt (bzw. eine Gruppe norditalienischer Dialekte), eine Auffassung, die sich nationalistische Politiker gern zu eigen machten (Born 1992:12f.). Wenn die Ladinern in Südtirol und der Provinz Trient sich daher bereits seit dem vergangenen Jahrhundert gegenüber dem Italienischen abgegrenzt und sich primär an das Deutsche angelehnt haben, so geschah dies sicherlich auch mit dem Ziel, ihre Eigenständigkeit zu unterstreichen. Aufgrund des engen Sprachkontakts weist der Wortschatz des Ladinischen deutliche deutsche Einflüsse auf.

Das Schicksal der Ladinern Südtirols in diesem Jahrhundert ist eng mit dem der deutschsprachigen Südtiroler verbunden:

Im Jahre 1919 wurde das ladinische Sprachgebiet zusammen mit Südtirol Teil Italiens; die heutige Verteilung der Ladinern auf die drei Provinzen geht auf das Jahr 1923 zurück (Bochmann 1989:120). Mussolini versuchte, nicht nur die deutschsprachigen, sondern auch die ladinische Minderheit gewaltsam zu assimilieren. Im Falle der Ladinern konnte er sich dabei auf diejenigen Linguisten berufen, die das Ladinische als einen italienischen Dialekt betrachteten. Obwohl dies eigentlich eine schonendere Behandlung hätte erwarten lassen, wurde auch das Ladinische rigoros unterdrückt. Der Gebrauch des Ladinischen in der Öffentlichkeit wurde verboten, Orts- und Familiennamen wurden geändert, sämtliche ladinischen Verwaltungseinrichtungen und alle Formen der Selbstverwaltung beseitigt. Im Zuge des Hitler-Mussolini-Pakts wurden die Ladinern gemeinsam mit den deutschsprachigen Südtirolern vor die Entscheidung gestellt, zu bleiben oder sich nach Deutschland umsiedeln zu lassen. Etwa 2000 Ladinern entschieden sich dafür auszureisen (Bochmann 1989:120).

Nach dem Zweiten Weltkrieg verlangten die Ladinern in großen Demonstrationen den Wiederanschluß aller ladinischen Gebiete an Tirol oder die Selbstverwaltung. Diese

Bemühungen blieben jedoch ohne Erfolg: die Verteilung des ladinischen Sprachgebiets auf drei Provinzen wurde bestätigt (Bochmann 1989:121). Auch in dem ersten Autonomiestatut der Region Trentino-Südtirol von 1948 fanden die Belange der ladinischen Gemeinschaft nur in geringem Maße Berücksichtigung. Dagegen garantiert das "neue" Autonomiestatut von 1972 den Ladinern eine Vertretung im Regionalrat und im Südtiroler Landtag. 1973 bildete sich eine unabhängige politische Partei der ladinischen Volksgruppe, "Ladins", die seitdem bei den Wahlen relativ gut abgeschnitten hat; die "Ladins" bieten den ladinischen Wählern eine Alternative zur Südtiroler Volkspartei (SVP), der Sammlungsbewegung der deutschsprachigen Südtiroler, die sich auch als Interessenvertretung der ladinischen Bevölkerung versteht.

Wichtig für die Ladiner ist der bereits erwähnte, im Autonomiestatut verankerte ethnische Proporz, der ihnen eine Beteiligung bei der Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienst sichert, die ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (4,4%) entspricht. Daraus ergibt sich auch, daß 3 der 70 Abgeordneten im Südtiroler Landtag der ladinischen Sprachgruppe angehören.

8.2 Die heutige Situation des Ladinischen

Die vergangenen 10 Jahre haben, was den rechtlichen Status der Ladiner betrifft, große Fortschritte gebracht. Die Förderung der kulturellen Aktivitäten der ladinischen Volksgruppe durch die Südtiroler Landesregierung ist erheblich ausgedehnt worden, der ladinische Sprachunterricht ist an den ladinischen Schulen fest verankert, und sowohl der staatliche Rundfunk als auch das staatliche Fernsehen senden regelmäßig Programme in ladinischer Sprache.

Am 9.11.1989 trat das Dekret des Präsidenten der Republik Italien "Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol über den Gebrauch der deutschen und der ladinischen Sprache im Verkehr der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung und in den Gerichtsverfahren" in Kraft. Diese Bestimmung erklärte das Ladinische neben dem Italienischen und dem Deutschen zur Amtssprache der öffentlichen Verwaltung in den ladinischen Ortschaften der Provinz Südtirol; damit ist das Ladinische dem Italienischen und dem Deutschen formal gleichgestellt (Lardschneider 1994:9f.). Die ladinischsprachigen Bürger der Provinz Bozen sind nunmehr berechtigt, innerhalb der ladinischen Ortschaften im mündlichen und schriftlichen Verkehr mit den Dienststellen der öffentlichen Verwaltung die eigene Sprache zu verwenden, und sie haben einen Anspruch auf eine Antwort in ladinischer Sprache. Soweit die betreffenden Dienststellen vorwiegend für die ladinische Bevölkerung arbeiten, gilt diese Regelung auch außerhalb der ladinischen Ortschaften. Im mündlichen Verkehr muß die Behörde auf Ladinisch antworten, im schriftlichen

Verkehr muß die Antwort in italienischer und deutscher Sprache, gefolgt vom ladinischen Text, abgefaßt werden.

Bei Prozessen, die innerhalb der Provinz Bozen abzuwickeln sind, können die ladinischsprachigen Bürger in jedem Falle Italienisch oder Deutsch als Verfahrenssprache wählen, sie können sich jedoch auch für ihre Muttersprache entscheiden; in diesem Falle wird ein Dolmetscher beigezogen. Für Polizeiorgane, die nicht strafverfolgend, sondern präventiv tätig werden, besteht im Gegensatz zur sonstigen öffentlichen Verwaltung hingegen keine Pflicht zur Verwendung der ladinischen Sprache, auch nicht in den ladinischen Ortschaften. Die Ladinier können in diesem Zusammenhang also nur zwischen der deutschen und der italienischen Sprache wählen.

Diese 1989 in Kraft getretenen Bestimmungen, die in der Folgezeit durch eine Reihe von Ausführungsbestimmungen ergänzt worden sind, stellten für die ladinische Sprache einen bemerkenswerten Fortschritt dar, weil sie dadurch dem Italienischen und dem Deutschen de jure gleichgestellt wurde. Damit erreichte eine Entwicklung, die Anfang der siebziger Jahre eingesetzt und zu einer systematischen Aufwertung des Ladinischen geführt hatte, ihren vorläufigen Höhepunkt. Allerdings stellte diese wichtige sprachpolitische Maßnahme die Behörden im ladinischen Sprachgebiet vor erhebliche Probleme, auf die sie nicht vorbereitet waren.

Ein Teil der Probleme hängt mit dem Entwicklungsstand des Ladinischen zusammen. Das Ladinische ist nur teilweise kodifiziert, und es kann nur mit Vorbehalten als einheitliche Sprache bezeichnet werden, da die beiden Varianten des Ladinischen, die im Gadertal bzw. im Grödnertal gesprochen werden, sich erheblich unterscheiden. Zwar könnte das *Ladin dolomitan*, das als Einheitssprache für das Ladinische entwickelt worden ist, die Rolle einer übergreifenden Dachsprache für die beiden in Südtirol gesprochenen Varianten übernehmen, doch stößt diese Sprache bei den Sprachnutzern auf erheblichen Widerstand (Lardschneider McLean 1994:12); daher müssen bislang in der Praxis beide Varianten in ausgewogener Weise berücksichtigt werden.

Erfolgreicher sind dagegen die Bemühungen um eine Standardisierung der ladinischen Orthographie verlaufen. Eine Orthographiekommission, der Vertreter aller fünf Varianten angehörten, legte 1987 ihr Abschlußprotokoll vor; die in diesem Dokument niedergelegten Prinzipien finden inzwischen weitgehend Anwendung (Kattenbusch 1989:717f). Im Bereich der Grammatik verfügt das Ladinische bereits über eine längere Tradition, so daß es einige Werke zu Morphologie und Syntax gibt. Dagegen bestehen bezüglich des Wortschatzes erhebliche Defizite. Diese Mängel treten nun besonders deutlich zutage, da seit der Aufwertung des Ladinischen zur offiziellen Sprache wesentlich mehr Verwaltungstexte in Ladinisch veröffentlicht werden müssen. Außerdem muß ein großer Teil der bereits vorhandenen deutsch- und

italienischsprachigen Verwaltungs- und Gesetzestexte ins Ladinische übersetzt werden. Die Tatsache, daß der Wortschatz des Ladinischen gerade im fachsprachlichen Bereich große Lücken aufweist, erschwert diese Arbeit erheblich (vgl. Lardschneider McLean 1994:12f.)

8.3 Ladinische Terminologien

Die Entwicklung und Pflege ladinischer Terminologien ist eine wichtige Aufgabe des 1977 gegründeten *Istitut Cultural Ladin Micurà de Rü* in St. Martin in Thurn/Südtirol, das Studien zur Sprache, Kultur und Geschichte der Ladinier durchführt. Die terminologischen Veröffentlichungen des Instituts beziehen sich auf eine Vielzahl von Fachgebieten, die von der Religion über das Bauwesen bis hin zum Alpinismus reichen (Mischí 1998:45f.). Besonderes Gewicht kommt dabei der Entwicklung einer funktionsfähigen Verwaltungssprache zu. 1988 hat das Institut ein deutsch-ladinisches Glossar mit ungefähr 2000 Termini aus dem Bereich der allgemeinen Verwaltung herausgegeben. Die erste ladinische Version war in der Gadertaler Variante entstanden und diente als Grundlage für die Grödnertaler Variante. Bereits 1990 kam die zweite Ausgabe des Glossars mit 7500 Wörtern heraus. Diese erweiterte Fassung war diesmal zunächst in der Grödnertaler Variante entstanden und dann ins Gadertalische übertragen worden. Als Vorlage für diese Wortsammlung wurden rätoromanische, französische, italienische und deutsche Fachwörterbücher herangezogen (Lardschneider McLean 1994:13f.). Bei seiner Arbeit ist das Institut bemüht, Neologismen zumindest für die beiden Südtiroler Varianten möglichst einheitlich zu gestalten.

Es gibt nur wenige ausreichend qualifizierte Übersetzer, ein Mangel, gegen den man heute mit einem systematischen Kursangebot angeht. Trotz dieser Schwierigkeiten wird bereits jetzt sehr viel ins Ladinische übersetzt, wobei praktisch alle Fachgebiete, von der Technik bis zur Literatur, abgedeckt werden. Ein wichtiger Produzent ladinischer Texte ist naturgemäß die Südtiroler Landesverwaltung. Auch hier wird die Situation dadurch kompliziert, daß es zwei Sprachvarianten gibt. Bei der Herausgabe der ladinischen Fassung des Südtiroler Autonomieführers entschied man sich dafür, beide Varianten alternierend zu verwenden. Da die intendierten Leser beide Varianten verstehen, war die Resonanz in der ladinischen Bevölkerung recht positiv. Dagegen entschied sich der Regionalrat der Region Trentino-Südtirol dafür, die ladinische Fassung des Autonomiestatuts in der künstlichen Einheitssprache *Ladin dolomitan* herauszubringen. Der Vorschlag des italienischen Kulturministeriums, entsprechend den fünf existierenden Varianten des Ladinischen fünf verschiedene Fassungen zu veröffentlichen, war zuvor vom Regionalrat einstimmig abgelehnt worden.

Bei der Umsetzung der neuen Sprachbestimmungen hatte man jedoch nicht nur

mit den geschilderten praktischen Problemen zu kämpfen. Ein großer Teil der ladinischen Bevölkerung war psychologisch nicht darauf vorbereitet, daß ihre Sprache von nun an den Rang und die Funktion einer Amtssprache hatte, da das Ladinische in ihren Augen noch nicht die nötige gesellschaftliche Geltung besaß, um als vollwertige Sprache angesehen werden zu können. Die neue ladinische Verwaltungssprache mit ihren ungewohnten Fachwörtern und Fachwendungen wurde von vielen als Konstrukt betrachtet, das die "natürliche Sprachentwicklung" ignoriere und den Klang und die Eigenart der ladinischen Sprache unberücksichtigt lasse. Ein weiterer Vorwurf lautete schließlich, die neuen sprachlichen Formen würden der Bevölkerung einfach aufgezwungen.

Was die Behebung der terminologischen Defizite angeht, so bietet sich auf den ersten Blick eine ebenso einfache wie naheliegende Lösung an: die Entlehnung aus dem Italienischen, die aufgrund der strukturellen Nähe beider Sprachen problemlos möglich ist. Dieser Lösungsansatz stößt jedoch auf erheblichen Widerstand. Lardschneider Mc Lean (1994:17) spricht in diesem Zusammenhang von der "Tabuisierung" des Italienischen, die zu einer bewußten Vermeidung von Italianismen führe. Oft werde eine Übersetzung aus dem Deutschen als "ungefährlicher" angesehen als eine Entlehnung aus dem Italienischen. Trotzdem lasse sich, wie das deutsch-ladinische Verwaltungsglossar zeige, die Entlehnung aus dem Italienischen oder einer anderen romanischen Sprache vielfach nicht vermeiden, da ein Übermaß an Neubildungen zu Verständigungsproblemen führe und die Aufgeschlossenheit der Sprachnutzer gegenüber Neubildungen begrenzt sei.

Daß die ladinische Sprache durchaus offen ist für die Aufnahme neuer Strukturen, die ihr den Zugang zu verschiedenen Anwendungsbereichen ermöglichen, belegt Siller-Runggaldier (1992) in ihrem Aufsatz "Probleme romanischer Wortbildung, demonstriert am Beispiel einer romanischen Kleinsprache". Diese Flexibilität zeigt sich in Lehnübertragungen, d.h. Bildungen, die sich formal und semantisch nur teilweise an der fremdsprachigen Vorlage orientieren. Ein Beispiel ist das Kompositum *telespiedl* ("Fernseher"). Hier wurde nur das Glied *tele-* vom vermutlich italienischen Vorbild *televisore* übernommen, während das zweite Glied, *spiedl* ("Spiegel"), auf der Grundlage eines Vergleichs selbständig eingebracht wurde: Der Bildschirm ist ein Spiegel, der alles, was sich in der Ferne abspielt, zurückwirft (Siller-Runggaldier 1992:121f.).

Der ungewohnte Charakter solcher neu entwickelten Terminologien führt dazu, daß manche Adressaten die Übersetzung als unnatürlich empfinden. Dabei gilt es jedoch zu bedenken, daß das Ladinische eine Kleinsprache ist, die noch keine lange schriftliche Tradition hat und die von jeder öffentlichen Funktion ausgeschlossen wurde. Daher ist der erste Anhaltspunkt für einen nicht unerheblichen Teil der

ladinischsprachigen Bevölkerung die mündliche Form des Ladinischen, die im Alltagsleben Verwendung findet. Es geht also darum, diese Bevölkerungsgruppen langsam an den Umgang mit der Schriftsprache zu gewöhnen (Lardschneider McLean 1994:16f.).

Ein wichtiges Medium für die Einführung terminologischer Neuerungen ist der Rundfunk. Der staatliche italienische Rundfunk (RAI), Sender Bozen, strahlt Rundfunk- und Fernsehprogramme in ladinischer Sprache aus, die einen großen Teil der ladinischen Bevölkerung erreichen. Die hier verwendeten Wörter werden von den Hörern teilweise übernommen (Kattenbusch 1989:716).

Das mit Abstand größte Problem, das es bei der weiteren Festigung des Ladinischen zu überwinden gilt, ist das Fehlen einer übergreifenden Standardsprache, auch als "Koiné" oder "Dachsprache" bezeichnet. Um diesem Mangel abzuhelpen, wurde unter maßgeblicher Mitwirkung von Prof. Heinrich Schmid von der Universität Zürich das bereits mehrfach erwähnte *Ladin dolomitan* entwickelt, das Eigenschaften aller Dialekte miteinander verbindet. Diese Lösung ist jedoch in der Bevölkerung auf erheblichen Widerspruch gestoßen. Es gibt aber auch Widerstände politischer Art, da befürchtet wird, eine gemeinsame ladinische Sprache könne zu secessionistischen Bestrebungen, d.h. zum Streben nach einer eigenen ladinischen Provinz, führen. Demgegenüber stehen die meisten Linguisten der Einführung einer Dachsprache positiv gegenüber, wobei allerdings die Chancen unterschiedlich eingeschätzt werden. Solange eine solche einheitliche Sprache jedoch noch nicht offiziell eingeführt ist, müssen in Südtirol Schulbücher und offizielle Schriftstücke der Landesregierung jeweils in beiden Varianten herausgegeben werden.

Die Chance für die Durchsetzung einer ladinischen Koiné werden von Wissenschaftlern eher skeptisch eingeschätzt. Kramer (1984:253) weist insbesondere darauf hin, daß die Dialekte numerisch alle in etwa gleich stark sind, daß keiner von ihnen über historisches Prestige verfügt und daß auch kein kulturelles Gefälle zwischen den einzelnen Tälern besteht. Dieser Meinung ist auch Born (1992:34), der darauf hinweist, daß nicht nur die politische Situation, sondern auch historische, demographische, kulturelle und ökonomische Faktoren das Entstehen einer Form des Ladinischen, die in allen Tälern akzeptiert werden könnte, verkompliziert oder verhindert haben.

Daher sind vorläufig neben den Bemühungen um die Einführung einer übergreifenden Dachsprache gleichzeitig "bescheidenere" Ansätze gefragt, die den speziellen Bedingungen der beiden ladinischen Varianten Südtirols Rechnung tragen. Auch in diesem Zusammenhang spielt die Tatsache, daß der Wortschatz in den einzelnen Varianten z.T. sehr unterschiedlich ist, eine wichtige Rolle. Daher bietet sich die Schaffung einer gesamtladinischen Sprachinstanz an, die sach- und fachspezifisches Vokabular erarbeitet und Synonymwörterbücher erstellt und dabei

die verschiedenen Varianten berücksichtigt. In diese Richtung zielt das gesamtladinische Sprachprojekt SPELL (*Servisc de Planificazion y Elaborazion dl Lingaz Ladin* = Dienststelle für die Normierung und den Ausbau der ladinischen Sprache) (Mischí 1998:48).

Unabhängig von der Frage, ob es zu einer Vereinheitlichung der ladinischen Sprache kommen wird, kann man heute feststellen, daß das Ladinische in den letzten Jahren an Prestige gewonnen hat und daß der Anteil derer, die sich regelmäßig des Ladinischen bedienen, zunimmt. Auch Bochmann (1989:122) beurteilt die Zukunftsperspektiven des Ladinischen in Südtirol insgesamt positiv. Er stützt diese Einschätzung insbesondere darauf, daß die Ladinen in ihrem angestammten Siedlungsgebiet, dem Grödner- und dem Gadertal, mit mehr als 90% die große Mehrheit bilden und damit eine zwar kleine, aber kompakte ethnische Gruppe darstellen, die sich nahezu geschlossen für die Bewahrung ihrer sprachlich-kulturellen Identität einsetzt. Ausgesprochen positiv fällt ins Gewicht, daß die Südtiroler Landesregierung die Ladinen in praktisch allen Bereichen, die für ihr Überleben als Volksgruppe von Bedeutung sind, tatkräftig unterstützt. Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei die schulische Ausbildung; die Tatsache, daß an den ladinischen Schulen mit Erfolg dreisprachig unterrichtet wird, ist zweifellos bemerkenswert.

Trotzdem wird es noch viel Mühe und Überlegung kosten, das Ladinische zu einem funktionsfähigen Mittel der Fachkommunikation auszubauen. Damit befinden sich die ladinischen Südtiroler in einer gänzlich anderen Situation als ihre deutschsprachigen Nachbarn.

9 Sprachplanung in Südtirol: Deutsche Rechts- und Verwaltungssprache

Ziel des Autonomiestrebens der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols war von Anfang an, der deutschen Sprache in Südtirol eine gleichberechtigte Position neben dem Italienischen zu sichern. Obwohl der Tiroler Dialekt für die meisten Südtiroler das geläufige Kommunikationsmittel im Alltag ist, ist die deutsche Standardsprache der entscheidende Bezugspunkt. Von einer Triglössie, wie sie im Elsaß oder noch ausgeprägter in Luxemburg existiert, kann deshalb in Südtirol nur in eingeschränktem Maße die Rede sein; hier liegt es näher, von einer italienisch-deutschen Diglossiesituation zu sprechen. Was die Beeinflussung der deutschen Standardsprache in Südtirol durch das Italienische betrifft, so beschränkt diese sich im wesentlichen auf die Lexik (vgl. Bauer 1994) und ist auch dort längst nicht so ausgeprägt, daß sie das Verständnis behindern würde.

9.1 Die sprachenrechtliche Ausgangslage

Mit der deutschen Sprache verfügen die Südtiroler über eine ausgebaute Kultursprache, die sämtliche Varietäten einschließlich der fachsprachlichen Ebene aufweist. Die Zugehörigkeit Südtirols zum italienischen Staatsverband bringt es jedoch mit sich, daß bestimmte Bereiche der Sprache so adaptiert werden müssen, daß sie der Südtiroler Realität gerecht werden. Das gilt insbesondere für die Rechts- und Verwaltungssprache, deren Funktionsfähigkeit durch sprachplanerische Maßnahmen gesichert werden muß.

Auch in diesem Zusammenhang sind die bereits mehrfach zitierten Bestimmungen der Art. 99 und 100 Abs. 1 des Autonomiestatuts von 1972, die den Gebrauch der deutschen und der ladinischen Sprache betreffen, grundlegend (siehe oben 2.2.2). Diese Bestimmungen werden in den ebenfalls bereits erwähnten "Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut für die Region Trentino-Südtirol über den Gebrauch der deutschen und ladinischen Sprache im Verkehr der Bürger mit der öffentlichen Verwaltung und in den Gerichtsverfahren" vom 15.7.1988 präzisiert.

Von besonderem Interesse sind hier die Regelungen, die den Sprachgebrauch im Zivil- und Strafprozeß betreffen (vgl. Hilpold 1996:125).

Der Strafprozeß findet grundsätzlich einsprachig, d.h. in der Muttersprache des Angeklagten, statt, allerdings kann auch ein deutschsprachiger Angeklagter die Dienste eines italienischsprachigen Anwalts in Anspruch nehmen; dies gilt auch für Zeugen und Sachverständige. Der Zivil- und Verwaltungsprozeß findet einsprachig statt, wenn Kläger und Beklagter den ersten Schriftsatz in der gleichen Sprache abfassen. Ist das nicht der Fall, läuft das Verfahren zweisprachig ab, wobei die Übersetzungen auf Kosten des Gerichts angefertigt werden.

Grundsätzlich gilt, daß im Verkehr mit den Behörden die Sprache verwendet werden muß, deren sich der Antragsteller bedient hat; geht die Initiative von der Behörde

aus, ohne daß ein Antrag vorliegt, wird die mutmaßliche Sprache des Adressaten gebraucht. Im mündlichen Verkehr muß die Sprache des Bürgers benutzt werden. Damit geht also die Initiative, welche Sprache benutzt wird, vom Bürger aus, sie braucht nicht mit seiner Sprachzugehörigkeitserklärung bei der Volkszählung übereinzustimmen. Die Sanktion für die Mißachtung dieser Vorschriften ist die Nichtigkeit der Verwaltungsakte; das Einwendungsverfahren ist in den Durchführungsbestimmungen geregelt.

Die teilweise sehr detaillierten Bestimmungen sollen sicherstellen, daß die deutsche Sprache der italienischen in jeder Hinsicht gleichgestellt ist. Dies ist jedoch in der Praxis nur dann möglich, wenn die deutsche Rechtssprache in Südtirol tatsächlich ebenso funktionsfähig ist wie die italienische Rechtssprache. Das setzt wiederum voraus, daß die deutsche Rechtssprache über eine gleichwertige Terminologie für die italienischen Rechtssachverhalte verfügt. Dies soll die Paritätische Terminologiekommission sicherstellen, deren Einrichtung in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen ist. Der Paritätischen Terminologiekommission gehören sechs Sachverständige an, von denen drei italienischer und drei deutscher Muttersprache sind. Aufgabe der Kommission ist es, Fachbegriffe aus Recht und Verwaltung sowie verwandten Bereichen verbindlich festzulegen, auf den neuesten Stand zu bringen oder zu bestätigen (Palermo/ Pförtl 1997:16f.). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der deutschen Terminologie, weil in der Mehrzahl der Fälle bereits eine italienische Benennung vorliegt; jedoch kann es auch notwendig sein, eine deutsche Benennung durch eine entsprechende italienische Fassung zu ergänzen bzw. eine gleichwertige Fassung in beiden Sprachen verbindlich festzulegen. Die Bestätigung bereits gebräuchlicher Begriffe erfolgt durch einen einfachen Hinweis auf bereits existierende Veröffentlichungen oder Sammlungen. Die einmal genehmigte Terminologie kann zu einem späteren Zeitpunkt von der Kommission im Sinne einer Korrektur oder Aktualisierung abgeändert werden.

Die Paritätische Terminologiekommission wird von Amts wegen oder auf Antrag interessierter Stellen tätig; auch Private können bei der Kommission die Festlegung von Terminologie beantragen. Die von der Kommission erarbeitete Terminologie wird dem Regierungskommissar, der die italienische Regierung in der Provinz Bozen-Südtirol vertritt, und der Südtiroler Landesregierung übermittelt. Die Termini gelten als angenommen, wenn innerhalb von sechs Monaten keine schriftlichen Einwände oder Änderungsvorschläge eingehen. Vor der Festlegung von Termini kann die Kommission Stellungnahmen von interessierten Organen, Ämtern usw. einholen und Anhörungen zur Klärung von Zweifelsfällen durchführen.

Eine wichtige Frage ist nun, wie die tatsächliche Verwendung der von der Terminologiekommission festgelegten Terminologie durchgesetzt werden kann. Dazu heißt es in den Durchführungsbestimmungen:

“Die Nichtbefolgung der Bestimmungen dieses Dekretes stellt für den Beamten eine disziplinar zu verfolgende Verletzung der Amtspflichten dar, unbeschadet der Anwendung des Art. 328 des Strafgesetzbuches (StGB), falls die Voraussetzungen dafür vorliegen.”

Die konkrete Anwendung dieser Bestimmung ist jedoch keineswegs einfach (vgl. Palermo/ Pföstl 1997:16f.). Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß sie, obwohl die Entscheidungen der Kommission nicht immer in der Praxis befolgt werden, bislang noch nicht zur Anwendung gekommen ist. Es ist auch sehr die Frage, ob dies der Sache dienen würde, da sich die Entscheidungen der Paritätischen Terminologiekommission auf längere Sicht nur aufgrund ihrer fachlichen Fundiertheit werden durchsetzen können. Damit die nötige Akzeptanz auf die Dauer gesichert werden kann, müssen die festgelegten Benennungen einerseits juristisch exakt sein, und sie müssen zugleich auch in angemessener Weise auf den bereits eingeführten Sprachgebrauch Rücksicht nehmen.

9.2 Zur methodischen Vorgehensweise

Die Paritätische Terminologiekommission kann bei ihrer Arbeit an umfangreiche Vorarbeiten, insbesondere auf übersetzerischem Gebiet, anknüpfen. Die Übersetzung italienischer Rechtsdokumente ins Deutsche hat in Südtirol bereits eine lange Tradition. Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die sogenannte “Blaue Reihe”, in der bislang acht grundlegende Gesetzestexte bzw. Gesetzessammlungen in zweisprachiger Fassung erschienen sind (Arntz/ Mayer 1996:124)

Allerdings sind damit die Probleme der deutschen Rechtsterminologie in Südtirol keineswegs gelöst. Da es bislang an einer klaren terminologischen Konzeption fehlte, entschieden die Übersetzer sich vielfach von Fall zu Fall für die Lösung, die ihnen geeignet erschien. Dadurch wurde die Entwicklung einer einheitlichen juristischen Terminologie in deutscher Sprache behindert. Dies verdeutlichen die folgenden Beispiele synonyme Benennungen, die der italienisch-deutschen Fassung der italienischen Zivilprozeßordnung (Bauer 1982) entnommen sind:

- a. *beni ereditari* - Nachlaßgüter, Verlassenschaftsgüter
- b. *udienza di discussione* - mündliche Verhandlung, Erörterungsverhandlung
- c. *intervento* - Beitritt, Intervention.

Hier handelt es sich wohlgerne um synonyme Benennungen, die sich in ein und demselben Werk finden. Noch größer wird die Vielfalt verständlicherweise, wenn man sämtliche verfügbaren Quellen einbezieht, wie folgendes Beispiel aus der Verwaltungsterminologie belegt:

d. *concorso pubblico per titoli ed esami*:

- öffentlicher Wettbewerb aufgrund von Bewertungsunterlagen und Prüfungen,
- öffentlicher Wettbewerb nach Bewertungsunterlagen und Prüfungen,
- öffentlicher Wettbewerb nach Titeln und Prüfungen,
- Zulassungs- und Eignungsprüfung.

Die Gründe für die synonyme Verwendung deutscher Benennungen in Südtirol sind vielfältig: Einerseits trägt sicherlich dazu bei, daß mehrere Verfasser oder Übersetzer an einem Werk beteiligt sind, ohne daß terminologische Absprachen getroffen werden. Gleichzeitig ändert sich der Sprachgebrauch im Laufe der Zeit. So wird beispielsweise *giunta provinciale* in einem Landesgesetz von 1981 mit "Landesausschuß" wiedergegeben, in einem Landesgesetz von 1992 mit "Landesregierung". (Darüber hinaus findet sich im "Deutsch-italienischen Glossar zur Staats- und Verwaltungsorganisation" (Lane 1989:116) der Vorschlag, *giunta provinciale* mit "Provinzausschuß" wiederzugeben.)

Daher muß die Kommission jeweils zunächst feststellen, welche Benennungen in deutscher Sprache für einen italienischen Terminus verwendet werden. Anschließend muß eine begründete Auswahl unter den zur Diskussion stehenden Benennungen getroffen werden. Das ist nicht immer leicht, weil gelegentlich neben rein sprachlichen auch psychologische bzw. politische Gesichtspunkte ins Spiel kommen. So standen für die italienische Benennungsreihe

scuola in lingua italiana/scuola in lingua tedesca/scuola delle località ladine,

die die Schulsysteme der drei Volksgruppen in Südtirol bezeichnet, folgende Äquivalente zur Auswahl:

1. deutsche/italienische/ladinische Schule
2. Schule mit deutscher/italienischer/ladinischer Unterrichtssprache
3. deutschsprachige/italienischsprachige/ladinische Schule

Jede dieser drei Möglichkeiten hat unterschiedliche sprachliche bzw. politische Konnotationen. Obwohl es insbesondere für Äquivalent Nr. 2 gewichtige Argumente gab (vgl. Palermo/ Pfösl 1997:22f.), hat sich die Kommission für Äquivalent Nr. 3 entschieden, da dieses die Funktion der betreffenden Schulen am klarsten und neutralsten wiedergibt.

Wichtig für das Funktionieren einer zweisprachigen Gesellschaft sind auch Listen von Berufsbezeichnungen, die der folgende Auszug verdeutlicht (Mayer 1998:100):

dipartimento

Ressort

dipartimento Enti locali

Ressort Örtliche Körperschaften

<i>dipartimento Foreste e sperimentazione agraria</i>	Ressort für Forstwesen und landwirtschaftliches Versuchswesen
<i>dipartimento Protezione antincendi e civile</i>	Ressort Brand- und Zivilschutz
<i>dipartimento Ragioneria</i>	Ressort Rechnungswesen
<i>dipartimento Traffico e trasporti</i>	Ressort Verkehrs- und Transportwesen
<i>dipartimento Tutela dell'ambiente e del paesaggio</i>	Ressort Umwelt und Landschaftsschutz
<i>dipartimento Tutela del lavoro</i>	Ressort Arbeitsschutz

9.3 Terminologiearbeit und Rechtsvergleich

Grundlage dieser zweisprachigen Terminologiearbeit ist in jedem Falle das italienische Rechts- und Verwaltungssystem. Dies bedeutet zweifellos eine Arbeitserleichterung, da sich hier keine begrifflichen Überschneidungen ergeben, wie das beim Vergleich zweier unterschiedlicher Rechtsordnungen der Fall ist. Trotzdem macht die Tatsache, daß man sich auf eine einzige Rechtsordnung stützen kann, rechtsvergleichende Untersuchungen keineswegs überflüssig. Vielfach sind nämlich deutsche Benennungen, die sich als Äquivalente für Begriffe des italienischen Rechts anzubieten scheinen, bereits in einer oder mehreren deutschsprachigen Rechtsordnungen mit einem anderen Begriff besetzt. Angesichts der engen Verbindungen zwischen Südtirol und den deutschsprachigen Staaten würde die Einführung solcher Benennungen zu erheblichen Mißverständnissen führen. Daher muß die deutschsprachige Rechtsterminologie für Südtirol mit den entsprechenden Rechtsterminologien Österreichs, Deutschlands und der Schweiz abgestimmt werden, was nur auf rechtsvergleichender Grundlage möglich ist. So wäre es beispielsweise nicht zweckmäßig, den Begriff des *giudice istruttore* - einer Institution des italienischen Zivilprozeßrechts - mit der sprachlich und inhaltlich durchaus korrekten Übersetzung "Untersuchungsrichter" wiederzugeben. Da man im übrigen deutschen Sprachraum die Beteiligung eines Untersuchungsrichters am Zivilprozeß nicht kennt, könnte man diesen Terminus außerhalb Südtirols leicht mit dem Strafrecht assoziieren und ihm möglicherweise die Funktion zuweisen, die im italienischen Strafprozeßrecht vom *giudice per le indagini preliminari* wahrgenommen wird. Man hat sich deshalb in Südtirol aus guten Gründen in beiden genannten Fällen gegen den "Untersuchungsrichter" entschieden und im ersten Fall die Lehnübersetzung "Instruktionsrichter", im zweiten Fall die Lehnübersetzung "Richter für die Vorerhebungen" gewählt.

Ein vergleichbares, ebenfalls nicht ganz einfaches Problem stellt sich bei der Benennung der Straftaten. Diese werden im italienischen Recht in zwei Typen, *delitto*

und *contravvenzione*, unterteilt; in der für Südtirol wichtigen italienisch-deutschen Ausgabe des Strafgesetzbuchs (Riz 1969) wird in Art. 17 *delitto* mit "Verbrechen", *contravvenzione* mit "Übertretung" gleichgesetzt. Dies mag überraschen, wenn man weiß, daß im deutschen Recht die Straftaten in Verbrechen und Vergehen unterteilt werden, so daß es sich anzubieten scheint, diese Kategorien zu übernehmen.

Trotzdem ist die Zweiteilung Verbrechen/Übertretung plausibel, wenn man das Problem aus einem historischen Blickwinkel betrachtet. Ein Blick auf die Geschichte des Strafrechts und seiner Terminologie zeigt nämlich, daß das französische Strafrecht mit seiner Dreiteilung der Straftaten (*crime, délit, contravention*) seit Beginn des 19. Jahrhunderts die Rechtsordnungen anderer Staaten, darunter Deutschland und Italien, nachhaltig beeinflußt hat; bis vor wenigen Jahrzehnten waren daher die entsprechenden Begriffssysteme im italienischen und deutschen Recht völlig äquivalent:

<i>infraction</i>	<i>reato</i>	<i>Straftat</i>
<i>crime</i>	<i>criminale</i>	<i>Verbrechen</i>
<i>délit</i>	<i>delitto</i>	<i>Vergehen</i>
<i>contravention</i>	<i>contravvenzione</i>	<i>Übertretung</i>

Inzwischen ist diese Systematik aufgrund von tiefgreifenden Gesetzesreformen, die sowohl in Deutschland als auch in Italien durchgeführt worden sind, obsolet; trotzdem ist sie im Rechtsdenken beider Länder weiterhin lebendig. Legt man die obige Einteilung zugrunde, so ergibt sich geradezu zwangsläufig die Gleichung "*contravvenzione* = Übertretung", die sich im übrigen seit jeher in allen gemeinsprachlichen italienisch-deutschen Wörterbüchern findet. Demgegenüber ist die Gleichung "*contravvenzione* - Vergehen" - jedenfalls dann, wenn man vom gängigen Sprachgebrauch ausgeht - äußerst ungewohnt; unter diesem Gesichtspunkt ist die Lösung, die in der deutschen Übersetzung des italienischen Strafgesetzbuchs gewählt wurde, also durchaus sinnvoll.

Andererseits ist es mit Blick auf die deutsche Rechtsordnung, die für Südtirol nicht unwichtig ist, eher eigenartig, wenn "Diebstahl" als "Übertretung" qualifiziert wird. Dazu ist zu ergänzen, daß im deutschen Recht die Übertretungen 1973 aus dem Strafgesetzbuch ausgeklammert und im Ordnungswidrigkeitengesetz geregelt worden sind, womit zugleich die "Ordnungswidrigkeit" die Stelle der "Übertretung" eingenommen hat. Damit ist "Übertretung" als Rechtsbegriff in Deutschland zwar obsolet geworden, die Bezeichnung "Übertretung" ist jedoch in der Bedeutung "geringfügige Gesetzesübertretung" im Sprachgebrauch nach wie vor lebendig.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich zudem, daß die Abgrenzungskriterien in beiden Systemen verschieden sind: Im deutschen Recht entscheidet ausschließlich der

zeitliche Umfang der Strafe; im italienischen Recht ist die Art der angedrohten Strafe ausschlaggebend, während es bezüglich des zeitlichen Umfangs der Strafe zwischen *delitto* und *contravvenzione* erhebliche Überschneidungen gibt. Diese unterschiedliche Perspektive in beiden Rechtsordnungen kann zu erheblichen Mißverständnissen führen. Denn es gibt eine ganze Reihe von Straftaten, die in Italien und in Deutschland etwa gleich schwer bestraft werden, die aber aus den genannten Gründen in Italien unter die *delitti*, in Deutschland unter die "Vergehen" fallen, so z.B. die Beleidigungen. Es geht also darum, sich weitgehend von der Benennungsebene zu lösen und die hinter den Benennungen stehenden rechtlichen Inhalte zu vergleichen, zu werten und zu übertragen. Dies ist zumeist nur im größeren Systemzusammenhang möglich, und es bedarf der Kenntnis beider Rechtsordnungen sowie einer geeigneten rechtsvergleichenden Methodik.

9.4 Die Europäische Akademie Bozen

Zur Lösung dieser anspruchsvollen Aufgaben benötigt die Paritätische Terminologiekommission wissenschaftliche Beratung. Sie wird deshalb bei ihrer Arbeit von der Europäischen Akademie Bozen unterstützt, die auch das Sekretariat der Paritätischen Terminologiekommission übernommen hat. Die Europäische Akademie Bozen, ein Forschungsinstitut, das 1992 gegründet wurde (Arntz 1996), beschäftigt sich intensiv mit dem Themenbereich "Sprache und Recht". Ein Schwerpunktthema ist dabei die Terminologearbeit; im Mittelpunkt stehen der Aufbau einer Terminologiedatenbank, rechtsvergleichende Untersuchungen sowie die Weiterentwicklung der Sprachdatenverarbeitung.

Aufgabe der Bozner Terminologiedatenbank ist es, den gesamten relevanten Wortschatz für das Rechts- und Verwaltungswesen in deutscher und italienischer Sprache systematisch zu erfassen; in diesem Rahmen nehmen die Arbeitsergebnisse der Paritätischen Terminologiekommission eine zentrale Stellung ein. Die erarbeiteten Bestände sollen interessierten Stellen innerhalb und außerhalb des Landes Südtirol zugänglich gemacht werden. Dies sind nicht nur Richter und Rechtsanwälte, Übersetzer und Dolmetscher, sondern auch Behörden, Wirtschaftsverbände und Unternehmen. In diesem Zusammenhang spielen die terminologische Beratung und die Einführung der Nutzer in den Umgang mit der Datenbank eine wichtige Rolle.

Die Arbeit ist jedoch nicht auf die italienische Rechtsordnung beschränkt, sondern umfaßt auch systematische rechtsvergleichende Untersuchungen. Dabei stehen zunächst das italienische, deutsche und österreichische Zivilprozeßrecht im Vordergrund.

Beim Aufbau einer umfassenden terminologischen Datenbank, die den vielfältigen Anforderungen eines heterogenen Nutzerkreises gerecht werden soll, ergeben sich auch terminographische Probleme, die eine Anpassung bzw. Weiterentwicklung der rechnergestützten Verfahren erforderlich machen. In diesem Zusammenhang

wurde im Fachbereich "Sprache und Recht" ein Verfahren entwickelt, mit dem aus zweisprachig vorliegenden Texten lexikalische Einheiten, die als juristische Termini in Betracht kommen, halbautomatisch extrahiert werden können. (Arntz/ Mayer 1996:124ff.). Dabei werden in einem ersten Schritt sogenannte Roheinträge erzeugt. Diese werden von Juristen und Terminologen zu konsistenten italienisch-deutschen Terminologieeinträgen weiterentwickelt. Die so erstellten zweisprachigen Einträge werden dann gegebenenfalls in einem weiteren Schritt der Paritätischen Terminologiekommission zur Begutachtung vorgelegt. Es hat sich gezeigt, daß sich durch eine solche teilweise automatisierte Terminologieextraktion die Produktivität der Terminologearbeit erheblich steigern läßt.

Einen weiteren Schwerpunkt bilden Sprachenrecht und Sprachpolitik. Ein Ausgangspunkt für Untersuchungen zu diesem Themenkreis ist das "Modell Südtirol" selbst. Die Erfahrungen, die in Südtirol in acht Jahrzehnten bei der Regelung des Zusammenlebens unterschiedlicher Sprachgruppen gesammelt werden konnten, und nicht zuletzt die Überschaubarkeit des Territoriums bieten hierfür gute Voraussetzungen. Solche Untersuchungen können nicht nur wesentliche Impulse für eine Weiterentwicklung bzw. Verbesserung der in Südtirol geltenden sprachenrechtlichen Regelungen bieten, sie können auch Entscheidungsprozesse in anderen Regionen beeinflussen. Dies gilt um so mehr, als sprachenrechtliche Probleme in vielen Ländern an Bedeutung gewinnen und man sich vielerorts für die Südtiroler Realität interessiert. Dies bedeutet jedoch zugleich, daß die auf Südtirol bezogene Forschung durch eine vergleichende Betrachtung der sprachenrechtlichen und sprachpolitischen Situation in anderen Gebieten und durch einen intensiven Informationsaustausch auf internationaler Ebene ergänzt werden muß.

Als Beispiel für eine Untersuchung mit dem Schwerpunkt "Südtirol" kann das Projekt "Die Gleichstellung der Sprachen in Südtirol: Normen und Realität" genannt werden. In diesem Projekt, in dem Juristen und Soziologen zusammenarbeiten, geht es darum festzustellen, inwieweit sprachpolitische Maßnahmen den Alltag des Bürgers konkret beeinflussen können. Ausgangspunkt der Untersuchung sind die bereits erörterten Normen, die die völlige Gleichstellung der deutschen und der italienischen Sprache vor Gericht festschreiben und die 1993 in vollem Umfang Geltung erlangt haben. Im Mittelpunkt steht die Frage, inwieweit die Normen tatsächlich umgesetzt werden und welche Erfahrungen die Beteiligten - Richter, Rechtsanwälte, Mandanten - dabei machen. In einer späteren Phase sollen die hier gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen einer vergleichenden Analyse zur Situation in anderen mehrsprachigen Gebieten in Europa in Beziehung gesetzt werden.

Dem Ziel des internationalen Austausches von Forschungsergebnissen und allgemeinen Informationen zu sprachenrechtlichen und sprachpolitischen Fragen dient die Zusammenarbeit der Europäischen Akademie mit dem MERCATOR-Schwerpunkt "Recht und Gesetzgebung" in Barcelona; die Europäische Akademie Bozen ist in diesem Rahmen als regionales Zentrum für den deutschen Sprachraum

sowie Norditalien tätig. Auf diese Weise können rechtsterminologische und sprachenrechtliche Arbeit in eine fruchtbare Beziehung zueinander gebracht werden.

Die geschilderten Aktivitäten tragen entscheidend dazu bei, die Bestimmungen zum Schutz der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol mit Leben zu erfüllen. Die hier entwickelten Methoden sind aber auch für zahlreiche andere sprachliche Minderheiten von Interesse, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden.

10 Ausblick

Stellt man die behandelten Fallbeispiele, die jeweils für eine größere Anzahl europäischer Minderheitensprachen repräsentativ sind, zum Abschluß vergleichend nebeneinander, so fällt zunächst eine Reihe von Unterschieden ins Auge.

Die deutschsprachige Minderheit in Südtirol ist sprachlich in einer besonders günstigen Situation, da sie zu einer großen Sprachgemeinschaft gehört, die über eine ausgebaute Standardsprache mit einem gefestigten Fachsprachensystem verfügt. Für die deutschsprachigen Südtiroler geht es also lediglich darum, die zusätzlichen Fachwortschätze - insbesondere in Recht und Verwaltung - zu entwickeln, die aufgrund der Zugehörigkeit Südtirols zum italienischen Staat benötigt werden; hierfür bieten die deutsche Standardsprache und die deutsche Rechtssprache gute Voraussetzungen.

Das Katalanische befindet sich im Vergleich zu den meisten europäischen Minderheitensprachen ebenfalls in einer vorteilhaften Position: Die Sprache verfügt über eine solide gemeinsprachliche Basis, sie hat in der Bevölkerung ein hohes Prestige, und sie wird von staatlicher Seite intensiv gefördert. Die fachsprachlichen Defizite, die aufgrund der Unterdrückung bzw. Benachteiligung des Katalanischen unter Franco aufgetreten waren, konnten in den letzten 20 Jahren weitgehend behoben werden. Gemein- und Fachsprache werden systematisch gepflegt und ausgebaut.

Das Irische hat ebenfalls eine voll entwickelte gemeinsprachliche Basis, die gute Voraussetzungen für einen systematischen Auf- und Ausbau von Fachsprachen bietet. Jedoch hat die Sprache es, obwohl ihr rechtlicher Status zufriedenstellend geregelt ist, de facto sehr schwer, sich gegenüber dem Englischen zu behaupten. Die schwache Position des Irischen ist seinem Prestige in der gesamten Bevölkerung, auch bei denen, die Irisch sprechen, abträglich. Die geringe Zahl der Irischsprecher und die daraus resultierenden begrenzten Verwendungsmöglichkeiten des Irischen erschweren den Ausbau der Sprache zu einem voll funktionsfähigen Mittel der Fachkommunikation.

In einer noch schwierigeren Position befindet sich das Ladinische. Die ladinische Sprachgemeinschaft ist noch wesentlich kleiner als die irische, außerdem ist die Sprache in zwei Varianten aufgesplittert, was ihre Kodifizierung erschwert. Eine gemeinsame Dachsprache liegt zwar als Modell vor, doch wird diese noch längst nicht von allen Ladinischsprachigen akzeptiert. Positiv fällt demgegenüber ins Gewicht, daß die große Mehrheit der ladinischen Bevölkerung entschlossen ist, am Ladinischen festzuhalten, und daß sie dabei von den öffentlichen Instanzen unterstützt wird.

Würde man nun versuchen, die vier dargestellten Fallbeispiele auf einer Skala anzuordnen, die den Schwierigkeitsgrad der zu lösenden Probleme veranschaulicht, so

würde man das Deutsche am äußersten linken Rand plazieren, rechts daneben das Katalanische, noch weiter rechts das Irische und am äußersten rechten Rand schließlich das Ladinische.

Eine wichtige Gemeinsamkeit liegt in allen vier Fällen darin, daß von staatlicher Seite Bemühungen unternommen werden, die betreffende Sprache zu erhalten und ihre Entwicklung durch sprachplanerische Maßnahmen zu steuern. Dies zeigt, daß die Probleme, die aus der Sprachenvielfalt Europas resultieren, nicht nur für die Sprachwissenschaft, sondern auch für die Politik von Bedeutung sind. Wie eng beide Bereiche in diesem Zusammenhang miteinander verflochten sind, machten die Ausführungen zur Abgrenzung zwischen Sprache und Dialekt besonders deutlich. Hier spielt nämlich die primär politische Frage, ob die betreffende Gruppe sich als eigenständige Sprachgemeinschaft versteht und ob sie bereit ist, ihre behauptete Eigenständigkeit auch gegen Widerstände durchzusetzen, eine entscheidende Rolle. Eine Sprachgemeinschaft, die den erforderlichen politischen Willen hat, wird sich in aller Regel auch darum bemühen, ihre Sprache bzw. ihren Dialekt zu einem umfassend verwendbaren Kommunikationsmittel auszubauen.

Die Analyse der völkerrechtlichen Situation der Minderheiten zeigte, daß der Status der Minderheiten selbst innerhalb der Europäischen Union von Land zu Land immer noch erhebliche Unterschiede aufweist. Die Anerkennung bzw. Nichtanerkennung, die eine Minderheit erfährt, hat wiederum unmittelbare Auswirkungen auf ihre sprachliche Situation, denn eine Minderheit, die nicht als solche akzeptiert wird, kann kaum damit rechnen, daß auf ihre sprachlichen Besonderheiten Rücksicht genommen wird.

Das Beispiel Elsaß machte deutlich, wie wichtig es für eine Sprache ist, in allen Bereichen der Kommunikation, insbesondere in der Fachkommunikation, funktionsfähig zu sein. Eine Sprache, die keinen Kontakt zu diesem entscheidenden Kommunikationsbereich hat bzw. diesen Kontakt verliert, läuft Gefahr, nach und nach auch ihre übrigen Verwendungsbereiche einzubüßen und schließlich von ihren Sprechern aufgegeben zu werden.

Das erklärt, warum gerade für solche Sprachen, die sich in einer Diglossiesituation gegenüber einer dominierenden Sprache behaupten müssen, sprachplanerische Maßnahmen, insbesondere im Bereich der Fachsprachen und der Terminologien, von zentraler Bedeutung sind. Wie die Fallbeispiele gezeigt haben, ist man sich inzwischen in zahlreichen Sprachgemeinschaften der Notwendigkeit solcher Maßnahmen bewußt. Entsprechend groß ist das Interesse an den Methoden, welche die Interlinguistik und die Terminologielehre für den Auf- und Ausbau von Fachsprachen und Terminologien bereitstellen.

Insbesondere die Prinzipien der Terminologielehre und die ISO-Normen, in denen

die wichtigsten dieser Prinzipien zusammengefaßt sind, haben inzwischen weltweit einen recht hohen Bekanntheitsgrad erreicht. Trotzdem hat es den Anschein, daß die terminologischen Grundsätze in den größeren Sprachgemeinschaften, also beispielsweise im Deutschen und im Katalanischen, besonders konsequent angewandt werden, während man in den kleinen Sprachgemeinschaften, zu denen das Irische und das Ladinische gehören, aufgrund vielfältiger Sachzwänge oft genötigt ist, zu pragmatischen ad-hoc-Lösungen zu greifen.

Inwieweit diese Vermutung gerechtfertigt ist, wäre im Rahmen vergleichender Untersuchungen zur Methodik der Terminologearbeit in Minderheitensprachen und zur Effektivität dieser Arbeit zu klären. Solche Untersuchungen liegen bislang kaum vor, nicht zuletzt deshalb, weil die Bedeutung der Fachkommunikation für die "kleinen" Sprachen Europas erst in jüngster Zeit in den Blickpunkt des Interesses gerückt ist. Das MERCATOR-Netzwerk bietet den idealen Rahmen für die Koordination vergleichender Forschungsarbeiten und für den Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Sprachplanern und Sprachpolitikern der verschiedenen Sprachgemeinschaften. Eine konsequente Nutzung dieser Möglichkeiten würde dazu beitragen, die Erfahrungen, die in einzelnen Sprachgemeinschaften gesammelt werden, für einen breiteren Kreis nutzbar zu machen und unnötige Doppelarbeit zu vermeiden.

Der hier skizzierte Problembereich ist jedoch nicht nur für die Minderheitensprachen und ihre Sprecher relevant, viele der Fragen sind zugleich von generellem sprachwissenschaftlichem Interesse: Dazu gehört beispielsweise die Frage, inwieweit man sich bei der Prägung von Neologismen an die Strukturen der jeweils dominierenden "großen" Sprache oder an international gebräuchliche Wortbildungsmodelle anlehnen soll oder darf; eng damit verknüpft ist die Frage, unter welchen Bedingungen es für die fachsprachliche Entwicklung einer Sprache sinnvoll sein kann, in dem einen oder anderen Punkt die eingeführten terminologischen Arbeitsmethoden anzupassen bzw. weiterzuentwickeln.

In diesem Zusammenhang bietet es sich an, im Rahmen von Pilotprojekten in einem bestimmten Gebiet, beispielsweise dem ladinischen Sprachraum in Südtirol, einzelne grundlegende Aspekte der Fachsprachenplanung, z.B. Akzeptabilität und Akzeptanz von Neologismen, empirisch zu untersuchen. Solche Projekte würden dem Ausbau der betreffenden Sprache unmittelbar zugutekommen, und sie würden aufgrund ihrer generellen methodischen Bedeutung der Sprachplanungsforschung wertvolle Erkenntnisse liefern.

Mit ihrer Entscheidung für ein vielsprachiges Europa hat die Europäische Union die Verpflichtung übernommen, sich dafür einzusetzen, daß diese Vielsprachigkeit tatsächlich erhalten und ausgebaut werden kann. Damit sind die Politiker aufgefordert,

die praktischen Hindernisse zu beseitigen, die eine Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg noch immer erschweren, aber auch von den Sprachwissenschaftlern wird Kreativität und Initiative erwartet. Inwieweit all diese Bemühungen Erfolg haben, wird nicht zuletzt die weitere Entwicklung der Minderheitensprachen in Europa zeigen.

Anhang

Europarat

Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Zur Unterzeichnung aufgelegt am 5. November 1992

Übersetzung des Sprachendienstes des Auswärtigen Amtes, Bonn

Präambel

„Die Mitgliedstaaten des Europarats, die diese Charta unterzeichnen -
in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen, um insbesondere die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu wahren und zu fördern;

in der Erwägung, daß der Schutz der geschichtlich gewachsenen Regional- oder Minderheitensprachen Europas, von denen einige allmählich zu verschwinden drohen, zur Erhaltung und Entwicklung der Traditionen und des kulturellen Reichtums Europas beiträgt;

in der Erwägung, daß das Recht, im privaten und öffentlichen Leben eine Regional- oder Minderheitensprache zu benutzen, ein unveräußerliches Recht in Übereinstimmung mit den im Internationalen Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte enthaltenen Grundsätzen darstellt und dem Geist der Konvention des Europarats zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten entspricht;

eingedenk der im Rahmen der KSZE geleisteten Arbeit und insbesondere der Schlußakte von Helsinki von 1975 und des Dokuments des Kopenhagener Treffens von 1990;

unter Betonung des Wertes der grenzüberschreitenden kulturellen Beziehungen und der Mehrsprachigkeit sowie in der Erwägung, daß der Schutz und die Förderung der Regional- oder Minderheitensprachen sich nicht nachteilig auf die Amtssprachen und die Notwendigkeit, sie zu erlernen, auswirken sollte;

in dem Bewußtsein, daß der Schutz und die Stärkung der Regional- oder Minderheitensprachen in den verschiedenen Ländern und Regionen Europas einen wichtigen Beitrag zum Aufbau eines Europas darstellen, das auf den Grundsätzen der Demokratie und der kulturellen Vielfalt im Rahmen der nationalen Souveränität und der territorialen Unversehrtheit beruht;

unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse und der geschichtlich gewachsenen Traditionen in den verschiedenen Regionen der Staaten Europas - sind wie folgt übereingekommen:

TEIL I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Charta

- a) bezeichnet der Ausdruck „Regional- oder Minderheitensprachen“ Sprachen,
 - i) die herkömmlicherweise in einem bestimmten Sprachraum eines Staates von Angehörigen dieses Staates benutzt werden, die eine Gruppe bilden, die zahlenmäßig der übrigen Bevölkerung des Staates unterlegen ist,
 - ii) die sich von der (den) Amtssprache(n) dieses Staates unterscheiden; er umfaßt weder Dialekte der Amtssprache(n) des Staates noch die Sprachen von Zuwanderern;
- b) bezeichnet der Ausdruck „Sprachraum, in dem die Regional- oder Minderheitensprache benutzt wird,“ das geographische Gebiet, in dem die betreffende Sprache das Ausdrucksmittel einer Zahl von Menschen ist, welche die Annahme der in dieser Charta vorgesehenen verschiedenen Schutz- und Fördermaßnahmen rechtfertigt;
- c) bezeichnet der Ausdruck „Sprachen ohne eigenen Sprachraum“ von Angehörigen des Staates benutzte Sprachen, die sich von der (den) von den übrigen Einwohnern des Staates benutzten Sprache(n) unterscheiden, jedoch, obwohl sie herkömmlicherweise im Hoheitsgebiet des betreffenden Staates benutzt werden, keinem bestimmten Gebiet innerhalb dieses Staates zugeordnet werden können.

Artikel 2

Verpflichtungen

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, Teil II auf alle in ihrem Hoheitsgebiet gesprochenen, der Begriffsbestimmung in Artikel 1 entsprechenden Regional- oder Minderheitensprachen anzuwenden.

(2) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, hinsichtlich jeder nach Artikel 3 im Zeitpunkt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung bezeichneten Sprache mindestens fünfunddreißig aus Teil III ausgewählte Absätze oder Buchstaben anzuwenden, darunter mindestens je drei aus den Artikeln 8 und 12 und je einen aus den Artikel 9, 10, 11 und 13.

Artikel 3

Praktische Regelungen

(1) Jeder Vertragsstaat bezeichnet in seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde jede Regional- oder Minderheitensprache oder in seinem gesamten Hoheitsgebiet oder einem Teil desselben weniger verbreitete Amtssprache, auf wel-

che die nach Artikel 2 Absatz 2 ausgewählten Bestimmungen angewendet werden.

(2) Jede Vertragspartei kann jederzeit danach dem Generalsekretär notifizieren, daß sie die Verpflichtungen übernimmt, die sich aus anderen Bestimmungen der Charta ergeben, die sie nicht bereits in ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde bezeichnet hat, oder daß sie Absatz 1 auf andere Regional- oder Minderheitensprachen oder in ihrem gesamten Hoheitsgebiet oder einem Teil desselben weniger verbreitete andere Amtssprachen anwenden wird.

(3) Die in Absatz 2 vorgesehenen Verpflichtungen gelten als Bestandteil der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung und entfalten mit dem Tag ihrer Notifikation dieselbe Wirkung.

Artikel 4

Bestehende Schutzregelungen

(1) Diese Charta ist nicht so auszulegen, als beschränke oder beeinträchtige sie Rechte, die durch die Europäische Menschenrechtskonvention gewährleistet sind.

(2) Diese Charta läßt in einer Vertragspartei bereits bestehende oder in einschlägigen zwei- oder mehrseitigen Übereinkünften vorgesehene günstigere Bestimmungen über den Status der Regional- oder Minderheitensprachen oder die Rechtsstellung der Minderheiten angehörenden Personen unberührt.

Artikel 5

Bestehende Verpflichtungen

(1) Diese Charta ist nicht so auszulegen, als gewähre sie das Recht, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, die gegen die Ziele der Charta der Vereinten Nationen oder sonstige völkerrechtliche Verpflichtungen einschließlich des Grundsatzes der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Staaten verstößt.

Artikel 6

Unterrichtung

Die Vertragsparteien verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß die betroffenen Behörden, Organisationen und Personen von den in dieser Charta festgelegten Rechten und Pflichten in Kenntnis gesetzt werden.

TEIL II
Ziele und Grundsätze in Übereinstimmung mit
Artikel 2 Absatz 1

Artikel 7
Ziele und Grundsätze

(1) Hinsichtlich der Regional- oder Minderheitensprachen legen die Vertragsparteien in den Sprachräumen, in denen solche Sprachen benutzt werden, entsprechend der Lage, in der sich jede Sprache befindet, ihrer Politik, Gesetzgebung und Praxis folgende Ziele und Grundsätze zugrunde:

a) die Anerkennung des Bestehens der Regional- oder Minderheitensprachen als Ausdruck des kulturellen Reichtums;

b) die Achtung des geographischen Gebiets jeder Regional- oder Minderheitensprache, um sicherzustellen, daß bestehende oder neue Verwaltungsgliederungen kein Hindernis für die Förderung der betreffenden Regional- oder Minderheitensprache darstellen,

c) die Notwendigkeit entschlossener Maßnahmen zur Förderung von Regional- oder Minderheitensprachen, um diese zu schützen;

d) die Erleichterung der Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen in Wort und Schrift im öffentlichen und privaten Leben und/oder die Ermutigung zu einer solchen Benutzung;

e) die Erhaltung und Entwicklung von Verbindungen in den von dieser Charta erfaßten Bereichen zwischen Gruppen, die eine Regional- oder Minderheitensprache benutzen, und anderen Gruppen in demselben Staat, die sich einer in gleicher oder ähnlicher Form benutzten Sprache bedienen, sowie die Aufnahme kultureller Beziehungen zu anderen Gruppen in dem Staat, die andere Sprachen benutzen;

f) die Bereitstellung geeigneter Formen und Mittel für das Lehren und Erlernen von Regional- oder Minderheitensprachen auf allen geeigneten Stufen;

g) die Bereitstellung von Einrichtungen, die es Personen, die eine Regional- oder Minderheitensprache nicht sprechen, aber in dem Gebiet leben, in dem sie benutzt wird, ermöglichen, sie zu erlernen, wenn sie dies wünschen;

h) die Förderung des Studiums und der Forschung im Bereich der Regional- oder Minderheitensprachen an Universitäten oder in gleichwertigen Einrichtungen;

i) die Förderung geeigneter Formen des grenzüberschreitenden Austausches in den von dieser Charta erfaßten Bereichen für Regional- oder Minderheitensprachen, die in zwei oder mehr Staaten in gleicher oder ähnlicher Form benutzt werden.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, sofern dies noch nicht geschehen ist, jede ungerechtfertigte Unterscheidung, Ausschließung, Einschränkung oder Bevorzugung zu beseitigen, welche die Benutzung einer Regional- oder Minderheitensprache

betrifft und darauf gerichtet ist, die Beibehaltung oder Entwicklung einer Regional- oder Minderheitensprache zu unterdrücken oder zu gefährden. Die Annahme besonderer Maßnahmen zugunsten der Regional- oder Minderheitensprachen, welche die Gleichberechtigung zwischen den Benutzern dieser Sprachen und der übrigen Bevölkerung fördern sollen oder welche ihre besondere Lage gebührend berücksichtigen, gilt nicht als diskriminierende Handlung gegenüber den Benutzern weiter verbreiteter Sprachen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, durch geeignete Maßnahmen das gegenseitige Verstehen unter allen Sprachgruppen des Landes und insbesondere die Einbeziehung von Achtung, Verständnis und Toleranz gegenüber den Regional- oder Minderheitensprachen in die Ziele der in ihren Ländern vermittelten Bildung und Ausbildung sowie die Ermutigung der Massenmedien zur Verfolgung der gleichen Ziele zu fördern.

(4) Bei der Festlegung ihrer Politik in bezug auf Regional- oder Minderheitensprachen berücksichtigen die Vertragsparteien die Bedürfnisse und Wünsche, die von den Gruppen, die solche Sprachen benutzen, zum Ausdruck gebracht werden. Sie werden ermutigt, erforderlichenfalls Gremien einzusetzen, welche die Behörden in allen Angelegenheiten der Regional- oder Minderheitensprachen beraten sollen.

(5) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die in den Absätzen 1 bis 4 aufgeführten Grundsätze sinngemäß auf Sprachen ohne eigenen Sprachraum anzuwenden. Jedoch werden hinsichtlich dieser Sprachen Art und Umfang der Maßnahmen, die getroffen werden, um dieser Charta Wirksamkeit zu verleihen, flexibel festgelegt, wobei die Bedürfnisse und Wünsche der Gruppen, die diese Sprachen benutzen, berücksichtigt und ihre Traditionen und Eigenarten geachtet werden.

TEIL III

Maßnahmen zur Förderung der Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlichen Leben im Einklang mit den nach Artikel 2 Absatz 2 eingegangenen Verpflichtungen

Artikel 8

Bildung

(1) Im Bereich der Bildung verpflichten sich die Vertragsparteien, in dem Sprachraum, in dem solche Sprachen benutzt werden, entsprechend der Lage, in der sich jede dieser Sprachen befindet, und ohne Beeinträchtigung des Unterrichts der Amtssprache(n) des Staates

a) i) die Vorschulerziehung in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen anzubieten,

ii) einen erheblichen Teil der Vorschulerziehung in den betreffenden Regional-

oder Minderheitensprachen anzubieten,

iii) eine der unter den Ziffern i und ii vorgesehenen Maßnahmen zumindest auf diejenigen Schüler anzuwenden, deren Familien dies beantragen, wobei die Zahl der Schüler als genügend groß angesehen werden muß, oder

iv) für den Fall, daß die staatlichen Stellen keine unmittelbare Zuständigkeit im Bereich der Vorschuleroziehung haben, die Anwendung der unter den Ziffern i bis iii bezeichneten Maßnahmen zu begünstigen und/oder dazu zu ermutigen;

b) i) den Primarschulunterricht in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen anzubieten,

ii) einen erheblichen Teil des Primarschulunterrichts in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen anzubieten,

iii) innerhalb des Primarschulunterrichts den Unterricht der betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen als Bestandteil des Lehrplans vorzusehen oder

iv) eine der unter den Ziffern i bis iii vorgesehenen Maßnahmen zumindest auf diejenigen Schüler anzuwenden, deren Familien dies beantragen, wobei die Zahl der Schüler als genügend groß angesehen werden muß;

c) i) den Sekundarschulunterricht in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen anzubieten,

ii) einen erheblichen Teil des Sekundarschulunterrichts in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen anzubieten,

iii) innerhalb des Sekundarschulunterrichts den Unterricht der betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen als Bestandteil des Lehrplans vorzusehen oder

iv) eine der unter den Ziffern i bis iii vorgesehenen Maßnahmen zumindest auf diejenigen Schüler anzuwenden, die oder jedenfalls deren Familien dies wünschen, wobei deren Zahl als genügend groß angesehen werden muß;

d) i) die berufliche Bildung in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen,

ii) einen erheblichen Teil der beruflichen Bildung in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen anzubieten,

iii) innerhalb der beruflichen Bildung den Unterricht der betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen als Bestandteil des Lehrplans vorzusehen oder

iv) eine der unter den Ziffern i bis iii vorgesehenen Maßnahmen zumindest auf diejenigen Schüler anzuwenden, die oder gegebenenfalls deren Familien dies wünschen, wobei deren Zahl als genügend groß angesehen werden muß;

e) i) Universitäts- und Hochschulunterricht in den Regional- oder Minderheitensprachen anzubieten,

ii) Möglichkeiten für das Studium dieser Sprachen als Universitäts- und Hochschulefächer anzubieten oder

iii) für den Fall, daß wegen der Rolle des Staates in bezug auf Hochschuleinrichtungen die Ziffern i und ii nicht angewendet werden können, die Bereitstellung von Universitäts- und Hochschulunterricht in Regional- oder Minderheitensprachen oder von Möglichkeiten zum Studium dieser Sprachen als Universitäts- oder Hochschulfächer anzuregen und/oder zuzulassen;

f) i) dafür zu sorgen, daß in der Erwachsenen- und Weiterbildung Kurse angeboten werden, die überwiegend oder ganz in den Regional- oder Minderheitensprachen durchgeführt werden,

ii) solche Sprachen als Fächer der Erwachsenen- und Weiterbildung anzubieten oder

iii) für den Fall, daß die staatlichen Stellen keine unmittelbare Zuständigkeit im Bereich der Erwachsenenbildung haben, das Angebot solcher Sprachen als Fächer der Erwachsenen- und Weiterbildung zu begünstigen und/oder dazu zu ermutigen;

g) für den Unterricht der Geschichte und Kultur, die durch die Regional- oder Minderheitensprache zum Ausdruck gebracht werden, Sorge zu tragen;

h) für die Grund- und Weiterbildung der Lehrer zu sorgen, die zur Durchführung derjenigen Bestimmungen der Buchstaben a bis g erforderlich sind, welche die Vertragspartei angenommen hat;

i) ein oder mehrere Aufsichtsorgane einzusetzen, die für die Überwachung der bei der Einführung oder dem Ausbau des Unterrichts der Regional- oder Minderheitensprachen getroffenen Maßnahmen und erzielten Fortschritte sowie für die Ausarbeitung diesbezüglicher regelmäßiger Berichte, die veröffentlicht werden, verantwortlich sind.

(2) Im Bereich der Bildung und hinsichtlich anderer Sprachräume als derjenigen, in denen die Regional- oder Minderheitensprachen herkömmlicherweise benutzt werden, verpflichten sich die Vertragsparteien, wenn die Zahl der Benutzer einer Regional- oder Minderheitensprache dies rechtfertigt, Unterricht der Regional- oder Minderheitensprache oder Unterricht in dieser Sprache auf allen geeigneten Bildungsstufen zuzulassen, anzuregen oder anzubieten.

Artikel 9 **Justizbehörden**

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bezüglich derjenigen Gerichtsbezirke, in denen die Zahl der Einwohner, welche die Regional- oder Minderheitensprachen benutzen, die nachstehenden Maßnahmen rechtfertigt, entsprechend der Lage, in der sich jede dieser Sprachen befindet, und unter der Bedingung, daß die Nutzung der durch diesen Absatz gebotenen Möglichkeiten nach Auffassung des Richters eine ordentliche Rechtspflege nicht behindert,

- a) in Strafverfahren
 - i) dafür zu sorgen, daß die Gerichte auf Antrag einer der Parteien das Verfahren in den Regional- oder Minderheitensprachen durchführen,
 - ii) sicherzustellen, daß der Angeklagte das Recht hat, seine Regional- oder Minderheitensprache zu benutzen,
 - iii) dafür zu sorgen, daß Anträge und Beweismittel, gleichviel ob schriftlich oder mündlich, nicht allein aus dem Grund als unzulässig angesehen werden, daß sie in einer Regional- oder Minderheitensprache abgefaßt sind, und/oder
 - iv) auf Verlangen mit Gerichtsverfahren zusammenhängende Schriftstücke in der betreffenden Regional- oder Minderheitensprache abzufassen, erforderlichenfalls durch Inanspruchnahme von Dolmetschern und Übersetzungen, durch die den Betroffenen keine zusätzlichen Kosten entstehen;
 - b) in zivilrechtlichen Verfahren
 - i) dafür zu sorgen, daß die Gerichte auf Antrag einer der Parteien das Verfahren in den Regional- oder Minderheitensprachen durchführen;
 - ii) zuzulassen, daß eine Prozeßpartei, wenn sie persönlich vor Gericht erscheinen muß, ihre Regional- oder Minderheitensprache benutzen kann, ohne daß ihr dadurch zusätzliche Kosten entstehen, und/oder
 - iii) zuzulassen, daß Urkunden und Beweismittel in den Regional- oder Minderheitensprachen vorgelegt werden, erforderlichenfalls durch Inanspruchnahme von Dolmetschern und Übersetzungen;
 - c) in Verfahren vor Gerichten für Verwaltungssachen
 - i) dafür zu sorgen, daß die Gerichte auf Antrag einer der Parteien das Verfahren in den Regional- oder Minderheitensprachen durchführen,
 - ii) zuzulassen, daß eine Prozeßpartei, wenn sie persönlich vor Gericht erscheinen muß, ihre Regional- oder Minderheitensprache benutzen kann, ohne daß ihr dadurch zusätzliche Kosten entstehen, und/oder
 - iii) zuzulassen, daß Urkunden und Beweismittel in den Regional- oder Minderheitensprachen vorgelegt werden, erforderlichenfalls durch Inanspruchnahme von Dolmetschern und Übersetzungen;
 - d) Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, daß den Betroffenen durch die Anwendung des Buchstabens b und Ziffern i und iii und des Buchstabens c Ziffern i und iii sowie eine etwa erforderliche Inanspruchnahme von Dolmetschern und Übersetzungen keine zusätzlichen Kosten entstehen.
- (2) Die Vertragsparteien verpflichten sich,
- a) die Rechtsgültigkeit von im Inland abgefaßten Rechtsurkunden nicht allein aus

dem Grund zu verneinen, daß sie in einer Regional- oder Minderheitensprache abgefaßt sind,

b) die Rechtsgültigkeit von im Inland abgefaßten Rechtsurkunden im Verhältnis zwischen den Parteien nicht allein aus dem Grund zu verneinen, daß die Urkunden in einer Regional- oder Minderheitensprache abgefaßt sind, und vorzusehen, daß sie gegen beteiligte Dritte, die diese Sprache nicht benutzen, unter der Bedingung angeführt werden können, daß ihnen der Inhalt der Urkunde von der (den) Person(en), welche die Urkunden anführt (anführen), zur Kenntnis gebracht worden ist, oder

c) die Rechtsgültigkeit von im Inland abgefaßten Rechtsurkunden im Verhältnis zwischen den Parteien nicht allein aus dem Grund zu verneinen, daß die Urkunden in einer Regional- oder Minderheitensprache abgefaßt sind.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die wichtigsten Gesetzestexte des Staates sowie diejenigen, welche sich besonders auf Benutzer dieser Sprachen beziehen, in den Regional- oder Minderheitensprachen zur Verfügung zu stellen, sofern sie nicht anderweitig vorhanden sind.

Artikel 10 ***Verwaltungsbehörden*** ***und öffentliche Versorgungsleistungen***

(1) Innerhalb der Verwaltungsbezirke des Staates, in denen die Zahl der Einwohner, die Regional- oder Minderheitensprachen benutzen, die nachstehenden Maßnahmen rechtfertigt, und entsprechend der Lage, in der sich jede Sprache befindet, verpflichten sich die Vertragsparteien, im Rahmen des Zumutbaren

a) i) sicherzustellen, daß die Verwaltungsbehörden die Regional- oder Minderheitensprachen benutzen,

ii) sicherzustellen, daß diejenigen ihrer Bediensteten, die Kontakt mit dem Publikum haben, die Regional- oder Minderheitensprachen in ihrem Umgang mit Personen benutzen, die sich in diesen Sprachen an sie wenden,

iii) sicherzustellen, daß Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen in diesen Sprachen mündliche oder schriftliche Anträge stellen und eine Antwort erhalten,

iv) sicherzustellen, daß Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen in diesen Sprachen mündliche oder schriftliche Anträge stellen können, oder

v) sicherzustellen, daß Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen in diesen Sprachen abgefaßte Urkunden rechtsgültig vorlegen können;

b) allgemein verwendete Verwaltungsbestimmungen und -formulare für die Bevölkerung in den Regional- oder Minderheitensprachen oder zweisprachig anzubieten;

c) zuzulassen, daß die Verwaltungsbehörden Schriftstücke in einer Regional- oder

Minderheitensprache aufsetzen.

(2) Hinsichtlich der Kommunal- und Regionalbehörden, in deren Bezirken die Anzahl der Einwohner, die Regional- oder Minderheitensprachen benutzen, so groß ist, daß die nachstehenden Maßnahmen gerechtfertigt sind, verpflichten sich die Vertragsparteien, folgendes zuzulassen und/oder anzuregen:

a) die Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen innerhalb der Regional- oder Kommunalbehörde;

b) die Möglichkeit, daß Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen mündliche oder schriftliche Anträge in diesen Sprachen stellen;

c) die Veröffentlichung der amtlichen Schriftstücke durch die Regionalbehörden auch in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen;

d) die Veröffentlichung der amtlichen Schriftstücke durch die Kommunalbehörden auch in den betreffenden Regional- oder Minderheitensprachen;

e) die Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen durch Regionalbehörden in ihren Ratsversammlungen, ohne jedoch die Benutzung der Amtssprache(n) des Staates auszuschließen;

f) die Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen durch die Kommunalbehörden in ihren Ratsversammlungen, ohne jedoch die Benutzung der Amtssprache(n) des Staates auszuschließen;

g) die Benutzung oder Annahme der herkömmlichen und korrekten Formen von Ortsnamen in Regional- oder Minderheitensprachen, erforderlichenfalls in Verbindung mit dem Namen in der (den) Amtssprache(n).

(3) Hinsichtlich der öffentlichen Versorgungsleistungen, die von den Verwaltungsbehörden oder in ihrem Namen handelnden anderen Personen erbracht werden, verpflichten sich die Vertragsparteien, in dem Sprachraum, in dem Regional- oder Minderheitensprachen benutzt werden, entsprechend der Lage, in der sich jede Sprache befindet, und im Rahmen des Zumutbaren

a) sicherzustellen, daß die Regional- oder Minderheitensprachen bei der Erbringung der Leistung benutzt werden;

b) zuzulassen, daß Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen in diesen Sprachen einen Antrag stellen und eine Antwort erhalten, oder

c) zuzulassen, daß Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen in diesen Sprachen einen Antrag stellen.

(4) Die Vertragsparteien verpflichten sich, eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen zu treffen, um die von ihnen angenommenen Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 3 in Kraft zu setzen:

a) Übersetzen oder Dolmetschen je nach Bedarf;

b) Einstellung und erforderlichenfalls Ausbildung der erforderlichen Beamten und

sonstigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes;

c) nach Möglichkeit Erfüllung der Wünsche von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die über Kenntnisse in einer Regional- oder Minderheitensprache verfügen, in dem Sprachraum eingesetzt zu werden, in dem diese Sprache benutzt wird.

(5) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Benutzung oder Annahme von Familiennamen in den Regional- oder Minderheitensprachen auf Antrag der Betroffenen zuzulassen.

Artikel 11

Medien

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, für die Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen in den Sprachräumen, in denen diese Sprachen gesprochen werden, entsprechend der Lage, in der sich jede Sprache befindet, und soweit die staatlichen Stellen in diesem Bereich unmittelbar oder mittelbar Zuständigkeit, Befugnisse oder Einfluß haben, unter Achtung des Grundsatzes der Unabhängigkeit und Autonomie der Medien folgende Maßnahmen zu treffen:

- a) soweit Hörfunk und Fernsehen eine öffentliche Aufgabe erfüllen,
 - i) die Schaffung mindestens eines Hörfunksenders und eines Fernsehkanals in den Regional- oder Minderheitensprachen sicherzustellen,
 - ii) zur Schaffung mindestens eines Hörfunksenders und eines Fernsehkanals in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern oder
 - iii) angemessene Vorkehrungen dafür zu treffen, daß Rundfunkveranstalter Sendungen in Regional- oder Minderheitensprachen anbieten;
- b) i) zur Schaffung mindestens eines Hörfunksenders in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern oder
 - ii) zur regelmäßigen Ausstrahlung von Hörfunksendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern;
- c) i) zur Schaffung mindestens eines Fernsehkanals in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern oder
 - ii) zur regelmäßigen Ausstrahlung von Fernsehsendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern;
- d) zur Produktion und Verbreitung von Audio-Werken und audiovisuellen Werken in den Regional- und Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern;
- e) i) zur Schaffung und/oder Erhaltung mindestens einer Zeitung in den Regional- oder Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern oder
 - ii) zur regelmäßigen Veröffentlichung von Zeitungsartikeln in den Regional- oder

Minderheitensprachen zu ermutigen und/oder sie zu erleichtern;

f) i) die zusätzlichen Kosten derjenigen Medien zu decken, die Regional- oder Minderheitensprachen benutzen, wenn das Recht allgemein eine finanzielle Hilfe für die Medien vorsieht;

ii) die bestehenden Maßnahmen für finanzielle Hilfe auch auf audiovisuelle Produktionen in Regional- oder Minderheitensprachen anzuwenden;

g) die Ausbildung von Journalisten und anderem Personal für Medien zu unterstützen, die Regional- oder Minderheitensprachen benutzen.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, den freien direkten Empfang von Hörfunk- und Fernsehsendungen aus Nachbarländern in einer Sprache zu gewährleisten, die in gleicher oder ähnlicher Form wie die Regional- oder Minderheitensprache benutzt wird, und die Weiterverbreitung von Hörfunk- und Fernsehsendungen aus Nachbarländern in einer solchen Sprache nicht zu behindern. Sie verpflichten sich ferner, sicherzustellen, daß die Freiheit der Meinungsäußerung und die freie Verbreitung von Informationen in der Presse in einer Sprache, die in gleicher oder ähnlicher Form wie eine Regional- oder Minderheitensprache benutzt wird, keiner Einschränkung unterworfen werden. Da die Ausübung dieser Freiheiten Pflichten und Verantwortung mit sich bringt, kann sie bestimmten Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafen unterworfen werden, wie sie vom Gesetz vorgeschrieben und in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen Sicherheit, der territorialen Unversehrtheit oder der öffentlichen Sicherheit, der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Verbrechensverhütung, des Schutzes der Gesundheit und der Moral, des Schutzes des guten Rufes oder der Rechte anderer, um die Verbreitung vertraulicher Nachrichten zu verhindern oder das Ansehen und die Unparteilichkeit der Rechtsprechung zu gewährleisten, unentbehrlich sind.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, sicherzustellen, daß die Interessen der Benutzer von Regional- oder Minderheitensprachen innerhalb etwaiger im Einklang mit dem Gesetz gegründeter Gremien, die für die Gewährleistung von Freiheit und Pluralismus der Medien verantwortlich sind, vertreten oder berücksichtigt werden.

Artikel 12

Kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen

(1) In bezug auf kulturelle Einrichtungen und Tätigkeiten - insbesondere Bibliotheken, Videotheken, Kulturzentren, Museen, Archive, Akademien, Theater und Kinos sowie literarische Werke und Filmproduktionen, volkstümliche Formen des kulturellen Ausdrucks, Festspiele und die Kulturindustrien, einschließlich des Einsatzes neuer Technologien - verpflichten sich die Vertragsparteien, in dem Sprachraum, in dem solche Sprachen benutzt werden, soweit die staatlichen Stellen in diesem Bereich Zu-

ständigkeit, Befugnisse oder Einfluß haben,

a) den Regional- oder Minderheitensprachen eigene Arten des Ausdrucks und der Initiative sowie die verschiedenen Zugangsmöglichkeiten zu den in diesen Sprachen geschaffenen Werken zu fördern;

b) die verschiedenen Zugangsmöglichkeiten zu den in Regional- oder Minderheitensprachen geschaffenen Werken in anderen Sprachen zu fördern, indem sie Tätigkeiten auf dem Gebiet der Übersetzung, Synchronisation, Nachsynchronisation und Untertitelung unterstützen und ausbauen;

c) den Zugang in Regional- oder Minderheitensprachen zu Werken zu fördern, die in anderen Sprachen geschaffen worden sind, indem sie Tätigkeiten auf dem Gebiet der Übersetzung, Synchronisation, Nachsynchronisation und Untertitelung unterstützen und ausbauen;

d) sicherzustellen, daß die für die Durchführung oder Unterstützung kultureller Tätigkeiten verschiedener Art verantwortlichen Gremien bei den Unternehmungen, die sie ins Leben rufen oder unterstützen, in angemessener Weise dafür sorgen, daß die Kenntnis und Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen und -kulturen berücksichtigt werden;

e) Maßnahmen zu unterstützen, um sicherzustellen, daß die für die Durchführung oder Unterstützung kultureller Tätigkeiten verantwortlichen Gremien über Personal verfügen, das die betreffende Regional- oder Minderheitensprache sowie die Sprache(n) der übrigen Bevölkerung beherrscht;

f) die unmittelbare Mitwirkung von Vertretern der Benutzer einer bestimmten Regional- oder Minderheitensprache bei der Bereitstellung von Einrichtungen und der Planung kultureller Tätigkeiten anzuregen;

g) die Schaffung eines oder mehrerer Gremien anzuregen und/oder zu erleichtern, die für die Sammlung, Aufbewahrung und Aufführung oder Veröffentlichung von in den Regional- oder Minderheitensprachen geschaffenen Werken verantwortlich sind;

h) erforderlichenfalls Übersetzungs- und Terminologieforschungsdienste zu schaffen und/oder zu fördern und zu finanzieren, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung und Entwicklung geeigneter Terminologie in jeder Regional- oder Minderheitensprache für die Bereiche Verwaltung, Handel, Wirtschaft, Gesellschaft, Technik oder Recht.

(2) Hinsichtlich anderer Sprachräume als derjenigen, in denen die Regional- oder Minderheitensprachen herkömmlicherweise benutzt werden, verpflichten sich die Vertragsparteien, wenn die Zahl der Benutzer einer Regional- oder Minderheitensprache dies rechtfertigt, geeignete kulturelle Tätigkeiten und Einrichtungen in Übereinstimmung mit Absatz 1 zuzulassen, anzuregen und/oder anzubieten.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei der Verfolgung ihrer Kulturpolitik im Ausland Regional- oder Minderheitensprachen und die in ihnen zum Ausdruck kommenden Kulturen angemessen zu berücksichtigen.

Artikel 13

Wirtschaftliches und soziales Leben

(1) In bezug auf wirtschaftliche und soziale Tätigkeiten verpflichten sich die Vertragsparteien, im ganzen Land

a) aus ihrem Recht jede Bestimmung zu entfernen, welche die Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen in Urkunden betreffend das wirtschaftliche oder soziale Leben, insbesondere Arbeitsverträgen, sowie in technischen Schriftstücken wie Gebrauchsanweisungen für Erzeugnisse oder Anlagen ohne triftigen Grund verbietet oder einschränkt;

b) die Aufnahme von Klauseln, welche die Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen ausschließen oder einschränken, in innerbetriebliche Vorschriften oder Privaturkunden zumindest zwischen Benutzern derselben Sprache zu verbieten;

c) Praktiken entgegenzutreten, die von der Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen im Zusammenhang mit wirtschaftlichen oder sozialen Tätigkeiten abhalten sollen;

d) die Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen durch andere als die unter den Buchstaben a bis c genannten Mittel zu erleichtern und/oder dazu zu ermutigen.

(2) In bezug auf wirtschaftliche und soziale Tätigkeiten verpflichten sich die Vertragsparteien, soweit die staatlichen Stellen zuständig sind, in dem Sprachraum, in dem die Regional- oder Minderheitensprachen benutzt werden, im Rahmen des Zumutbaren

a) in ihre Finanz- und Bankvorschriften Bestimmungen aufzunehmen, die unter Bedingungen, welche mit den Handelsbräuchen vereinbar sind, die Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen beim Ausstellen von Zahlungsanweisungen (Schecks, Wechseln usw.) oder sonstigen Finanzdokumenten ermöglichen, oder gegebenenfalls die Durchführung solcher Bestimmungen sicherzustellen;

b) in den ihrer unmittelbaren Kontrolle unterstehenden Wirtschafts- und Sozialbereichen (öffentlicher Sektor) Maßnahmen zur Förderung der Benutzung von Regional- oder Minderheitensprachen durchzuführen;

c) sicherzustellen, daß soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser, Altersheime und Heime die Möglichkeit bieten, Benutzer einer Regional- oder Minderheitensprache, die aufgrund von Krankheit, Alter oder aus anderen Gründen der Betreuung bedür-

fen, in deren eigener Sprache aufzunehmen und zu behandeln;

d) durch geeignete Mittel sicherzustellen, daß Sicherheitsvorschriften auch in Regional- oder Minderheitensprachen zugänglich sind;

e) dafür zu sorgen, daß von den zuständigen staatlichen Stellen zur Verfügung gestellte Informationen über die Rechte der Verbraucher in Regional- oder Minderheitensprachen erhältlich sind.

Artikel 14

Grenzüberschreitender Austausch

Die Vertragsparteien verpflichten sich,

a) bestehende zwei- und mehrseitige Übereinkünfte anzuwenden, die sie mit den Staaten verbinden, in denen dieselbe Sprache in gleicher oder ähnlicher Form benutzt wird, oder sich erforderlichenfalls um den Abschluß solcher Übereinkünfte zu bemühen, um dadurch Kontakte zwischen den Benutzern derselben Sprache in den betreffenden Staaten in den Bereichen Kultur, Bildung, Information, Berufsbildung und Weiterbildung zu fördern;

b) zugunsten von Regional- oder Minderheitensprachen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit insbesondere zwischen Regional- oder Kommunalbehörden zu erleichtern und zu fördern, in deren Bezirken dieselbe Sprache in gleicher oder ähnlicher Form benutzt wird.

TEIL IV

Anwendung der Charta

Artikel 15

Regelmäßige Berichte

(1) Die Vertragsparteien legen dem Generalsekretär des Europarats in einer vom Ministerkomitee zu bestimmenden Form in regelmäßigen Abständen einen Bericht über ihre in Übereinstimmung mit Teil II verfolgte Politik und über die in Anwendung der von ihnen angenommenen Bestimmungen des Teiles III getroffenen Maßnahmen vor. Der erste Bericht wird innerhalb eines Jahres vorgelegt, das auf das Inkrafttreten der Charta für die betreffende Vertragspartei folgt, die weiteren Berichte in Abständen von drei Jahren nach Vorlage des ersten Berichts.

(2) Die Vertragsparteien veröffentlichen ihre Berichte.

Artikel 16

Prüfung der Berichte

(1) Die dem Generalsekretär des Europarats nach Artikel 15 vorgelegten Berichte werden durch einen nach Artikel 17 eingesetzten Sachverständigenausschuß geprüft.

(2) In einer Vertragspartei rechtmäßig gegründete Organisationen oder Vereinigungen können den Sachverständigenausschuß auf Fragen aufmerksam machen, die sich auf die von der betreffenden Vertragspartei nach Teil III eingegangenen Verpflichtungen beziehen. Nach Konsultierung der betroffenen Vertragspartei kann der Sachverständigenausschuß diese Angaben bei der Ausarbeitung des in Absatz 3 genannten Berichts berücksichtigen. Diese Organisationen oder Vereinigungen können außerdem Erklärungen zu der von einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit Teil II verfolgten Politik vorlegen.

(3) Auf der Grundlage der in Absatz 1 genannten Berichte und der in Absatz 2 erwähnten Angaben arbeitet der Sachverständigenausschuß einen Bericht für das Ministerkomitee aus. Diesem Bericht werden die Stellungnahmen, um welche die Vertragsparteien ersucht wurden, beigefügt; er kann vom Ministerkomitee veröffentlicht werden.

(4) Der in Absatz 3 genannte Bericht enthält insbesondere die Vorschläge des Sachverständigenausschusses an das Ministerkomitee für die Ausarbeitung der etwa erforderlichen Empfehlungen des Ministerkomitees an eine oder mehrere Vertragsparteien.

(5) Der Generalsekretär des Europarats erstattet der Parlamentarischen Versammlung alle zwei Jahre ausführlich Bericht über die Anwendung der Charta.

Artikel 17

Sachverständigenausschuß

(1) Der Sachverständigenausschuß besteht aus einem Mitglied je Vertragspartei, das vom Ministerkomitee aus einer Liste von durch die betreffende Vertragspartei vorgeschlagenen Persönlichkeiten von höchster Integrität und anerkannter Sachkenntnis in den durch die Charta erfaßten Angelegenheiten ausgewählt wird.

(2) Die Mitglieder des Ausschusses werden für die Dauer von sechs Jahren ernannt; Wiederernennung ist zulässig. Kann ein Mitglied seine Amtszeit nicht beenden, so wird es nach dem in Absatz 1 festgelegten Verfahren abgelöst; das an seine Stelle tretende Mitglied vollendet die Amtszeit seines Vorgängers.

(3) Der Sachverständigenausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Sein Sekretariat wird durch den Generalsekretär des Europarats versehen.

TEIL V

Schlußbestimmungen

Artikel 18

Diese Charta liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf. Sie bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, An-

nahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

Artikel 19

(1) Diese Charta tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf Mitgliedstaaten des Europarats nach Artikel 18 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch die Charta gebunden zu sein.

(2) Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch die Charta gebunden zu sein, tritt sie am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 20

(1) Nach Inkrafttreten dieser Charta kann das Ministerkomitee des Europarats jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats einladen, der Charta beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt die Charta am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 21

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einen oder mehrere Vorbehalte zu Artikel 7 Absätze 2 bis 5 anbringen. Weitere Vorbehalte sind nicht zulässig.

(2) Jeder Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 1 angebracht hat, kann ihn durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Rücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 22

(1) Jede Vertragspartei kann diese Charta jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 23

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates und jedem Staat, der dieser Charta beigetreten ist,

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Charta nach den Artikeln 19 und 20;
- d) jede nach Artikel 3 Absatz 2 eingegangene Notifikation;
- e) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit dieser Charta.“

Europarat

Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

Zur Unterzeichnung aufgelegt am 1. Februar 1995

Übersetzung des Bundesjustizministeriums, Bonn

„Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Staaten, die dieses Rahmenübereinkommen unterzeichnen -

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu wahren und zu fördern;

in der Erwägung, daß eines der Mittel zur Erreichung dieses Zieles in der Wahrung und in der Entwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten besteht;

in dem Wunsch, die Wiener Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats vom 9. Oktober 1993 in die Tat umzusetzen;

entschlossen, das Bestehen nationaler Minderheit in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zu schützen;

in der Erwägung, daß die Umwälzungen in der europäischen Geschichte gezeigt haben, daß der Schutz nationaler Minderheiten für Stabilität, demokratische Sicherheit und Frieden auf diesem Kontinent wesentlich ist;

in der Erwägung, daß eine pluralistische und wahrhaft demokratische Gesellschaft nicht nur die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität aller Angehörigen einer nationalen Minderheit achten, sondern auch angemessene Bedingungen schaffen sollte, die es ihnen ermöglichen, diese Identität zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und zu entwickeln;

in der Erwägung, daß es notwendig ist, ein Klima der Toleranz und des Dialogs zu schaffen, damit sich die kulturelle Vielfalt für jede Gesellschaft als Quelle und Faktor nicht der Teilung, sondern der Bereicherung erweisen kann;

in der Erwägung, daß die Entwicklung eines toleranten und blühenden Europas nicht allein von der Zusammenarbeit zwischen den Staaten abhängt, sondern auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unter Achtung der Verfassung und der territorialen Unversehrtheit eines jeden Staates bedarf;

im Hinblick auf die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Protokolle dazu;

im Hinblick auf die den Schutz nationaler Minderheiten betreffenden Verpflichtungen, die in Übereinkommen und Erklärungen der Vereinten Nationen und in den Dokumenten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere dem Kopenhagener Dokument vom 29. Juni 1990, enthalten sind;

entschlossen, die zu achtenden Grundsätze und die sich aus ihnen ergebenden Verpflichtungen festzulegen, um in den Mitgliedstaaten und in den anderen Staaten, die gegebenenfalls Vertragsparteien dieser Übereinkunft werden, den wirksamen Schutz nationaler Minderheiten sowie der Rechte und Freiheiten der Angehörigen dieser Minderheiten unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der territorialen Unversehrtheit und der nationalen Souveränität der Staaten zu gewährleisten;

gewillt, die in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze mittels innerstaatlicher Rechtsvorschriften und geeigneter Regierungspolitik durchzuführen

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt I

Artikel 1

Der Schutz nationaler Minderheiten und der Rechte und Freiheiten von Angehörigen dieser Minderheiten ist Bestandteil des internationalen Schutzes der Menschenrechte und stellt somit einen Bereich internationaler Zusammenarbeit dar.

Artikel 2

Dieses Rahmenübereinkommen ist nach Treu und Glauben, im Geist der Verständigung und Toleranz und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen guter Nachbarschaft, freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten anzuwenden.

Artikel 3

(1) Jeder Angehörige einer nationalen Minderheit hat das Recht, frei zu entscheiden, ob er als solcher behandelt werden möchte oder nicht; aus dieser Entscheidung oder der Ausübung der mit dieser Entscheidung verbundenen Rechte dürfen ihm

keine Nachteile erwachsen.

(2) Angehörige nationaler Minderheiten können die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, einzeln sowie in Gemeinschaft mit anderen ausüben und genießen.

Abschnitt II

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, den Angehörigen nationaler Minderheiten das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf gleichen Schutz durch das Gesetz zu gewährleisten. In dieser Hinsicht ist jede Diskriminierung aus Gründen der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verboten.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, erforderlichenfalls angemessene Maßnahmen vorzusehen, um in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens die vollständige und tatsächliche Gleichheit zwischen den Angehörigen einer nationalen Minderheit und den Angehörigen der Mehrheit zu fördern. In dieser Hinsicht berücksichtigen sie in gebührender Weise die besonderen Bedingungen der Angehörigen nationaler Minderheiten.

(3) Die nach Absatz 2 vorgesehenen Maßnahmen werden nicht als Diskriminierung angesehen.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Bedingungen zu fördern, die es Angehörigen nationaler Minderheiten gestatten, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität, nämlich ihre Religion, ihre Sprache, ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe, zu bewahren.

(2) Unbeschadet der Maßnahmen, die im Rahmen ihrer allgemeinen Integrationspolitik getroffen werden, sehen die Vertragsparteien von Zielsetzungen oder Praktiken ab, die auf die Assimilierung von Angehörigen nationaler Minderheiten gegen deren Willen gerichtet sind, und schützen diese Menschen vor jeder auf eine solche Assimilierung gerichteten Maßnahme.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien fördern den Geist der Toleranz und des interkulturellen Dialogs und treffen wirksame Maßnahmen zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Verständnisses sowie der Zusammenarbeit zwischen allen in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Menschen unabhängig von deren ethnischer, kultureller, sprachlicher oder religiöser Identität, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, angemessene Maßnahmen zu treffen, um Menschen zu schützen, die wegen ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität diskriminierenden, feindseligen oder gewalttätigen Handlungen oder der Androhung solcher Handlungen ausgesetzt sein können.

Artikel 7

Die Vertragsparteien stellen sicher, daß das Recht aller Angehörigen einer nationalen Minderheit, sich friedlich zu versammeln und sich frei zusammenzuschließen, sowie ihr Anspruch auf freie Meinungsäußerung und auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit geachtet werden.

Artikel 8

Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jeder Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht hat, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden sowie religiöse Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen zu gründen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß das Recht jedes Angehörigen einer nationalen Minderheit auf freie Meinungsäußerung die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen in der Minderheitensprache ohne Eingriffe öffentlicher Stellen und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen einschließt. Die Vertragsparteien stellen im Rahmen ihrer Rechtsordnung sicher, daß Angehörige einer nationalen Minderheit in bezug auf ihren Zugang zu den Medien nicht diskriminiert werden.

(2) Absatz 1 schließt nicht aus, daß die Vertragsparteien Hörfunk-, Fernseh- oder Lichtspielunternehmen ohne Diskriminierung und auf der Grundlage objektiver Kriterien einem Genehmigungsverfahren unterwerfen.

(3) Die Vertragsparteien hindern Angehörige nationaler Minderheiten nicht daran, Printmedien zu schaffen und zu nutzen. Innerhalb des gesetzlichen Rahmens für Hörfunk und Fernsehen stellen sie soweit wie möglich und unter Berücksichtigung des Absatzes 1 sicher, daß Angehörigen nationaler Minderheiten die Möglichkeit gewährt wird, eigene Medien zu schaffen und zu nutzen.

(4) Die Vertragsparteien sehen im Rahmen ihrer Rechtsordnung angemessene Maßnahmen vor, um Angehörigen nationaler Minderheiten den Zugang zu den Medien zu erleichtern sowie Toleranz zu fördern und kulturellen Pluralismus zuzulassen.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jeder Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht hat, seine Minderheitensprache privat und in der Öffentlichkeit mündlich und schriftlich frei und ungehindert zu gebrauchen.

(2) In Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten traditionell oder in beträchtlicher Zahl bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien, sofern die Angehörigen dieser Minderheiten dies wünschen und dieser Wunsch einem tatsächlichen Bedarf entspricht, soweit wie möglich die Voraussetzungen dafür sicherzustellen, daß im Verkehr zwischen den Angehörigen dieser Minderheiten und den Verwaltungsbehörden die Minderheitensprache gebraucht werden kann.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, das Recht jedes Angehörigen einer nationalen Minderheit zu gewährleisten, umgehend in einer Sprache, die er versteht, über die Gründe für seine Festnahme und über die Art und den Grund einer gegen ihn erhobenen Beschuldigung in Kenntnis gesetzt zu werden sowie sich in dieser Sprache, erforderlichenfalls unter unentgeltlicher Hinzuziehung eines Dolmetschers, zu verteidigen.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jeder Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht hat, seinen Familiennamen (Vaternamen) und seine Vornamen in der Minderheitensprache zu führen, sowie das Recht auf amtliche Anerkennung dieser Namen, wie dies nach ihrer Rechtsordnung vorgesehen ist.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jeder Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht hat, für die Öffentlichkeit sichtbar Schilder, Inschriften und andere Mitteilungen privater Art in seiner Minderheitensprache anzubringen.

(3) In Gebieten, die traditionell von einer beträchtlichen Anzahl von Angehörigen einer nationalen Minderheit bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Rechtsordnung, einschließlich etwaiger Übereinkünfte mit anderen Staaten, und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Gegebenheiten, traditionelle Ortsnamen, Straßennamen und andere für die Öffentlichkeit bestimmte topographische Hinweise, wenn ausreichende Nachfrage besteht, auch in der Minderheitensprache anzubringen.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien treffen erforderlichenfalls Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildung und der Forschung, um die Kenntnis der Kultur, Geschichte, Sprache und Religion ihrer nationalen Minderheiten wie auch der Mehrheit zu fördern.

(2) In diesem Zusammenhang sehen die Vertragsparteien unter anderem angemessene Möglichkeiten für die Lehrerausbildung und den Zugang zu Lehrbüchern vor und erleichtern Kontakte zwischen Schülern und Lehrern aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Chancengleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten beim Zugang zu allen Bildungsstufen zu fördern.

Artikel 13

(1) Im Rahmen ihrer Bildungssysteme erkennen die Vertragsparteien an, daß Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht haben, eigene private Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu gründen und zu betreiben.

(2) Die Ausübung dieses Rechts bringt für die Vertragsparteien keine finanziellen Verpflichtungen mit sich.

Artikel 14

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jeder Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht hat, seine Minderheitensprache zu erlernen.

(2) In Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten traditionell oder in beträchtlicher Zahl bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien, wenn ausreichende Nachfrage besteht, soweit wie möglich und im Rahmen ihres Bildungssystems sicherzustellen, daß Angehörige dieser Minderheiten die Möglichkeit haben, die Minderheitensprache zu erlernen oder in ihr unterrichtet zu werden.

(3) Die Durchführung des Absatzes 2 berührt nicht das Erlernen der Amtssprache oder den Unterricht in dieser Sprache.

Artikel 15

Die Vertragsparteien schaffen die notwendigen Voraussetzungen für die wirksame Teilnahme von Angehörigen nationaler Minderheiten am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben und an öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere denjenigen, die sie betreffen.

Artikel 16

Die Vertragsparteien sehen von Maßnahmen ab, welche die Bevölkerungsverhältnisse in von Angehörigen nationaler Minderheiten bewohnten Gebieten verändern und darauf gerichtet sind, die Rechte und Freiheiten einzuschränken, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben.

Artikel 17

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, nicht in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten einzugreifen, ungehindert und friedlich Kontakte über Grenzen hinweg mit Personen herzustellen und zu pflegen, die sich rechtmäßig in anderen Staaten aufhalten, insbesondere zu Personen mit derselben ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität oder mit demselben kulturellen Erbe.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich, nicht in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten auf Teilnahme an der Tätigkeit nichtstaatlicher Organisationen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene einzugreifen.

Artikel 18

(1) Die Vertragsparteien bemühen sich, erforderlichenfalls zwei- und mehrseitige Übereinkünfte mit anderen Staaten, insbesondere Nachbarstaaten, zu schließen, um den Schutz von Angehörigen der betroffenen nationalen Minderheiten sicherzustellen.

(2) Gegebenenfalls treffen die Vertragsparteien Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Artikel 19

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze zu achten und zu verwirklichen und dabei erforderlichenfalls nur die Beschränkungen, Einschränkungen oder Abweichungen vorzunehmen, die in völkerrechtlichen Übereinkünften, insbesondere der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und den Protokollen dazu, vorgesehen sind, soweit sie für die sich aus den genannten Grundsätzen ergebenden Rechte und Freiheiten von Belang sind.

Abschnitt III

Artikel 20

Bei der Ausübung der Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, hat jeder Angehörige einer nationalen Minderheit die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und die Rechte anderer, insbesondere diejenigen von Angehörigen der Mehrheit oder anderer nationaler Minderheiten, zu achten.

Artikel 21

Dieses Rahmenübereinkommen ist nicht so auszulegen, als gewähre es einem einzelnen das Recht, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, die

den wesentlichen Grundsätzen des Völkerrechts, insbesondere der souveränen Gleichheit, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der Staaten, zuwiderläuft.

Artikel 22

Dieses Rahmenübereinkommen ist nicht so auszulegen, als beschränke oder schmälere es die Menschenrechte und Grundfreiheiten, die nach den Gesetzen einer Vertragspartei oder nach einer anderen Übereinkunft, deren Vertragspartei sie ist, gewährleistet sind.

Artikel 23

Die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, sind, soweit sie Gegenstand einer entsprechenden Bestimmung, in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder den Protokollen dazu sind, in Übereinstimmung mit diesen zu verstehen.

Abschnitt IV

Artikel 24

(1) Das Ministerkomitee des Europarats überwacht die Durchführung dieses Rahmenübereinkommens durch die Vertragsparteien.

(2) Vertragsparteien, die nicht Mitglieder des Europarats sind, nehmen am Durchführungsmechanismus in einer noch zu bestimmenden Art und Weise teil.

Artikel 25

(1) Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens für eine Vertragspartei übermittelt diese dem Generalsekretär des Europarats vollständige Informationen über die Gesetzgebungsmaßnahmen und andere Maßnahmen, die sie zur Verwirklichung der in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze getroffen hat.

(2) Danach übermittelt jede Vertragspartei dem Generalsekretär regelmäßig und sooft das Ministerkomitee dies verlangt jede weitere Information, die für die Durchführung dieses Rahmenübereinkommens von Belang ist.

(3) Der Generalsekretär leitet die nach diesem Artikel übermittelten Informationen dem Ministerkomitee zu.

Artikel 26

(1) Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Maßnahmen, die von den Vertragsparteien zur Durchführung der in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze getroffen wurden, wird das Ministerkomitee von einem beratenden Ausschuß unterstützt, dessen Mitglieder anerkanntes Fachwissen auf dem Gebiet des Schutzes nationaler Minderheiten besitzen.

(2) Die Zusammensetzung dieses beratenden Ausschusses und sein Verfahren werden vom Ministerkomitee innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens festgelegt.

Abschnitt V

Artikel 27

Dieses Rahmenübereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf. Bis zum Tag des Inkrafttretens liegt das Übereinkommen auch für jeden anderen vom Ministerkomitee dazu eingeladenen Staat zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

Artikel 28

(1) Dieses Rahmenübereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem zwölf Mitgliedstaaten des Europarats nach Artikel 27 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(2) Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Rahmenübereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Artikel 29

(1) Nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens und nach Konsultation der Vertragsstaaten kann das Ministerkomitee des Europarats durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit gefaßten Beschluß den Nichtmitgliedstaat des Europarats, der nach Artikel 27 eingeladen wurde, zu unterzeichnen, dies aber noch nicht getan hat, und jeden anderen Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt das Rahmenübereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterle-

gung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

Artikel 30

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt, bezeichnen, auf die dieses Rahmenübereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Rahmenübereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Rahmenübereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 31

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Rahmenübereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats berichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

Artikel 32

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates, anderen Unterzeichnerstaaten auf jedem Staat, der diesem Rahmenübereinkommen beigetreten ist,

- (a) jede Unterzeichnung;
- (b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- (c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Rahmenübereinkommens nach den Artikeln 28, 29 und 30;
- (d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Rahmenübereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses

Rahmenübereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 1. Februar 1995 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats und allen zur Unterzeichnung dieses Rahmenübereinkommens oder zum Beitritt dazu eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.“

Literatur

- Althaus, Hans Peter/ Henne, Helmut/ Wiegand, Herbert Ernst (1980):
Lexikon der Germanistischen Linguistik: Studienausgabe III. Tübingen: Niemeyer
- Ammon, Ulrich/ Dittmar, Norbert/ Mattheier, Klaus J. (Hrsg.) (1987):
Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Bd. 3.1.
Sociolinguistics - Soziolinguistik. Berlin, New York: de Gruyter
- Ammon, Ullrich/ Dittmar, Norbert/ Mattheier, Klaus J. (Hrsg.) (1988):
Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Bd. 3.2.
Sociolinguistics - Soziolinguistik. Berlin, New York: de Gruyter
- Arntz, Reiner (1996):
Der Forschungsbereich "Sprache und Recht" an der Europäischen Akademie
Bozen. In: Lebende Sprachen, 1/1996, 5-8
- Arntz, Reiner (1998):
Überlegungen zu einer praxisorientierten Forschung im Bereich der Ange-
wandten Sprachwissenschaft. In: Holzer, P./ Feyrer, C. (Hrsg.) (1998), 29-42
- Arntz, Reiner/ Mayer, Felix (1996):
Vergleichende Rechtsterminologie und Sprachdatenverarbeitung - das Beispiel
Südtirol. In: Lauer, A./ Gerzymisch-Arbogast, H./ Haller, J./ Steiner, E.
(Hrsg.) (1996), 117-129
- Arntz, Reiner/ Picht, Heribert (1991):
Einführung in die Terminologearbeit. Band 2. (= Studien zu Sprache und
Technik 2) Hildesheim: Olms
- ASTAT (1996) - Landesinstitut für Statistik (Hrsg.):
Statistisches Jahrbuch für Südtirol 1996. Bozen: Landesinstitut für Statistik
- Atz, Hermann/ Buson, Ornella (Hrsg.) (1992):
Interethnische Beziehungen. Leben in einer mehrsprachigen Gesellschaft.
Bericht der Akademiegespräche '92, 15.2.1992. Autonome Provinz Bozen/
Südtirol; Bozen: Landesinstitut für Statistik
- Auger, Pierre (1984):
La francisation et la terminologie: l'aménagement terminologique. In:
Rondeau, G./ Sager, J.C. (eds.) (1984), 47-55
- Bachmann, Uschi (1994):
Sprachpolitik in Katalonien: eine Untersuchung zur Methodik und Akzeptanz
von Sprachplanung. Diplomarbeit, Universität Hildesheim, Fachbereich III

- Bauer, Max/ König, Bernhard/ Zanon, Heinz (Hrsg.) (1982):
 Italienische Zivilprozeßordnung - Codice di Procedura Civile. Zweisprachige
 Ausgabe. Bozen: Athesia
- Bauer, Roland (1994):
 Deutsch als Amtssprache in Südtirol. In: Terminologie et Traduction 1 (1994),
 63-84
- Benoît-Rohmer, Florence (1995):
 La Convention-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités
 nationales. In: European Journal of International Law, Bd. 6, Nr. 4 (1995),
 573-597
- Bernecker, Walther L. et al. (1990):
 Spanien-Lexikon: Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft. München: Beck
- Bersch, Helmut/ Fernández-Sevilla, Julio/ Felixberger, Josef (1987):
 Die spanische Sprache: Verbreitung, Geschichte, Struktur. München: Hueber
- Besch, Werner/ Knoop, Ulrich/ Putschke, Wolfgang/ Wiegand, Herbert
 Ernst (Hrsg.) (1983):
 Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Bd. 1.2. Dialek-
 tologie. Berlin, New York: de Gruyter
- Bierbach, Christine/ Reixach, Modest (1988):
 "Katalonien". In: Ammon, U./ Dittmar, N./ Mattheier, K.J. (Hrsg.) (1988),
 1324-1334
- Blanke, Detlev (1985):
 Internationale Plansprachen. Eine Einführung. Berlin: Akademie-Verlag
- Blatt, Achim/ Freigang, Karl-Heinz/ Schmitz, Klaus-Dirk/ Thome, Gisela
 (1985):
 Computer und Übersetzen - Eine Einführung. Hildesheim, Zürich, New York:
 Olm
- Bliss, Alan (1982):
 The Standardization of Irish. In: Hederman, M.P. and Kearney, R. (eds.)
 (1982), 908-914
- Bochmann, Klaus (1989):
 Regional - und Nationalitätensprachen in Frankreich, Italien und Spanien.
 Leipzig: Verlag Enzyklopädie
- Bochmann, Klaus (Hrsg.) (1993):
 Theorie und Methoden der Sprachpolitik und ihrer Analyse. In: Leipziger

Forschungsgruppe „Soziolinguistik“ (1993), 3-62

Bonell, Lukas/ Winkler, Ivo (1994):

Südtirols Autonomie. Beschreibung der autonomen Gesetzgebungs- und Verwaltungszuständigkeiten des Landes Südtirol. Bozen: Autonome Provinz Bozen-Südtirol

Born, Joachim (1992):

Untersuchungen zur Mehrsprachigkeit in den ladinischen Dolomitentälern: Ergebnisse einer soziolinguistischen Befragung. Wilhelmsfeld: Egert

Buson, Ornella (1992):

Bilinguismo, relazioni interetniche e formazione: risultati dell'indagine Astat 1991. In: Atz, H./ Buson, O. (Hrsg.) (1992), 101-115

Cabré, M. Teresa (1992):

La terminologia: la teoria, els mètodes, les aplicacions. Barcelona: Empúries

Calvet, Louis-Jean (1987):

La guerre des langues et les politiques linguistiques. Paris: Payot.

Carli, Augusto (1993):

Ipotesi per un'educazione plurilingue in Alto Adige/Südtirol. In: Quaderni di lingue e letterature, 18/1993, 225-248

Cavagnoli, Stefania/ Nardin, Francesca (1997):

L'apprendimento della seconda lingua in Alto Adige. Difficoltà, motivazioni, aspettative. Bozen: Europäische Akademie Bozen

Cavagnoli, Stefania/ Veronesi, Daniela (1998):

Glottodidattica settoriale modularizzata per gruppi specifici: l'italiano per giuristi ed economisti. Bozen: Europäische Akademie Bozen

Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) (1994):

Opiniones y actitudes: Conocimiento y uso de las lenguas en España: Investigación sobre el conocimiento y uso de las lenguas cooficiales en las Comunidades Autónomas bilingües. Madrid: Centro de investigaciones sociológicas

Commins, Patrick (1988):

Socioeconomic development and language maintenance in the Gaeltacht. In: Ó Riagáin, Pádraig (ed.) (1988), 11-28

Coulmas, Florian (1985):

Sprache und Staat: Studien zur Sprachplanung und Sprachpolitik. Berlin: de Gruyter

- Crystal, David (1993):
Die Cambridge Enzyklopädie der Sprache. Frankfurt am Main: Campus
- De Bhaldraithe, Tomás (1987):
English-Irish Dictionary. An Deichiú Cló (10. Auflage). Dublin: An Gúm
- Dieckmann (1980):
Sprachlenkung/Sprachkritik. In: Althaus, H.P./ Henne, H./ Wiegand, H.E. (Hrsg.) (1980), 508-515
- DIN 2330 (Dezember 1993):
Begriffe und Benennungen: Allgemeine Grundsätze. Berlin: Beuth
- DIN 2331 (April 1980):
Begriffssysteme und ihre Darstellung. Berlin: Beuth
- DIN 2332 (Februar 1988):
Benennen international übereinstimmender Begriffe. Berlin: Beuth
- DIN 2342 Teil 1 (Oktober 1992):
Begriffe der Terminologielehre. Berlin: Beuth
- Duarte, Carles (1993):
Llengua i administració. Barcelona: Columna
- Eco, Umberto (1993):
La ricerca della lingua perfetta nella cultura europea. Roma, Bari: Laterza
- Felber, Helmut/ Budin, Gerhard (1989):
Terminologie in Theorie und Praxis. Tübingen: Narr
- Felber, Helmut/ Lang, Friedrich Hans (1979):
Univ. - Prof. Dr. Eugen Wüster - Würdigung der Person und des Wissenschaftlers. In: Felber, H./ Lang, F./ Wersig, G. (Hrsg.) (1979), 15ff.
- Felber, Helmut/ Lang, Friedrich/ Wersig, Gernot (Hrsg.) (1979):
Terminologie als angewandte Wissenschaft - Gedenkschrift für Eugen Wüster. München, u.a.: K.G. Saur
- Fenet, Alain (1995):
Le droit et les minorités. Bruxelles: Bruylant
- Ferguson, Charles A. (1959):
Diglossia. In: Word 15/ 1959, 325-340
- Fishman, Joshua (1975):
Soziologie der Sprache: Eine interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Betrachtung

- tung der Sprache in der Gesellschaft. München: Hueber
- Frowein, Jochen Abr./ Hofmann, Rainer/ Oeter, Stefan (Hrsg.) (1993):
Das Minderheitenrecht europäischer Staaten. Berlin u.a.: Springer
- Giordan, Henri (ed.) (1992):
Les minorités en Europe - Droits Linguistiques et Droits de l'Homme. Paris: Kimé
- Grau, Richard (1992):
Le statut juridique des droits linguistiques de France. In: Giordan, H. (ed.) (1992), 93-112
- Greene, David (1966):
The Irish Language. Cork: Mercier
- Gröschel, Bernhard (1982):
Sprachnorm, Sprachplanung und Sprachpflege: Bibliographie theoretischer Arbeiten aus Linguistik und Nachbarwissenschaften. Münster: Institut für allgemeine Sprachwissenschaft
- Haarmann, Harald (1988):
Sprachen- und Sprachpolitik. In: Ammon, U./ Dittmar, N./ Mattheier, K.J. (Hrsg.) (1988), 1660-1678
- Haarmann, Harald (1990):
Wie kann man das Sprachprestige in eine Theorie der Sprachplanung einbetten? In: Spillner, B. (Hrsg.) (1990), 41-44
- Haarmann, Harald (1993):
Die Sprachenwelt Europas: Geschichte und Zukunft der Sprachnationen zwischen Atlantik und Ural. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Hartweg, Frédéric (1983):
Tendenzen der Domänenverteilung zwischen Dialekt und nichtdeutscher Standardsprache am Beispiel des Elsaß. In: Besch, W./ Kurop, U./ Putschke, W./ Wiegand, H.E. (Hrsg.) (1983), 1428-1443
- Haugen, Einar (1987):
Language Planning. In: Ammon, U./ Dittmar, N./ Mattheier, K.J. (Hrsg.) (1982), 626-637
- Hederman, Mark/ Kearney, Richard (eds.) (1982):
The Crane Bag Book of Irish Studies (1977-1981). Dublin: Routledge

- Hilpold, Peter (1996):
Die rechtliche Stellung der Deutsch-Südtiroler in Italien. In: *Europa Ethnica* 3-4/1996, 117-130
- Hofmann, Rainer (1995):
Minderheitenschutz in Europa: völker- und staatsrechtliche Lage im Überblick. Berlin: Mann
- Hohnhold, Ingo (1982):
Grundbegriffe im Bereich und im Umfeld Übersetzungsorientierter Terminologearbeit. In: *Lebende Sprachen* 27/1 (1982), 1-5
- Holtus, Günter/ Metzeltin, Michael/ Schmitt, Christian (Hrsg.) (1989):
Lexikon der romanischen Linguistik (LRL), Bd. 3. Die einzelnen romanischen Sprachen und Sprachgebiete von der Renaissance bis zur Gegenwart: Rumänisch, Dalmatisch/Istrosromanisch, Friaulisch, Ladinisch, Bündnerromanisch. Tübingen: Niemeyer
- Holzer, Peter/ Feyrer, Cornelia (Hrsg.) (1998):
Text, Sprache, Kultur. Frankfurt am Main u.a.: Lang
- ISO 1087 (1990):
Terminology - Vocabulary. Geneva: International Organization for Standardization
- ISO 704 (1987):
Principles and methods of terminology. Geneva: International Organization for Standardization
- ISO 860 (1996):
Terminology work. Harmonization of concepts and terms. Geneva: International Organization for Standardization
- Journal Officiel de la République Française (1994):
Dictionnaire des termes officiels de la langue française. Paris: Délégation générale à la langue française
- Kattenbusch, Dieter (1989):
Ladinisch: Sprachnormierung und Standardsprache. In: Holtus, G./ Metzeltin, M./ Schmitt, C. (Hrsg.) (1989), 704-720
- Klebes, Heinrich (1995):
Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten. In: *EuGRZ* (1995), 262-268

- Kloss, Heinz (1969a) :
Grundfragen der Ethnopolitik im 20. Jahrhundert: Die Sprachgemeinschaften zwischen Recht und Gewalt. Wien u.a.: Wissenschaftliches Archiv
- Kloss, Heinz (1969b):
Research possibilities on group bilingualism: A report. Québec: International Center for Research on Bilingualism
- Kohr, Heinz-Ulrich/ Martini, Massimo/ Wakenhut, Roland (1995):
Jugendstudie 1994 - Indagine sui giovani 1994. Bozen: Autonome Provinz Bozen
- Kramer, Johannes (1984):
Kann es eine dolomitenladinische Schriftsprache geben? In: Messner, D. (Hrsg.) (1984) , 245-256
- Krings, Hans (1997):
Texte reparieren - Empirische Untersuchungen zum Prozeß der Nachredaktion von Maschinenübersetzungen. Habilitationsschrift, Universität Hildesheim. Fachbereich III
- Kucera, Hansjörg/ Faustini, Gianni (1992):
Ein Weg für das Miteinander. 20 Jahre neue Autonomie in Südtirol. Bozen: Autonome Provinz Bozen-Südtirol
- Lane, Alexander (1989):
Staats- und Verwaltungsorganisation; Deutsch/Italienisch. (=Handbuch der Internationalen Rechts- und Verwaltungssprache) Köln u.a.: Heymann
- Lardschneider Mc Lean, Margareth (1994):
Die ladinische Verwaltungssprache zwischen Italienisch und Deutsch. In: Pöll, B. (1994), 9-26
- Lauer, Angelika/ Gerzymisch-Arbogast, Heidrun/ Haller, Johann/ Steiner, Erich (Hrsg.) (1996):
Übersetzungswissenschaft im Umbruch. Festschrift für Wolfram Wilss zum 70. Geburtstag. Tübingen: Narr
- Leipziger Forschungsgruppe „Soziolinguistik“ (1993):
Sprachpolitik in der Romania: Zur Geschichte sprachpolitischen Denkens und Handelns von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Berlin, New York: de Gruyter

- Mateu, M. Rosa (1991):
Elaboració de materials per a la normalització lingüística. In: Primera Trobada de Serveis Lingüístics, 131-134
- Mayer, Felix (Hrsg.) (1998):
Terminologisches Wörterbuch zur Südtiroler Rechts- und Verwaltungssprache
- Dizionario terminologico del linguaggio giuridico-amministrativo in Alto Adige. Bozen: Europäische Akademie Bozen
- Messner, Dieter (Hrsg.) (1984):
Das Romanische in den Ostalpen. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
- Mischí, Giovanni (1998):
Sprachpolitische Aspekte zum Ausbau des Ladinischen. In: Veronesi, D. (1998), 41-52
- Ó Connell, Eithne/ Pearson, Jennifer (1991):
Language Planning and the Irish Language. In: HTF (2) 2,82-93
- Ó Riagáin, Pádraig (1988):
Language Planning in Ireland. In: International Journal of the Sociology of Language 70 (1988). Amsterdam: de Gruyter
- Oellers-Frahm, Karin (1993):
Die rechtliche Stellung der Minderheiten in Italien. In: Frowein, J.A./ Hofmann, R./ Oeter, S. (Hrsg.) (1993), 192-224
- Palermo, Francesco/ Pförtl, Eva (1997):
Minderheitenschutz durch Sprachnormierung: Die Kommission für Rechts-terminologie in Südtirol. In: Europa Ethnica. 1-2/1997, 12-29
- Piron, Claude (1989):
A few notes on the evolution of Esperanto. In: Schubert, K. (Hrsg.) (1989), 129-142
- Polakiewicz, Jörg (1993):
Die rechtliche Stellung der Minderheiten in Frankreich. In: Frowein, J.A./ Hofmann, R./ Oeter, S. (Hrsg.) (1993), 126-159
- Pöll, Bernhard (Hrsg.) (1994):
Fachsprache - kontrastiv: Beiträge der gleichnamigen Sektion des 21. Österreichischen Linguistentages, Salzburg, 23-26. Oktober 1993. Bonn: Romanistischer Verlag

- Primera Trobada de Serveis Lingüístics (1991):
 Barcelona, 5 i 6 de novembre de 1990. Barcelona: Generalitat de Catalunya
- Puiggené, Ariadna (1991):
 El Termcat: centre de terminologia. In: Primera trobada de serveis lingüístics, 101-103
- Rifesser, Theodor (1994):
 Drei Sprachen unter einem Dach. Das Schulmodell an den Schulen der ladinischen Täler in der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol. Bozen: Istitut Pedagogich Ladin
- Riz, Roland/ Bosch, Johanna (Hrsg.) (1995):
 Il Codice Penale Italiano - Das italienische Strafgesetzbuch. Bozen: Athesia
- Rogge, Waltraud/ Beinke, Christiane (1991):
 Katalanisch: Sprachnormierung und Standardsprache: Norme et standard. In: Holtus, G./ Metzeltin, M./ Schmitt, C. (Hrsg.) (1991), 192-218
- Rondeau, Guy/ Sager, Juan Carlos (eds.) (1986):
 Termia 84: Terminology and International Cooperation. The Terminology Dimension of The Transfer of Technology. An International Conference on Terminology. Luxembourg. (August 27.-29.1984) Quebec: Girsterm
- Schiffman, Harold (1996):
 Linguistic culture and language policy. London: Routledge
- Schmidt, Stephanie (1994):
 Sprachpolitik in Irland - eine Untersuchung zur Methodik und Akzeptanz normativer Terminologiearbeit. Diplomarbeit, Universität Hildesheim, Fachbereich III
- Schubert, Klaus (1989):
 An unplanned development in planned languages. In: Schubert, K. (Hrsg.), 249-274
- Schubert, Klaus (Hrsg.) (1989):
 Interlinguistics: aspects of the science of planned languages. Berlin, New York: de Gruyter
- Schuurman, Ineke (1994):
 Eurotra: The philosophy behind it. In: Meta 39 (1), 176-183
- Siller-Runggaldier, Heidi (1992):
 Probleme romanischer Wortbildung, demonstriert am Beispiel einer romanischen Kleinsprache. In: Zeitschrift für romanische Philologie 108, 1/2, 112-126

- Spillner, Bernd (Hrsg.) (1990):
Sprache und Politik. Frankfurt am Main: Lang
- Störig, Hans Joachim (1987):
Abenteuer Sprache. Berlin, München: Langenscheidt
- Tabouret-Keller, Andrée/ Luckel, Frédéric (1981):
La dynamique sociale du changement linguistique: quelques aspects de la situation rurale en Alsace. In: International Journal of the Sociology of Language 29 (1981), 51-66
- Varennens de, Fernand (1996):
Language, minorities and human rights. International Studies in Human Rights. The Hague, London: Martinus Nijhoff
- Vassberg, Liliane M. (1993):
Alsatian Acts of Identity: Language Use and Language Attitudes in Alsace (= Multilingual Matters; 90). Clevedon: Multilingual Matters
- Veiter, Theodor (1980):
Sprache und ethnische Identität. Südtirol/Färöer. Sps plural societies, 11, 3/ 1980, 31-46
- Veronesi, Daniela (ed.) (1998):
Incontri di linguistica - Linguistische Gespräche. Bozen: Europäische Akademie Bozen
- Volgger, Franz (1994):
Südtirol-Handbuch. Bozen: Autonome Provinz Bozen-Südtirol.
- Woehrling, Jean-Marie (1992):
Institutions européennes et droits linguistiques des minorités. In: Giordan, H. (ed.) (1992), 509-521
- Woelk, Jens (1995):
Das MERCATOR-Netzwerk ist geknüpft - Wie die EU weniger verbreitete Sprachen fördert. In POGROM 184/1995, 36-37